



**Forschungsstelle Osteuropa Bremen
Arbeitspapiere und Materialien**

Nr. 109 – September 2010

Staat oder privat?

**Akteure und Prozesse zwischen Staaten und Gesellschaften in
Osteuropa**

Beiträge für die 18. Tagung Junger Osteuropa-Experten

Veranstaltet von

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Europäische Akademie Berlin

Kompetenznetz Institutionen und institutioneller Wandel im Postsozialismus (KomPost)

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Klagenfurter Straße 3, 28359 Bremen, Germany
phone +49 421 218-69601, fax +49 421 218-69607
<http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de>

Arbeitspapiere und Materialien – Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

No. 109: Staat oder privat?

Akteure und Prozesse zwischen Staaten und Gesellschaften in Osteuropa

Beiträge für die 18. Tagung Junger Osteuropa-Experten

Veranstaltet von: Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde, Berlin,

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen,

Europäische Akademie Berlin und

Kompetenznetz Institutionen und institutioneller Wandel im Postsozialismus (KomPost)

September 2010

ISSN: 1616-7384

Die Veranstalter danken der Otto Wolff-Stiftung herzlich für die finanzielle Unterstützung.

Lektorat: Sophie Hellgardt (deutschsprachige Beiträge);

Hilary Abuhove, Christopher Gilley (englischsprachige Beiträge)

Layout/Satz: Matthias Neumann

Umschlag nach einem Kunstwerk von Nicholas Bodde

Die Meinungen, die in den von der Forschungsstelle Osteuropa herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung der Forschungsstelle sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

© Forschungsstelle Osteuropa, Bremen 2010

Forschungsstelle Osteuropa

Publikationsreferat

Klagenfurter Str. 3

28359 Bremen – Germany

phone: +49 421 218-69601

fax: +49 421 218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de

internet: <http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de>

Inhalt

Geleitwort	7
------------------	---

I. Deutungshoheiten: Diskurs und Sprache zwischen Gesellschaft und Politik

<i>Julia Lis</i> Antiwestliche Stereotype in der Orthodoxie im Balkan	11
<i>Saltanat Rakhimzhanova</i> Ist die kasachische Sprache im postsowjetischen Wandel?	16
<i>Konstantin Kaminskij</i> Autorität und Autorschaft im kulturellen Transformationsprozess Ostmitteleuropas	20
<i>Marta Podolczak</i> Zwischen Sprache und Diskurs in Niederschlesien 1945–1950. Von »kolonialen« Wahrnehmungsmustern zur schlesischen »Pidginsprache«	24
<i>Marie-Therese Filip</i> »Die Ukraine ist noch nicht gestorben« – Eine junge ukrainische Generation und ihre nationale Identität	28
<i>Katerina Malygina</i> Die Festigung der Ost-West-Polarisierung der Ukraine durch die Instrumentalisierung der energiepolitischen Diskurse	32

II. Identitäten: Erinnerung, Religion und Kultur zwischen Staat und privat

<i>Florian Töpfl</i> Reconstructing Stalin—A Research Sketch. Comparing Identity Discourses on Russian State Television in the So-Called ‘Independent’ Mass Media and the Blogosphere	39
<i>Lina Klymenko</i> Memory, Political Culture and Democratization in Post-Soviet Ukraine, Russia and Belarus.....	41
<i>Maria Davydchyk</i> Kulturpolitik als staatliches und gesellschaftliches Handeln. Eine Vergleichsanalyse in Russland, Polen und der Ukraine.....	45
<i>Regina Elsner</i> Zwischen Staatskirche und Privatangelegenheit – die Russische Orthodoxe Kirche und die moderne russische Gesellschaft	49

<i>Fruzsina Müller</i>	
»So wie drüben das Musterbild«.	
Die Eigenproduktion von Markenjeans als Teil der Konsumstrategien des ungarischen Staates zu Beginn der Krise des sozialistischen Systems	53

<i>Ewa Krauss</i>	
Topos – Schrift – Autobiographie: Privates Erzählen vs. <i>Historia</i> in zwei autobiographischen Texten von Günter Grass und Stefan Chwin.....	57

III. Ordnungsmechanismen: Herrschaft zwischen formalen und informellen

Strukturen

<i>Sebastian Schiek</i>	
Politik, Öffentliche Verwaltung und Modernisierung in Kasachstan	63

<i>Inga Paslaviciute</i>	
»Privatisierung des Staates« und »Politisierung des Privaten« als Kommunikationsstrategien der Petitionen in der Litauischen Sozialistischen Sowjetrepublik 1953–1964	69

<i>Johannes Wetzinger</i>	
Informelle Strukturen im postsowjetischen Georgien unter Eduard Schewardnadse – Faktor der Stabilität oder Scheitern des Staates?.....	72

<i>Damir Kapidžić</i>	
Effekte verschiedener Demokratiekonzepte in multiethnischen Gesellschaften	76

<i>Anna Fruhstorfer</i>	
Präsidenten im Transformationsprozess Osteuropas.....	80

IV. Ökonomie: Regelungsmechanismen zwischen Wirtschaft und Staat

<i>Frithiof Svenson</i>	
Internationaler Handel: Unternehmenskultur und Kompetenzen in deutsch-russischen Kooperationen	87

<i>Janis Kluge</i>	
Durchsetzung von Verfügungsrechten und Ungleichheit in Transition Economies am Beispiel Russlands	91

<i>Inna Melnykovska</i>	
Businessclans und institutioneller Wandel in den postsowjetischen hybriden Regimen. Fallstudien: die Ukraine und Russland.....	94

<i>Alexander Gnatenko</i>	
Beschränkungen in den Institutionen: Experten und Marktwirtschaftsreformen im Russland der 1990er Jahre.....	99

V. Zivilgesellschaft: Politisches Handeln zwischen Staat und privat (intermediäre Institutionen und Agency)

Vlatko Stojanov

Die Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure bei der Bearbeitung
ethnopolitischer Konflikte – Albaner und Makedonen in Makedonien 105

Christoph Schnellbach

Die Rolle von NGOs im EU-Erweiterungsprozess am Beispiel
des Minderheitenschutzes in Mittel- und Osteuropa 109

Sabrina Kopf

Gesellschaftliche Aushandlungsprozesse von »Zivilgesellschaft«
und »Good Governance« in Serbien..... 114

Susann Worschech

Zivilgesellschaft im Kontext externer Demokratieförderung –
Initiative oder Unternehmen? 118

Wolfram Pergler

Zivilgesellschaft und Staat in Russland.
Zwischen Kooperation und Konfrontation..... 122

VI. Sozialmodelle: Zwischen privater Verantwortung und staatlicher Fürsorge

Monika Gonser

Gewerkschaftliche Arbeitnehmervertretung in Estland und Lettland 129

Marija Stambolieva

Privatization of the (Welfare) State—
Post-Socialist Transformations in the Former Yugoslavia 135

Eva Schäffler

Staat oder privat? Frauen- und Familienpolitik
in den realsozialistischen Staaten Ostmitteleuropas 141

Martin Brand

Sozialpolitik in Osteuropa – Plädoyer für eine globale Perspektive..... 145

Alphabetisches Verzeichnis der Autorinnen und Autoren..... 149

Alphabetisches Verzeichnis der Organisatorinnen und Organisatoren
der 18. Tagung Junger Osteuropa-Experten 151

Aktuelle Publikationen der Forschungsstelle Osteuropa 154

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa..... 156

Geleitwort

Die 18. Tagung junger Osteuropa-Experten (JOE-Tagung) widmet sich dem Thema »Staat oder privat? Akteure und Prozesse zwischen Staaten und Gesellschaften in Osteuropa«. Geht es bei der »Privatisierung des Staates« nur um die egoistischen Intentionen politischer oder wirtschaftlicher Eliten, um »state capture«? Oder haben wir es mit komplexen Entwicklungen nach dem Ende des Sozialismus zu tun, mit neuen Wechselwirkungen zwischen staatlichen und privaten Sphären? Gesellschaftliche Strukturen entwickeln sich in einem Spannungsfeld zwischen staatlich gesetztem Rahmen und individuellem Gestaltungswillen. Bei neuen Konzeptionalisierungen von »Gesellschaft« und »Staat« werden die Fragen nach Autonomie und Macht, Verantwortung und Verpflichtung unterschiedlich beantwortet. Welche Rolle spielen interne und externe Akteure, wie wirken sich internationale Prozesse aus, welche historischen Erfahrungen gibt es und wie spiegeln sich die gesellschaftlichen Herausforderungen in der Literatur und Kunst wider? Und wie werden diese Entwicklungen von der Regionalforschung aufgenommen und theoretischen Erklärungsansätzen zugeführt? Zu vielen dieser Fragen finden Sie in den Beiträgen dieses Bandes Anregungen und Hinweise.

Die JOE-Tagungen finden regelmäßig seit 1996 statt. Organisiert wurden sie anfangs vom Bundesinstitut für internationale und ostwissenschaftliche Studien in Köln. Seit 2001 werden sie von der Forschungsstelle Osteuropa in Bremen betreut. 2010 ist auch das neu gegründete Kompetenznetz »Institutionen und Institutionenwandel im Postsozialismus« (KomPost) an der Ausrichtung der Veranstaltung beteiligt. Die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde begleitet die Tagungen seit Beginn. Sie leistet Unterstützung bei der Organisation und Mittelbeschaffung. Tagungsort war bis 2004 das KonferenzCentrum Brühl (früher Ost-West Kolleg) der Bundeszentrale für politische Bildung. Seit der 13. Tagung 2005 findet die Veranstaltung an der Europäischen Akademie Berlin statt.

Die Tagung bietet jedes Jahr einem ausgewählten Kreis von Examenskandidaten, Doktoranden und jüngeren Promovierten verschiedener Disziplinen die Gelegenheit, ihre laufenden Forschungsvorhaben vorzustellen und intensiv zu diskutieren. Über den wachsenden Anteil von Nachwuchswissenschaftlern aus den Staaten Osteuropas freuen wir uns sehr.

Der Schwerpunkt der JOE-Tagungen liegt auf der Auseinandersetzung mit der postsozialistischen Entwicklung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Systeme im östlichen Europa. Hier hat sich ein breites, forschungs- wie praxisrelevantes Arbeitsfeld geöffnet, das weit über den Rahmen der traditionellen Osteuropaforschung der Nachkriegszeit und Blockkonfrontation hinausweist. Das Fach hat sich nach 1992 grundlegend verändert, und dies zeigen auch die auf der Tagung vorgestellten Projekte. Die Breite der Fragestellungen, Forschungsansätze und Methoden ist ein ermutigendes Signal für die Zukunft der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dieser Region.

Die Tagungen zeigen immer wieder, dass wir über eine große Zahl junger hoch qualifizierter Wissenschaftler verfügen, die sich mit Entwicklungen in der Region Osteuropa befassen. Aufgrund der Öffnung der osteuropäischen Gesellschaften seit Mitte der 1980er Jahre einerseits und des wachsenden Interesses der allgemeinen Sozialwissenschaften an der Region Osteuropa andererseits hat diese Generation für ihre Ausbildung fachlich, methodisch und sprachlich ausgezeichnete Voraussetzungen vorgefunden. Es ist eine Chance für Politik, Wirtschaft und auch für die etablierte Wissenschaft dieses Potential an qualifizierten Nachwuchskräften sinnvoll zu nutzen.

Wir wünschen den Teilnehmern der 18. JOE-Tagung ebenso fruchtbare Diskussionen wie bisher und hoffen, dass der vorliegende Band dazu beiträgt, den Erfahrungsaustausch auch über den engeren Kreis der unmittelbar Beteiligten hinaus zu fördern.

Wir danken der Otto Wolff-Stiftung für die finanzielle Unterstützung, ohne die diese Tagungen nicht möglich wären.

Beate Apelt und Irene Hahn für die Veranstalter

***I. Deutungshoheiten: Diskurs
und Sprache zwischen
Gesellschaft und Politik***

Antiwestliche Stereotype in der Orthodoxie im Balkan

Der Westen ist der Materie und der Vergöttlichung seiner Werke zu sehr verhaftet und nimmt eine expansionistische Haltung ein, einen äußerst perfiden Totalitarismus. Die Lüsterheit und das irdische Kalkül machen seine Religion aus. (*Amfilohije Radovič, serbisch-orthodoxer Metropolitan von Montenegro*)¹

Solche und ähnliche Äußerungen wie die hier vorgetragene lassen sich, wenn es um die Beurteilung des Westens und so genannter »westlicher Werte« geht, nicht selten finden. Nicht immer stammen sie, wie in dem hier vorgelegten Beispiel aus dem Mund eines hochrangigen Kirchenvertreters, sondern häufig auch aus intellektuellen Kreisen, die sich selbst als orthodox verstehen und in Anspruch nehmen, für die Orthodoxie zu sprechen, ohne offizielle Kirchenvertreter zu sein. Ein besonders ausgeprägter Antiokzidentalismus lässt sich vor allem in Kreisen orthodoxer Rigoristen finden, die von einer unüberwindbaren und grundsätzlichen Dichotomie zwischen Ost- und Westeuropa ausgehen und jede Annäherung an den Westen grundsätzlich ablehnen.²

Die antiwestlichen Stereotype, die sich in orthodoxen Kreisen finden lassen, sind vielfältig und umfassen nationale, kulturelle, ideengeschichtliche, politische und ökonomische Aspekte. Im Folgenden möchte ich beispielhaft einige religiöse und kulturelle Stereotype näher erläutern und dabei auch Verbindungen zwischen beiden Bereichen deutlich machen.

Religiöse Stereotype

Die religiösen Stereotype, die das Bild von den westlichen Kirchen in der orthodoxen Kirche Südosteuropas beherrschen, sind zahlreich und vielfältig. Im Wesentlichen betrachten sie die westeuropäische Ausprägung des Christentums als eine Fehlform, eine Abweichung vom »wahren« Kern des Christentums.

Eines der wohl gängigsten Stereotype, das allerdings nur den Blick auf die katholische Kirche betrifft, ist eine sehr negative Sichtweise auf das Papstamt. Sichtbar wurde diese kritische Haltung dem römischen Papst gegenüber während der Proteste gegen den Papstbesuch in Griechenland im Jahr 2001.³ Gerade orthodoxe Rigoristen sehen im Papst ein Symbol des Antichristen und eine Verkörperung der Häresie der westlichen Kirche schlechthin.⁴ So findet man etwa Aussagen, die den Papst als Oberhaupt der Freimaurer bezeichnen,⁵ also jener Organisation, die gerade in verschwörungstheoretischen Kontexten gerne als Inbegriff für die bösen Mächte, die die Welt beherrschen wollen, angesehen wird. Auch die Schuld an der Bombardierung Serbiens während des Jugoslawienkrieges wird in einem solchen Kontext gerne dem Vatikan und dem angeblichen Einfluss der Römisch-Katholischen Kirchenleitung auf die NATO angelastet.⁶ Der Vatikan habe den Zerfall Jugoslawiens und die Schwächung der Serben

1 Čolović, Ivan: Europa als Gegenstand der zeitgenössischen politischen Mythologie in Serbien, in: Bauer, Johannes B./Larentzakis, Grigorios (Hg.): Das Europa-Verständnis im orthodoxen Südosteuropa. Internationale Tagung an der Karl-Franzens-Universität Graz, Graz 1996, S. 195.

2 Makrides, Vasilios N.: Orthodoxe Kirchen und Europa. Positionen zu europäischen Integration, in: Osteuropa 59 (2009), S. 88f.

3 Makrides, Vasilios N.: Orthodox Anti-Westernism Today: A Hindrance to European Integration? in: International journal for the Study of the Christian Church 9, Heft 3, S. 209.

4 Makrides, Vasilios N.: L'« autre » orthodoxie: courants du rigorisme grec, in: Social Compass 51, Nr. 4 (2004), S. 519.

5 Makrides, Vasilios N.: Orthodox Anti-Westernism Today: A Hindrance to European Integration? in: International journal for the Study of the Christian Church 9, Heft 3, S. 211.

6 Makrides, Vasilios N.: Orthodox Anti-Westernism Today: A Hindrance to European Integration? in: International journal for the Study of Christian Church 9, Heft 3, S. 210.

gewollt, um seinen Einfluss in Südosteuropa weiter ausdehnen zu können und die Orthodoxie weiter zurückzudrängen.⁷ In Serbien, wo solche Stereotype gerade in Verbindung mit dem Krieg in den 1990er Jahren weit verbreitet sind, hat diese Form der radikalen Papstkritik eine lange Tradition. Bereits die Theologen Nikolaj Velimirović und Justin Popović, die hauptsächlich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gewirkt haben und deren Einfluss bis heute bedeutsam ist, haben sie verwendet.

Für Popović ist das Dogma von der Unfehlbarkeit des Papstes, wie es auf dem Ersten Vatikanischen Konzil beschlossen wurde, der Höhepunkt einer westlichen Entwicklung, die einer Vergötzung des Menschen gleichkommt.⁸ Mit der Unfehlbarkeit beanspruche nämlich mit dem Papst ein Mensch ein Attribut, das allein dem Gott-Menschen Jesus Christus rechtmäßig zukomme.⁹ Deswegen bezeichnet Popović die Menschenvergötzung, die für ihn durch die Überhöhung des Papstamtes praktiziert wird, auch als »the heresy of heresies«.¹⁰ Velimirović entwickelt sein Konzept der Theodulie, die als Dienst des gesamten serbischen Volkes an Gott verstanden wird, in Abgrenzung von der von ihm als Theokratie begriffenen Herrschaft des Papsttums.¹¹ Theokratie und Theodulie stellen für Velimirović unversöhnliche Gegensätze dar: Theodulie ist eine Form der Realisierung von Freiheit, während Theokratie auf unfreiwilliger Versklavung basiert.¹²

Das Papsttum ist in dieser Konzeption jedoch nur eine Erscheinungsform dessen, was in Wahrheit die hauptsächliche Verfehlung des Westens darstellt: die Vergötzung des Menschen. Laut Christos Yannaras, dem wohl bedeutendsten antiwestlichen Denker Griechenlands, der über lange Jahre hinweg Philosophie in Athen gelehrt hat, gibt es, wenn es um Anthropologie geht, einen entscheidenden Unterschied zwischen westlicher und orthodoxer Lehre. Die theologische Anthropologie der Orthodoxen Kirche verstehe den Menschen als Person, als Wesen, das offen für die Beziehung zum Anderen ist.¹³ Der Gegenbegriff zur Person sei der des Individuums und dieser Begriff sei prägend für die westliche Philosophie und Theologie gewesen. Statt über seine Natur hinausgehend auf die Beziehung hin offen zu werden, bleibe das Individuum bei sich und damit in seiner Natur gefangen.¹⁴ Während persönliche Freiheit nur in Gemeinschaft mit Gott und der Welt verwirklicht werden könne, strebe das autonome Individuum nur nach Selbst-Vergötzung und bleibe so in seiner Selbstgenügsamkeit verhaftet.¹⁵ Das Wesen der Person aber erschließe sich nur aus dem Wesen Gottes, der in seiner trinitarischen Verfasstheit bereits in sich selbst Gemeinschaft verwirklicht.¹⁶ Um die Wirklichkeit des Mensch-Seins zu verstehen, muss man deswegen stets vom Wesen Gottes her das Wesen des Menschen zu verstehen suchen, wie es die orthodoxe Theologie tut: »In the Orthodox Church and its theology, we study man as an image of God, and not God as an image of man exalted into absolute.«¹⁷ Genau

7 Makrides, Vasilios N.: *Orthodox Anti-Westernism Today: A Hindrance to European Integration?* in: *International Journal for the Study of the Christian Church* 9, Heft 3, S. 210.

8 Popović, Justin: *Orthodox Faith and Life in Christ*, Massachusetts 1994, S. 102.

9 Popović, Justin: *Orthodox Faith and Life in Christ*, Massachusetts 1994, S. 104.

10 Popović, Justin: *Orthodox Faith and Life in Christ*, Massachusetts 1994, S. 112.

11 Velimirović, Nicolas: *Théodule. Le peuple serbe comme serviteur de Dieu*, Lausanne 1999, S. 12.

12 Velimirović, Nicolas: *Théodule. Le peuple serbe comme serviteur de Dieu*, Lausanne 1999, S. 12.

13 Yannaras, Christos: *Person und Eros. Eine Gegenüberstellung der Ontologie der griechischen Kirchenväter und der Existenzphilosophie des Westens (Forschungen zur systematischen und ökumenischen Theologie 44)*, Göttingen 1982, S. 16.

14 Yannaras, Christos: *Person und Eros. Eine Gegenüberstellung der Ontologie der griechischen Kirchenväter und der Existenzphilosophie des Westens (Forschungen zur systematischen und ökumenischen Theologie 44)*, Göttingen 1982, S. 223.

15 Yannaras, Christos: *Person und Eros. Eine Gegenüberstellung der Ontologie der griechischen Kirchenväter und der Existenzphilosophie des Westens (Forschungen zur systematischen und ökumenischen Theologie 44)*, Göttingen 1982, S. 145.

16 Yannaras, Christos: *Person und Eros. Eine Gegenüberstellung der Ontologie der griechischen Kirchenväter und der Existenzphilosophie des Westens (Forschungen zur systematischen und ökumenischen Theologie 44)*, Göttingen 1982, S. 242.

17 Yannaras, Christos: *The freedom of morality*, New York 1984, S. 23.

an diesem Punkt macht sich auch der Vorwurf an den Westen fest, der stattdessen aus dem Wesen des Menschen heraus Gottes Wesen erklären wolle.¹⁸

Die zentrale Überzeugung, dass der Hauptfehler des Westens in seiner Anthropologie begründet liege, teilt Yannaras mit Popović. Popović betont in der orthodoxen Anthropologie jedoch noch stärker den christologischen Aspekt, den er darin sieht, dass das Ziel des menschlichen Lebens die Nachahmung des Gott-Menschen Jesus Christus sei, die den Menschen gottähnlich mache und somit zu seiner Heiligung führe.¹⁹ Der Westen aber habe die Bedeutung des Gott-Menschen Jesus Christus gezeugnet und diesen durch »humanistic idolatry«²⁰ ersetzt. Nicht nur die schon erwähnte Vergötzung des Papstes, sondern auch alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens wie Kultur, Wissenschaft, Politik und Mode seien davon durchdrungen und bestimmt.²¹ So wird der neue europäische Mensch zum Gegenteil des orthodoxen Menschen, da er sich selbst genüge und Gott aus allen Dimensionen seines Lebens verbannt habe.²² Die Ablehnung Gottes habe zu dem westlichen Konzept des Übermenschen geführt, der nur noch nach Selbsterhaltung strebe und nicht mehr zwischen Gut und Böse unterscheide.²³ Ohne Gott und den Bezug zum Übernatürlichen hört der Mensch auf, wirklich menschlich zu sein.²⁴ Er gewinne so keineswegs seine Freiheit, sondern werde zum Sklaven der Sünde.²⁵ Diese fundamentalen Wahrheiten jedoch würden vom westlichen Menschen nicht beachtet, da er sich selbst zum Maß aller Dinge gemacht habe und sich somit an die Stelle Gottes setze.²⁶ Gerade das sei aber das Teuflische im Menschen, denn auch der Teufel habe den Platz, der allein Gott zukomme, besetzen wollen.²⁷

Die »falsche« Anthropologie ist somit nach Ansicht der antiwestlichen Autoren auch der Grund für eine falsche Theologie, die Gott nicht mehr an die erste Stelle setzt und Theozentrik durch Anthropozentrik ersetzt. Besonders deutlich betont Yannaras die Konsequenzen, die sich aus solch einer Theologie ergeben. Der westliche Gottesbegriff, der Gott als rational zu erkennendes Konzept betrachte und von der Scholastik geprägt sei, habe mit dem Gott der biblischen Tradition, wie ihn die Orthodoxie verkünde, nichts mehr zu tun.²⁸ Ferner habe die Anthropozentrik zu einer Reduktion des Christlichen auf das Soziale geführt.²⁹ Auch im Bereich der Ethik sei es zu Fehlinterpretationen gekommen, die in der Konzentration auf das Individuum begründet liegen. Statt den Beziehungsaspekt innerhalb der christlichen Ethik zu betonen, habe man sich auf juristische Kategorien konzentriert, die Schuld individuell zu erfassen versuchten.³⁰

Kulturelle Stereotype

Kulturell wird Europa stereotyp gerne als dekadent und vom moralischen Verfall betroffen, ja sogar als »verfault« charakterisiert.³¹ Schuld an diesem Zustand ist nach dieser Betrachtungsweise der

18 Yannaras, Christos: Person und Eros. Eine Gegenüberstellung der Ontologie der griechischen Kirchenväter und der Existenzphilosophie des Westens (Forschungen zur systematischen und ökumenischen Theologie 44), Göttingen 1982, S. 236f.

19 Popović, Justin: Orthodox Faith and Life in Christ, Massachusetts 1994, S. 56.

20 Popović, Justin: Orthodox Faith and Life in Christ, Massachusetts 1994, S. 56.

21 Popović, Justin: Orthodox Faith and Life in Christ, Massachusetts 1994, S. 57.

22 Popović, Justin: Orthodox Faith and Life in Christ, Massachusetts 1994, S. 57.

23 Popović, Justin: Orthodox Faith and Life in Christ, Massachusetts 1994, S. 59.

24 Popović, Justin: Orthodox Faith and Life in Christ, Massachusetts 1994, S. 59.

25 Popović, Justin: Orthodox Faith and Life in Christ, Massachusetts 1994, S. 100.

26 Popović, Justin: Orthodox Faith and Life in Christ, Massachusetts 1994, S. 97f.

27 Popović, Justin: Orthodox Faith and Life in Christ, Massachusetts 1994, S. 105.

28 Yannaras, Christos: The freedom of morality, New York 1984, S. 84.

29 Yannaras, Christos: The freedom of morality, New York 1984, S. 114.

30 Yannaras, Christos: The freedom of morality, New York 1984, S. 53.

31 Čolović, Ivan: Europa als Gegenstand der zeitgenössischen politischen Mythologie in Serbien, in: Bauer, Johannes

»Verrat« an den eigenen christlichen Wurzeln, durch den sich Europa auf einen Weg des Verfalls, der Dekadenz und der Korruption begeben habe.³²

Auch Yannaras schließt sich einer solchen Kulturkritik an. Der Individualismus des Westens führt seiner Überzeugung nach zu Umweltzerstörung,³³ zur Krise von Ehe und Familie³⁴ und zum Konsumismus.³⁵ Als Gründe für diese Entwicklung werden vor allem Aufklärung und Säkularisierung benannt. Es gäbe im Westen immer weniger Menschen, die sich zum Christentum bekennen, da das Christentum marginalisiert worden sei und das Bekenntnis dazu Jugendliche notwendigerweise zu Außenseitern mache.³⁶ Durch die Häresie des Westens, so wird manchmal argumentiert, sei das Aufkommen einer antichristlichen, säkularen Kultur erst möglich geworden, die bereits seit der Französischen Revolution in Westeuropa dominant geworden sei.³⁷ So beeinflusse die Entfremdung vom Christlichen den Westen auch kulturell.³⁸

Die Kulturkritik am Westen umfasst aber nicht nur die Auswirkungen der Abwendung vom Christentum; dem Westen wird auch vorgeworfen, dass er sein eigentliches Ideal, den Humanismus, nicht besonders ernst nähme. Im Grunde habe der Westen nicht nur Gott sondern auch das Menschsein verraten.³⁹ Gerade die Serben beschuldigen den Westen des inhumanen Vorgehens gegen kleine Nationen und der Heuchelei.⁴⁰ Statt Frieden und Menschenrechte zu bringen, gehe er brutal vor und bringe nur neues Leiden und größeres Unrecht.⁴¹ Durch seine moralische Verkommenheit produziere er immer neue Kriege.⁴² Die Kriege des Westens werden zugleich auch immer wieder als Kriege gegen die Orthodoxie aufgefasst. So war die Solidarität vieler Griechen mit den Serben während der NATO-Angriffe auch dadurch bedingt, dass die Griechen die Haltung des Westens gegenüber Serbien als Ablehnung der Orthodoxie interpretierten.⁴³ Überraschend ist, dass auf diesen Aspekt etwa auch bei der Kritik am Irakkrieg hingewiesen wird. Durch das Aufgreifen des Kreuzzugsgedanken habe Präsident Bush

B./Larentzakis, Grigorios (Hg.): Das Europa-Verständnis im orthodoxen Südosteuropa. Internationale Tagung an der Karl-Franzens-Universität Graz, Graz 1996, S. 194.

- 32 Čolović, Ivan: Europa als Gegenstand der zeitgenössischen politischen Mythologie in Serbien, in: Bauer, Johannes B./Larentzakis, Grigorios (Hg.): Das Europa-Verständnis im orthodoxen Südosteuropa. Internationale Tagung an der Karl-Franzens-Universität Graz, Graz 1996, S. 195.
- 33 Yannaras, Christos: Person und Eros. Eine Gegenüberstellung der Ontologie der griechischen Kirchenväter und der Existenzphilosophie des Westens (Forschungen zur systematischen und ökumenischen Theologie 44), Göttingen 1982, S. 108.
- 34 Yannaras, Christos: The freedom of morality, New York 1984, S. 170.
- 35 Yannaras, Christos: Person und Eros. Eine Gegenüberstellung der Ontologie der griechischen Kirchenväter und der Existenzphilosophie des Westens (Forschungen zur systematischen und ökumenischen Theologie 44), Göttingen 1982, S. 108.
- 36 Veličkov, Angel: Evropa se razdelja s hristijanstvoto, in: Cärkoven vestnik (2004), Nr. 15, S. 4.
- 37 Makrides, Vasilios N.: *Orthodox Anti-Westernism Today: A Hindrance to European Integration?*, in: *International journal for the Study of the Christian Church* 9, Nr. 3 (2009), S. 213.
- 38 Makrides, Vasilios N.: *Orthodox Anti-Westernism Today: A Hindrance to European Integration?*, in: *International journal for the Study of the Christian Church* 9, Nr. 3 (2009), S. 215.
- 39 Čolović, Ivan: Europa als Gegenstand der zeitgenössischen politischen Mythologie in Serbien, in: Bauer, Johannes B./Larentzakis, Grigorios (Hg.): Das Europa-Verständnis im orthodoxen Südosteuropa. Internationale Tagung an der Karl-Franzens-Universität Graz, Graz 1996, S. 201.
- 40 Jevtic, Atanasije: The Cry of Serbs from Kosovo and Metohija (1999), www.mitropolija.co.me/duhovnost/vatanasije-cry.htm, aufgerufen am 26.01.2010.
- 41 Jevtic, Atanasije: The Cry of Serbs from Kosovo and Metohija (1999), www.mitropolija.co.me/duhovnost/vatanasije-cry.htm, aufgerufen am 26.01.2010.
- 42 Jevtic, Atanasije: The Cry of Serbs from Kosovo and Metohija (1999), www.mitropolija.co.me/duhovnost/vatanasije-cry.htm, aufgerufen am 26.01.2010.
- 43 Schell, Dorothea: Nationale Identität, Fremdstereotypen und Einstellungen zu Europa in der griechischen Peripherie, in: Bauer, Johannes B./Larentzakis, Grigorios (Hg.): Das Europa-Verständnis im orthodoxen Südosteuropa. Internationale Tagung an der Karl-Franzens-Universität Graz, Graz 1996, S. 183.

diesen Krieg in eine westliche Tradition gestellt, die bereits mit der Zerstörung Konstantinopels 1204 ihre materialistische und antiorthodoxe Gesinnung gezeigt habe.⁴⁴

Bereits an diesen wenigen Beispielen für kulturelle Stereotype, die sich gegen den Westen richten, lässt sich erkennen, dass es eine enge Verknüpfung zwischen der Ablehnung der theologischen Entwicklungen in den Westkirchen und der Kulturkritik am Westen gibt. Durch seine in dieser Sichtweise häretische Theologie habe der Westen seine Ausrichtung auf Gott und die Gemeinschaft mit ihm verloren. Wo aber dies passiere, so die Argumentation der antiwestlichen Kritiker, müsse es unweigerlich zu moralischer Verkommenheit, Werteverfall und der Unmenschlichkeit des Krieges kommen. Durch die Optik einer solchen Art von antiwestlicher Kritik wird somit der heutige Zustand des Westens zum einen in den schwärzesten Farben ausgemalt und zum anderen als logische Folge der Abwendung vom »wahren« Christentum, wie es durch die Orthodoxie repräsentiert wird, angesehen.

44 Todorov, Georgi: Irak, vojната, stärtta i Čärkvata, in: Čärkoven vestnik (2004), Nr. 2, S. 3.

Saltanat Rakhimzhanova

Ist die kasachische Sprache im postsowjetischen Wandel?

Einleitung

Der folgende Beitrag gibt einen kurzen Überblick über das Phänomen der heutigen Stellung der kasachischen Sprache zwischen Staatspolitik und Nationalkultur, das zudem im Rahmen eines aktuellen Dissertationsprojektes untersucht wird. Es wird der Frage nachgegangen, ob und wie sich die seit der Perestroika-Zeit stattfindenden politischen und gesellschaftlichen Transformationsprozesse in Kasachstan – wie etwa Nation Building-Prozesse, Westorientierung der Wirtschaft und Umgestaltung der Kulturpolitik – in den Entwicklungstendenzen der kasachischen Gegenwartssprache spiegeln. Eine weitere Forschungsfrage ist, welche Rolle die kasachische Sprachen- und Sprachpolitik dabei einnimmt. Um diese Fragen zu beantworten, werden in der Dissertation die kasachische Sprachgesetzgebung sowie Sprachschutzmaßnahmen präzise analysiert; außerdem wird die Arbeit der sprachpolitischen und sprachpflegerischen Institutionen unter die Lupe genommen, insbesondere die der Staatlichen Terminologiekommission. Der empirische Schwerpunkt liegt auf einer umfassenden Analyse des Ausbaus der modernen Terminologie und des Allgemeinwortschatzes der kasachischen Sprache. Weitere Untersuchungsgegenstände werden tatsächliche und gewünschte sprachenpolitische Zustände in Kasachstan, der Einfluss von die Sprache betreffenden Gesetzen und Verordnungen auf die Wortschatzarbeit sowie die Rolle von staatlichen und gesellschaftlichen Akteuren und Institutionen bei der Sprachpflege sein.

Für das Verständnis der aktuellen soziolinguistischen Situation ist es notwendig zu wissen, mit welchen Fremdsprachen, in welchem Umfang und mit welchen kulturellen Auswirkungen Sprachkontakt bereits stattgefunden hat. Das wird im anschließenden Abschnitt erläutert, auf den eine Darstellung gegenwärtiger Entwicklungen des Kasachischen und einige Überlegungen dazu folgen.

Schrift und Wortbestand des Kasachischen

Die kasachische Schriftsprache entwickelt sich im 19. Jahrhundert.¹ Die kasachische Schrift ist in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts bereits drei Mal reformiert worden. Bis 1930 war das Arabische die Grundlage des schriftlichen Kasachisch, dann führt man die lateinische Schrift ein und verwendet sie die nächsten zehn Jahre, bis die Gründung der Kasachischen Sozialistischen Sowjetrepublik das kyrillische Alphabet mit sich bringt.²

Der kasachische Wortschatz entstammt überwiegend dem kiptschakischen Vokabular: *kiym-kešek* »Kleidung«, *qarım-qatınas* »Beziehung«.³ Die meisten Entlehnungen aus dem Persischen und Arabischen bezeichnen Abstrakta und die nomadische Lebensweise: *aqıl* »Vernunft«, *bazar* »Markt«, *orda* »Horde«. Öfters sind Lehnwörter über andere Turksprachen wie das Tatarische

1 Die Wurzeln der kasachischen Sprache liegen im Kiptschakischen (15.–16. Jh.) und im Tschagataischen (17.–18. Jh.). Kasachisch wird heute von etwa 12 Mio. Menschen als Muttersprache gesprochen; etwa 9 Mio. von ihnen leben in Kasachstan. Daneben gibt es kasachischsprachige Minderheiten in anderen GUS-Staaten (2 Mio.) sowie in China (1 Mio.). Kasachisch wird außerdem in einigen Teilen der Mongolei, Irans, Pakistans und der Türkei als Muttersprache gesprochen.

2 Das heutige kasachische Alphabet hat 42 Buchstaben: 33 von ihnen sind die Buchstaben des russischen Alphabets, 9 sind zusätzliche Buchstaben, die zur schriftlichen Wiedergabe der spezifisch kasachischen Laute dienen.

3 Vgl. Kirchner, Mark (1998): Kazakh and Karakalpak. In: Johanson, Lars / Csató, Èva À. (Hrsg.) (1998): *The Turkic Languages*. London; New York. S. 318–332, hier S. 330. Die lateinische Transliteration der kasachischen Beispiele erfolgt aus Gründen der Lesefreundlichkeit.

oder das Tschagataische ins Kasachische gelangt.⁴ Arabische und persische Lehnwörter bilden 15 % des kasachischen Wortschatzes. Während des Mongolenreichs (13.–16. Jh.) bereichern mongolische Wörter den kasachischen Wortschatz: *qunan* »dreijähriges Reitpferd«, *olža* »Beute«.⁵

Der Kontakt zwischen dem Kasachischen und dem Russischen beginnt im 18. Jahrhundert und intensiviert sich in der sowjetischen Periode. Russisch gilt im 20. Jahrhundert als Hauptquelle neuer Wörter im Kasachischen. Durch den Einfluss der Nationalitätenpolitik Lenins wird zunächst der gesellschaftspolitische Wortschatz der kasachischen Sprache durch die Übernahme der marxistisch-leninistischen Terminologie modernisiert. So gehen Sowjetismen wie *sovet*, *proletariyat*, *bolševiykiy*, *liystovka*, *respublika*, *revolyuciya*, *vedomstvo* und *partiya* in das Kasachische und in andere Sprachen der Sowjetrepubliken ein.⁶ Auch aus anderen Lebensbereichen werden Russismen übernommen: *udarniyk*, *sot*, *pensiya*, *magaziyn*.⁷ Der Einblick in den weiteren Verlauf der sowjetkasachischen Geschichte zeigt, dass der kasachische Wortschatz in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Politik, Technik und Kultur durch zahlreiche Russismen und Internationalismen, für deren Übernahme die russische Sprache eine Vermittlerrolle spielt, erweitert worden ist. Als Beispiel dafür seien *gazet*, *briygada*, *fabriyka*, *kolxoz*, *traktor*, *atom*, *teatr*, *žurnal*, *kuwl'tuwra*, *muwzey*, *sport* und *radiyo* genannt.⁸ Mit der Modernisierung des kasachischen Wortschatzes verfolgen sowjetische Sprachpolitiker das Ziel, Entlehnungen aus dem Arabischen, dem Persischen und dem Tatarischen zu verdrängen.⁹ Die geringe Anpassung des entlehnten Wortguts erklären weitere Ziele der sowjetischen Sprachpolitik wie die Schaffung eines einheitlichen Allunions-Terminologiebestandes und die als Politik der national-russischen Zweisprachigkeit verschleierte Assimilation zugunsten der russischen Sprache.¹⁰

Der englische Einfluss auf das Kasachische wird seit den 1990er Jahren sichtbar und nimmt heute im Kontext einer globalisierten Welt zu: *biyзнесmen*, *vebsayt*, *diyзayn*, *gypermarket*, *iynternet*, *klaster*, *komp'yuter*, *marketiыng*, *menedžment*, *xoldiыng*.

Zusammenfassend kann man sagen, dass der kasachische Wortschatz im 20. Jahrhundert überwiegend durch russisches Lehngut bereichert worden ist. Heute dominieren Russisch und Englisch als Gebersprachen für Entlehnungen im Kasachischen. Festzuhalten ist auch, dass es bei Sprachreformen schon seit dem 19. Jahrhundert in erster Linie um die Bestimmung politischer Machtverhältnisse geht und dass der kasachische Buchstaben- und Wortbestand in diesem Zusammenhang als Richtschnur des Glaubens und der politischen Richtung behandelt wird.

4 Vgl. Kirchner, Mark (1998): Kazakh and Karakalpak. In: Johanson, Lars / Csató, Éva Á. (Hrsg.) (1998): *The Turkic Languages*. London; New York. S. 318–332, hier S. 330.

5 Vgl. Kirchner, Mark (1998): Kazakh and Karakalpak. In: Johanson, Lars / Csató, Éva Á. (Hrsg.) (1998): *The Turkic Languages*. London; New York. S. 318–332, hier S. 330.

6 Vgl. Haarmann, Harald (1988): Sprachen- und Sprachpolitik. In: Ammon, Ulrich (Hrsg.): *Sociolinguistics: an international handbook of the science of language and society = Soziolinguistik*. Berlin. S. 1660–1678, hier S. 1675. Vgl. auch Isaev, Magomed (1982): Sociolingvističeskie problemy jazykov narodov SSSR. (Voprosy jazykovej politiki i jazykovogo stroitel'stva). Moskva. S. 122. In Russisch. [Soziolinguistische Probleme der Sprachen der UdSSR (Fragen der Sprachpolitik und Spracharchitektur)].

7 Vgl. Qaydarov, Abduw-aliy (1993): Qazaq termynologiyasına žanaša kösqaras. Almaty. S. 20f. In Kasachisch [Neuer Blick auf die kasachische Terminologie].

8 Vgl. Baskakov, N. A. (1952): Razvitie jazykov i pis'mennosti narodov SSSR (na materiale tjurkskich jazykov). In: Voprosy jazykoznanija 3/1952, S. 19–44, hier S. 32. In Russisch. [Entwicklung der Sprachen und Schriften der Völker der UdSSR].

9 Vgl. Glück, Helmut (1984): Sowjetische Sprachenpolitik. In: Jachnow, Helmut (Hrsg.) (1984): *Handbuch des Russisten. Sprachwissenschaft und angrenzende Disziplinen*. Wiesbaden. S. 519–559, hier S. 536. (=Slavistische Studienbücher; Neue Folge; Bd. 2).

10 Wie erfolgreich sowjetische Sprachpolitik war, zeigt eine Umfrage aus dem Jahr 1989: Über die Hälfte der ethnischen Kasachen beherrscht zu diesem Zeitpunkt ihre Muttersprache nicht ausreichend (vgl. Fierman, William (1998): *Language and Identity in Kazakhstan. Formulations in policy documents 1987–1997*. In: *Communist and Post-Communist Studies*, Jg. 31, H. 2, S. 171–186, hier S. 174f.).

Gegenwartskasachisch im politischen und soziokulturellen Kontext

Der Erklärung der Unabhängigkeit Kasachstans von der Sowjetunion im Dezember 1991 folgen der Wechsel des politischen Systems, die Demokratisierung des Staates und der Gesellschaft sowie Wirtschaftsreformen.¹¹ Den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformationsprozessen folgt im von über 130 verschiedenen Ethnien bewohnten Kasachstan eine Umgestaltung der Kulturpolitik. Als Antwort auf die sowjetische Assimilationspolitik soll es eine Renaissance der kasachischen Nationalkultur geben. Es entsteht ein neuartiges Bewusstsein in der postsowjetischen Gesellschaft, das die Form eines wachsenden Nationalpatriotismus annimmt und sich in der Ablehnung der sowjetischen Ideologie und der Generalisierung der eigenen nationalen Erfahrung zeigt. Die neue kulturpolitische Richtung wird programmatisch als *national-sprachliche Wiedergeburt* bezeichnet.¹² Wie diese Benennung verrät, ist für die kasachische Sprache dabei eine besondere Rolle vorgesehen. Sie soll ihre Renaissance als Sprache nicht nur der kasachischen Ethnie, sondern auch der kasachischen Nation erleben. Der kasachische Präsident Nazarbaev bestimmt, dass sich dabei am Modell des amerikanischen Patriotismus orientiert werden soll.¹³

Bald wird eine aktive Sprachpolitik zugunsten der kasachischen Sprache vorangetrieben. Die Erklärung des Kasachischen zur Staatssprache in der Verfassung von 1995 ergänzen bald das Gesetz *Über die Sprachen der Republik Kasachstans* (1997) und das *Staatliche Programm des Gebrauchs und der Entwicklung der Sprachen von 2001 bis 2010* (2001), die den Gebrauch der kasachischen Sprache in der öffentlichen Verwaltung vorschreiben. Faktisch wird Russisch weiterhin als einzige Verwaltungssprache verwendet, so dass die staatliche Sprachpolitik noch heute auf die Durchsetzung des Kasachischen als Erstsprache ausgerichtet ist.

Auf staatlicher Ebene entstehen Institutionen wie das Sprachkomitee (und dessen regionale Vertretungen), die staatliche Terminologiekommission und die Onomastikkommission. Das Regierungsvorhaben wird von der organisierten Sprachpflege tatkräftig unterstützt, beispielsweise von dem Sprachverein *Kasachische Sprache*, der von kasachischen Linguisten und der kasachischsprachigen Intelligenzija 1989 gegründet worden ist und der inzwischen über regionale Vertretungen verfügt und mehr eine Million Mitglieder hat.¹⁴ Die Aktivitäten der Staatsmänner und Sprachpfleger lassen sich in zwei Richtungen weiterverfolgen: in die Richtung des erweiterten Gebrauchs des Kasachischen in Öffentlichkeit und Verwaltung und in die Richtung der Reformierung der kasachischen Sprache. Letztere betrifft insbesondere das kasachisch-kyrillische Alphabet und die Schicht der Fremdwörter in der kasachischen Lexik.

Seit die postsowjetischen Nachbarstaaten Usbekistan, Turkmenistan und Aserbaidschan ihre Schriften reformiert haben, wird in Kasachstan darüber diskutiert, ob man dem Beispiel der benachbarten Türkländer folgen sollte. 2004 kündigte der kasachische Präsident Nazarbaev eine Reform der kasachischen Schrift an, ohne dafür einen zeitlichen Rahmen zu nennen.¹⁵ Das kasachische Bildungsministerium wurde anschließend angewiesen, eine wissenschaftliche Untersuchung zur Frage eines möglichen Wechsels zur lateinischen Schrift in Auftrag zu geben.¹⁶ Seit 2004 stellt die größte

11 Die Entwicklung Kasachstans und anderer ehemaligen Sowjetrepubliken seit 1991 ist ein beliebter Untersuchungsgegenstand für politik-, sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Kreise im Westen und in der genannten Region selbst.

12 Vgl. Kul-Muxammed, Muxtar (2004): *Osnova nacional'nogo bytija*. In: *Kazaxstanskaja pravda*. 20.08.2004. S. 4–5, hier S. 4. In Russisch [Basis der Nationalexistenz].

13 Vgl. Quwžattar žiynağı (1999): *Qazaqstan Respublikaındağı til sayasatı. Jazykovaja politika v Respublike Kazaxstan. Sbornik dokumentov*. Astana. S. 141. In Kasachisch und Russisch. [Sprachpolitik in der Republik Kasachstan. Dokumentensammlung].

14 Vgl. die Internetseite des Sprachvereins: <http://kaztil.kz/> (letzter Aufruf am 27.07.2010).

15 Vgl. <http://www.kazinform.kz/rus/article/84043> (letzter Aufruf am 12.04.2007).

16 Das Forschungsprojekt ist vom damaligen Ministerium für Bildung und Wissenschaft in Kooperation mit dem Baytursinov-Institut für Sprachwissenschaft durchgeführt worden. Ergebnisse der Untersuchung, einschließlich der Befürwortung des Übergangs zur lateinischen Schrift, sind veröffentlicht worden. Vgl. dazu Ministerstvo

kasachische Nachrichtenagentur *Kazinform* die kasachischsprachigen Nachrichten in zwei Schriften zur Verfügung, in der offiziellen kyrillischen und in der am Ausland orientierten und nichtoffiziellen lateinischen.¹⁷

Ob und inwieweit sich politische und gesellschaftliche Reformen auf die Veränderung und die Ausweitung der kasachischen Lexik auswirken, zeigt der empirische Teil der Forschungsarbeit. Anhand einer qualitativen Untersuchung eines Korpus aus dem gesellschaftlichen und dem computertechnischen Bereich sollen hypothetisch aufgestellte Phänomene der Lexikentwicklung überprüft werden, wie etwa die Ablösung von russischem Wortgut und von Internationalismen, die Wiedereinführung der kasachischen Stammlexik aus der vorsowjetischen Zeit und die von arabisch-persischen Lehnwörtern oder die Anlehnung ans Türkische und die Neigung zur Bildung von kasachischen Neuwörtern.

Theoretische und empirische Erkenntnisse sollen Besonderheiten in der Entwicklung des kasachischen Wortschatzes aufzeigen und Aufschluss über allgemeine Tendenzen der Weiterentwicklung der kasachischen Sprache geben. Da die Untersuchung bislang noch nicht abgeschlossen ist, wird auf die Formulierung von Schlussfolgerungen verzichtet. Zu vermuten ist allerdings, dass auf die Entwicklung des kasachischen Sprachsystems weiterhin politischer Einfluss ausgeübt wird und sich soziokulturelle Veränderungen auf den Wandel der kasachischen Sprache niederschlagen. Außerdem lassen sich voraussichtlich einige Hypothesen zu Entwicklungstendenzen des kasachischen Wortschatzes bestätigen.

obrazovanija i nauki Respubliki Kazaxstan (2007): Materialy naučnyx issledovanij po perexodu kazaxskogo alfavita na latinskuju grafiku. Almaty 2007. In Russisch. [Materialien zum Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse zum Übergang auf die kasachisch-lateinische Schrift].

17 Vgl. <http://www.inform.kz/kaz> und <http://www.inform.kz/qaz> (letzter Aufruf am 27.07.2010). Das lateinische Alphabet fürs Kasachische wurde von dem Linguisten Prof. Ä. Qaydar entwickelt. Die Regeln der Transliteration sind auf der Startseite der Nachrichtenagentur verfügbar (<http://www.inform.kz/qaz> (letzter Aufruf am 27.07.2010)).

Konstantin Kaminskij

Autorität und Autorschaft im kulturellen Transformationsprozess Ostmitteleuropas

Geehrte Anwesende, liebe Kolleginnen und Kollegen, des Öfteren in meinem Leben hatte ich die Ehre, zu einem Weltkongress des Internationalen PEN-Clubs eingeladen zu werden. Doch das kommunistische Regime hat es mir jedes Mal unmöglich gemacht, daran teilzunehmen. Ich habe erst achtundfünfzig Jahre alt werden, die politische Wende in meinem Land erleben, sein Präsident werden und den Kongress nach Prag einladen müssen, um das erste Mal in meinem Leben an diesem bedeutenden Ereignis teilnehmen zu können.¹

Diese knappe autobiographische Selbstdarstellung Václav Havels, mit der er sich 1994 an seine Zuhörer wandte, stellt den Modellfall der Karriere eines osteuropäischen Dissidenten und Schriftstellers dar. Der Dissident, ehemals ein im restriktiven Kulturbetrieb der sozialistischen Parteistaaten isoliertes oder exiliertes Individuum, bildete nach der Wende von 1989 in vielen neu entstandenen ost- und mitteleuropäischen Nationalstaaten den integralen Kern der politischen Klasse. Es zeigte sich, dass sich gerade die oppositionellen Schriftsteller, die die Träger einer dem Parteiapparat kritisch gegenüberstehenden und von ihm ausgeschlossenen Sprache gewesen waren, im europäischen Integrationsprozess als Staatsmänner und Präsidenten bewährten.

Das osteuropäische Dissidententum ist ein äußerst heterogenes soziokulturelles und politikgeschichtliches Phänomen und für verallgemeinernde komparatistische Zugriffe schwer fassbar, steht einem solchen doch eine äußerst breite Palette nationaler Eigenheiten, sozialer Trägerschichten und politischer Konzepte entgegen. Deshalb mangelt es auch an umfassenden Studien zum Konzept des Dissidententums in Ost- und Mitteleuropa,² wenngleich die Bedeutung der Intellektuellen und Schriftsteller für die Findung integrierender Argumente, die langfristige Formulierung von Zielen und die Organisation eines konspirativen Informationssystems (Selbstverlag, Fliegende Universitäten, Kommunikation mit westlichen Intellektuellen) kaum zu überschätzen ist. Die oppositionellen Intellektuellen in Ost- und Mitteleuropa teilten sich hauptsächlich in zwei, zum Teil konkurrierende Strömungen:³ einerseits in desillusionierte Linke, die einen Reformmarxismus vertraten (dazu gehörten z. B. die Jugoslawische Praxisgruppe und die Budapester Schule), und andererseits in junge »Technokraten«, Vertreter der technischen Intelligenz, die ganz ohne ideologische Motivierung auf ökonomischen Rationalisierungsmaßnahmen beharrten. Während die linken Intellektuellen nach 1968 auf Konfrontationskurs zur Regierung gingen und einen Informationsuntergrund aufbauten, versuchten die »Technokraten«, aus dem Inneren des Parteiapparats heraus Änderungen herbeizuführen. Erst 1977, nach fast einem Jahrzehnt, fanden beide Gruppen unter dem konsolidierenden Konzept der »zivilen Gesellschaft« (Civil Society) wieder zueinander. Die »universale Sprache der Bürgerrechte«,⁴ die diesem Konzept zugrunde lag, zog die Aufmerksamkeit linker westeuropäischer Intellektueller von den antibürgerlichen maoistischen und trotzkistischen Theorien ab und lenkte

1 Václav Havel (1998): *Moral in Zeiten der Globalisierung*. Reinbek bei Hamburg, 118.

2 Vgl.: Kacper Szulecki (2009): *Smashing Concrete With Words. The Central European 'dissidents', their representations and discourses*. http://www.changing-europe.org/download/Summer_School_2009/Szulecki.pdf.

3 Vgl.: Gil Eyal / Ivan Szelenyi (1998): Das zweite Bildungsbürgertum: Die Intellektuellen im Übergang vom Sozialismus zum Kapitalismus in Mitteleuropa. In: M. A. Hatschikjan [Hrsg.]: *Eliten im Wandel. Politische Führung, wirtschaftliche Macht und Meinungsbildung im neuen Osteuropa*. Paderborn, 96f.

4 Oscar Gruenewald (2007): Toward an Open Society: Reflections on the 1989 Revolution in Eastern Europe. In: S. J. Kirschbaum [Hrsg.]: *Central European History and the European Union. The meaning of Europe*. Basingstoke, 32.

sie auf die osteuropäischen Dissidenten und ihre legitime Einforderung der Bürgerrechte in den ostmitteleuropäischen Parteidiktaturen.⁵

Die universelle Sprache, die die osteuropäische Dissidentenbewegung legitimiert und konsolidiert, verlangt ihren Wortführern eine meisterliche Beherrschung der nationalen Literatursprachen ab. Sie demonstriert deren Fähigkeit, über das Wort, das Erzählen und die Mythenschöpfung zu verfügen und zeugt von ihrer Kompetenz im Umgang mit nationalen literarischen Traditionen, sozialen Metaphern und Identitätsnarrativen. Die Sprachgewalt ermächtigte sie schließlich auch zur Regierungsgewalt: Nach 1990 erlangten in vielen Staaten des Ostblocks dissidentische Autoren als erste demokratisch gewählte Präsidenten ihrer Länder die höchste staatliche Autorität. Das Spektrum der politischen Images reicht dabei von den demokratischen Erfolgsgeschichten europäischer Integration (Václav Havel in Tschechien, Árpád Göncz in Ungarn, Lennart Meri in Estland, Schelju Schelew in Bulgarien und Ibrahim Rugova im Kosovo) über die skrupellose Instrumentalisierung von Intellektuellen durch altkommunistische Machteliten (Mircea Dinescu und Ana Blandiana in Rumänien) bis hin zur Installierung nationalistischer Demokratien auf dem Balkan (Franjo Tuđman in Kroatien, Dobrica Ćosić in Serbien und Radovan Karadžić in Bosnien).⁶ Im Folgenden soll die Verknüpfung von dissidentischer Autorschaft und legitimer Autorität an den Beispielen Havels und Gönczs vergleichend skizziert werden.⁷

Havels Karriere als Dramaturg begann 1963 mit der Uraufführung des Theaterstücks *Das Gartenfest*.⁸ Die im Stil des absurden Theaters verfasste Komödie bringt ein desolates und verselbständigtes bürokratisches System auf die Bühne, das von einem jungen Intellektuellen aus der Mittelschicht unterwandert und in Selbstauf Lösungsvorgänge verstrickt wird. Die Bürokratiesatire trägt zugleich Spuren einer Aufbruchsstimmung: Sie stellt einen verhaltenen Aufruf dar, das sozialistische System mithilfe seiner eigenen Regeln auszutricksen und umzugestalten. Nach dem Prager Frühling 1968 bekam Havel in der Tschechoslowakei Publikations- und Aufführungsverbot. Damit begann seine Dissidentenkarriere, deren Stationen die Veröffentlichungen im Samizdat und im Westen, der Offene Brief an Gustáv Husák, die erste Verhaftung, die Charta 77 und die erneute Verhaftung sind. 1978, zwischen den beiden Verhaftungen, formulierte Havel seine Standpunkte und sein Konzept des osteuropäischen Dissidententums in einem Essay.⁹ In Absetzung zu »klassischen« Diktaturen bezeichnet

5 Robert Horvath: (2007): „The Solzhenitsyn Effect“: East European Dissidents and the Demise of the Revolutionary Privilege. In: *Human Rights Quarterly* 29 (2007), 902.

6 In einer Essaysammlung skizzierte Dubravka Ugrešić bereits 1994 einige markante Züge der politisch-literarischen Systeme im ehemaligen Jugoslawien. Die Kulturpolitik und die mediale Repräsentation der Führungsgestalten Tuđman, Ćosić und Karadžić beschreibt sie als »nationalistischen Populismus und intellektualistischen Neofaschismus«. Die Situation der Intellektuellen auf dem Balkan ist dadurch geprägt, dass Jugoslawien durch seine frühzeitige Abspaltung vom Stalinismus und die damit einhergehende Westannäherung keine ausgeprägte Dissidentenkultur entwickelt hat. Sowohl Tuđman als auch Ćosić waren im jugoslawischen Kulturbetrieb angesehenen Funktionäre. Den Ausbruch der Kriege auf dem Balkan beschreibt Dubravka Ugrešić als Realisierung von Metaphern aus poetischen und literarischen Projekten von Ćosić und Karadžić und als einen Prozess der Vernichtung von Identität und der Erschaffung einer nationalistischen Ersatzidentität in postmodernen Diktaturen. Vgl.: Dubravka Ugrešić (1995): *Die Kultur der Lüge*. Frankfurt am Main, 83ff.

7 Der polnische Sonderweg, dessen inspirierende Bedeutung für die Spätphase der osteuropäischen Dissidentenbewegung nach 1981 kaum zu überschätzen ist, muss aus Platzgründen weitgehend unberücksichtigt bleiben. Der überragende Einfluss des ehemaligen Theaterautors Karol Wojtyła (ab 1978 Papst Johannes Paul II.) auf die gesamte osteuropäische Dissidentenbewegung soll an dieser Stelle aber hervorgehoben werden. Dabei ist nicht nur die Geheimdiplomatie des vatikanischen Staatschefs und die Unterstützung der Solidarność von Belang (vgl.: Oliver Bange (2007): Die USA und die oppositionellen Bewegungen in Osteuropa von 1961 bis 1990. In: H.-J. Vein [Hrsg.]: *Wechselwirkungen Ost-West. Dissidenz, Opposition und Zivilgesellschaft 1975–1989*. Köln u. a., 93f.). In unserem Zusammenhang ist der Papst vorrangig als konsolidierende Identitätsfigur der osteuropäischen Dissidenten interessant.

8 Umfassend zu Havels Theaterkarriere: Carol Rocamora (2005): *Acts of courage. Václav Havel's life in the theatre*. Hanover, NJ.

9 Die Begriffe »Opposition« und »Dissident« in Bezug auf die ostmitteleuropäische Protest- und Bürgerrechtsbewegung sind für Havel von der westlichen Presse aufkotrolierte Begriffe, die er gezwungenermaßen übernimmt. Vgl.: Václav Havel (1980): *Versuch, in der Wahrheit zu leben. Von der Macht der Ohnmächtigen*. Reinbek bei Ham-

Havel die Ostblockstaaten als posttotalitäre Regime, die nicht auf der Obergewalt eines Despoten, sondern auf einer geschickt ritualisierten Machtkommunikation aufbauen, die den Menschen zwingt, »in der Lüge zu leben« und eine tiefe Identitätskrise provoziert. Dissidenz ist der Weg, um aus dieser Krise zu entkommen und »in der Wahrheit zu leben«. Als Merkmale der osteuropäischen Protestbewegung benennt Havel zum einen die Abwehr des »globalen« Angriffs des posttotalitären Systems auf den Menschen und zum anderen das Legalitätsprinzip – die Verteidigung der Menschen- und Bürgerrechte, die im internationalen Bürgerrechtsabkommen, der KSZE-Schlussakte und formell auch in den Verfassungen der einzelnen Staaten garantiert sind. Zur Beschreibung der dissidentischen Praxis und ihrer Handlungsspielräume verwendet Havel den von dem Charta 77-Mitglied Václav Benda geprägten Begriff der »parallelen Polis«. Er bezeichnet den Aufbau von Parallelstrukturen, die das Kommunikationsmonopol der Partei unterlaufen und die offiziellen Strukturen auf lange Sicht durch feine Integrations- und Differenzierungsmechanismen aufweichen und eine den menschlichen Bedürfnissen entsprechende Pluralität der Kommunikationsformen ermöglichen.¹⁰

Das Konzept der »parallelen Polis« entwickelte der prominente ungarische Dissident György Konrád 1984 unter dem Schlagwort der »Antipolitik«¹¹ weiter:

Die führenden Amtsträger sind tatsächlich nicht die schlechtesten Ideenverbraucher. Letztendlich sind sie auch Intellektuelle; sie lesen gern interessante Texte, das heißt, die von ihnen nicht kontrollierten Texte. [...] Ich fordere nicht den kämpferischen Druck der Masse gegen die Politiker. Es ist nicht passend, wenn betagte Männer Angst haben müssen, verprügelt zu werden. Es ist wünschenswerter, ihrem Über-Ich unsere Werte einzuimpfen. Man kann nicht verlangen, dass die Intellektuellen der Exekutive genauso denken wie die schöpferisch tätigen Intellektuellen. Aber warum sollten sie ausgerechnet entgegengesetzt denken?¹²

Während auf dem polnischen Weg zur Wende also der kommunistischen Arbeiterpartei eine unabhängige Arbeitergewerkschaft entgegengesetzt wird und der tschechische Weg die Kluft der Entfremdung zwischen dem kommunistischen Regime und den basalen menschlichen Bedürfnissen formuliert, lässt sich der ungarische Weg der Dissidenz als geistige Infiltration der Verwaltungsstrukturen beschreiben – als eine Art Langzeitvirus –, die auf den gemeinsamen Klasseninteressen von Bürokratie und schöpferischer Intelligenz beruht.

Árpád Göncz, der 1990 den Präsidentenposten in Ungarn übernahm, konnte auf eine lange Dissidentenkarriere zurückblicken: Seinem Jurastudium folgte 1944 die sowjetische Kriegsgefangenschaft, danach ein Zweitstudium, 1956 der Ungarische Aufstand, 1958 die Verurteilung zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe, 1960 Hungerstreiks im Gefängnis und schließlich 1963 die Generalamnestie, in deren Folge Göncz freikam. Anschließend war er als freier Schriftsteller und Literaturübersetzer tätig. In dem Drama *Hinter Gittern* von 1979 verarbeitete Göncz nicht nur seine Gefängniserfahrungen, sondern

burg, 43; 47.

- 10 Das erste Theaterstück, das Havel nach seiner Haftentlassung 1983 verfasst hat, trägt den vielsagenden Titel *Largo Desolato*. Es ist eine Innenansicht des Dissidentenmilieus nach den schicksalhaften Niederlagen des Prager Frühlings, der Ausrufung des Kriegszustands in Polen und der jahrelangen Zermürbung durch den repressiven Apparat. Der Held des Stücks – ein betagter oppositioneller Philosophieprofessor – wird vor die Wahl gestellt, entweder seine Autorschaft zu widerrufen oder ins Gefängnis zu gehen. Als Galionsfigur der Protestbewegung wird er dabei vom Erwartungsdruck seiner Nächsten überwältigt. Sein nach langem inneren Ringen gefasster Entschluss »in der Wahrheit zu leben« und ins Gefängnis zu gehen (der einer Erlösung gleichkommt), wird ihm von den Agenten des Regimes schließlich verwehrt. Das System hat offenbar gelernt, den Bestrebungen der Protestbewegung mit fein justierten Unterdrückungsmechanismen zu begegnen. Nicht mehr mit den Mitteln offener Gewalt, mit Schauprozessen und Verhaftung, sondern durch andauernde qualvolle Ungewissheit und das stetige Durchsickern der Öffentlichkeit (der offiziellen wie der oppositionellen) in die Privatsphäre unterminiert das System die moralische Autorität und die Identität der Protestbewegung.
- 11 Der Entwurf der »Antipolitik« als einer Theorie dissidentischen Handelns erwächst aus der soziologischen Studie György Konráds und Iván Szelényis *Die Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht* (1978) und aus den Arbeiten der Budapest School um Ágnes Heller und Ferenc Fehér, die über die *Theorie der Bedürfnisse bei Marx* (1976) für die osteuropäischen Gesellschaften den Begriff der *Diktatur über die Bedürfnisse* (1983) prägten.
- 12 György Konrád (1985): *Antipolitik. Mitteleuropäische Meditationen*. Frankfurt am Main, 118f.

auch das prekäre Verhältnis zwischen Diktatoren und Dissidenten: In einem fiktiven Land haben ein Diktator und ein dissidentischer Dichter ehemals als Kampfgefährten eine Revolution angeführt. In der Folge eines Staatsstreichs usurpiert der neue »Präsident« die Autorschaft der Nationalhymne und steckt den Dichter hinter Gitter, weil dieser sich vehement weigert, dem Präsidenten die Autorschaft zu überlassen und damit wiederum deren »offizielle« Version usurpiert. Diese auktoriale Pattsituation, um die sich die Handlung der Tragikomödie aufbaut, schöpft ihr subversives Potenzial aus den »zweilichtigen« Biographien der osteuropäischen Partei- und Staatschefs. So waren János Kádár, Władysław Gomułka und Gustáv Husák bevor sie die höchste Macht in ihren Ländern erlangten allesamt politische Gefangene der Staatssicherheit, also Dissidenten, und von daher bestens mit der dissidentischen Konspirations- und Organisationspraxis vertraut. Ihre Kritiker – Autoren wie Havel, Göncz und Wałęsa – traten, wenn man das so sagen kann, in ihre Fußstapfen. Auch sie vollzogen, wenngleich unter anderen Vorzeichen und mit anderen Zielen, die Karriere vom Schreiber zum Unterschreiber, wie Árpád Göncz das in einem Interview 1991 treffend formuliert hat.¹³

13 Vgl.: »Schnell ist der Macht der Finger gereicht...« In: NZZ Folio 12 (1991). <http://www.nzzfolio.ch/www/d80bd71b-b264-4db4-afd0-277884b93470/showarticle/10c34692-d5a4-4147-9465-b6f8c8f7db27.aspx>.

Marta Podolczak

Zwischen Sprache und Diskurs in Niederschlesien 1945–1950. Von »kolonialen« Wahrnehmungsmustern zur schlesischen »Pidginsprache«¹

Die Grenzverschiebungen 1945 und ihre sozialpolitischen Folgen für Niederschlesien

Infolge des Zweiten Weltkriegs kam es zu Grenzverschiebungen, die einen Bevölkerungstransfer in Ostmitteleuropa nach sich zogen. Der Bevölkerungsaustausch verlief in mehreren Phasen,² die sich bis in die 1950er Jahre hinzogen.³ Dies führte zu freiwilligen oder erzwungenen Kontakten zwischen Vertretern verschiedener Nationen und Ethnien, wodurch sich neue Wahrnehmungsmuster herausbildeten und konsolidierten. Nationalstereotype, Mythen und Erinnerungsorte wurden aktiviert und aktualisiert, um die jeweilige nationale Herrschaft über Niederschlesien zu legitimieren.

Postkoloniale Studien im ostmitteleuropäischen Kontext

Der postkoloniale Ansatz, der im Kontext der kolonialen Eroberungen in Afrika, Asien und Amerika und ihrer sozialen Folgen sowohl für die Kolonialmächte als auch für die kolonisierten Staaten entwickelt wurde, wird im letzten Jahrzehnt immer häufiger in metaphorischer Weise auf politische Abhängigkeitsverhältnisse in Ostmitteleuropa übertragen. In diesem Kontext werden in Bezug auf Polen grundsätzlich folgende »Kolonialdiskurse« analysiert:

- Polen als »kolonisierter« Staat: Folgen der Teilungen Polens im 18. Jahrhundert für die polnisch-russischen und die polnisch-preußischen Wahrnehmungen;
- Polen als »Kolonialstaat«: polnische Eroberungen in den Kresy-Gebieten;
- regionale Identitäten als Bhabhaschen (»Zwischenidentitäten«);⁴
- polnische Migranten im Kontext von Hybridität und Mimikry-Strategien;
- Geschichte Niederschlesiens in diversen »Kolonisierungsdiskursen«.⁵

Die »kolonialen Zuschreibungen und Stereotype«, die sich infolge der politischen Lage 1945 in Niederschlesien entwickelten, verliefen nicht nur entlang des klassischen Oppositionspaares der »Kolonisatoren« und der »Kolonisierten«, sondern wurden um die Figur des Dritten⁶ erweitert, die zu einer ständigen Aktualisierung, Umpolung und Relativierung der gegensätzlichen »kolonialen« Rollen im Dreieck Deutsche – Polen – Russen führte. Zusätzlich gestört wurde diese nationale Triade

1 Der Aufsatz entstand im Rahmen des Projekts »Der erzwungene Bevölkerungstransfer der Jahre 1944–1950 in der deutschen und polnischen Literatur – Fremd- und Kolonisierungswahrnehmungen im Dreieck Deutsche – Polen – Russen (Teil 1 – Niederschlesien)«, das vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien und der Universität Passau gefördert wurde.

2 Man unterscheidet hauptsächlich drei Phasen des Menschentransfers: Flucht, wilde Vertreibung und kontrollierte Aussiedlung (vgl. Ther, P. 1998. Deutsche und polnische Vertriebene. Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und in Polen 1945–1956. Göttingen, S. 42, 58).

3 Um keine direkten Assoziationen mit Vertreibung bzw. Aussiedlung zu aktivieren, wurden spätere Phasen, die bis in die 1970er Jahre hinein andauerten, als »Familienzusammenführung« bezeichnet (vgl. Jankowiak, S. 2005. *Wysiedlenie i emigracja ludności niemieckiej w polityce władz polskich w latach 1945–1970*. Warszawa, S. 84).

4 Vgl. Bhabha, H. K. 2000. *Die Verortung der Kultur*. Tübingen, S. 165.

5 Vgl. Domańska, E. 2008. »Studia postkolonialne w Polsce (wybrana bibliografia)« (<http://www.postcolonial-europe.eu/index.php/en/bibliographies/79-studia-postkolonialne-w-polsce-wybrana-bibliografia>, Zugriff am 08.06.2010).

6 Vgl. Koschorke, A. 2005. »Vermittlung und Unterbrechung. Das Dritte als Institution«. *Soziale Ungleichheit, Kulturelle Unterschiede*. CD. Hg. v. K.-S. Rehberg. Frankfurt/Main-New York, S. 3736–3746.

durch die Anwesenheit hybrider ethnischer Identitäten, die sich zumindest in der ersten Phase keiner nationalen Gruppe zuschreiben ließen. Darüber hinaus führten die Differenz zwischen den von der Bevölkerung empfundenen und den in Jalta und Potsdam festgelegten Grenzen zu Verschiebungen und Abweichungen der Selbst- und Fremdwahrnehmung, so dass keine klare Unterscheidung zwischen »Kolonisatoren« und »Kolonisierten« möglich war. Um die jeweilige nationale Macht in Niederschlesien nach 1945 zu etablieren bzw. zu konsolidieren, wurden sowohl von Polen als auch von Deutschen Diskurse produziert bzw. aktiviert, die in dem liminalen Raum ein neues hegemoniales Verhältnis erzeugen sollten.

Nationale Diskurse über Niederschlesien

Nach 1945 bildeten sich zwei Diskurse zu Niederschlesien heraus, die jeweils entweder die deutsche oder die polnische Herrschaft über die Region legitimieren sollten. Die Wissensproduktion im Rahmen der »kolonialen« Machtkonsolidierung umfasste verschiedene Wissensgebiete, die durch diverse Machtorgane kontrolliert wurden.

Trotz der diskursiven Erzeugung der »kolonialen« Macht in Niederschlesien und ihrer Kontrolle, die mehrere Ebenen umfasste, gibt es literarische Texte der schlesischen Literaturlandschaft,⁷ die nicht nur »koloniale« Rollen verfestigen und sich dem jeweiligen Diskurs unterordnen, sondern auch Momente thematisieren, an denen der Machtdiskurs brüchig wird, so dass individuelle von durch den Diskurs vorgegebenen Wahrnehmungen abweichen. In den Aussagen von literarischen Figuren geschieht dies häufig, indem der Sinn einer Aussage durch ihre Form dekonstruiert wird. Solche Inkompatibilität macht Spuren des »Kolonialdiskurses«, die sich seiner Kontrolle entzogen haben, sichtbar.

Sprachen der Macht

Auf der Ebene der Figurenrede können »koloniale« Wahrnehmungsmuster sowohl direkt als auch indirekt vermittelt werden. Im ersten Fall verkünden die Protagonisten den anderen Figuren ihre Macht explizit, über das Medium der Sprache. Im zweiten Fall handelt es sich um Äußerungen, die dem Gegner explizit Eigenschaften zuschreiben, die seine Unterwerfung rechtfertigen sollen, z. B. Kulturlosigkeit, Primitivität, Brutalität, Trunkenheit, orientalisches Aussehen oder ein unkontrollierter Sexualtrieb. Parallel dazu wird der überlegene Gegner als ein mit der Kultur vertrauter ordentlicher und fleißiger Mensch geschildert. Beide Techniken werden sowohl in der deutschen als auch in der polnischen Literatur verwendet und sollen die jeweilige Macht symbolisch vollziehen.

Brüche innerhalb des Machtdiskurses werden erst durch die Entstehung von hybriden Gebilden sichtbar. Eine durch den Kontakt von untergeordneter und überlegener Kultur entstandene kreolierte Sprache können sowohl die Kolonisierten als auch die Kolonisatoren verwenden. Der Gebrauch der Sprache durch die kolonisierte Bevölkerung weist auf ihre Anpassung an den Kolonisator hin und konsolidiert dessen Macht. Gleichzeitig hat der Akt subversiven Charakter. Die Wahl der Zwischensprache ist eine Mimikry-Technik, die nicht nur eine Angleichung an die Kolonisatoren anstrebt, sondern auch und vor allem dem Erreichen bestimmter Vorteile dienen soll.

Die schlesische »Pidgin-Sprache« entwickelte sich spontan im Alltag. In Romuald Cabajs Roman *Trzebień lasu* (1967)⁸ bettelt ein kleiner deutscher Junge auf der Straße unter der polnischen Bevölkerung: »Gnädige Frau, ein Stückchen chleb bitte...« (S. 77). Doch auch die Polen müssen das Deutsche bzw. eine Zwischensprache beherrschen. Eine polnische Bäuerin in Cabajs Roman wendet sich an ihre deutsche Aushilfe bei der Zubereitung der Mahlzeiten für die Erntehelfer: »dużo ajer«

7 Helbig, L. F. 1996. *Der ungeheure Verlust. Flucht und Vertreibung in der deutschsprachigen Belletristik der Nachkriegszeit*. 3. Aufl. Wiesbaden, S. 7.

8 Cabaj, R. 1967. *Trzebień lasu. Powieść*. Katowice 1967.

(S. 92). In Jerzy Pytlakowskis Roman *Fundamenty* (1950)⁹ schreit ein Pole eine deutsche Mutter, deren Sohn Wasser aus einer Pfütze trinkt, mit den Worten an: »– Rany boskie – orzeka Zagórny. – To szczeniak. Fräulein! – krzyczy do Niemek [...]. – Pilnować Kinder. Tyfus nam tu zrobią!« (S. 141). In Rudolf Irmers Sammlung von Erzählungen *Stimmen der Heimat* (1963)¹⁰ unterhält sich ein deutscher Pastor mit einem polnischen Bürgermeister:

»Dobra«, sage ich, »woher du Schwein genommen?«

»Ach, nicht sprechen davon.«

»Na, du kannst es mir schon sagen, ich bin Pastor, Ksiadz, sage es nicht weiter.«

»Nun, Schweinchen zapp-zerapp!« (S. 32)

Sowohl der Pfarrer als auch der Bürgermeister sprechen eine Mischung aus Deutsch und Polnisch miteinander, der Pfarrer gebraucht sogar polnische Worte, »dobra« und »ksiadz«, und ahmt die polnische Syntax nach. Der gegenseitigen Anpassung auf sprachlicher Ebene folgt aber eine zunehmende Überlegenheit des Deutschen über den Polen, der sich im Gespräch sogar als Dieb ausgibt und die eigene Autorität in Frage stellt.

Auch die sowjetischen Soldaten entwickeln eine Mischsprache oder versuchen, Deutsch mit russischer Syntax zu sprechen, um sich mit den Deutschen zu verständigen. In Gisela Geismars Erlebnisbericht *Der lange gewaltsame Abschied von Schlesien* (1986)¹¹ wird von einem Russen berichtet, der mit dem Kommentar »Das Frrau ich nehmen, so ein Frrau ich brrauch!« eine Frau aus einer Gruppe von Frauen (S. 44) herausgezogen hat. Zwar wird der sexuelle Triumph des Russen zum symbolischen politischen Sieg über Deutschland, gleichzeitig weist seine sprachliche Anpassung aber auf seine auch von ihm wahrgenommene Unterlegenheit hin. In Erika Appels Roman *Ein Funken Menschlichkeit* (1990)¹² wird die Sprache der Russen auf folgende Aussagen beschränkt: »>Du Soldat?< [...] >Du Nazi?< [...] >Du Schnaps? Du Wodka?<. [...] >Uri? Uri?<< (S. 17). Die Deutschen antworten auf die Fragen in einer ähnlichen Zwischensprache: »Ich alt. Ich sechsundachtzig Jahre. Ich Soldat bei Kaiser. Ich jetzt nie in Krieg.« (S. 20).

Ähnlich klingt auch die Machtverkündung eines Polen, der der deutschen Bevölkerung erklärte: »Das Land ist endlich wieder polnisch! Es ist unser Land! Polnischer Staat nicht töten wie Hitler. Ihr alt und krank. Ihr in euer deutsches Land. Ihr gutem, polnisches Staat danken.« (S. 25). Ähnlich verläuft die Übernahme der deutschen Häuser in Eckhart Bürkners Roman *Der Geruch der Erde* (2001),¹³ die ebenfalls mit Hilfe einer Mischsprache verkündet wird: »Mattka, großes Haus meine, kleines Haus deine.« (S. 86).

Die Kommunikation mit Hilfe einer Zwischensprache dient zwar der gegenseitigen Verständigung, konsolidiert aber gleichzeitig auch die Differenz zwischen Kolonisator und Kolonisiertem, da beide sich der Zwischensprache bedienen, um daraus eigenen Nutzen zu ziehen. Andererseits hat sie eine subversive Wirkung, die die »koloniale« Hierarchie in Frage stellt.

Fazit

In der deutschen wie in der polnischen Belletristik lässt sich eine Diskrepanz zwischen der Ebene des Diskurses und der Ebene der individuellen Wahrnehmungen feststellen. Die Brüche innerhalb des Diskurses kommen in der Figurenrede zum Ausdruck. In einer »(post-)kolonialen« Kommunikationssituation wird die Ambiguität des Pidgins aktiviert. Während der Kolonisator es spricht, um seine

9 Pytlakowski, J. 1950. *Fundamenty. Powieść*. 2. Aufl. Warszawa.

10 Irmeler, R. 1963. *Stimmen der Heimat*. Lorch.

11 Geismar, G. 1986. *Der lange gewaltsame Abschied von Schlesien* 1. Februar 45–28. März 46. Berlin.

12 Appel, E. 1990. *Ein Funken Menschlichkeit*. München.

13 Bürkner, E. 2001. *Der Geruch der Erde. Eine Familie erinnert sich*. Jena.

Macht gegenüber den zu Kolonisierenden zu unterstreichen, kommuniziert der Kolonisierte in der Zwischensprache, um seine Situation zu verbessern und um in der Zukunft eine eigene Machtbasis aufzubauen. In dem Moment, in dem der Kolonisator die Mischsprache spricht, verzichtet er auf einen Teil seiner Macht. Die Subversivität der Zwischensprache entstammt somit der Ausweglosigkeit der kolonialen Situation, der das binäre Denken des Kolonisators zugrunde liegt. Der Kolonisator will seine Macht verbal äußern und so einen gelungenen performativen Akt vollführen. Da er sich die für das Gelingen des performativen Akts notwendigen Befugnisse selbst erteilt, kann die Machtäußerung nur noch am Nichtverstehen der Unterworfenen scheitern. Somit ist die Zwischensprache, mit deren Hilfe die neue Gewalt verkündet wird, immer ein Kompromiss. Einerseits vollzieht sie die Macht, während sie sich ihr andererseits gleichzeitig entzieht.

Marie-Therese Filip

»Die Ukraine ist noch nicht gestorben« – Eine junge ukrainische Generation und ihre nationale Identität¹

Die erste Zeile der ursprünglichen Version² der ukrainischen Hymne ist ein prägnanter Marker bei der Suche nach einer ukrainischen Identität. »Die Ukraine ist noch nicht gestorben« – im historischen Kontext betrachtet, zeigt sich die Bedeutung des Satzes. 1991 erlangte die Ukraine ihre Unabhängigkeit von der Sowjetunion und begann den Prozess der Renationalisierung. Bei der Bildung einer nationalen Identität nehmen Gedächtnispolitik und Erinnerungskultur³ eine ganz wesentliche Rolle ein. Mittels Symbolen, einer Neuschreibung der Geschichte und der Förderung ukrainischer Traditionen und der ukrainischen Sprache sollte eine originär ukrainische nationale Identität (wieder) erschaffen werden. Eine rigorosere Nationalisierungspolitik wurde allerdings erst nach dem politischen Wechsel im Zuge der Orangen Revolution verfolgt. Die in meiner Forschungsarbeit verfolgte Hypothese gründet auf der Annahme, dass sich seit der Unabhängigkeit trotz der vermeintlichen Spaltung des Landes in Ost und West eine junge Generation von Ukrainern herausgebildet hat, die während ihres Heranwachsens unmittelbar vom Nationsbildungsprozess der Ukraine betroffen war.⁴ Daraus ergaben sich folgende Forschungsfragen für meine Arbeit: Wie wird über Gedächtnispolitik und Erinnerungskultur ein kollektives Gedächtnis geschaffen? Inwieweit hat ein kollektives Gedächtnis Einfluss auf die Entwicklung einer nationalen Identität? Welchen Bezug haben junge Erwachsene in der Ukraine zu Sprache, ukrainischen Symbolen und wichtigen Ereignissen und Persönlichkeiten der Geschichte? Was lässt sich daraus für die nationale Identität dieser Generation schließen?

Kollektives Gedächtnis und nationale Identität in der Ukraine

Eine Nation ist eine Seele, ein geistiges Prinzip. Zwei Dinge, die in Wahrheit nur eins sind, machen diese Seele, dieses geistige Prinzip aus. Eines davon gehört der Vergangenheit an, das andere der Gegenwart. Das eine ist der gemeinsame Besitz eines reichen Erbes an Erinnerungen, das andere ist das gegenwärtige Einvernehmen, der Wunsch zusammenzuleben, der Wille, das Erbe hochzuhalten, welches man ungeteilt empfangen hat. (*Ernest Renan, 1882*)⁵

Ernest Renan spricht hier zwei wesentliche Aspekte der Konstituierung einer Nation an: gemeinsame Erinnerungen sowie den Willen, als Gemeinschaft zusammenzuleben. Das kollektive Gedächtnis einer Gesellschaft trägt dazu bei, dass die einzelnen Individuen sich u. a. auf einen gemeinsamen Ursprung berufen können. Konzepte wie die *imagined communities* von Benedict Anderson, die *invented traditions* von Eric Hobsbawm, die Erinnerungsfiguren Jan Assmanns und die *lieux de mémoire*⁶ von Pierre Nora

1 Dieser Artikel basiert auf der Forschungsarbeit für meine unveröffentlichte Diplomarbeit »Kollektives Gedächtnis und nationale Identität in der unabhängigen Ukraine. Perspektiven junger Erwachsener in Charkiv und L'viv« (2010) am Institut für Kultur- und Sozialanthropologie an der Universität Wien.

2 Die Originalversion basiert auf einem 1862 verfassten Gedicht des Ethnographen und Dichters Pavlo Čubinskyj. Im Jahr 2003 wurden einige kleine Änderungen am Text der Hymne vorgenommen, u. a. wurde »Die Ukraine ist noch nicht gestorben, weder Ruhm noch Freiheit« durch »Noch sind der Ukraine Ruhm und Freiheit nicht gestorben« ersetzt (Kiss 2004; Kuzio 2005).

3 Gedächtnispolitik dient politischen Eliten als Medium, um ein kollektives Gedächtnis mit Erinnerungen an eine gemeinsame Vergangenheit zu erinnern oder zu konstruieren und zu festigen. Erinnerungskultur wird dagegen von der Zivilbevölkerung verwendet, um historische Gegebenheiten und Persönlichkeiten im nationalen Gedächtnis zu verankern. Jede einzelne Gruppe entscheidet abhängig von ihren Absichten und Zielen selektiv, was erinnert werden soll (Kuzio 2002).

4 Die exemplarischen Interviews für meine Forschungsarbeit führte ich mit jungen Erwachsenen in den Städten Charkiv und L'viv. Sie haben keinen repräsentativen Charakter für die Gesamtukraine.

5 http://www.zeit.de/reden/die_historische_rede/200109_historisch_renan.

6 Die Erinnerungsorte von Pierre Nora sind nicht ausschließlich geographische Orte, sondern "fundamentally re-

setzen bei eben diesen Aspekten an. Mit der Schaffung von nationalen Symbolen wie etwa Flaggen, Hymnen und Staatswappen und Erinnerungsorten wie Museen, Symbolfiguren und Festlichkeiten wird ein kollektives Gedächtnis und damit eine Identität gemeinsamen Ursprungs geschaffen.

In der Ukraine schien dies aufgrund der unterschiedlichen historischen Entwicklungen einzelner Landesteile sowie wegen der ethnischen Heterogenität und der Multilingualität der Bevölkerung eine besondere Herausforderung zu sein. Das ukrainische Territorium existiert in seiner heutigen Form erst seit 1945, als alle ukrainischen Gebiete endgültig in die UdSSR eingegliedert wurden. Deshalb ist in der Ukraine auch eine Vielzahl von Ethnien vertreten, angefangen bei Minderheiten aus den Nachbarländern bis hin zu eingewanderten Minderheiten aus den ehemaligen Sowjetrepubliken. Den größten Teil der nichtukrainischen Ethnien macht jedoch die russische Minderheit aus. Neben den ethnischen Russen gibt es allerdings auch noch eine nicht unbeträchtliche Zahl russischsprachiger ethnischer Ukrainer. (Boeckh 2007) Obwohl das Ukrainische die einzige Staatssprache des Landes ist, führt die große russischsprachige Gruppe, die sich vor allem im Osten des Landes konzentriert, zu immer wiederkehrenden politischen Diskussionen über das sprachliche Spannungsfeld. Jedoch ist in diesem Zusammenhang zu beachten, dass die Sprachenfrage für die Bevölkerung der Ukraine – abgesehen von einzelnen Mobilisierungen von Seiten der politischen Eliten – von nur zweitrangiger Bedeutung ist. (Simon 2007)

Von meinen Interviewpartnern in Charkiv etwa wurde lediglich die sehr forcierte sprachliche Ukrainisierung, nicht die Ukrainisierung als solche bemängelt, und bemerkt, dass für diesen Prozess mehr Zeit eingeräumt werden sollte:

Im Prinzip ist die Ukrainisierung gut, aber die Menschen sollten zur Auswahl berechtigt sein. Es gibt noch sehr viele Menschen, die in russischsprachigen Familien aufgewachsen sind, und ihnen fällt es sehr schwer, das Ukrainische zu verstehen. Für die Russen sollte es Zugeständnisse geben, man müsste ihnen Zeit lassen, spezielle Kurse in der Ausbildung zu besuchen. Und das Russische nicht vollständig verbieten oder keine Lehrbücher mehr auf Russisch verlegen. Denn es ist sehr kompliziert, als Russischsprachiger auf Ukrainisch zu lesen. Sie verstehen nichts. (*Oxana*)

Das wichtigste Medium nicht nur für die linguistische Ukrainisierung ist das Bildungssystem. Um es mit den Worten Adam Smiths zu sagen: Verpflichtende, standardisierte, öffentliche Massensbildungssysteme gehören zu den grundlegenden Werkzeugen von Erinnerungskultur und Gedächtnispolitik. (Smith 1991) Über die Bildungswege kann eine breite Schicht der Bevölkerung erreicht werden, um die Renationalisierung des Landes voranzutreiben. Etwa wird die neu geschriebene ukrainische Geschichte in den Lehrplan integriert, wodurch die *lieux de mémoire* im kollektiven Gedächtnis verankert werden. So kann der breiten Masse etwa die Bedeutung von Nationalhelden wie dem Schriftsteller Taras Ševčenko und dem Kosakenführer Bohdan Chmel'nyc'kyj für die Konstituierung des ukrainischen Staates vermittelt werden. Gerade diese beiden Persönlichkeiten erwiesen sich als integrative Symbolfiguren der Gesamtukraine. Sowohl Ševčenko als auch Chmel'nyc'kyj gelten als Grundsteine der Entwicklung einer ukrainischen Kultur und stehen für den Kampf um die Unabhängigkeit des Landes. Dies spiegelte sich auch in den Kommentaren meiner Interviewpartner. So sagte Volodymyr über Taras Ševčenko:

Er hat sehr viel für die ukrainische Kultur getan, auch für das nationale Selbstbewusstsein und er hat auch sehr viele Menschen die nationale Angehörigkeit gelehrt.

Und Galja bemerkte über Bohdan Chmel'nyc'kyj:

Chmel'nyc'kyj hat in der Geschichte der Ukraine eine große Rolle gespielt. Er hat auf der Seite des Volkes für die Unabhängigkeit gekämpft. Und er hat sie nicht nur angeführt, sondern war selbst mit dabei.

mains the ultimate embodiments of a memorial consciousness that has barely survived in a historical age that calls out for memory because it has abandoned it. [...] Museums, archives, cemeteries, festivals, anniversaries, treaties, depositions, monuments, sanctuaries, fraternal orders – these are the boundary stones of another age, illusions of eternity.” (Nora 1989: 16).

Anders verhält es sich bei Erinnerungsfiguren, die nur für einen Teil der Bevölkerung von Bedeutung sind. Die vermutlich kontroverseste dieser Persönlichkeiten ist Stepan Bandera.⁷ Im Januar 2010 wurde ihm posthum der Titel »Held der Ukraine« verliehen,⁸ was weit verbreitete Diskussionen auslöste. Diese Kontroverse zeigte sich auch in meinen Interviews. So war in L'viv zwar nicht ausschließlich, aber durchaus auch eine positive Wahrnehmung Banderas vorzufinden, wie etwa bei Max:

A lot of people say that Ukraine have not and had not some terrorist organisation like IRA in Ireland and others. And I am proud of that in the Ukraine there was a terrorist organisation: UPA. But nobody knows/thinks that there was a terrorist organisation. You may remember [jihar] Dadaev. A chechensky terrorist but in the consciousness of his population, no, ... he was a fighter for independence and also the same we think about Stepan Bandera.

In Charkiv hingegen wurde Bandera, sofern die Interviewpartner mit dem Namen etwas anzufangen wussten, durchweg als Verbrecher bezeichnet:

Es gibt viele verschiedene Meinungen, aber meine Meinung ist, auch in der Ost- und Westukraine war Bandera ein Verbrecher. Er hat im Zweiten Weltkrieg mit Hitler kollaboriert. Und das ist eben Teil dieser Umdeutung der Geschichte, dass man aus einem Verbrecher einen Volkshelden macht. (*Maxim*)

Forschungsergebnisse

Generell ließ sich bei meinen Interviewpartnern die erwartete Verankerung einer nationalen ukrainischen Identität feststellen. Unabhängig von ihrer ethnischen Identität oder ihrer Sprachzugehörigkeit sehen sie sich alle als der ukrainischen Nation zugehörig an. Einzig bezüglich der Sprache wurden Unterschiede zwischen den Regionen wahrgenommen, diese wurden aber nicht mit einer vorhandenen oder nicht vorhandenen ukrainischen Identität in Zusammenhang gebracht. Alle Befragten fühlen sich mit ihrem Land und den Menschen verbunden, womit sich allerdings keiner von ihnen identifizieren konnte, ist die politische Führung der Ukraine. Besonders sichtbar wurde dies in Oxanas Bemerkung zur Nationalhymne:

Die Hymne: Sie löst Gänsehaut bei mir aus und ruft gute Emotionen bei mir hervor. Du denkst über die Ukraine, das Gefühl des Stolzes nach. Aber auch ein Gefühl der Scham, solange, bis eine Regierung endlich Ordnung in die Ukraine bringt.

Daraus lässt sich schließen, dass sich eine grundlegende Verwurzelung der nationalen – hier ukrainischen – Identität feststellen lässt, wenn der Nationalisierungsprozess bei den Individuen früh einsetzt, zum Beispiel durch das Bildungssystem.

Für die Zukunft bleibt die Frage offen, inwieweit die langfristig angelegten Ziele der Ukrainisierung greifen und ob eventuell integrativere Wege eingeschlagen werden müssen, vor allem, was die Sprachgruppen angeht. Eine interessante Forschungsperspektive wäre ein komparativer Ansatz, der die Sichtweisen älterer Generationen auf eine gesamtukrainische Identität mit einschließt.

7 Bandera war einer der politischen Führer der OUN, der Organisation Ukrainischer Nationalisten, die Mitte des 20. Jahrhunderts für die Unabhängigkeit der Ukraine gekämpft und im Westen Anschläge gegen die polnische Minderheit und gegen Kollaborateure verübt hat. Als im Zuge des Zweiten Weltkriegs Hitler seine militärische Unterstützung für die OUN aussetzte, gründete Bandera die UPA (Ukrains'ka Povstans'ka Armija) (Kappeler 2000).

8 <http://derstandard.at/1263705776023/Umstrittener-Separatist-ist-Held-der-Ukraine>.

Literaturangaben

- Boeckh, Katrin & Völkl, Ekkehard: *Ukraine. Von der Roten zur Orangen Revolution*. Verlag Friedrich Pustet, Regensburg, 2007.
- Kappeler, Andreas: *Eine kleine Geschichte der Ukraine*. Verlag C. H. Beck, München, 2000.
- Kiss, Csaba G.: »Nationalhymnen in Ostmitteleuropa nach 1989: Kontinuitäten und Diskontinuitäten.« In: *Umbruch im östlichen Europa. Die nationale Wende und das kollektive Gedächtnis*. Corbea-Hoisie, Andrei et al. (Hrsg.), StudienVerlag GesmbH, 2004.
- Kuzio, Taras: *The Nation-Building Project in Ukraine and Identity: Toward a Consensus*. In: *Dilemmas of State-Led Nation Building in Ukraine*. Kuzio, Taras & D'Anieri, Paul (Hrsg.), Praeger Publishers, Westport, 2002.
- Kuzio, Taras: *Nation Building, History Writing and Competition over the Legacy of Kyiv Rus in Ukraine*, *Nationalities Papers*, Vol. 33, No. 1, March 2005.
- Nora, Pierre: *Between Memory and History: Les Lieux de Mémoire*. In: *Representations*, No. 26, Special Issue: *Memory and Counter-Memory* (Spring, 1989), S. 7–24. University of California Press.
- Simon, Gerhard: *Ukrainisch – Russisch: Sprachen, Sprachgebrauch, Sprachenkonflikte in der Ukraine*. In: *Ukraine Analysen Nr.19/07*. Forschungsstelle Osteuropa, Bremen.
- Smith, Anthony D.: *National Identity*. University of Nevada Press, Reno, Nevada, 1991.

Internetquellen

- <http://derstandard.at/1263705776023/Umstrittener-Separatist-ist-Held-der-Ukraine>, 27.01.2010 13:49.
- http://www.zeit.de/reden/die_historische_rede/200109_historisch_renan, 10.02.2009 11:43.

Katerina Malygina

Die Festigung der Ost-West-Polarisierung der Ukraine durch die Instrumentalisierung der energiepolitischen Diskurse

In der westlichen Öffentlichkeit wird die Spaltung der Ukraine in den traditionell auf Russland orientierten Osten und den auf die EU ausgerichteten Westen als Schlüsselmerkmal der Ukraine empfunden. Insbesondere die Orange Revolution von 2004 hat die geopolitische Spaltung der Ukraine verdeutlicht.

Zahlreiche Untersuchungen haben gezeigt, dass die regionalen Unterschiede in der Ukraine tatsächlich existieren,¹ obgleich die verbreitete Einteilung in Ost und West oft sehr vereinfacht stattfindet. So sind weder der Osten noch der Westen homogen und Grenzlinien lassen sich dementsprechend sehr schwer ziehen.²

Die regionale Vielfalt der Ukraine wird von manchen Wissenschaftlern als Kraftquelle der Staatsentwicklung und der Demokratisierung gesehen.³ Eine weiter verbreitete These besagt allerdings, dass die Ost-West-Kluft eine Herausforderung für die politische Stabilität und die Integrität der Ukraine⁴ und ein Hindernis für das normale Funktionieren des politischen Systems darstellt. In diesem Zusammenhang wird oft auf die starke Politisierung und die Instrumentalisierung der regionalen Unterschiede durch ukrainische Politiker hingewiesen. In den bisherigen Untersuchungen zu dieser Frage wurde der Fokus jedoch primär auf die Instrumentalisierung des Ost-West Themas während der Wahlen gelegt.⁵ In diesem Artikel wird dagegen argumentiert, dass auch die Instrumentalisierung der energiepolitischen Diskurse im innenpolitischen Machtkampf der Ukraine zu einer Festigung der Ost-West-Stereotypen führt und damit zu einer weiteren Polarisierung beiträgt.

Analytischer Rahmen: Diskurs- und Frameanalyse

Je nach Erkenntnisinteresse und Blickwinkel gibt es heutzutage zahlreiche Definitionen von Diskurs. In diesem Artikel wird die Methode der politischen Diskursanalyse als Rahmen- bzw. Frameanalyse angewandt.

Die Frameanalyse ist »ein Instrument zur Analyse der Art und Weise, wie die politische Realität durch Diskurse >definiert< (framed) wird.«⁶ Diskurse werden demnach als Kampfarena zur Durchsetzung bestimmter Problemdeutungen verstanden: So treten Diskursakteure als Sponsoren einer Sichtweise auf und versuchen, möglichst breite öffentliche Resonanz zu erzielen und sich selbst als

- 1 Exemplarisch Stewart, S. (2010): »Das unsichtbare Zentrum. Regionale Unterschiede in der Ukraine«, in: Osteuropa, 60 Jg., 2–4/2010, S. 153–162; Klüsener, S. (2007): »Die Regionen der Ukraine: Abgrenzung und Charakterisierung«, in: »Ukraine-Analysen 23/07«, S. 2–6 (<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen23.pdf> 20.07.2010); Razumkov Center (2006): Common Identity of Ukrainian Citizens: Specificity and Problems of Formation, in: National Security and Identity 7/79. (http://www.uceps.org/additional/NSD79_eng.pdf 14.7.2010).
- 2 Vgl. Stewart, S. (2010): »Das unsichtbare Zentrum. Regionale Unterschiede in der Ukraine«, in: Osteuropa, 60 Jg., 2–4/2010, S. 153–162; Riabchuk, M. (2002): »Die Ukraine: Ein Staat, zwei Länder?«, in: Eurozine 16.09.2002. <http://www.eurozine.com/articles/2002-09-16-riabchuk-de.html> 14.07.2010.
- 3 Siehe z. B. Sasse, G. (2010): »Stabilität durch Heterogenität. Regionale Vielfalt als Stärke der Ukraine«, in: Osteuropa, 60 Jg., 2–4/2010, S. 105–121.
- 4 Zit. nach Sasse (2010), S. 110.
- 5 Jilge, W. (2007): »Gespalten in Ost und West? Sprachenfrage und Geschichtspolitik in der Ukraine im Kontext der Wahlkämpfe 2004 und 2006«, in: »Ukraine-Analysen 19/07«, S. 18–22 (<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen19.pdf> 20.07.2010); Riabchuk, M. (2002): »Die Ukraine: Ein Staat, zwei Länder?«, in: Eurozine 16.09.2002. <http://www.eurozine.com/articles/2002-09-16-riabchuk-de.html> 14.07.2010..
- 6 Donati, P. (2001): »Die Rahmenanalyse politischer Diskurse«, in: Keller, R. et al. (Hg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Band 1: Theorien und Methoden, Opladen, S. 154.

legitime Akteure zu präsentieren.⁷ Die unterschiedlichen Problemdeutungen bzw. die alternativen Möglichkeiten und Probleme bzw. «issues» zu definieren, werden unter dem Begriff »Frame« zusammengefasst.

Eine solche Definition von Frame entspricht dem in den Kommunikationswissenschaften häufig benutzten Terminus »frames in communication«, der nicht mit »frames in thought« verwechselt werden sollte. Während der erste Begriff die Aspekte eines Themas, die vom Sprecher betont werden bezeichnet (was wird gesagt), beschreibt der zweite die individuelle Wahrnehmung der Situation.⁸ »Frames in communication« beeinflussen oft »frames in thought« – ein Zusammenhang, der als »framing effect« bezeichnet wird. Mit anderen Worten verdeutlicht der Framing-Effekt, »how frames in the communications of elites (e.g. politicians, media outlets, interest groups) influence citizens' frames and attitudes«.⁹

Der Prozess der Frames-Konstruktion – das *Framing* – vollzieht sich durch die Auswahl und Hervorhebung einiger Facetten von Ereignissen oder Themen und durch Herstellung von Verbindungen zwischen ihnen, die einer bestimmten Auslegung, Bewertung und/oder Lösung förderlich sind.¹⁰ Der Framing-Effekt wird stärker, wenn der Frame öfter wiederholt wird und der Sprecher kulturell relevante Symbole verwendet, die sich mit etablierten Glaubenssystemen bzw. Stereotypen des Publikums überschneiden.¹¹ Nach Entman (2003) erfüllen Frames Funktionen wie Problemdefinition, Ursachenzuschreibung, moralische Urteilsbildung und/oder bieten Vorschläge für Problemlösungen oder Verbesserungen an.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Eliten oft versuchen, die öffentliche Meinung zu einem bestimmten Thema (issue) durch einen Framing-Prozess zu beeinflussen. Dabei hängt der Erfolg größtenteils davon ab, ob für die Öffentlichkeit verständliche, kulturell relevante Wörter und Symbole verwendet werden und ob der konstruierte Frame seine Funktionen voll erfüllt. Im Folgenden wird der Framing-Prozess im Politikfeld Energie und seine Auswirkung auf die öffentliche Meinung und insbesondere auf die regionalen Einstellungen in der Ukraine analysiert.

Die energiepolitischen Diskurse in der Ukraine

Im ukrainischen öffentlichen Diskurs ist die Energiefrage immer Gegenstand ausgeprägter Polemik. Oft werden Vorwürfe bis hin zum Staatsverrat gezielt eingesetzt, um politische Gegner zu diskriminieren. Die eigenen Handlungen werden dagegen als der Verfolgung nationaler Interessen gerechtfertigt. Da die Ukraine gleichzeitig ein großes Transitland und ein großer Importeur von russischem Erdgas ist, hat der ukrainische Energiediskurs zwei wichtige Dimensionen – die Gaspreise für die Ukraine und den Status des ukrainischen Gastransportsystems (GTS). Diese werden im Folgenden näher betrachtet.

Teildiskurs »Gaspreise für die Ukraine«

Hinsichtlich der Gaspreisfrage sind die ukrainisch-russischen Gasbeziehungen nach der Orangen Revolution im Jahre 2004 sehr dynamisch geworden.¹² Seitdem werden die Gaspreise jedes Jahr neu

7 Vgl. Scheufele, B. (2003): Frames – Framing – Framing-Effekte. Theoretische und methodische Grundlegung sowie empirische Befunde zur Nachrichtenproduktion, Wiesbaden, S. 42; Keller, R. (2008): Wissenssoziologische Diskursanalyse: Grundlegung eines Forschungsprogramms, Wiesbaden, S. 79.

8 Vgl. Druckman, J. (2001): »The Implications of Framing Effects for Citizen Competence«, in: *Political Behavior*, Vol. 23, No. 3, Special Issue: Citizen competence Revisited. (Sep., 2001), S. 225–256.

9 Chong, D. & Druckman, J. (2007): »Framing Theory«, in: *Annual Review of Political Science*, Vol. 10, S. 109.

10 Entman, R. (2003): »Cascading Activation: Contesting the White House's Frame after 9/11«, in: *Political Communication*, Vol. 20, S. 417.

11 Vgl. Ebd., S. 417; Entman, R. (1993): »Framing: Toward Clarification of a Fractured Paradigm«, in: *Journal of Communication*, Vol. 43(4), S. 53.

12 Siehe Tabelle auf S. 8 in »Ukraine-Analysen 73/10« (<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen73.pdf> 20.07.2010).

verhandelt. Das Ergebnis der Verhandlungen war stets dasselbe: Jedes Jahr erhöhte Russland die Importpreise für die Ukraine und gewährte gleichzeitig einen bestimmten Preisrabatt. Im Endeffekt wurde das russische Gas für die Ukraine aber immer teurer.

Gerade der Anstieg der Gaspreise wird von den jeweiligen Oppositionspolitikern in der Ukraine immer heftig kritisiert, wobei die Rhetorik die gleiche bleibt.¹³ So wird der Regierung vorgeworfen, dass die Energiepolitik völlig ihren Partikularinteressen entspreche und mit den nationalen Interessen der Ukraine nichts zu tun habe. Die Machthaber würden Fakten manipulieren und versuchen, die eigene Inkompetenz in den Gasverhandlungen als Sieg der ukrainischen Diplomatie zu verkaufen. Die neue Vereinbarung werde für die nationale Sicherheit ernste negative Folgen haben, die hohen Gaspreise würden zum Zusammenbruch der ukrainischen Wirtschaft und zu einer Verschlechterung der sozialen Situation führen. Das Scheitern der Gasverhandlungen solle deswegen den sofortigen Rücktritt des Ministerkabinetts nach sich ziehen.

Die Analyse des »oppositionellen« Teildiskurses über die Gaspreise zeigt, dass er alle vier Funktionen von Framing nach Entman (2003) erfüllt und deswegen bei der Vermittlung seiner Kernaussagen relativ erfolgreich sein sollte: Die gescheiterten Gasverhandlungen mit Moskau führen zu einer unbedingten Verschlechterung der sozialen und wirtschaftlichen Situation (Problemdefinition). Ursache dafür ist die inkompetente und abenteuerlich handelnde Regierung (moralische Urteilsbildung, Ursachenzuschreibung), die sofort entlassen werden sollte (Problemlösung). Die Wirksamkeit des oppositionellen Frames wird allerdings durch die Existenz eines parallel von der Regierung eingesetzten Diskurses verringert. Der Frame der Regierung zur Energiefrage wurde in der Ukraine allerdings je nach Situation anders formuliert und seine Untersuchung liegt leider außerhalb des Rahmens dieses Artikels. Immerhin wurden die ukrainischen Regierungen in den Jahren 2006–2009 mithilfe des oppositionellen Frames dreimal zum Rücktritt aufgefordert. Die Aufforderung schaffte es zweimal auf die Tagesordnung des Parlaments, beide Male nach den Gaskonflikten mit Russland: So stimmte das Parlament am 10. Januar 2006 erfolgreich für die Absetzung der Regierung Jechanurow¹⁴, am 5. Februar 2009 versuchte die oppositionelle Partei der Regionen erfolglos, der Regierung Timoschenko das Misstrauen auszusprechen.

Die energiepolitischen Auseinandersetzungen mit Russland und die sie begleitende harsche innenpolitische Rhetorik verschärfen die geopolitische Polarisierung in der Ukraine. Laut einer Umfrage des Razumkov-Zentrums vom 12. bis zum 17. Januar 2006 glaubten 38 % der Befragten, dass die Ukraine und Russland die gleiche Verantwortung für den Gaskonflikt tragen, während 28 % der Ukrainer Russland für ihn verantwortlich machten und 26 % der Befragten die Ukraine.¹⁵ Ähnliche Ergebnisse (entsprechend 36 %, 27 % und 29 %) erzielte eine Meinungsumfrage mit der gleichen Fragestellung, die vom Gorschenin-Institut vom 12. bis zum 14. Januar 2009 durchgeführt wurde.¹⁶ Die Studie betont, dass die Ansichten durch die regionale Zugehörigkeit der Befragten motiviert sind: Eine überwältigende Mehrheit der Befragten aus der Ost-Ukraine machte für die Eskalation des Gaskonflikts die Ukraine verantwortlich, die meisten Befragten aus der westlichen Ukraine dagegen Russland.

13 Vgl. z. B. die Erklärung des Blocks Tymoschenko (BYuT) vom 25. Oktober 2006 (<http://www.unian.net/rus/news/news-170912.html> 20.07.2010) und die parlamentarische Rede Janukowitschs am 13. Januar 2009 (http://www.rada.gov.ua/zakon/sk16/3session/STENOGR/13010903_63.htm 20.07.2010).

14 Die Regierung Jechanurow ist aber nicht zurückgetreten, eine neue Regierung wurde erst nach den Parlamentswahlen 2006 gebildet.

15 »In the case of 'gas conflict' greater responsibility lies on the Ukrainian or Russian side?«, Razumkov-Zentrum, 17.01.2006 (http://www.razumkov.org.ua/eng/poll.php?poll_id=249 20.07.2010).

16 »Stavlennja ukrai'nciv do gazovogo konfliktu z Rosijeju« />»Die Haltung der Ukrainer zum Gaskonflikt mit Russland«, Gorschenin-Institut, 15.01.2009 (<http://www.kipu.org.ua/Sotsyolog/Files/gaz-release-15-01-09.doc> 20.07.2010).

Teildiskurs »Status des ukrainischen Gastransportsystems«

Die Bedeutung des ukrainischen Pipelinennetzes liegt darin, dass derzeit etwa 73 % der russischen Erdgasexporte nach Europa durch das ukrainische GTS fließen.¹⁷ Schon seit langem versucht Russland ergebnislos, das ukrainische Pipelinennetz unter seine Kontrolle zu bringen: Die Ukraine will ihr Pipelinennetz nicht an Russland abgeben. Zum einen wird es als wichtiger Trumpf in den Gasverhandlungen mit Moskau angesehen. Der Verlust der Kontrolle über das GTS würde bedeuten, dass Russland seine Bedingungen in den Verhandlungen über die Gaslieferungen einseitig diktieren könnte. Durch die Forderung nach höheren Transitgebühren versucht die Ukraine, den Preis des importierten Gases zu beeinflussen. Zum anderen ist der Gastransit ein lukratives Geschäft, das jährlich ca. 1,5 Mrd. US-Dollar einbringt. Die beträchtlichen Gewinne aus dem Gastransit werden allerdings anhand intransparenter Kanäle für Partikularinteressen genutzt, wobei Zwischenhändler hier eine wichtige Rolle spiel(t)en.¹⁸

Aus den oben genannten Gründen hat die Ukraine das Gastransportsystem bis heute unter staatlicher Kontrolle behalten. Nach den ukrainischen Rechtsvorschriften ist die Privatisierung oder Verpachtung des Pipelinennetzes strikt verboten. Jegliche Versuche, den Status des ukrainischen GTS zu ändern, werden von manchen Politikern als dessen Abgabe an Russland angesehen, so beispielsweise die Bemühungen seitens der Partei der Regionen (PR), ein internationales Gastransportkonsortium unter Beteiligung Russlands und anderer europäischer Partner ins Leben zu rufen. Seit seiner Gründung im Jahre 2002 hat das Gastransportkonsortium niemals funktioniert. Die Verhandlungen mit Russland wurden in den Jahren 2006 und 2010 wieder aufgenommen. Im Laufe der Zeit wurde die Thematik allerdings *reframed*. Im Jahre 2006 (wie auch 2004) rechtfertigte die PR die Schaffung eines Konsortiums mit dem Bau neuer Gaskapazitäten, womit die Transitmengen durch die Ukraine erhöht werden sollten.¹⁹ Diese Absicht stieß allerdings auf heftigen Widerstand der Opposition, die im Februar 2007 im Parlament sogar ein zweites Gesetz über das Verbleiben des Gastransportsystems in staatlichem Eigentum durchsetzte. In ihrem Frame knüpfte die Opposition den Status des ukrainischen Gastransportsystems direkt an sicherheitspolitische Fragen und machte das GTS zum Symbol der ukrainischen Unabhängigkeit.²⁰ Durch die Benutzung kulturell relevanter Sinnbilder wurde dieser Frame dann besonders effektiv.

Im Jahre 2010 begründet die PR die Notwendigkeit eines Gastransportkonsortiums anders als bisher. Es wird argumentiert, dass das ukrainische GTS durch die Verzögerung der Schaffung des Konsortiums bald zu nutzlosem Metallschrott würde und die Ukraine ihre Bedeutung als Gastransitland verlieren werde, weil Russland greifbare Fortschritte in der Realisierung der Umgehungsprojekte »North Stream« und »South Stream« erziele. Das Konsortium solle also zum Zweck der Modernisierung des ukrainischen GTS gegründet werden und ausreichende Transitmengen durch das ukrainische Territorium garantieren.²¹ Durch die Verwendung der gebräuchlichen und einfach verständlichen Schlagwörter »Modernisierung« und »Metallschrott« könnte der neue Frame der Partei der Regionen bei der Legitimierung des Gastransportkonsortiums erfolgreicher werden. Dies

17 Siehe Malyhina, K. (2009): Die Erdgasversorgung der EU unter besonderer Berücksichtigung der Ukraine als Transitland, Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa 105, Oktober 2009 (<http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de/images/stories/pdf/ap/fsoap105.pdf> 20.07.2010).

18 Zur Rolle der Zwischenhändler siehe z. B. Balmaceda, M. (2009): »Zwischenhändler und die innerukrainische Dimension des Gaskonflikts«, in: Pleines, H. (Hg.): Der russisch-ukrainische Erdgaskonflikt vom Januar 2009, Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa 101, Februar 2009, S. 19–21 (<http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de/images/stories/pdf/ap/fsoap101.pdf> 20.07.2010).

19 Vgl. Viktor Yanukovych: »We always uphold national interests«, Press office of CMU, 07.02.2007 (http://www.kmu.gov.ua/control/en/publish/article?art_id=65754826&cat_id=2297108 21.07.2010).

20 Vgl. »Timoshenko ugrozhaet vynesti iz kabinetov Janukovicha i Bojko«, UNIAN, 02.02.2007 (<http://www.unian.net/rus/news/news-182589.html> 21.07.2010).

21 Vgl. »U Azarova initsiruyut peredachu ukrainskoy truby«, Ukrainska Pravda, 19.03.2010 (<http://www.pravda.com.ua/rus/news/2010/03/19/4877406/> 21.07.2010).

ist aber noch abzuwarten. Auf jeden Fall führen die gegensätzlichen Diskurse der Eliten keineswegs zu einer Einigung des Landes.

Fazit

Die Analyse der energiepolitischen Diskurse in der Ukraine veranschaulicht deutlich ihre Instrumentalisierung im politischen Machtkampf. Die ukrainischen Eliten benutzen den Framing-Effekt relativ erfolgreich zur Strukturierung der öffentlichen Meinung über die Gasverhandlungen mit Moskau. Jedoch tragen die verschiedenen einander widersprechenden Diskurse und die sie begleitende harsche Rhetorik zur Ost-West-Polarisierung der Ukraine bei.

***II. Identitäten: Erinnerung,
Religion und Kultur zwischen
Staat und privat***

Reconstructing Stalin—A Research Sketch. Comparing Identity Discourses on Russian State Television in the So-Called ‘Independent’ Mass Media and the Blogosphere

The plans recently announced by the Moscow authorities to put up billboards in honour of Joseph Stalin for Victory Day 2010 sparked intense discussion in the Russian media. As was reported, such billboards had not been placed on this occasion since the collapse of the Soviet Union in 1991. Furthermore, according to the plans, Stalin would be referred to as the ‘Father of Nations’. The media also reported that such public reverence had not been given to Stalin since 1991. As the intense public debates provoked by the plans of the Moscow authorities indicate, the Russian collective memory of the figure ‘Stalin’ is currently subject to discussion and, possibly, to reconstruction.

Starting from this observation, the research project sketched out here aims at an analysis of how the figure of Stalin is currently being (re-)constructed in the Russian media. The project is to be carried out in the course of a three-month visiting fellowship at the Aleksanteri Institute for Russian and Eastern European Studies in Helsinki, Finland between August and October 2010. It will be pursued in the framework of an ongoing project on ‘Constructing Russian Identity in the Media’. Against this backdrop, the JOE-Conference in October 2010 is a unique opportunity for me to discuss my first conclusions and get valuable feedback.

At the moment, I plan to pursue a discourse analysis of a so-called ‘key event in public discourse’ that yet has to be determined. Recent key events, sparking major public disputes include, for example, the above-mentioned ‘Placement of Stalin Billboards on Victory Day 2010’ or ‘Stalin’s 130th Birthday in December 2009’. Moreover, discourses in three different types of media, i.e. ‘public arenas’, shall be distinguished and compared. The discourses to be analysed are those : (1) on state television and in the state media (such as *Rossiiskaya Gazeta*, *Vremya*, *Vesti*), (2) in the so-called ‘independent’ mass media (such as *Novaya Gazeta*, *Novoe Vremya*, or *gazeta.ru*), and (3) in the blogosphere (on blogs, in discussion groups, and forums).

A differentiation between these three different public arenas, and especially the inclusion of discourses in the new social media on the internet, has at least three advantages. Firstly, by doing so, I will receive an extremely broad spectrum of the opinions of the various agents or agent groups on the question of how to integrate the figure of Stalin into Russian collective identity. I will be able to contrast, for instance, the concepts of leading state officials (produced by the state media) with that of right-wing extremist or anarchist groups (represented exclusively in forums and discussion groups in the blogosphere).

Secondly, I will be able to draw conclusions concerning the limits on the freedom of expression within each of the three arenas. In other words, I will be able to state which interpretations can be legitimately expressed in a given arena and which not. Thirdly, the project proposed here will be able to approach the question of how the traditional (independent and state) mass media and the blogosphere interact. To be more precise, I hope to be able to trace whether and how memes and interpretations travelled from the blogosphere to the traditional media and vice versa.

To scrutinize the above-mentioned identity discourses on the Russian internet, I would like to combine qualitative, interpretative with more quantitative approaches. For instance, I aim to try out the lexicometric research software LEXICO 3. Moreover, I hope to test various new tools of American internet research such as ‘Mediacloud’. Media Cloud is an application that is currently being developed at the Berkman Center for Internet and Society and Harvard University. It allows one to trace the spread of single news items through cyberspace.

To sum up, the key results which the research project proposed here hopes to yield are: (1) the constellation of the main agent groups that are currently involved in (re-)constructing the image of Stalin; (2) a description of the differing concepts which these agent groups champion; (3) the differing opinions of the agent groups on how the memory of Stalin should be connected to Russian identity and the political consequences thereof; (4) the varying discursive strategies of these agent groups, for example the argumentative frameworks and chains they tend to use; (5) the specifics of the three above-mentioned public arenas (state television / independent mass media / blogosphere), for instance the answers to the common questions which agents tend to provide in a given arena, which interpretations can be legitimately expressed, and how the three arenas interact in the process of the formation of public opinion.

Lina Klymenko

Memory, Political Culture and Democratization in Post-Soviet Ukraine, Russia and Belarus

Introduction

Following the fall of communism and the break-up of the Soviet Union, the successor states began to re-think their dictatorial histories as they embarked upon the transformation from non-democratic to democratic regimes. This re-evaluation of the past became constitutive for changing their political cultures, which in turn turned out to be a necessary condition for democratic transition and consolidation. However, the process of re-visiting the dictatorial past has proved to be a complicated endeavour involving frequent setbacks. For example, some of the former Soviet countries persist in rehabilitating Stalin and honouring him for his role in the Soviet victory in WWII despite the fact that historians continue to uncover crimes committed under his leadership. In present-day Ukraine, Russia and Belarus, which shared more or less similar historical experiences during the Soviet era, the personage of Stalin has figured prominently in their politics of national identity and nation-building activities.

Here are a couple of observations taken from the media. In Ukraine, former president Yushchenko made it a priority during his term to construct monuments to the victims of Stalin's repressions. In the process of nation-building in 2006, he also urged the country's political parties to pass a law declaring the famine of 1932–33 as a genocide perpetrated upon the Ukrainian people by Stalin's totalitarian regime.¹ However, shortly thereafter, the Communist Party of Ukraine announced the erection of a monument dedicated to Stalin in the Ukrainian city of Zaporizhzhia to commemorate the 65th anniversary of the end of WWII, with no apparent objections from the newly elected Ukrainian president Yanukovich and his government.² As for Russia, symbols of Stalin and his legacy have been resurfacing in city landscapes since the beginning of the 2000s, with particular emphasis on his victory over Germany in WWII. In 2010 the Moscow City Council announced plans to install a plaque on one of Moscow's main squares to inform citizens about Stalin's greatness. In addition, further efforts to honour Stalin have been undertaken by the Communist Party of the Russian Federation.³ Meanwhile, to celebrate the 60th anniversary of the Soviet victory over Nazi Germany, in 2005 Belarus president Lukashenko opened an open-air history museum called 'The Line of Stalin' whose chief exhibit is a re-creation of a field battle between Soviet and Nazi troops that glorifies the Soviet defensive military installations and the defenders of Minsk.⁴ Moreover, at the 2006 opening ceremony for a new building at the National Library in Minsk, the president of Belarus hailed Stalin and Lenin as symbols of the Belarusian people.⁵

At the same time, the media also notes that the efforts of Ukrainian, Russian and Belarusian political elites to rehabilitate Stalin are not necessarily in line with official state policies, public sentiment or civil society. In Ukraine, for example, there has been strong public support to commemorate the victims of Stalin's repressions.⁶ In Russia, activists of the public initiative 'Memorial' and the Moscow Helsinki Group have protested against state policies to honour Stalin and have striven to expose

1 On the Famine of 1932–33 and politics of history, see Klymenko and Lang 2009.

2 RFE/RL at <http://www.radiosvoboda.org/content/article/1997086.html> accessed 4 April 2010.

3 BBC Russian at http://www.bbc.co.uk/russian/russia/2010/02/100217_stalin_stand_protests.shtml accessed 4 April 2010.

4 BBC Russian at http://news.bbc.co.uk/1/hi/russian/news/newsid_4639000/4639301.stm accessed 4 April 2010.

5 Korrespondent at <http://ua.korrespondent.net/world/270953> accessed 28 July 2010.

6 RFE/RL at <http://www.radiosvoboda.org/content/article/1118343.html> accessed 28 July 2010.

Stalin's crimes.⁷ In Belarus, dissidents and opponents of the Lukashenka regime have gathered at the mass graves of Stalin's victims.⁸

There are definitely many ways to assess these different modes of remembering Stalinism. I would like to put these societal developments into the context of democratization (if applicable) of countries in Eastern Europe. My interest here rests not so much in the actions of political elites and state policies on how to remember Stalin(ism) but rather in the public's attitudes toward state policies on Stalin and in evaluating these attitudes in connection with the democratic or non-democratic development of each country. Moreover, I am interested in finding answers to the question of why the citizens of these countries harbour different attitudes toward their respective dictatorial national histories. In terms of a theoretical framework, I rely here on the concept of political culture and the discussion centring on the link between political culture and democratization. For this purpose I have chosen Ukraine, Russia and Belarus as case studies because they represent a variety of democratic developments among the post-Soviet transformation countries. As part of the former Soviet Union, they also share a similar set of historical experiences of Stalinism. My analysis will utilize both quantitative and qualitative research to investigate why the citizens' attitudes toward Stalin are different in the chosen countries. The former is based on surveys of the public's attitudes toward state policies on Stalin while the latter was drawn from focus-group interviews and public discourses. This paper presents a concept of the early stage of my post-doctoral research and contains two sections: a discussion of the theoretical framework and the research design.

Theoretical Framework

As understood here, political culture concerns citizens' attitudes toward their country's political system. Almond and Verba first defined political culture as the set of civic orientations and attitudes toward the political system and the role of the self in the system. In other words, a society's political culture is essentially a political system internalized through the thoughts, feelings and evaluations of its population (Almond and Verba 1963: 13–14). Correspondingly, Almond suggests assessing a political culture in terms of citizens' attitudes toward three aspects of the political system: the system level (when should citizens obey the law and how should policymakers be selected?), the process level (how do citizens view their possibilities for becoming involved in the political process?) and the policy level (what policies do citizens expect from a government?) (Almond et al. 1996: 44).

Why do we need to study citizens' attitudes toward the political regime? In the theoretical framework on comparative politics, Almond emphasizes that collective political attitudes, values and information affect politics in any given particular society and are important for maintaining democracy (Almond et al. 1996: 43). Political culture is therefore important for the characterization of a political system because it is connected to the legitimacy of the government (Pickel et al. 2006: 7). Legitimacy involves 'the capacity of the system to engender and maintain a belief that the existing political institutions are the most appropriate for society' (Lipset 1960: 75, Almond et al. 1996: 44). Legitimacy is evaluative because citizens can evaluate the political regime as legitimate or illegitimate on the basis of whether its values reflect their own. If citizens respect and therefore obey the laws, then legitimacy is high, but if they see no reason to obey the law, then legitimacy is low (although they might comply out of fear). In systems where legitimacy is low, citizens might turn to violence or otherwise confront the political regime (Almond et al. 1996: 44). Therefore, a crisis of legitimacy constitutes a possibility for change (Lipset 1960: 78).⁹

7 BBC Russian at http://www.bbc.co.uk/russian/russia/2010/02/100217_stalin_stand_protests.shtml accessed 28 July 2010.

8 RFE/RL at <http://www.radiosvoboda.org/archive/news/20091101/630/630.html?id=1866609> accessed 28 July 2010.

9 In the literature on democracy consolidation in Southern Europe, South America and post-communist Europe, political culture even appears to play a crucial role in the process of democratization (Linz and Stepan 1996, Plassner and Ulram 1998, Merkel 2008).

This is not to assume that political culture is deterministic in explaining politics in a certain society, but it is a critical factor in comparing different countries at the same time or the same country at different times because political culture is subject to change. 'Political cultures are sustained or changed as the citizens acquire their attitudes and values' (Almond et al. 1996: 43, 50). Almond argues that a change of political culture is connected to political socialization, i.e. the way in which one generation passes on political ideas and beliefs to the next generation. The agents of political socialization ranges from family, school, religious institutions, peer groups, occupation, class and status to mass media, interest groups and direct contact with governmental structures (Almond et al. 1996: 51–57). This suggests that civic attitudes toward a political system are formed by the political system itself. Furthermore, Mishler and Pollack argue that political culture could be viewed as both a 'thin culture' (a culture that is constructivist because the political orientations of citizens are conditioned by contemporary social experience) and a 'thick culture' (a culture that is deeply rooted in the society and based on the fundamental consensus of basic values, social institutions and practices) (Mishler and Pollack 2003: 237–243).

Political culture can be measured on the basis of different variables of civic attitudes toward a political system. Possible variables might include the notion of democracy in the society (what does the term 'democracy' mean to citizens?), economic order (what kind of an economy do citizens really want?), attitudes toward human rights, civic freedoms, equality, justice and participation in the political life of the country (how important are these elements to citizens?) as well as trust in political institutions (Pickel et al. 2006, Plassner and Ulram 1998, Pollack et al. 2003, Diamond 1994: 1–27). However, democracy involves not only the citizens' democratic attitudes toward these categories but also the democratic reflection of the dictatorial past. The process of coming to terms with the totalitarian past that occurred in the democratization of post-war Germany, Southern Europe, Greece, Portugal, Spain and Latin America later became an essential component of the democratic processes in the former GDR, the Balkan countries, Central Europe and the former Soviet Union.¹⁰ Furthermore, Niedermüller argues that in transformation countries the construction of a new 'post' society includes not only political and economic transformation, but also moral modernization, in which the evaluation of the past and history plays a constitutive role. How the past and history are handled can certainly be considered as an indicator for the level of political awareness and new orientation in the society (Niedermüller 2004: 11, 30). Therefore, the analysis of citizens' attitudes toward the historic dictatorial past and toward state policies on the remembrance of this past should help to assess the democratic potential of these countries' political systems. If citizens of post-dictatorial countries do not reconsider their dictatorial past, then the democratic development of their political systems could face difficulties. These are the theoretical premises with which I intend to assess democratic developments or prospects for democracy in the chosen countries.

Research Design

Methodology and Data

The research will rely on a comparative approach employing quantitative and qualitative data. Quantitative data gathered from surveys will be used to provide an overview of civic attitudes toward state policies on Stalin in the countries under study. Since quantitative research predominantly uses a survey-type measurement of citizens' attitudes and therefore does not really explain *why* people make their choices, qualitative research needs to be employed as well. The qualitative data, which will be taken from in-depth interviews, focus groups and analysis of public discourses, should further reveal differences in citizens' attitudes toward their nations' dictatorial past.

¹⁰ There is ongoing extensive research on transitional justice in the former GDR and Central European and Baltic countries (Barahona De Brito 2001, Smith and Margalit 1996, Arenhövel 2000, Vogel and Piper 1997).

Case Selection

Along the lines of the ‘most similar system design’, Ukraine, Russia and Belarus were selected as case studies because they represent varying post-Soviet democratic transformations despite sharing a similar regime change in 1991, a common Soviet history and geographical proximity. Freedom House, for instance, has assessed the democratic development of these three countries as follows: in 2005, Russia’s status changed from ‘partially free’ to ‘not free’; in 2006, Ukraine obtained the status of ‘free’; and Belarus continued to maintain the status of ‘not free’ for the entire time period under exploration.¹¹

References

- Almond, G. and Verba, S. 1963. *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Princeton: Princeton UP.
- Almond, G. et al. 1996. *Comparative Politics. A Theoretical Framework*. New York: HarperCollins.
- Arenhövel, M. 2000. *Demokratie und Erinnerung. Der Blick zurück auf Diktatur und Menschenrechtsverbrechen*. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Barahona De Brito, A. et al. (Eds.) 2001. *The Politics of Memory. Transitional Justice in Democratizing Societies*. Oxford: Oxford UP.
- Diamond, L. 1994. Introduction: Political Culture and Democracy. In: *Political Culture and Democracy in Developing Countries*. Larry Diamond (Ed.). 1994. London: Lynne Rienner, 1–27.
- Klymenko, L. and Lang, A.-K. 2009. Hungersnot oder Genozid? Der Holodomor und die ukrainische Geschichtspolitik. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 11: 93–102.
- Linz J. and Stepan, A. 1996. *Problems of Democratic Transition and Consolidation. Southern Europe, South America, and Post-communist Europe*. Baltimore: Johns Hopkins UP.
- Lipset, S. 1960. *Political Man. The Social Bases of Politics*. New York: Doubleday and Company.
- Mishler, W. and Polack, D. 2003. On Culture, Thick and Thin. Toward a Neo-Cultural Synthesis. In: *Political Culture in Post-Communist Europe: Attitudes in New Democracies*. Pollack et al (Eds.). 2003. Aldershot: Ashgate.
- Merkel, W. 2008. Plausible Theory, Unexpected Results: The Rapid Democratic Consolidation in Central and Eastern Europe. In: *Internationale Politik und Gesellschaft, Newsletter der Friedrich-Ebert-Stiftung* 2: 11–29 at http://www.wzb.eu/zkd/dsl/pdf/03_a_merkel_gb.pdf accessed 5 April 2010.
- Niedermüller, P. 2004. Der Mythos der Gemeinschaft: Geschichte, Gedächtnis und Politik im heutigen Europa. In: *Umbruch im östlichen Europa. Die nationale Wende und das kollektive Gedächtnis*. Corbea-Hoisie, A. et al. (Eds.). Innsbruck: Studienverlag, 11, 30.
- Pickel, S. and Pickel, G. 2006. *Politische Kultur- und Demokratieforschung. Grundbegriffe, Theorien, Methoden. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS.
- Pickel, G. et al. (Eds.) 2006. *Osteuropas Bevölkerung auf dem Weg in die Demokratie. Repräsentative Untersuchungen in Ostdeutschland und zehn osteuropäischen Transformationsstaaten*. Wiesbaden: VS.
- Plassner, F. and Ulram, P. 1998. *Democratic Consolidation in East-Central Europe*. New York: St. Martin’s Press.
- Pollack et al. 2003. *Political Culture in Post-Communist Europe: Attitudes in New Democracies*. Aldershot: Ashgate.
- Smith, G. and Margalit, A. (Eds.) 1997. *Amnestie oder die Politik der Erinnerung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Vogel, H.-J. and Piper, E. (Eds.) 1997. *Erinnerungsarbeit und demokratische Kultur*. München: Saur.

11 Freedom House at <http://www.freedomhouse.org> accessed 7 August 2010. For different democracy measurements see Pickel and Pickel 2006.

Maria Davydchyk

Kulturpolitik als staatliches und gesellschaftliches Handeln. Eine Vergleichsanalyse in Russland, Polen und der Ukraine

Der Stellenwert von Kultur und postsozialistischer Kulturpolitik

Staatliche Kulturpolitik verlor nach dem politischen Umbruch vor 20 Jahren ihre Legitimation und ihre feste Verankerung im politischen System. Das Leitbild des sozialistischen »Neuen Menschen« entfiel, Fragen nach Herrschafts- und Akteurstrukturen sowie nach Rechten und Verantwortungen im Kulturbereich waren offen.¹ Die inhaltliche und ordnende Dimension von Kulturpolitik (vgl. Heinrichs 2006: 35–36) war daher neben der rechtlichen, steuerrechtlichen, sozialen und finanziellen Situation eine entscheidende Voraussetzung für die Entwicklung und das Funktionieren einer postsozialistischen Kultur (aus kultursoziologischer Sicht) bzw. des Kulturbereichs (aus institutioneller Sicht²). In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat sich die Vorstellung von der Rolle der Kultur in der Theorie verändert. Im Unterschied zur Funktion der Dienerin³ ist sie heute als Aneignungsprozess zur Steigerung der Komplexitätskompetenz der Individuen zu bezeichnen (vgl. Vogt 2010). Das Individuum bekommt Zugang zu verschiedenen Weltbildern, wird zum kreativen Umgang mit ihnen aufgefordert und trägt so zu ihrer Erneuerung bei. Kultur wird prozessual definiert und weder auf den Bereich der Kunst beschränkt noch – durch die Anwendung von wertenden und interaktiven Funktionen – auf die gesamte Zivilisation ausgedehnt. Zu den Funktionen von Kultur gehören in einem normativen Sinn die Förderung von Partizipation, Kreativität und kritischem Denken und damit all jene Momente, die die sozialistische Ideologie unterdrückt hat. Gerade unter den sozial, wirtschaftlich und politisch unklaren Bedingungen nach der politischen Wende erweist sich die Förderung der Reflexionsfähigkeit der Individuen und somit ihrer kreativen Potentiale und ihrer Komplexitätskompetenzen als kulturpolitisch relevantes Handlungsfeld.

Staatliches und gesellschaftliches Handeln

Je nach dem Beteiligungsgrad der Akteure an der Politik wird in der kulturpolitikwissenschaftlichen Forschung zwischen einem engen und einem weiten Politikbegriff unterschieden. Der enge Politikbegriff bezeichnet staatliches Handeln, der weite umfasst staatliches und gesellschaftliches Handeln (vgl. Klein 2003: 61). Politik wird in der zweiten Auffassung als »ein konstitutiver Bestandteil der Selbstorganisation einer Gesellschaft« bezeichnet (Zembylas 2008: 145) und erfordert »Durchsetzungsmöglichkeiten (Einflussnahme, Normsetzung, Staatsgewalt) sowie ein gewisses Maß an Legitimität (formale Anerkennung und soziale Akzeptanz)« (ebd.). Die gestiegene Bedeutung von gesellschaftlichen Akteuren wie Verbänden, NGOs und Kulturinstitutionen in der Kulturpolitik war ein Merkmal der Transformation in der postsozialistischen Periode. Zu fragen ist nun, wie sich das Zusammenwirken von staatlichen und gesellschaftlichen Akteuren gestaltet hat. Einen Einblick in dieses Problemfeld geben die Ergebnisse einer qualitativen empirischen Analyse der Transformation der Kulturpolitik anhand von Expertengesprächen aus dem Jahr 2008. Die Expertengespräche wurden

1 Zur Situation in Russland vgl. Levšina 2008, zur Situation in der Ukraine Ukrajins'ki centr kul'turnych doslidžen' 1995 und zu der in Polen Ilczuk 2002.

2 Der Kulturbetrieb stellt »einen institutionellen Rahmen dar, in welchem sich bestimmte kulturelle Praktiken und Diskurse entfalten« (Zembylas 2004: 13). Er wird makrosoziologisch als Gesamtheit der Organisationen und Institutionen definiert, die sich mit Konzeption, Produktion und Vermittlung von Kulturgütern und Dienstleistungen befassen (vgl. Heinrichs / Klein 2001: 179).

3 Eine Darstellung der totalen staatssozialistischen Kontrolle von Kunst und Literatur findet sich bei Miklós Haraszti (1984) in seinem Werk »Der Staatskünstler«.

mit Vertretern öffentlicher, privater Nonprofit- und kommerzieller Kulturbetriebe geführt, in Sankt Petersburg, Lwiw und Krakau und damit in Städten mit einer ausgeprägten kulturellen Tradition.⁴

Auftraggeber oder Berater – neue Aufgaben der staatlichen Kulturpolitik

Bezüglich der Rolle des Staates waren sich alle Experten einig, dass es dessen Aufgabe sei, die allgemeinen Rahmenbedingungen sowie die finanzielle, rechtliche und steuerliche Situation von Kulturbetrieben und nichtorganisierten Formen kulturellen Lebens zu verbessern. Dass dem Staat in Bezug auf den öffentlichen Sektor die kulturpolitische Verantwortung übertragen wurde, zeigt die Bedeutung des staatlichen Einsatzes für die Kultur.

Bei den Befragungen in Sankt Petersburg und Lwiw wurde deutlich, dass der Staat sich in der Transformationszeit gegenüber den Einrichtungen paternalistisch verhalten hat, was als Versuch der staatlichen Akteure gedeutet wurde, die staatliche Kulturpolitik zu rechtfertigen. Für den privaten Sektor wurde dagegen angedeutet, der Staat habe seine Rolle als »Auftraggeber« und »Aufsichtsbehörde« aufgegeben. In Krakau bestimmte die Kulturpolitik ihre Aufgaben ausgehend von der Legitimität des freien Marktes neu und sah sich als aktivierendes Subjekt der Kulturpolitik im Spannungsfeld Staat – Markt – Zivilgesellschaft an. Einerseits glaubten die befragten Leiter der Kultureinrichtungen, die bereits vor 1989 bzw. 1991 an deren Spitze gestanden waren, der Staat könne sich in der Übergangszeit nicht zurückziehen und alles den freien Mechanismen überlassen. Seine Aufgabe sei es stattdessen, und besonders auch nach dem politischen Umbruch, die Verantwortung für eine zielgerichtete kulturelle Entwicklung und für die Kulturpolitik zu übernehmen. Die Vertreter der neuen Generation von Kulturmanagern sahen sich im Gegensatz dazu auch als Meinungsträger kulturpolitischer Konzepte und – durch das Monitoring der gesellschaftlichen Entwicklung – als wichtige Informationsträger an. Staatlichem Handeln schrieben sie dabei eine beratende und unterstützende Funktion zu.

Handlungsspielräume der gesellschaftlichen Akteure

Die Aktivierung und Legalisierung von nichtstaatlichen Akteuren war eines der Merkmale der post-sozialistischen Periode; deren Handlungsspielräume waren jedoch je nach Land unterschiedlich. Gesellschaftliches Handeln wurde durch politische und wirtschaftliche Veränderungen angestoßen, in vielen Fällen, wie etwa in Russland und in der Ukraine, jedoch auch massiv eingeschränkt. Auch in Bezug auf die Wahrnehmung staatlicher und gesellschaftlicher kulturpolitischer Aktivitäten wurden Generationsunterschiede festgestellt: Während die Vertreter der jüngeren Generation die offiziellen Kulturentwicklungsprogramme hinterfragten, vermieden die älteren Experten eine offene Konfrontation und räumten der öffentlichen Kulturpolitik einen höheren Stellenwert ein.

Emanzipation der Kulturpolitik

Als problematisch bezeichneten die Experten in vielen Fällen die fehlende Emanzipation der Kulturpolitik innerhalb des gesamtpolitischen Systems, die zu widersprüchlichen und unübersichtlichen Regelungen führe. Die Überprüfung politischer und wirtschaftlicher Maßnahmen auf ihre Verträglichkeit mit der Kultur hin wurde in allen Städten als wichtige Aufgabe der gesellschaftlichen Akteure dargestellt. Die Experten aus dem öffentlichen kulturellen Sektor in Sankt Petersburg verstanden Kulturpolitik als Teil der Sozialpolitik: Die Potentiale der Kultur zur Lösung der – aufgrund der wirtschaftlichen Probleme der Transformationsphase besonders zugespitzt vorhandenen – soziokulturellen Probleme sollten genutzt werden. In Lwiw und Krakau wurde betont, die staatliche

4 Das Datenmaterial entstand aus 15 etwa einstündigen Interviews mit leitenden Akteuren der Kultureinrichtungen. Sie wurden im Juni, Juli und Oktober 2008 in den drei Städten in polnischer, ukrainischer und russischer Sprache durchgeführt. Als Untersuchungsmethode wurde die qualitative Expertenbefragung mithilfe eines Interviewleitfadens eingesetzt.

Kulturpolitik sei bestrebt, auf der Basis universeller Werte einen kulturellen Pluralismus zu stärken, um so die Grundlage zur Bildung einer (Zivil-)Gesellschaft zu schaffen.

Funktionale Verankerung der Kulturpolitik

Die Entwicklung kulturpolitischer Ziele verlief oft unter den Bedingungen einer funktionalen Verankerung der Kulturpolitik, die im politischen System genauso mangelhaft war wie in den Kulturbetrieben. Die dauerhafte Anbindung an die soziokulturelle Realität des Landes ist jedoch eine unabdingbare Voraussetzung zur Entwicklung kulturpolitischer Ziele. Damit entziehen sich diese Ziele der ausschließlichen Fremdbestimmung durch Politik und Wirtschaft und sichern ihre Legitimation im gesamtpolitischen System wie bei den im Kulturbereich Tätigen. Außerdem schien den Experten in allen Städten der Erhalt vorhandener Infrastruktur ohne die Förderung strukturverändernder Maßnahmen wenig sinnvoll zu sein.

Gesellschaftliche Akteure: Partner oder Konkurrenten?

Sowohl in Sankt Petersburg als auch in Lwiw schien es problematisch zu sein, dass die staatliche politische Macht und die nichtstaatlichen Akteure verschiedene Vorstellungen davon hatten, wie die Kultur sich weiterentwickeln sollte. Im Ergebnis nahm die Kulturpolitik ihren realen soziokulturellen Kontext oft nicht wahr. Vor allem in Sankt Petersburg waren die Experten der Meinung, die Kulturpolitik lasse die kulturelle Vielfalt und den gesamten Komplex der Entwicklung einer demokratischen und pluralistischen Weltanschauung und der veränderten Sozialisierung der Menschen in der post-sozialistischen Gesellschaft außer Acht. Dementsprechend sei die Kulturpolitik oft von konservativen Inhalten geprägt, wichtig sei dagegen das aktive Gestalten der soziokulturellen Entwicklung. So sollten lokale, regionale und nationale Besonderheiten, nichtlineare kulturelle Entwicklungen und der Mensch als ihr Schöpfer und Nutzer das Objekt kulturpolitischer Tätigkeit sein. In Krakau dagegen entwickelten sich im Laufe der Jahre partnerschaftliche Beziehungen zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren und die administrative Macht erkannte und achtete die Kompetenzen der im öffentlichen und im privaten Kulturbereich Tätigen.

Schlussfolgerung

Die Vielfalt von Zielen – und ihr Widerspruch – waren und sind eine der Herausforderungen kulturpolitischer Praxis. Denn das Mehr an Freiheit hat zu mehr Interessensgruppen, die bestimmte Forderungen an die Kulturpolitik stellen, geführt. Entsprechend standen die Akteure der staatlichen Kulturpolitik in den Transformationsländern vor der Herausforderung, Vertrauen gegenüber gesellschaftlichem Handeln und zeitgenössischen Bewegungen und Projekten aufzubauen, um so auch im Kulturbereich einen Paradigmenwechsel herbeiführen zu können. Während die staatlichen Akteure zwar über die Staatsgewalt und das Mittel der normativen Einflussnahme verfügten, wurden sie gleichzeitig jedoch nur formal anerkannt, so dass die gesellschaftlichen Akteure über einen stärkeren Zugang zu sozial relevanten Informationen verfügten. Aufgrund ihrer mangelnden Durchsetzungsfähigkeit konnten sie Prozesse, vor allem in Sankt Petersburg und Lwiw, jedoch nur wenig beeinflussen. Die Forschungsergebnisse haben also gezeigt, dass das Zusammenwirken von staatlichen und gesellschaftlichen Akteuren in der Kulturpolitik die Überwindung struktureller und mentaler Hürden voraussetzt.

Literaturverzeichnis

- Haraszti, Miklós (1984): *Der Staatskünstler*, Berlin.
- Heinrichs, Werner (2006): *Der Kulturbetrieb. Bildende Kunst, Musik, Literatur, Theater, Film, Bielefeld*.
- Heinrichs, Werner / Armin Klein (2001): *Kulturmanagement von A – Z. 600 Begriffe für Studium und Praxis*, München.
- Ilczuk, Dorota (2002): *Polityka kulturalna w społeczeństwie obywatelskim*, Kraków.
- Klein, Armin (2003): *Kulturpolitik. Eine Einführung*, Opladen.
- Levšina E. A. (2008): *Letopis' teatral'nogo dela rubeža vekov. 1975–2005*, Sankt Petersburg.
- Ukrajins'ki centr kul'turnych doslidžen' (1995): *Stan kul'turnoj sfery ta kul'turnoj polityki v Ukrajinі*, Kyiv.
- Vogt, Matthias T. (2010): *Grundlagen der Kulturpolitik*. Unveröffentlichtes Manuskript zur Vorlesung, Görlitz.
- Zembylas, Tasos (2004): *Kulturbetriebslehre. Grundlagen einer Inter-Disziplin*, Wiesbaden.
- Zembylas, Tasos (2008): *Kulturpolitik in Österreich*. In: Klein, Armin (Hrsg.): *Kompendium Kulturmanagement. Handbuch für Studium und Praxis*, München, S. 145–162.

Regina Elsner

Zwischen Staatskirche und Privatangelegenheit – die Russische Orthodoxe Kirche und die moderne russische Gesellschaft

Seit dem Ende der Sowjetunion ist die Russische Orthodoxe Kirche (ROK) zum ersten Mal unter den Bedingungen einer relativ freien Gesellschaft mit der Herausforderung der Säkularisierung konfrontiert. Sie hat in diesen 20 Jahren jedoch noch keine eindeutige Position zwischen dem neuen formal säkularen Staat und der sich differenzierenden Gesellschaft gefunden. Soziologische Analysen wie etwa die des Moskauer Soziologen Alexander Agadžanjan zeigen, wie gerade im Bereich des Religiösen und der ROK besonders deutlich wird, dass die »Grenze zwischen Öffentlichkeit und Privatheit erneut ausradiert wird, noch bevor sie befestigt werden konnte.«¹ In der weitläufigen Diskussion um die befürchtete »Neuklerikalisierung« der Gesellschaft, die gegenseitige Instrumentalisierung von Staat und Kirche zu politischen Zwecken und die scharfen Angriffe von Vertretern des Moskauer Patriarchats gegen den »militanten Säkularismus« der modernen Welt vermischen sich politische, gesellschaftliche, religiöse und theologische Argumentationen. Ziel dieses kurzen Beitrags ist es, die Positionierung der ROK im Spannungsfeld zwischen privatem Glaubensbekenntnis und öffentlicher Religionsgemeinschaft im gegenwärtigen Russland zu analysieren.

Die Russische Orthodoxe Kirche nach dem Ende der Sowjetunion

Der Zusammenbruch der Sowjetunion bedeutete sowohl für die ROK als auch für die einzelnen Gläubigen eine neue Freiheit zur Glaubenausübung. Zwar hatte die ROK zu sowjetischen Zeiten offiziell existiert, sie war jedoch durch das atheistische Regime, begleitet von unterschiedlich schweren Repressionen, auf die verschwindend kleine Nische von privater Frömmigkeit und Gottesdienste begrenzt worden. Dementsprechend kam es bereits während der Perestrojka, vor allem aber nach dem Ende der Sowjetunion zu einer religiösen Renaissance, die eine Hinwendung zur Religion im Allgemeinen und einen regen Zulauf zur ROK im Besonderen bewirkte. Dieser Zulauf hatte verschiedene und nicht ausschließlich religiöse Gründe. Ohne Zweifel spielten die neuen Möglichkeiten, Religiosität und Glaubensbekenntnis nach Jahrzehnten der Unterdrückung selbst zu bestimmen und frei ausleben zu können sowie der freie Zugang zu Gotteshäusern und Heiligtümern eine zentrale Rolle. Daneben ist jedoch auch die kulturelle, Identität stiftende Rolle der ROK in einer Periode starker Verunsicherung nach dem Kollaps aller ideologischen Systeme zu beachten. Die ROK war nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Ideologie Trägerin einer positiven nationalen Tradition und Identität, welche die Abgrenzung von westlichen Modellen und den Anschluss an eine eigene positive Geschichte ermöglichte. Die soziologischen Umfragen, die sich in den letzten Jahren mit der Religiosität der russischen Bevölkerung beschäftigt haben, verdeutlichen diesen Unterschied zwischen der praktischen Religiosität der Gläubigen und einer kulturellen Zugehörigkeit zur Orthodoxie.² Laut den Umfrageergebnissen bekennt sich die Mehrzahl der russischen Bevölkerung (50–70 %) zur Orthodoxie, nur ein sehr geringer Teil nimmt hingegen regelmäßig an Gottesdiensten und den Sakramenten teil oder betätigt sich aktiv in der Gemeinde. Die Kirche und ihre Vertreter, in erster Linie der Patriarch, genießen großes Vertrauen in der Bevölkerung, die von der Kirche vertretenen

1 Agadžanjan, Alexander: Častnaja i publičnaja religija v Rossij: individualizacija i vozvraščenie velikogo mifa. In: Franko-rossijskij centr gumanitarnych i obščestvennych nauk v Moskve: Religija i svetskoe gosudarstvo: Princip laičité v mire i evrazii. Moskva 2008, 217–240.

2 Vgl. eine Umfrage des Levada-Zentrums im Februar 2009: <http://egora.uni-muenster.de/fb2/oeumene/repraesentativbefragung.pdf> (letzter Zugriff 11.08.2010); Umfragen der Stiftung Öffentlicher Meinung (Fond obščestvennogo mnenija) im April 2008: <http://bd.fom.ru/report/map/dominant/dom0816/d081623> (letzter Zugriff 11.08.2010).

Normen und Prinzipien werden jedoch von wenigen als relevant für das eigene Leben eingeschätzt. Die Religiosität der russischen Bevölkerung entspricht in weiten Teilen dem Bild, das sich auch in Westeuropa abzeichnet. Unterschiedlich ist jedoch die enge Verbindung von Kirche und Nation, die sich in einer scheinbar großen Nähe der ROK zum Staat manifestiert.

Kirche als Staatsangelegenheit?

In ihrem Dokument »Die Grundlagen der Sozialkonzeption der Russischen Orthodoxen Kirche«³ aus dem Jahr 2000 betont die Kirche ihre Zustimmung zu der neuzeitlichen Trennung von Staat und Kirche und akzeptiert in dieser Hinsicht den säkularen Charakter des Staates, auch wenn dieser in ihrem Verständnis kein Idealzustand ist. Das ideale Verhältnis von Staat und Kirche in der orthodoxen Tradition beschreibt der Begriff *symphonia*, ein aus der byzantinischen Tradition kommendes Prinzip des harmonischen Zusammenspiels von Staat und Kirche bei gleichzeitiger Nichteinmischung in die je eigenen Kompetenzbereiche.⁴

Die Suche der ROK nach einem eindeutigen Verhältnis zum gegenwärtigen faktisch säkularen russischen Staat ist bis heute nicht abgeschlossen. Sie ist geprägt vom Ideal des *symphonia*-Gedankens, den traumatischen Erfahrungen mit dem atheistischen Staat und dem als moralischer Verfall wahrgenommenen liberalen demokratischen Gesellschafts- und Staatsmodell.

Der Staat hat seinerseits seit der Perestrojka die zentrale Bedeutung der ROK für Aufbau und Stärkung von nationaler Identität und gesellschaftlichem Zusammenhalt erkannt. Seit dem Ende der Sowjetunion hat jede staatliche Führungsperson die Nähe zu kirchlichen Vertretern und die Präsenz bei kirchlichen Feiertagen gesucht, da die gesellschaftliche Anerkennung der Kirche als moralische und kulturelle Autorität nachweislich von keiner anderen Institution oder Person übertroffen wurde. Als kulturelle und nationale Identitätsressource ist die Kirche zur Staatsangelegenheit geworden und hat sich dadurch eine privilegierte Position gesichert.⁵

Die von Petra Stykow gezeigte nachlassende Angewiesenheit der politischen Führung auf die ideologische Unterstützung durch die ROK in den letzten Jahren führt dazu, dass die Kirche zunehmend auf eine theologische und diskursive Auseinandersetzung mit ihrer privilegierten Position in der gegenwärtigen Gesellschaft angewiesen ist.⁶ Die Sorge, ihren staatlich legitimierten Einfluss auf die Gesellschaft zu verlieren, spiegelt sich wider in den Auseinandersetzungen um den »militanten Säkularismus« der moralisch verfallenden westlichen Gesellschaft und in der Betonung der zu schützenden »orthodoxen Zivilisation«, vor allem in Folge der Debatten um das Verständnis der Menschenrechte.⁷

Es zeigt sich, dass es in erster Linie nicht der formal säkulare Staat sondern die gesellschaftliche Säkularität ist, die die ROK herausfordert. Auf den Verlust der Selbstverständlichkeit kirchlicher Präsenz in der Gesellschaft reagiert sie zunächst mit dem Appell an den Staat, ihre Interessen zu vertreten und zu schützen. Dieser ist als offiziell weltanschaulich neutraler Staat in der Lage, kulturelle oder nationale Interessen zu schützen, nicht jedoch religiös begründete Normen zu vertreten. Wo sich also

3 Osnovyj socialnoj koncepcij Russkoj-pravoslavnoj cerkvi, deutsche Übersetzung: Thesing, Josef; Uertz, Rudolf: Sozialdoktrin Russisch-Orthodox. Die Grundlagen der Sozialdoktrin der Russisch-Orthodoxen Kirche. St. Augustin 2001.

4 Vgl. Grundlagen der Sozialdoktrin, Artikel III. außerdem: Beljakowa, Jelena W.: Der Begriff »symphonia« in der russischen Geschichte. In: Ost-West Europäische Perspektiven 11/2010, 16–22.

5 Vgl. dazu v. a. Behrens, Kathrin: Die Russische Orthodoxe Kirche: Segen für die »neuen Zaren«? Religion und Politik im postsowjetischen Rußland (1991–2000). Paderborn u. a. 2002; Bremer, Thomas; Wasmuth, Jennifer: Gott und die Welt. Kirche und Religion in Osteuropa. In: Glaubenssache Kirche und Politik im Osten Europas. OSTEUROPA 6/2009, 7–27.

6 Stykow, Petra: Church–State Relations in Russia: In Search of a Model. Vortrag auf dem VIII. ICCEES-Weltkongress 26.–31.07.2010, Stockholm.

7 Vgl. u. a. Themenheft Glauben in der zweiten Welt Nr. 5 (2010).

kirchliche und national-kulturelle Interessen treffen – z. B. bei der Frage des Erhalts von Kirchbauten, dem Verbot kirchenkritischer Kunstausstellungen, der gesetzlichen Regelung der religiösen Vielfalt oder der Einführung des Schulfachs »Grundlagen der Orthodoxen Kultur« – kann die ROK auf staatliche Unterstützung zählen. Bei der Verankerung religiös begründeter moralischer Normen in der Gesellschaft ist sie jedoch zunehmend ausschließlich auf die Überzeugungskraft ihrer theologischen und pastoralen Arbeit angewiesen. Dies verweist sie auf ihren Zugang zu dem einzelnen Menschen – unabhängig davon, ob sie von den herrschenden gesellschaftlichen Prozessen in diesen privaten Bereich gedrängt wird oder ihren Auftrag in freier Gesellschaft ausübt.

Kirche als Privatangelegenheit

Auch das Verhältnis der ROK zur Privatsphäre ist nicht eindeutig. Die ROK reagiert auf die Abdrängung der »Religion von einer »öffentlichen« zu einer »privaten« Angelegenheit des Menschen«, ⁸ wie sie in der säkularisierten Welt in ihrer Wahrnehmung stattfindet, äußerst sensibel. Die in Wortwahl und Ton sehr kämpferischen Aussagen etwa des Vorsitzenden des kirchlichen Außenamts des Moskauer Patriarchats, Metropolit Hilarion, vergleichen nicht ohne Grund den »militanten Säkularismus« der modernen Welt mit dem militanten Atheismus des sozialistischen Regimes.⁹ Die Erfahrung, dass Religion zu einer ausschließlichen Privatangelegenheit verdammt wird, ist äußerst präsent, ebenso wie die totalitären Folgen der auf rein weltlich-immanenten Begründungen beruhenden Gesellschaftsformen.

Religion ist im Sinne der Orthodoxie keine reine Privatangelegenheit und kann es auch nicht sein. Zum einen hat sie eine konstitutive Berufung zum Handeln in der Welt und ist immer herausgefordert, den Rahmen individueller Frömmigkeit mit dem Ziel einer Veränderung der Gesellschaft zu überschreiten. Zum anderen vertritt sie ein spezifisches Menschenbild, nach dem der Mensch (und sein Privatleben) nie ein absoluter Wert sind, sondern immer nur durch und in Beziehung gedacht werden können. Diese Bezüglichkeit gilt sowohl für die prinzipielle Verwiesenheit des Menschen auf etwas ihn und die Welt Übersteigendes (Gott) als auch für die Bezogenheit auf andere Menschen und Gemeinschaft, die es erst ermöglichen, Mensch zu sein. Diese Voraussetzungen begründen die großen Schwierigkeiten der ROK mit dem westlichen Menschenrechtskonzept und der Idee der Gewissensfreiheit.¹⁰ Sie bieten aber gleichzeitig eine Anschlussmöglichkeit für die westlichen Diskurse über die postsäkulare Gesellschaft.¹¹

Aus der Perspektive aktiver Kirchenmitgliedschaft, die auf dem persönlichen Bekenntnis des Einzelnen gründet, ist es jedoch außerdem bedeutsam, dass die Kirche im Kampf gegen die Tendenz, Religion erneut zur reinen Privatangelegenheit zu machen, als lebendige Gemeinschaft von Gläubigen in den Hintergrund trat. Die Ergebnisse der oben erwähnten Umfragen zeigen, dass die persönliche Religiosität äußerst individuell gestaltet wird und oft eine Mischung aus kirchlichen, esoterischen und folkloristischen Elementen ist. Ein bewusster Zusammenhang von persönlicher – »privater« – Religiosität und öffentlich vertretener kirchlicher Zugehörigkeit mit entsprechenden gesellschaftlichen Konsequenzen ist kaum zu finden. Beljakowa macht auf die »Untugend« aufmerksam, die einzelnen Gläubigen systematisch zu missachten und nicht als zentrale Träger des gesellschaftlichen Auftrags der Kirche zu begreifen und wertzuschätzen.¹² Obwohl gerade die Konzentration auf das Heil des

8 Grundlagen der Sozialdoktrin, III. 6, 32.

9 Vgl. u. a. Bischof Hilarion (Alfeev): Christianstvo pered vyzovom voinstvujusčego sekularizma. <http://hilarion.ru/2010/02/25/1044> (letzter Zugriff 13.08.2010).

10 Vgl. Yannaras, Christos: *Human Rights and the Orthodox Church*. In: *Holy Cross Greek Orthodox School of Theology*, 4 October, 2002. http://jbburnett.com/resources/yannaras/yannaras_rights&orth.pdf (letzter Zugriff 13.08.2010).

11 Vgl. Stoeckl, Kristina: Postsekuljarnaja sub"ektivnost' v zapadnoj filosofskoj diskussii i pravoslavnoe bogoslovie. In: bogoslov.ru Naučnyj Bogoslovskij Portal, 9 ijunija 2010, <http://www.bogoslov.ru/text/863182.html> (letzter Zugriff 13.08.2010).

12 Beljakowa, Nadeschda: Religiöses Leben in Russland – Ideal und Wirklichkeit. In: *Ost-West Europäische Perspektiven* 11 (2010), 54–63, 60.

Individuums und die individuelle Frömmigkeit die Orthodoxie in vieler Hinsicht von den westlichen Kirchen unterscheidet, rückt dieser Aspekt bei der Suche nach einer Position in der gegenwärtigen russischen Gesellschaft zunächst in den Hintergrund.

Fazit

Agadžanjan resümiert in seinem Text, dass die Ursache für die Unklarheit der Position der ROK in Russland in der »Schwäche der Zivilgesellschaft« liegt.¹³ Diese Schwäche bewirkt, dass der Raum, der im Selbstverständnis der Kirche der Raum der ihr aufgetragenen Mission in der Welt sein könnte – die Gesellschaft –, als solcher nicht wahrgenommen wird. Anstelle des (zivil)gesellschaftlichen Raums verlagert sich der kirchliche Missionsauftrag auf den Staat und das öffentliche Leben. Diese Tendenz wird ergänzt durch den Erfahrungsmangel, sich in einer pluralen Gesellschaft dem Diskurs unterschiedlicher Meinungen und »Missionsaufträge« zu stellen sowie die Suche und Selbstbestimmung des Individuums in dieser Pluralität ernst zu nehmen. Die ROK war in ihrer Geschichte fast lückenlos entweder an den privaten oder an den staatlichen Raum gebunden; eine Phase gesellschaftlicher Freiheit als Bedingung der Möglichkeit, Kirche als gesellschaftlichen Faktor zu vertreten und zu formen, gab es faktisch nicht. Die ungeklärte Haltung der ROK spiegelt daher ein grundsätzliches Misstrauen und Unsicherheit gegenüber diesem »neuen« Raum zwischen Privatheit und Staat wider, der Pluralität, die Anerkennung des Subjekts und seiner Freiheit, weltanschauliche Neutralität und den Diskurs als Methode der Normbegründung vertritt.

13 Agadžanjan, Alexander: Častnaja i publičnaja religija v Rossij: individualizacija i vozvraščenie velikogo mifa. In: Franko-rossijskij centr gumanitarnych i obščestvennych nauk v Moskve: Religija i svetskoe gosudarstvo: Princip laicité v mire i evrazii. Moskva 2008, 240.

Fruzsina Müller

»So wie drüben das Musterbild«. Die Eigenproduktion von Markenjeans als Teil der Konsumstrategien des ungarischen Staates zu Beginn der Krise des sozialistischen Systems

Schneejeans: Vielen ehemaligen DDR-Bürgern kommt dieser Begriff in den Sinn, wenn es um die ungarische Jeans geht. Diese damals begehrte Hose konnte man Ende der 1980er als »Ostler« nur in Ungarn erwerben – und das bleibt in Erinnerung. Die Geschichte der ungarischen Jeans fängt jedoch um ein Jahrzehnt früher an, als 1978 »Trapper« auf den Markt kam. Doch wie kam es zu dieser Entscheidung und wer stand dahinter?

Als Quellen dienen Protokolle der Parlaments- und Kommissionssitzungen und Akten des Ministeriums für Leichtindustrie bzw. für Innenhandel, außerdem mündliche Informationen der damaligen Wirtschaftsakteure.

Das Verlangen nach Markenjeans

Die amerikanische Blue Jeans kam zuerst in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre und eher noch zufällig nach Ungarn, beispielsweise durch Hilfspakete der Kirche. Das als »Cowboy-« oder »Wildwesthose« bezeichnete Kleidungsstück war damals unbekannt in der Bevölkerung und hatte demzufolge keine kanonisierte Bedeutungszuweisung. Es dauerte nur wenige Jahre, bis es dank des aufblühenden Tourismus und der Verbreitung des Fernsehens vor allem unter den jungen Menschen bekannt und begehrt wurde. Schwierigkeiten machte jedoch die Beschaffung: In den 1960er Jahren boten sich nur der Erwerb im Ausland oder auf dem Schwarzmarkt an. Grenzen setzten auch andere Faktoren wie das Verbot des Tragens an bestimmten Orten.¹

Im Zuge des allgemeinen Wandels in der Jugendpolitik der Partei wurde die Jeans 1968 offiziell anerkannt. In diesem Jahr kündigte der Generalsekretär der kommunistischen Partei János Kádár an, dass er keine Themen wie die »Wildwesthose« und die langen Haare mehr behandeln wolle. Die Partei sei »keine Modedesignerfirma und keine Friseursengenossenschaft« und sie müsse »sich mit solchen Sachen auch nicht beschäftigen«.²

Die Partei war jedoch verantwortlich für die Versorgung der Bevölkerung und musste sich deshalb mit der Jeansfrage beschäftigen. Denn das Verlangen nach Jeans wurde immer größer und der Druck aus der Bevölkerung sowie von Seiten der Presse wuchs.

In den 1970er Jahren nahmen in Ungarn Marke, Qualität und Herkunft der sichtbaren Konsumgüter an Bedeutung zu. Das war die Zeit des »Prestigekonsums«.³ Laut eines Lesers des Jugendmagazins

- 1 Ferenc Hammer: A farmerviselet alakváltozásai a szocialista Magyarországon [Gestaltsveränderungen des Jeans-tragens im sozialistischen Ungarn]. In: Simonovics, Ildikó – Valuch, Tibor: Öltöztessük fel az országot! Divat és öltözködés a szocializmusban. [Ziehen wir das Land an! Mode und Bekleidung im Sozialismus]. Budapest: Argumentum, 2009. S. 186–206., hier S. 194–198.
- 2 János Kádár: Hazafiság és internacionalizmus [Nationalismus und Internationalismus]. Budapest, Kossuth, 1968. S. 112–114.
- 3 Vgl. Tibor Valuch: A lódentől a miniszoknyáig. A XX. század második felének magyar öltözködéstörténete [Vom Lodenmantel bis zum Minirock. Bekleidungs-geschichte Ungarns in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts]. Budapest: 1956-os Intézet-Corvina, 2004. Auch für andere sozialistische Länder wurde dieses Phänomen beschrieben, z. B. als »positional consumption« in Susan A. Reid/David Crowley: Style and Socialism. Modernity and Material Culture in Post-War Eastern Europe. Oxford: Berg, 2000. S. 2–3.

der kommunistischen Partei war die Bekleidung, vor allem Hose und Schuhe, ein wichtiges Kriterium für die soziale Eingliederung:

Wenn ein hübsches Mädchen den Club mit ungarischer Jeans und billigen, einfachen Schuhen betritt und sich eine billige Zigarette anzündet, kann sie sicher sein, dass sie an dem Tag nicht tanzen wird. (...) Würde sie eine italienische Jeans-Bekleidung besitzen und eine ausländische Zigarette rauchen, wäre ich mir sicher, dass elf von zehn Jungen sie zum Tanz auffordern würden.⁴

Das Problem mit der Jeans besteht laut der Antwort des Magazins aus drei Komponenten:⁵ Erstens sind Markenjeans unbezahlbar. Zweitens sind die ungarischen Jeans der staatlichen Unternehmen von sehr schlechter Qualität. Drittens kann man gute Nicht-Markenjeans nur sehr teuer beim privaten Schneider kaufen. Die Kritik des Jugendmagazins war eindeutig: Es werden keine Jeans von guter Qualität und für wenig Geld in den großen Fabriken des Landes hergestellt, obwohl großer Bedarf besteht.

In der nächsten Ausgabe des Jugendmagazins wird vom »Jeansfall« gesprochen.⁶ Der Verantwortliche des Innenhandelsministeriums soll in der Polizeisendung »Blaues Licht« angekündigt haben, dass eine Viertelmillion Markenjeans importiert werden. Der Autor des Artikels findet es schade, dass nicht mehr importiert wird, denn erst dann könnte man die Schwarzhändler »bestrafen«.

Die Strategien der Staatsmacht gegen den Jeansmangel

Die oben zitierten Aufforderungen zur Lösung des »Jeansfalls« waren der Staatsführung sicherlich nicht neu. Dass es Mangel an Jeanshosen gab, stellte schon ein Bericht des Ministeriums für Innenhandel im Frühjahr 1970 fest.⁷ Vier Jahre später, 1974, nahm die Ministerin für Leichtindustrie, Jánosné Keserű, Bezug auf einen Artikel über das Jeansproblem in der Parteizeitung »Népszabadság«. Sie reagierte zwar mit Verständnis für die Jeansmode, sprach sich allerdings für deren heimische Herstellung aus: »*Es müssen doch nicht eins zu eins diese Ladies-Jeans⁸ vertrieben werden, denn auch andere Firmen könnten klug genug sein, eine solche Bekleidung herzustellen.*«⁹

Der Ministerin war klar, dass die in Ungarn hergestellten Jeansstoffe nicht an die Qualität und den Ruf der westlichen »Markenjeans« heranreichten. In parlamentarischen Diskussionen war es üblich, einen Unterschied zwischen den »*durchschnittlichen Jeans-Artikeln der ungarischen Industrie*« und der »*Markenjeans*« zu machen. Von der letzteren standen 1977 eine halbe Million Stück zur Verfügung, während die ungarische Industrie zwei Millionen Stück produzierte.¹⁰ Die Anzahl der »Markenjeans« war eindeutig zu gering.¹¹ Aber der Devisenmangel ermöglichte nur einen eingeschränkten Import. Deswegen favorisierte die Ministerin die einheimische Produktion als Lösung.

Der erste gelungene Versuch, im Land Markenjeans herzustellen, war 1977 eine Kooperation zwischen dem Jeanshersteller Levi's und der ungarischen Bekleidungsfabrik »1. Mai«. Für das Ministerium für Leichtindustrie spielten bei der Zusage zu dieser die attraktiven Möglichkeiten des Dollar-Exports und

4 Leserbrief von »T. B.«. In: Ifjúsági Magazin, 13./2, Februar 1977, S. 61. Die Übersetzung des Zitats sowie alle weiteren Zitate in diesem Text stammen von Fruzsina Müller.

5 János Déris Antwort auf den Leserbrief von »T. B.«. In: Ifjúsági Magazin, 13./2, Februar 1977, S. 61–62.

6 Márkás, mégis magyar [Mit Marke, trotzdem ungarisch]. In: Ifjúsági Magazin, 13./3, März 1977, S. 16.

7 Bericht über die Vorbereitung des Bekleidungshandels für die Frühlings- und Sommersaison (I. Halbjahr 1970). MOL XIX-G-4-e, 10-1/4/1970.

8 Wahrscheinlich ein Fehler der Protokollführerin, es geht um Levi's Jeans.

9 Bericht der Ministerin für Leichtindustrie in der Sitzung der parlamentarischen Kommission für Industrie am 18.06.1974, Protokolle der Kommission für Industrie 1972–1974, S. 221. Parlamentsarchiv, Budapest.

10 Ankündigung von Ferenc Lauthán, stellvertretender Minister für Innenhandel, in der gemeinsamen Sitzung der Kommissionen für Industrie bzw. Handel am 30.11.1977, Protokolle der Kommission für Handel 1977–1978, S. 7. Parlamentsarchiv, Budapest.

11 Das stellte man sowohl 1974 als auch 1977 in den oben genannten parlamentarischen Kommissionssitzungen fest.

des Know-How-Imports zur späteren Eigenproduktion eine entscheidende Rolle.¹² Die Produktion lief mit 418.000 Stück an. Allerdings mussten 60 Prozent davon an den Kooperationspartner geliefert werden. Der Rest konnte den ungarischen Bedarf nicht decken.¹³

Das Ministerium für Leichtindustrie griff deshalb zu einem anderen Mittel. Im Frühjahr 1977 verbreitete es mit Hilfe des Ungarischen Modeinstituts eine Ausschreibung unter den heimischen Textilunternehmen.¹⁴ Darin forderte es unter anderem zur Herstellung von Jeansbekleidung auf. Dem Gewinner des Wettbewerbs wurde versprochen, dass er die Entwicklungskosten des Produkts vollständig, die Produktionskosten des ersten Jahres größtenteils erstattet bekomme.

Die Textilunternehmen des Landes hatten auch früher schon versucht, qualitativen Jeansstoff zu produzieren, allerdings ohne Erfolg. Nach dem Aufruf des Ministeriums begann ein Wettbewerb zwischen ihnen. Schließlich gelang es der Budakalászter »Budaflax Leinen- und Webfabrik«, aus indigogefärbten Importfäden einen Jeansstoff herzustellen, der durch Reiben langsam seine blaue Farbe verliert, genauso wie die »echte« Jeans.¹⁵

Als Markenname wählte der Hersteller einen der Konsumentenvorschläge: »Trapper« (Pelztierjäger). Eine bis dahin beispiellose Werbekampagne kündete ab Herbst 1978 die erste ungarische Markenjeans an.¹⁶ Darin wurde nicht geleugnet, dass es sich um eine Nachahmung der ausländischen Markenjeans handelt. Aber es wurde betont, dass diese die gleichen Qualitäten wie das Original habe.¹⁷ Ob das auch die Konsumenten so sahen, bleibt eher zweifelhaft. Laut persönlichen Erinnerungen konnte »Trapper« die Rolle einer echten Markenjeans nicht erfüllen: Sie besaß nicht die sozial-integrative Funktion der Jeans aus dem Westen.¹⁸ Vielmehr galt sie als Ersatz, da sie nur die Hälfte des ausländischen »Musterbildes« kostete.

Schlussfolgerungen

1977 wurde dem ungarischen Politbüro klar, dass es mit drastischen Schritten gegen den Mangel der Außenhandelsbilanz und der Staatsverschuldung angehen musste.¹⁹ Der Lebensstandard der Bevölkerung sollte aber zunächst nicht gesenkt werden. Das war der persönliche Wunsch Kádárs.²⁰ Es war ihm wichtig, den »Prestigekonsum« aufrecht zu erhalten, weil er den Erfolg der politisch-wirtschaftlichen Maßnahmen als davon abhängig ansah.

Besonders westliche Markenjeans waren ein symbolträchtiges Konsumgut dieser Zeit. Die Staatsführung versuchte vieles, um die begehrten Markenjeans für die Bevölkerung zu sichern. Zur Deckung

12 Auf die US-Relationen bezogenes mittelfristiges Konzept und Arbeitsprogramm der Leichtindustrie. MOL XIX-F-7-kkk, 29.12.1976, S. 7.

13 György Erdélyi: A marcali farmergyár [Die Marcaler Jeansfabrik]. In: Népszabadság 12.05.1978.

14 Ungarisches Landesarchiv (MOL) XIX-F-7-kkk, Ip 33–1500/1977.

15 Angaben von Imre Bencze, ehemaliger leitender Ingenieur von Budaflax, im Gespräch mit Fruzsina Müller am 03.10.2008.

16 Angaben von Dr. Géza Matyasovszky, ehemaliger Handelsdirektor von Budaflax im Gespräch mit Fruzsina Müller am 07.10.2008.

17 Der berühmte »Sprachkünstler« József Romhányi fabrizierte verschiedene Reime für die Markenhose, unter anderem diesen: »Trapper farmer tintakék, mint a kinti mintakép.« (Tintenblau ist die »Trapper« Jeans, so wie drüben das Musterbild.)

18 Vgl. Ferenc Hammer: A farmerviselet alakváltozásai a szocialista Magyarországon [Veränderungen des Jeanstragens im sozialistischen Ungarn]. In: Ildikó Simonovics – Tibor Valuch: Öltöztessük fel az országot! Divat és öltözködés a szocializmusban. [Ziehen wir das Land an! Mode und Bekleidung im Sozialismus]. Budapest: Argumentum, 2009. S. 186–206., hier S. 200.

19 Vgl. János M. Rainer: A Kádár-rendszer válsága [Die Krise des Kádár-Systems]. In: Rubicon 9/75, 1998, S. 34–39.

20 Bericht von Ferenc Havasi, Mitglied des Zentralkomitees der Ungarischen Kommunistischen Partei über die Sylvesterrede Kádárs 1978 in der Sitzung des Ministeriums für Innenhandel am 24.01.1979. MOL XIX-G-4-uuu, S. 38–44.

des Bedarfs an »westlichen« Jeansmarken reichten die Devisen des Landes aber nicht. Deswegen wurde zuerst eine Kooperation mit Levi's eingegangen, danach wurde eine hochwertige einheimische Variante geschaffen. Grund für die Eigenproduktion waren also keine ideologischen Überlegungen, sondern – neben dem Ehrgeiz²¹ – finanzielle Engpässe.

Sowohl die oben genannte Kooperation als auch die Schaffung einer ungarischen Jeansmarke waren Teil einer bewussten Konsumpolitik der ungarischen kommunistischen Partei.²² Diese Politik am Ende der siebziger Jahre verdeutlicht den gleichzeitigen Kampf der Staatsmacht an zwei Fronten: gegen die Krise und um die Legitimität. Die »Freiheit« der Ungarn ging aus der Angst der ungarischen Staatspartei vor dem Machtverlust hervor.

21 Angabe der ehemaligen Ministerin für Leichtindustrie, Jánosné Keserű, im Gespräch mit Fruzsina Müller am 22.06.2010.

22 Aussage von Ferenc Lauthán stellvertretendem Minister für Innenhandel in der gemeinsamen Sitzung der Kommissionen für Industrie bzw. Handel am 30.11.1977, Protokolle der Kommission für Handel 1977–1978, S. 9. Parlamentsarchiv, Budapest.

Ewa Krauss

Topos – Schrift – Autobiographie: Privates Erzählen vs. *Historia* in zwei autobiographischen Texten von Günter Grass und Stefan Chwin

Danzig als ein literarischer Ort

Die Idee von Danzig als einem literarischen Ort ist nicht neu. Sie ist bereits mehrfach evoziert worden, ob unter dem Begriff »the Gdańsk school of writers« (Halikowska-Smith, 2003: 172), als ein Prag, Lemberg oder Krakau vergleichbarer literarischer Ort (vgl. Rothkoegel, 2008: 467) oder dem einer »neue[n] Schriftstellergeneration« (Czermińska, 2000: 139). Dahinter verbirgt sich die Vorstellung von einer Gruppe von mit Danzig/Gdańsk verbunden polnischen Schriftstellern, die Ende der achtziger und in den neunziger Jahren zu veröffentlichen begannen, und in ihrem Werk den multiethnischen Charakter der Stadt thematisieren. Ihre Schriften weisen intertextuelle Bezüge zu Werken von Günter Grass auf, insbesondere zu dem Roman *Die Blechtrommel* (1959). Das Erscheinen von dessen polnischer Übersetzung (1983) wurde nicht nur zu einem kulturellen, sondern auch zu einem politischen Ereignis¹ und stieß in der Stadt der Solidarność-Bewegung auf ein besonders motiviertes Interesse. Małgorzata Czermińska schreibt das nicht dem *genius loci* oder dem Renommee des deutschen Schriftstellers zu, sondern vor allem dem zwar nicht geteilten, aber doch gemeinsamen Schicksal der Vertreibung und Entwurzelung, das sowohl Günter Grass als auch den polnischen Familien zuteil geworden war, die sich nach 1945 in Gdańsk niedergelassen hatten (op. cit.: 140).

In diesem Aufsatz werde ich mich mit dem autobiographischen Essayband *Krótką historią pewnego żartu* [Kurze Geschichte eines Scherzes] (1991) von Stefan Chwin und mit der Autobiographie *Beim Häuten der Zwiebel* von Günter Grass (2006) beschäftigen, um zu zeigen, welche Folgen die Wechselwirkung des privaten Gedächtnisses und der staatlich definierten *Historia* für die Konstituierung der beiden Erzählformen hatte.

Das autobiographische Dreieck

Trotz aller Bemühungen um eine gattungstheoretische Verortung der Autobiographie innerhalb anderer künstlerischer Formen entzieht sich diese einer allgemeingültigen Bestimmung (vgl. Bruss, 1998). Wenn die Hauptaufgabe der Formbezeichnungen darin besteht, im Leser bestimmte Erwartungen in Bezug auf einen Text zu wecken, so lassen sich doch einige Wesenszüge ausmachen, die die Form der autobiographischen Aussage gegenwärtig prägen: Sie ist eine schriftlich fixierte Erzählung über Vergangenes, bei der eine Identität von Erzähler, tatsächlichem Autor und Hauptfigur gegeben ist, und sie bewegt sich im Spannungsfeld zwischen Nicht-Fiktionalität und Fiktionalität, d. h. ihre Aussagen sind verifizierbar und/oder glaubwürdig (ebd.: 274). Untersuchungen autobiographischer Texte jüngerer Datums belegen, dass es in der Autobiographie nicht unbedingt darum gehen muss, »wie es >wirklich< gewesen ist«; sie kann auch wiedergeben, »was das eigene Leben für den Autobiographen/die Autobiographin im Prozess des Schreibens ist« und wie es auf den Leser wirkt (Wagner-Egelhaaf, 2006: 97).

Małgorzata Czermińska klassifizierte vor kurzem die Wirkungsarten der polnischen Autobiographien aus der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts mithilfe eines der klassischen aristotelischen Rhetorik entlehnten »autobiographischen Dreiecks«, dessen Seiten – Bekenntnis (*wyznanie*), Appell

1 Vgl. Sander, M., Der andere Blick – deutsche Schriftsteller aus polnischer Sicht (1945–1986): ein Beitrag zur Rezeptionsgeschichte, Saarbrücken, 1989.

(wezwanie) und Zeugnis (świadectwo) – den drei Arten der Überzeugung entsprechen: dem *Ethos*, dem *Pathos* und dem *Logos* (op. cit.: 25–25). Da der instruktive Charakter der Autobiographie ihre Rezeption als Kunstform traditionell geprägt hat (vgl. Misch, 1998) und immer noch prägt, macht es Sinn, autobiographische Texte nach ihrem Wirkungspotential als Zeugnis, Appell oder Bekenntnis zu befragen.

Das Selbst als ein Anderer

Die Annahme der Identität von Erzähler, Autor und Hauptfigur als ein Definitionsmerkmal der Autobiographie führt zu einigen Problemen, die mit dem Begriff der »Identität« zusammenhängen. Die eindeutige Verortung des Autors im gesetzlichen Personenstandsregister (die zumindest in unserer Region als vom Staat geheiligte Konvention besteht) löst die Probleme der individuellen Bestimmung der eigenen Identität noch nicht. Günter Grass spricht dieses Problem direkt an, indem er einen Erzähler konstruiert, der sich »hinter der dritten Person verkappt« (HZ: 7). Dieses nicht nur formale Spiel, das er in der Form der »affektbeladenen Distanzierung« auch in seinem Erstlingsroman einsetzt,² wird in *Beim Häuten der Zwiebel* vor einem anderen Hintergrund betrieben und innerhalb des Textes begründet:

Ich bereits angejährt, er unverschämt jung; er liest sich Zukunft an, mich holt Vergangenheit ein; meine Kümernisse sind nicht seine; was ihm nicht schändlich sein will, ihn also nicht als Schande drückt, muß ich, der ihm mehr als verwandt ist, nun abarbeiten. Zwischen beiden liegt Blatt auf Blatt verbrauchte Zeit. (HZ: 51)

Immer wieder distanziert sich der Ich-Erzähler von seiner Hauptfigur, die er »jener Junge, der anscheinend ich war« (HZ: 10), »der Junge meines Namens« (HZ: 27) oder »der Rekrut meines Namens« (HZ: 128) nennt – diese »Verkappung« wird im ersten Satz des Werks als »Versuchung« des alten Autobiographen erklärt. Diese Distanzierung endet im Erzählfluss schließlich mit einer Zäsur:

Kein Zweifel: jener Koppeljunge, der neunhundertfünfzig Meter unterhalb der Erdkruste fleißig und verbissen sein kümmerliches Latein aufzubessern versucht, bin ich. (HZ: 265).

Auch Stefan Chwin beschäftigt sich mit dem Problem der Identität. In seinen autobiographischen Aufzeichnungen wird ein kindlicher Erzähler (re)konstruiert, der »am Rande einer zerstörten Stadt geboren wurde, die es nicht mehr gibt« (KH: 7) und angesichts der widerspruchsvollen Welt der Erwachsenen ständig Fragen stellt. Immer wieder sammelt der Junge Indizien für die widersprüchlichen Interpretationen der erlebten Welt, die ihm einerseits die im Kino oder in der Schule vermittelten Bilder und Narrationen, andererseits die eigenen Erfahrungen suggerieren.

Die Fragen sind plausibel, aber werden sie wirklich von dem kindlichen Erzähler formuliert? Oder sind sie eher ein Zeichen dafür, dass in die Rolle des Erzählers auch ein erwachsenes reflektierendes Subjekt schlüpfte? In dem als »Nachwort« betitelten Kapitel (*Posłowie*, KH: 255–273) erklärt der Autobiograph, der sich zur Generation der 40- bis 50-Jährigen zählt, dass solche Fragen nur von einem Erwachsenen gestellt werden können (KH: 264).

Privates Erzählen vs. *Historia*

Die Wahl der Autobiographie mit ihren Konventionen zwingt beide Autoren, sich mit der Problematik der eigenen Identität auseinanderzusetzen, die durch das Merkmal der zeitlichen Kontinuität des Gedächtnisses aufrechterhalten wird.³ Das Gefühl der Andersheit des Selbst, von dem weiter oben die Rede war, kann durch eine Parallele zu den grammatischen Kategorien der abgeschlossenen und der

2 Vgl. Arker, D., Nichts ist vorbei, alles kommt wieder. Untersuchungen zu Günter Grass' »Blechtrommel«, Heidelberg, 1989: 78–91.

3 Diese Argumentation übernehme ich von Paul Ricoeur, der mit John Locke das Gedächtnis als ein Kriterium der personellen Identität ansieht (1998: 75).

unmittelbaren Vergangenheit erklärt werden, die in der Erzählung zur Unterscheidung von Zeiträumen dienen können (Ricoeur, 1998: 77). Zwischen dem Gedächtnis als einer »individuellen, privaten, inneren Erfahrung« und »seiner Charakterisierung als ein von vornherein soziales, kollektives, öffentliches Phänomen«, das ich in der Überschrift mit der Bezeichnung *Historia* versehen habe, besteht aber eine Aporie (ebd.: 72).

Beide Elemente sind in den besprochenen Werken enthalten. Die *Historia* stellt ein wichtiges Raster für die Schilderung der Lebenserfahrungen von Günter Grass dar: Seine Erzählung beginnt mit dem Anfang des Krieges, der Identitätswandel mit dessen Ende. Trotzdem erinnert er das Kriegsende aus einer privaten Perspektive und weigert sich, das Gefühl zu vermitteln, ihm sei die »Stunde null« geläutet worden (HZ: 185). Denn seinem Alter, seinen Umständen und seiner Veranlagung entsprechend wird er vom »ordinären Hunger«, dem Hunger nach fleischlicher Liebe und nach Kunst, geplagt (HZ: 279).

Danach werden die Ereignisse der politischen Geschichte lediglich am Rande erwähnt: Die Ost-West-Gespräche, der Kalte Krieg und der Tod Stalins sind angesichts der persönlichen Tragödie des Krebstods der Mutter nichtig (HZ: 440).

Die Einstellung des Autobiographen zur kollektiven Geschichtsschreibung äußert sich in der Schilderung des Versuchs, die durch den Krieg versäumte Schulbildung nachzuholen. Diese Absicht scheitert am Geschichtsunterricht:

Das mochte dem Lehrplan entsprechen. Ich aber wollte nicht bei Bismarck und dessen Schummeleien stehengeblieben sein. Was ging mich siebzigeinundsiebzig an? Mein Schnellkurs in dem, was Kriegserfahrung genannt wird, war jüngerem Datums. Vorgestern erst hatte dieser Lehrgang sein Ende gefunden. (HZ: 245)

Der Geschichtsunterricht ist auch eine der Quellen für das Unbehagen des jungen Stefan Chwin. Von seiner blonden Geschichtslehrerin wird er über den Zusammenhang belehrt, den die Schüler zwischen dem »Kreuzritter« genannten Deutschen Orden, Adenauer und Hitler sehen sollen (KH: 23). Dabei ist sein Bild der »Kreuzritter« voller Widersprüche. Einerseits entspringt es den martialischen suggestiven Szenen eines im Kino »Delfin« gesehenen Films, in dem die (russisch sprechenden) grausamen deutschen Ritter unschuldige Kinder quälen (KH: 23), andererseits aber auch einem prächtigen Gemälde an der Altarwand im Dom zu Oliwa, das er jeden Sonntag bei der Heiligen Messe bewundernd betrachtet (KH: 24).

Das Leben des polnischen Autobiographen wurde aber von anderen geschichtlichen Ereignissen geprägt, die das Nachkriegsnomadentum seiner Eltern verursachten: vom Warschauer Aufstand und der Konferenz von Jalta. Der »Scherz«, von dem im Titel der Erinnerungen die Rede ist, besteht darin, dass trotz dieser mächtigen Kräfte der reine Zufall, eine intuitive nicht reflektierte Handlung seines Vaters, eine existentielle Macht über sein Leben ausgeübt hat. Wäre dieser nicht einem Impuls folgend in letzter Minute in den Zug mit polnischen Vertriebenen aus Wilna gesprungen, hätte sein Sohn möglicherweise russisch statt polnisch gesprochen (KH: 151).

Aus diesem Wissen scheint der polnische Autobiograph die Kraft genommen zu haben, sich unterschiedlichen Verführungsversuchen von »Familie, Kirche, Schule, Partei, Stalin, Hitler und denjenigen von jenseits des Ozeans, von der Freiheitsstatue« (KH: 260) widersetzt zu haben, um seine private Geschichte als eine Fortsetzung der Geschichte der Deutschen zu schreiben, deren Spuren er in seiner Geburtsstadt sammelt.

Denn: Was kann das Gedächtnis die Geschichte lehren? Das Vergessen und das Verzeihen. (vgl. Ricoeur, op. cit.: 125–156). Das scheint auch der Gehalt des in beiden Autobiographien formulierten Appells zu sein.

Texte

Grass, G., *Beim Häuten der Zwiebel*, Göttingen 2006, (HZ).

Chwin, S., *Krótką historia pewnego żartu*, Gdańsk 1991, (KH).

Sekundärliteratur

Bruss, E. W., *Die Autobiographie als literarischer Akt (1974)*, in: Niggel, G. (Hrsg.), *Die Autobiographie: Zur Form und Geschichte einer literarischen Gattung*, Darmstadt 1998², S. 258–279.

Czermińska, M., *Autobiograficzny trójkąt*, Kraków 2000.

Halikowska-Smith, T., *The past as palimpsest*, in: *The Sarmatian Review*, 01/2003, S. 922–928.

Misch, G., *Begriff und Ursprung der Autobiographie (1907/1949)*, in: Niggel, G. (Hrsg.), *Die Autobiographie: Zur Form und Geschichte einer literarischen Gattung*, Darmstadt 1998², S. 33–54.

Ricoeur, P., *Das Rätsel der Vergangenheit: Erinnern – Vergessen – Verzeihen*, Göttingen 2000².

Rothkoegel, A., *Danzig als literarischer Ort (Grass, Chwin, Huelle)*, in: *Zeitschrift für Slawistik* 53 (4) / 2008, S. 467–485.

Wagner-Egelhaaf, M., *Autofiktion – Theorie und Praxis des autobiographischen Schreibens*, in: Berning, J., Keßler, N., Koch, H. (Hrsg.), *Schreiben im Kontext der Schule, Universität, Beruf und Lebensalltag*, Berlin 2006, S. 80–101.

***III. Ordnungsmechanismen:
Herrschaft zwischen formalen
und informellen Strukturen***

Politik, Öffentliche Verwaltung und Modernisierung in Kasachstan

Einführung

Öffentliche Verwaltung gehört nicht zu den Standardthemen der Politikwissenschaften.¹ Dabei kommt ihr sowohl praktische als auch theoretische Relevanz zu: Die Funktionsweise und Effektivität der öffentlichen Verwaltung entscheidet über die generelle Implementationskapazität und damit auch über die Reformfähigkeit von Staaten. Politische Konzepte können ohne eine funktionierende Verwaltung nicht umgesetzt werden. Darüber hinaus kann die öffentliche Verwaltung nicht nur eine *passive* Implementierungshürde, sondern auch ein *aktiver*, um Ressourcenzugang kämpfender Mitspieler auf dem staatlichen Spielfeld sein. Eine empirische Untersuchung der Öffentlichen Verwaltung besitzt außerdem das Potenzial, die durch die Paradigmen der Transformationsforschung geprägte Autoritarismus-Demokratie-Debatte theoretisch zu erweitern.

Dieses Paper unternimmt nach den theoretischen und methodischen Vorbemerkungen den Versuch einer Beschreibung des politisch-administrativen Systems in Kasachstan. Dabei werden formelle und informelle Institutionen sowie Akteurskonstellationen berücksichtigt. In Bezug auf die Verwaltungsreformen werden die endogenen Reformakteure, der Inhalt der Reformen, Widerstand und strukturelle Hindernisse sowie die sich aus der Modernisierung ergebenden Dilemmata erklärt.

Im Vordergrund steht dabei weniger die Privatisierung und Kooperatisierung der öffentlichen Verwaltung, mit der sich die meisten Autoren beschäftigen,² sondern Versuche ihrer Weberianisierung. Damit bezeichne ich die Einführung von Elementen der legal-rationalen Verwaltung, wie sie von Max Weber idealtypisch konstruiert wurde. Dieser Typ ist gekennzeichnet durch die hohe Bedeutung eines rationalen Systems aufeinander abgestimmter Regeln und Prozeduren, Kompetenz, der Trennung von Amt und Amtsmitteln sowie von Politik und Verwaltung. Verwaltung ist dabei Teil einer legalen Herrschaft, die auch selbst an die Regeln der unpersönlichen Ordnung gebunden ist (Weber 1980: 125ff.). Ein adäquater theoretischer Ausgangspunkt für die Untersuchung sind Neopatrimonialismus-Ansätze, die die Aufmerksamkeit auf die für postkoloniale Staaten typische Gleichzeitigkeit von patrimonialen und legal-rationalen Herrschaftsformen lenken.³ Der patrimonialen Herrschaft und Verwaltung fehlen nicht nur wichtige Strukturelemente des legal-rationalen Typs, auch die Handlungsstrategien der Akteure richten sich nach gänzlich anderen Logiken (Weber 1980: 130ff.).

Einem kulturell-historischen Institutionalismus folgend wird Öffentliche Verwaltung weder von ihrem politischen noch von ihrem gesellschaftlichen und historischen Kontext isoliert betrachtet. Die zentralasiatischen Staaten sind weitaus weniger autonom als die OECD-Staaten und besitzen keine ausgeprägten Eigenlogiken.⁴ Institutionen sind deswegen nicht zwangsläufig in formelle Organisationen eingebettet.

1 Im Rahmen meines Promotionsprojekts habe ich bisher eineinhalb Jahre in Kasachstan verbracht. Die folgenden Ergebnisse meiner Feldforschung basieren auf Interviews, Gesprächen, lokalen Zeitungsberichten und teilnehmenden Beobachtungen. Aus Platzgründen können diese im Detail nicht angegeben werden. Die Promotion wird durch den DAAD und die Friedrich-Ebert-Stiftung gefördert.

2 Die seltenen Ausnahmen hiervon sind Emrich-Bakenova (2009) und Janenova (2009).

3 Vgl. z. B. Eisenstadt (1973); Hensell (2009: 43ff.); kritisch: Therkildsen (2005).

4 Vgl. Migdal, Schlichte (2005); Heinemann-Grüder, Haberstock (2007).

Genese des neopatrimonialen Staats in Kasachstan

Die kurzen zwanzig Jahre des unabhängigen kasachstanischen Staates relativieren sich vor dem Hintergrund seiner Geschichte: Bis in das 19. Jahrhundert hinein lebten die kasachischen Nomaden in traditionellen Gesellschaftsformen und regelten ihre Sozialbeziehungen mittels ungeschriebenem Gewohnheitsrecht. Entscheidende Integrationsinstanzen waren die erweiterte Familie und in begrenztem Umfang der Klan. Die nomadische Lebensweise verhinderte eine starke Monopolisierung von Macht (Erofeeva 2001: 113ff.). Modernisierungsprozesse setzten erst mit dem Staatsaufbau durch das zaristische und später vor allem durch das sowjetische Russland ein, führten jedoch nie zu einer ähnlich starken Individualisierung der Gesellschaft wie in den OECD-Staaten (vgl. Schatz 2004: 46ff.). Die KSSR wies auf der organisatorischen Ebene zwar moderne Züge auf (Errichtung von Ministerien, Verwaltungsämtern, Arbeitsteilung), die Funktionslogik von Staat und Verwaltung glich jedoch eher dem patrimonialen als dem legal-rationalen Idealtyp. Eines der Grundprinzipien der rationalen Verwaltung, die Orientierung des Handelns an formalen Regeln und Prozeduren, wurde im Sowjetstaat der Zielerreichung untergeordnet (Pakulski 1986: 6ff.).

Politik und Verwaltung im unabhängigen Kasachstan

Das auffälligste Merkmal des kasachischen politischen Systems ist zunächst die starke Stellung des Präsidenten Nazarbaev, der theoretisch jede Sach- und Personalentscheidung treffen kann. Politik und Verwaltung sind formal getrennt. Dem Typ des Politikers im westlichen Sinne entspricht in Kasachstan am ehesten der politische Beamte. Politische Beamte sind laut Gesetz über den Staatsdienst diejenigen, die vom Präsidenten ernannt werden. Alle anderen sind administrative Beamte. Seit 2007 gibt es als dritte Kategorie den Zivilangestellten, der vom Staat bezahlt wird, jedoch zu keiner der beiden Kategorien gehört. Derzeit gibt es rund 3.000 politische und 100.000 administrative Beamte. Alle drei Kategorien umfassen zusammen ca. eine Millionen Personen (Kyzmet 2010). Politische Beamte können – formal – bis zu 5.000 US-Dollar verdienen, administrative Beamte verdienen deutlich weniger (World Bank 2005: 55).

Die Gruppe der politischen Beamten hat aufgrund mehrerer Faktoren besonders gute Chancen zur informellen ökonomischen Aneignung (die gemeinhin unter dem Stichwort der »Korruption« diskutiert wird). Viele der politischen Beamten konnten bereits in den 1990er Jahren ihre Amtsmacht nutzen, um finanzielle Vorteile aus der Privatisierung zu ziehen (Pomfret 2006: 44ff.). Auf diesem Wege konnte erhebliches Kapital akkumuliert werden, das heute für den Erhalt und Ausbau persönlicher Macht genutzt wird. Als Minister, Regionalgouverneure, Behördenleiter und Abteilungschefs leiten sie große Behörden, die ihnen Möglichkeiten zum Aufbau klientelistischer Netzwerke geben. So ist es üblich, dass Vorgesetzte sich die Loyalität ihrer Mitarbeiter durch informelle Zusatzleistungen erkaufen. Wichtige Posten bei den administrativen Beamten werden in diesem Sinne in klientelistischer Absicht vergeben. Da Beamte oft selbst geschäftlich tätig sind oder über Klientelnetzwerke mit dem ökonomischen Sektor verbunden sind, ist eine Trennung zwischen politischem und ökonomischem Sektor nicht möglich. Deutlichstes Beispiel hierfür sind die Unternehmensbeteiligungen und die Kontrolle über staatliche Unternehmen durch die Präsidentenfamilie selbst.

Praktiken der informellen Aneignung betreffen alle Bereiche und Ebenen des Staates, Verwaltungsämter, das Bildungswesen (einschließlich der Kindergärten), den Gesundheitsbereich, Justiz und Polizei und sogar die Behörde für Korruptionsbekämpfung.⁵ Die erheblichen Geldsummen, die seit dem wirtschaftlichen Aufschwung durch das Land fließen, und die Möglichkeit der informellen Aneignung haben dazu geführt, dass viele Bereiche des Staatsdienstes lukrative Posten anbieten.⁶ Hochrangige Beamte können so zu Millionären werden, administrative Beamte können je nach Sektor und Position ein anständiges bis sehr gutes Leben führen. Um den Zugang zu politischen

5 Vgl. zur Korruption in Kasachstan allgemein Turisbekov et al. (2007: 35ff.), zur Justiz UN (2005).

6 Vgl. zum rentierstaatlichen Aspekt auch Franke et al. (2009).

und ökonomischen Ressourcen wird seit den 1990er Jahren gekämpft. Hierfür werden auch die »legalen« Instrumente staatlicher Behörden in Anspruch genommen.⁷ Wenn vorrangiges Ziel des Beamten nicht die Erfüllung öffentlicher Aufgaben, sondern die Verteidigung seiner Macht und Einkünfte ist, dann ist nicht nur die Fähigkeit des Staates stark eingeschränkt, öffentliche Aufgaben zu erfüllen, die patrimoniale Betriebslogik erzeugt auch starke zentrifugale Kräfte, die dem Staatschef das Gefühl geben, die Kontrolle zu verlieren. Um allzu starke Machtakkumulationen zu vermeiden, wendet Nazarbaev das für neopatrimoniale Staaten typische Verfahren des »*Big Shuffles*« an, bei dem politische Beamte in regelmäßigen Abständen rotiert werden.⁸ Die Verwaltungsreform in Kasachstan, so die These, ist ein Versuch, nicht nur die Leistungsfähigkeit und die Kontrollmöglichkeiten über den Staatsapparat zu erhöhen, sondern mit der Stärkung der administrativen Beamten auch ein Gegengewicht zur starken Stellung der politischen Beamten im politischen System Kasachstans zu schaffen.

Hindernisse und Dilemmata der Verwaltungsmodernisierung

Die geschilderten Strukturelemente, wie Klientelismus, informelle Aneignung und schwache Effektivität, werden in zahlreichen Dokumenten, Verordnungen und Reden des Präsidenten thematisiert. Versuche ihrer Terminierung lassen sich sowohl auf institutioneller als auch auf organisatorischer Ebene beobachten. Die wichtigsten Prinzipien der legal-rationalen Verwaltung (Trennung von Politik und Verwaltung, Leistungsprinzip, Offenheit, Korruptionsverbot etc.) sind im Gesetz über den Staatsdienst festgelegt und spiegeln sich auch in zahlreichen Strategien und Verordnungen wieder. Zur praktischen Implementierung wurde 1999 die Agentur für den Staatsdienst gegründet. Um die Modernisierungsvorhaben auch gegen Widerstände durchsetzen zu können, wurde die Agentur direkt dem Präsidenten untergeordnet.

Die neu geschaffene Agentur begann mit der Implementierung eines einheitlichen computergestützten Auswahlverfahrens für administrative Beamte. Bereits der erste Leiter der Agentur sah sich mit erheblichen Widerständen von Seiten der politischen Beamten konfrontiert, die den längerfristigen Kontrollverlust über das Auswahlverfahren befürchteten. Unter dem Druck der Gegner musste er seinen Posten zwar räumen, an dem Verfahren konnte aber bis heute festgehalten werden. Das Ausschreibungsverfahren für vakante Stellen ist mittlerweile transparenter als vor 1999. Alle Vakanzen werden im Internet und in Zeitungen veröffentlicht, alle Bewerber müssen den Test durchlaufen, behördeneigene Kommissionen können dann jedoch aus dem Kreis derer, die den Test bestanden haben, den geeigneten Kandidaten aussuchen. Abgesehen davon, dass bei dem Testverfahren Betrug prinzipiell nicht auszuschließen ist, garantiert das Verfahren zwar eine gewisse Mindestqualifikation der Bewerber, verhindert aber bis heute nicht die Auswahl aufgrund patrimonialer Logiken. Darüber hinaus haben politische Beamte die Möglichkeit, außerhalb des Beamtenrechts gut bezahlte Berater anzustellen, die öffentliche Funktionen wahrnehmen. Zur Ahndung von Verstößen gegen das Auswahlverfahren wurden zwar Disziplinarkomitees eingerichtet, die diese Aufgabe jedoch nur bedingt wahrnehmen können.

Die Bekämpfung informeller Aneignung spielt im politischen Diskurs, aber auch institutionell und organisatorisch eine große Rolle. Neben dem Verbot von Korruption im Strafgesetzbuch gibt es eine staatliche Strategie der Korruptionsbekämpfung. Der 2004 geschaffenen Finanzpolizei wurden umfangreiche Kompetenzen zugeschrieben. Trotz institutioneller und organisatorischer Neuerungen hat sich die Situation aber bis heute nicht verändert.⁹ Das Prinzip der informellen Aneignung ist so verbreitet, dass eine Durchsetzung des Korruptionsverbots schwierig ist, weil auch die Kontrolleure selbst nicht aus dieser Logik herausgelöst sind. Verurteilungen wegen Korruption kommen zwar

7 Das jüngste Beispiel hierfür sind die gegenseitigen Verhaftungen von Geheimdienst und Finanzpolizei im Jahre 2009 (Alliance of analytical organizations 2010: 6ff.).

8 Vgl. zur Dynamik zentrifugaler Kräfte und zum *Big Shuffle* Migdal (1988: 206ff.).

9 Vgl. unter anderem die Umfragen von Gallup International, die keine Veränderung der Korruptionswahrnehmung in der Bevölkerung nachweisen können, <http://bit.ly/dyK3Fl> (PDF-Dokument).

durchaus vor, ihre geringe Anzahl im Vergleich zum tatsächlichen Vorkommen lässt jedoch auf eine Selektivität schließen, die von anderen Prinzipien geleitet wird. All dies deutet auf ein Inklusionsproblem hin: Um die patrimonialen Logiken des Staates zu bekämpfen, ist der Präsident auf die Zusammenarbeit mit Beamten angewiesen, deren Handlungsstrategien sich nach genau diesen Logiken richtet.¹⁰ Deutlichstes Beispiel hierfür ist die Finanzpolizei, der selbst regelmäßig Korruption vorgeworfen wird. Ein jüngster Versuch, dieses Motivationsproblem der Beamten zu kompensieren, ist eine Initiative des Präsidenten, bei der sich Unternehmen direkt beim Präsidenten über Verfehlungen von Behörden beschweren können.

Ein weiteres Reformprojekt ist die Einführung von Standards für öffentliche Dienstleistungen.¹¹ Die bis dahin unklaren Verfahren, beispielsweise zur Ausgabe von Reisepässen, ermöglichten es Beamten, das Prozedere so kompliziert zu gestalten und in die Länge zu ziehen, dass der Antragsteller zur Zahlung eines Schmiergeldes bereit war. So konnten Beamte des Justizministeriums lange Zeit Pässe für bis zu 200 Dollar verkaufen. Zusammen mit den neuen Servicestandards wurden ab 2005 so genannte »One-Stop-Shops« errichtet, bei denen Bürger die Dienste aller Ministerien erhalten sollten. Explizites Ziel war es, ein transparentes Verfahren mit klaren Bearbeitungsfristen zu schaffen und den direkten Kontakt zwischen Bürgern und Beamten zu unterbinden. Erstaunlich ist zunächst, dass der Präsident es offensichtlich geschafft hatte, einen Kreis von Modernisierern zu mobilisieren, der dieses Projekt schon weit vorangetrieben hat. Allerdings konnten sich Teile der Ministerialbürokratie erfolgreich gegen eine Eingliederung in die »One-Stop-Shop«-Systeme wehren (Janenova 2009). Der Erfolg wurde zuletzt auch geschmälert, nachdem die Aufsicht über die Shops zum Jahreswechsel 2010 vom Justizministerium an die regionalen Verwaltungsbehörden abgegeben wurde. In Folge dessen erhob das Justizministerium rechtliche Bedenken gegen die Ausgabe von Pässen durch ministeriumsfremdes Personal und zog das Verfahren wieder an sich.

Das neueste Projekt ist die Einführung eines Karrieresystems für administrative Beamte. Das 2008 vorgestellte Modell sieht vor, dass einige Toppositionen im Staat nicht mehr aus dem Pool der politischen Beamten besetzt werden, sondern mit administrativen Beamten, die sich im Laufe ihrer Karriere als besonders begabt erwiesen haben. Das Modell schafft eine Laufbahnerwartung für die Beamten: Wer sehr gut ist, kann in die Elitekategorie A aufrücken. Das Implementierungskonzept wurde im Anschluss an die Rede von einigen Modernisierern ausgearbeitet, von der Präsidialadministration jedoch als verfassungswidrig zurückgewiesen. Der Präsident musste sich Anfang des Jahres erst mit einer Verordnung über den Widerstand seiner eigenen Administration hinwegsetzen und verfügte die Einführung des Modells bis 2012. Der Fall veranschaulicht Status und Rolle der Präsidialadministration. Ihr kommt aufgrund ihrer Nähe zum Präsidenten aber auch formalrechtlich eine enorme Machtfülle zu, die sich im neopatrimonialen Staat auch informell einsetzen lässt. Es liegt auf der Hand, dass die Akteursgruppen, die vom »institutionellen Design« in einer Gesellschaft am meisten profitieren, auch das geringste Interesse an dessen Veränderung haben.

Fazit

Ist der Präsident also der einsame Kämpfer, der die Modernisierung möchte, dem jedoch schlicht die Mitstreiter fehlen? Die vom Präsidenten ausgehenden umfassenden institutionellen und organisatorischen Veränderungen in der letzten Dekade lassen den Rückschluss zu, dass der Präsident tatsächlich eine gewisse Rationalisierung der Verwaltung anstrebt. Eine formale und tatsächliche Stärkung der administrativen Beamten würde durch die Schwächung der »kämpfenden« politischen Beamten seine eigene Position stärken, historisch vergleichbar mit der Emanzipation des »neuen Staatsadels« gegenüber der aristokratischen Hofverwaltung in Frankreich. Darüber hinaus ist es auch plausibel, dass mit der Modernisierung das schlechte Image des Staates in der Bevölkerung verbessert werden soll.

10 Dieses Inklusionsdilemma wurde für Uganda von Schlichte (2005: 267f.) analysiert.

11 Vgl. zu den Servicestandards auch Kaparov (2004).

Bei der Modernisierung steht sich der Präsident aber auch selbst im Weg. Er kann sich der neopatrimonialen Logik selbst nicht entziehen und nutzt klassische patrimoniale Praktiken der Machtssicherung. Dazu gehören das permanente Rotieren von Mitarbeitern, der Einsatz seiner Familie, informelle Kapitalakkumulation und die Inanspruchnahme von Willkürentscheidungen. Der Präsident traut dem Modernisierungsprozess (der auch immer eine Form der Dezentralisierung darstellt) auch nur bedingt: Die Präsidentenpartei *Nur Otan* soll, verkündete er 2008 in einer Rede, überall in der Verwaltung und bei der Modernisierung »dabei sein«. Damit führt er ein eher patrimoniales als legal-rationales Kontrollinstrument ein. Der Präsident befindet sich somit neben dem *Inklusionsdilemma* auch in einem *Modernisierungsdilemma*: Einerseits strebt er die Verwaltungsmodernisierung an, andererseits ist er aber auf patrimoniale Politik angewiesen.

Bevölkerung und Wirtschaft sind nur bedingt in der Lage, eine Feuerschutz-Funktion zu erfüllen und so die Arbeit der Verwaltung zu kontrollieren. Zum einen ist die Missachtung der Regel nicht die Ausnahme, sondern selbst die Regel. Diese informelle Regel scheint tief im Habitus der Bevölkerung verankert zu sein. Zum anderen profitieren auch die Bürger allzu oft von der Möglichkeit, Probleme informell zu lösen.

Literaturverzeichnis

- Alliance of analytical organizations (2010): Kazakhstan: Annual report on the development of society and state. Almaty.
- Eisenstadt, Samuel Noah (1973): Traditional patrimonialism and modern neopatrimonialism. Beverly Hills: Sage Publ.
- Erofeeva, I. B. (2001): Kazachskoe chanstvo i vlast' v tradicionnom obščestve kazachov. In: Masanov, Nurbulat et. al. (Hg.): Istorija Kazachstana. Narody i kul'tury. Almaty: Dajk Press, S. 113–189.
- Emrich-Bakenova, Saule (2009): Trajectory of Civil Service Development in Kazakhstan: Nexus of Politics and Administration. In: Governance, Jg. 22, H. 4, S. 717–745.
- Heinemann-Grüder, Andreas; Haberstock, Holger (2007): Sultan, Klan und Patronage. Regime-dilemmata in Zentralasien. In: Osteuropa, Jg. 57, H. 8–9, S. 121–138.
- Hensell, Stephan (2009): Die Willkür des Staates. Herrschaft und Verwaltung in Osteuropa. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss.
- Janenova, Saltanat (2009): Public Service Integration in Kazakhstan: Why Alternative-Access rather than Single-Access. Paper presented at the 17th NISPAcee Annual International Conference 'The State and Administration in a Changing World', Montenegro.
- Franke, Anja; Gawrich, Andrea; Alakbarov, Gurban (2009): Kazakhstan and Azerbaijan as Post-Soviet Rentier States: Resource Incomes and Autocracy as a Double 'Curse' in Post-Soviet Regimes, Europe-Asia Studies, Jg. 61, H. 1, S. 109–140.
- Kaparov, Serik G. (2004): Standarty predostavleniya gosudarstvennych uslug – novyj etap administrativnoj reformy v Kazachstane. In: Činovnik, H. 33.
- Kyzmet (2010): Gosudarstvennaja služba v cifrach. Online verfügbar unter <http://bit.ly/amtZAs>, zuletzt geprüft am 30.07.2010.
- Migdal, Joel S. (1988): Strong societies and weak states. State-society relations and state capabilities in the Third World. Princeton, New Jersey: Princeton Univ. Press.
- Migdal, Joel S.; Schlichte, Klaus (2005): Rethinking the State. In: Schlichte, Klaus (Hg.): The dynamics of states. The formation and crises of state domination. Aldershot Hants: Ashgate, S. 1–40.
- Pakulski, Jan (1986): Bureaucracy and the Soviet System. In: Studies in Comparative Communism, Jg. XIX, H. 1, S. 3–24.
- Pomfret, Richard (2006): The Central Asian Economies since Independence. Princeton NJ: Princeton Univ. Press.

- Schatz, Edward (2004): *Modern clan politics. The power of "blood" in Kazakhstan and beyond.* Seattle: Univ. of Washington Press (Jackson school publications in international studies).
- Schlichte, Klaus (2005): *Der Staat in der Weltgesellschaft. Politische Herrschaft in Asien, Afrika und Lateinamerika.* Frankfurt/Main: Campus-Verl.
- Turisbekov, Z.; Džandosova, Ž.; Tagatova, A.; Šilikbaeva, N. (2007): *administrativnye bar'ery kak istočnik korrupcionnyh pravonarušenij v sfere gosslužby.* Centr issledovanij Sandž. Almaty.
- Therkildsen, Ole (2005): *Understanding Public Management Through Neopatrimonialism: A Paradigm for all African Seasons?* In: Engel, Ulf; Olsen, Gorm Rye (Hg.): *The African exception.* Aldershot: Ashgate, S. 35–51.
- UN (2005): *Civil and political rights, including the questions of the judiciary, administration of justice, impunity. Mission to Kazakhstan. Report of the Special Rapporteur on the independence of judges and lawyers.*
- Weber, Max (1980): *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie; Studienausgabe. 5., rev. Aufl.* Tübingen: Mohr.
- World Bank (2005): *Kazakhstan. Reforming the Public Sector Wage System. Report No. 21707-KZ.*

Inga Paslaviciute

»Privatisierung des Staates« und »Politisierung des Privaten« als Kommunikationsstrategien der Petitionen in der Litauischen Sozialistischen Sowjetrepublik 1953–1964¹

Seit dem Beginn der Archivrevolution in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion hat die Geschichtswissenschaft Entstehung, Existenz und Ende der totalitären Regime umfassend unter die Lupe genommen. Bald zwanzig Jahre nach dem Zusammenbruch des Regimes in der Litauischen Sozialistischen Sowjetrepublik ist es an der Zeit, den Geschichtsblick »nach unten« zu richten – auf Abertausende von Briefen, die die »Stimme des Volkes« für die Zeit dokumentieren, in der Glasnost und Transparenz nicht möglich waren.²

Als Instrument, um möglicherweise private (z. B. Wohnen) und öffentliche Interessen (z. B. Konsum) durchzusetzen und auf gesellschaftliche Mängel und Missstände hinzuweisen, bildeten Petitionen eine besondere Art von öffentlicher Meinungsäußerung bzw. privater Kommunikation mit den Herrschaftsträgern der Sowjetunion. Es handelte sich bei ihnen um Bitten, Beschwerden und anderweitige Stellungnahmen der Bevölkerung, die an diverse Instanzen des Staates und der Partei gerichtet waren. Aus Sicht der Partei übernahmen die Bürger/innen mit dem Einreichen der Petitionen eine aktive gestaltende Rolle beim Aufbau des sozialistischen Ideals, während die Petitionen für die Verfasser/innen selbst nicht selten einen letzten Hilferuf darstellten, mit dessen Hilfe sie sich aus den Zwängen dieses Ideals zu befreien hofften.

Absicht der empirischen Analyse des Petitionswesens ist es, bewusstes bzw. unbewusstes Handeln unter den Bedingungen von staatlicher Herrschaft und fragmentierter Öffentlichkeit zu erschließen sowie die Haltung der Bevölkerung zur Sowjetisierung Litauens zu analysieren.

Politisierung des Privaten

Das in den kommunistischen Diktaturen verankerte Vorschlags- und Beschwerderecht sah die wesentliche Funktion des Petitionswesens in der »Einbeziehung der Massen in die Leitung des Staates«. ³ Der politisch-ideologisch verfasste Staat sowjetischen Typs betrachtete die Kommunikation mit den Bürger/innen als seine Verantwortung, um einerseits Einblick in deren Sorgen und Nöte zu haben (Kontrollfunktion) und um andererseits seine Kontrolle über die »sozialistische Demokratie« abzusichern (Ventilfunktion). Tatsächlich visierte der Staat mit den Petitionen eine Sphäre an, die zwischen Öffentlichkeit und Privatheit angesiedelt war: Beim Zentralkomitee der Litauischen Kommunistischen Partei richtete er für die Briefe des Volkes Beschwerdeabteilungen ein, in staatlichen bzw. öffentlichen Einrichtungen stellte er Beschwerdekästen für sie auf. Unter diesen Bedingungen unternahmen die Bürger/innen einzeln, kollektiv oder anonym Schreibversuche, um sich aus den Zwängen der Mangelwirtschaft zu befreien. Das Petitionswesen stellte also ein Kommunikationsfeld zwischen Staat und Gesellschaft dar und führte zu einer Praxis der Bitt- und Beschwerdekultur seitens der Bevölkerung und zur Sozialdisziplinierung auf der Seite des Staates. Die Dichotomie von Öffentlichkeit und Privatheit wurde dabei verwischt – die von der kommunistischen Elite geforderte

1 Dieser Beitrag ist ein Teil des Dissertationsprojekts mit dem Titel »Rhetorische Strategien in der Kommunikation mit der kommunistischen Bürokratie in der Litauischen Sozialistischen Sowjetrepublik 1953–1991«.

2 Thomas Bohn fordert, bei der Untersuchung von nonkonformistischem Verhalten im Realsozialismus die Perspektive auf Reaktionen »von unten« zu richten. Vgl.: Bohn, T: »Resistenz« und »Eigensinn«. Kategorien für widerständiges Verhalten in der Sowjetunion nach Stalin. In: Osteuropa, 57, 12/2007, S. 1.

3 Menzel, Wolfgang: Das Vorschlags- und Beschwerderecht der Bürger und die förmlichen Rechtsmittel in der Verwaltung der Deutschen Demokratischen Republik. In: K[arl] Bönninger u. a.: Das Verwaltungsrecht der DDR. Allgemeiner Teil. Berlin 1957, S. 295.

Partizipation am Aufbau des sozialistischen Staates bedingte eine Politisierung des Privaten, die sich in den Petitionen als Kommunikationsstrategie niederschlug.⁴ Der totalitäre Staat ging offenbar davon aus, dass die Briefe des Volkes primär das Idealbild der Gemeinschaft fördern würden. Die Briefe, die ihn dennoch mit Kritik konfrontierten, wurden als »Ausdruck der wachsenden Bereitschaft der Bürger zu gesellschaftlicher Mitarbeit« gedeutet und durch ihre pauschale Unterteilung in »gute« und »schlechte« wurde der Gehalt der Petitionen insgesamt reduziert.⁵

Bereits in den zwanziger Jahren hatte sich die kommunistische Partei angesichts der Gefahr der gesellschaftlichen Polarisierung und der Fragmentierung des Klassenzusammenhalts mit der essentiellen Frage von »Kritik« und »Selbstkritik« konfrontiert gesehen. Das Prinzip der »guten« Kritik war innerhalb der Partei willkommen, sollte aber an die euphorisch propagierte »gesellschaftlich nützliche Kritik« anknüpfen.⁶ Berthold Unfried weist darauf hin, dass Selbstkritik im Sinne des kommunistischen Prinzips der Verantwortung für die eigene Umgebung immer mit der Kritik Anderer einhergeht.⁷ Das Prinzip der »Selbstkritik« und der »Kritik« begründete unter den Parteimitgliedern eine diskursive Verkehrsform;⁸ mit den Petitionen entwickelte sich eine ähnliche Praxis der Kritik. In ihnen wurde das Private als Gegenstand der Selbstkritik mit entscheidender politischer und öffentlicher Bedeutung versehen und an den Staat herangetragen. Die Verfasser/innen der Petitionen überführten das Private in ein offenkundig politisches Prisma: Neben der vorrangig abstrakten Kritik der Gesellschaftsordnung kritisierten sie sehr deutlich sich selbst, äußerten ihre misstrauische Haltung gegenüber der sozialistischen Politik rudimentär und konfrontierten die Herrschaft schließlich mit ihren Bitten. Eine kritische Einstellung der Verfasser/innen gegenüber gesellschaftlichen Missständen mündete letztlich größtenteils doch in einen Konsens mit den Eliten.

Privatisierung des Staates⁹

Sprache ist ein taktisch-manipulatives Mittel zur Sicherung von politischer Herrschaft.¹⁰ Aufgrund des Fehlens demokratischer Bestätigung kam der rhetorischen Propagierung in den totalitären Regimen eine besondere Bedeutung zu.¹¹ Rhetorik als Element von Macht und Herrschaft wurde bislang nur in Bezug auf die Herrschenden diskutiert. Die Petitionen zeigen aber, dass es in der rhetorischen Dependenz durchaus ein komplementäres Verhältnis gab und dass auch die »Beherrschten« sich rhetorischer Strategien bedienten. In der Sowjetunion wurden Redeweisen aus der Verwaltungs- und Parteisprache in die öffentliche Kommunikation übernommen; die Bürger/innen sollten sie billigen und sich letzten Endes mit ihnen identifizieren. Die Verfasser/innen der Petitionen waren durch die Massenpropaganda bereits zunehmend politisch-ideologisch »geschult« und ahmten das kommunikative Verhalten der Herrschaft nach: Sie lösten rationale Argumente auf und strebten stattdessen emotionale Identifikation an. Der systemische Versuch der Steuerung von Ausdruck und Handeln

-
- 4 Vgl.: Einführung in: Imhof, Kurt/Schulz, Peter (Hg.): Die Veröffentlichung des Privaten – Die Privatisierung des Öffentlichen. Wiesbaden 1998, S. 11.
- 5 Markovits, Inga: Rechtsstaat oder Beschwerdestaat. Verwaltungsrechtsschutz in der DDR. In: Recht in Ost und West. Zeitschrift für Rechtsvergleichung und innerdeutsche Rechtsprobleme 31 (1987), S. 270.
- 6 Erren, Lorenz: »Kritik und Selbstkritik« in der sowjetischen Parteipublikum der dreißiger Jahre. Ein missverstandenes Schlagwort und seine Wirkung. In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 50 (2002), S. 188.
- 7 Unfried, Berthold: Ich bekenne. Katholische Beichte und sowjetische Selbstkritik. Frankfurt/Main (u. a.) 2004, S. 156.
- 8 Ebd., S. 157.
- 9 Der Begriff »Privatisierung« steht in diesem Zusammenhang nicht für die Überführung von materiellen Gegenständen in private Hände, sondern wird metaphorisch für das Schreibverhalten im Petitionswesen in der LSSR verwendet.
- 10 Jessen, Ralph: Diktatorische Herrschaft als kommunikative Praxis. Überlegungen zum Zusammenhang von »Bürokratie« und Sprachnormierung in der DDR. In: Alf Lüdtke/Peter Becker (Hg.): Akten. Eingaben. Schaufenster. Die DDR und ihre Texte. Erkundungen zu Herrschaft und Alltag. Berlin 1997, S. 58.
- 11 Grieswelle, Detlef: Rhetorik und Politik. Kulturwissenschaftliche Studien. Beiträge des Instituts für empirische Soziologie, Bd. 2, München 1978, S. 18.

kulminierte in der Sowjetunion in der Propaganda. Während die Rhetorik sich argumentativer und auch emotionaler Mittel bedient, durch die persuasive Kommunikation gelingt, wurden in den Petitionen von der Herrschaft propagierte Mittel eingesetzt, die außerhalb der Grenzen der Rhetorik liegen (z. B. Drohungen). Formell scheint die Persuasion misslungen zu sein und statt ihrer eine rein ideologisch geprägte, intolerante Demagogie eingesetzt zu haben.¹² In den Petitionen wurden Formulierungen, die der »offiziellen« politisch-ideologischen Propaganda entstammen, als Zeichen der Loyalität verwendet und um eine gemeinsame Kommunikationsebene mit den Adressaten zu erzeugen. Das Kommunikationsverhalten des Staates, wie es sich in Propaganda und Medien spiegelte, wurde so von der Bevölkerung »privatisiert«: Der Raum des Politischen wurde in die Privatsphäre überführt und kehrte in Form der Petitionen wieder in die Machtstrukturen zurück.

Ein Mechanismus der politischen Herrschaftssicherung ist die Denunziation, derer sich die Schreibenden für private Zwecke bedienten.¹³ Ein Teil der sowjetischen Politik bestand in der Entdeckung und Eliminierung von feindlichen »Elementen«, teils geschah dies über geheime Aktionen (Petitionen), teils über öffentliche (Leser/innenbriefe).¹⁴ Das besondere Augenmerk der kommunistischen Partei für Texte mit denunziatorischen Inhalten und deren gesonderte Behandlung war absolut gängig; auch auf der Seite der Verfasser/innen der Petitionen zeichnete sich jedoch bereits in der frühesten Phase des Petitionswesens in der LSSR die Praxis des Denunzierens ab, die bei einem erheblichen Teil der Petitionen impliziert ist. Ein theoretischer Anhaltspunkt ist in diesem Kontext Jörg Baberowskis Kategorisierung der Motivation für die Denunziation als stalinistische Praxis.¹⁵ Vor allem spielt für das Denunziantentum aber die Frage der Instrumentalisierung des Petitionswesens – die als Ausdruck der manipulativen Kraft des totalitären Systems gedeutet werden kann – eine bedeutende Rolle.

Fazit

Eine Untersuchung der Kommunikationsstrategien im Petitionswesen der LSSR ist geradezu prädestiniert dafür, die Grenzen der Loyalität aufzuspüren und zu erkunden, in welchen Situationen und mit welchen Zielen bestimmte Kommunikationsverhalten genutzt wurden. Die Petitionen können Antworten auf die Frage liefern, inwieweit innerhalb der Kommunikation mit der kommunistischen Elite nonkonformes und systemresistentes bzw. systemkonformes Denken und Handeln vorhanden waren, konstant blieben oder sich veränderten und inwieweit ein absoluter Herrschaftsanspruch »die Stimme des Volkes« in die (Non)konformität drängte.

12 Lutweites, Jewgeni: Funktion der politischen Rhetorik im Reformprozess der Sowjetunion (1987–1990). Dissertation, Berlin 1994, S. 12.

13 Alf Lüdtkke bezeichnet die Denunziation als zentrales Mittel der Herrschaftssicherung. Vgl.: Lüdtkke, Alf: Sprache und Herrschaft in der DDR. Einleitende Überlegungen. In: Ders./Peter Becker (Hg.): Akten. Eingaben. Schau-fenster. Die DDR und ihre Texte. Erkundungen zu Herrschaft und Alltag. Berlin 1997, S. 14.

14 Korzeniewska, Katarzyna: Vykdomasis kabinetas praneša... Sovietų valdininkai skundžia katalikų kunigus (1962–1965) kas? kam? ką?. Naujasis Židinys-Aidai, 2006 / 4–5, S. 157.

15 Jörg Baberowski stellt folgende Kategorisierung der Denunziation im Stalinismus fest: Denunziation aus ideolo-gischer Überzeugung, Denunziation zur Bewältigung von Alltagsproblemen, Denunziation im ethnischen Sinne etc. Vgl.: Baberowski, Jörg: »Die Verfasser von Erklärungen jagen den Parteiführern einen Schrecken ein«: De-nunziation und Terror in der stalinistischen Sowjetunion 1928–1941. In: Friso Ross/Achim Landwehr (Hg.): De-nunziation und Justiz. Historische Dimensionen eines sozialen Phänomens. Tübingen 2000.

Johannes Wetzinger

Informelle Strukturen im postsowjetischen Georgien unter Eduard Schewardnadse – Faktor der Stabilität oder Scheitern des Staates?

Bereits zu sowjetischen Zeiten verfügte Georgien über stark verankerte informelle Strukturen,¹ die sich nach dem Zerfall der Sowjetunion als erstaunlich dauerhaft erwiesen haben. »Politik folgt in Georgien [damit] nicht dem öffentlichen Ausgleich verschiedener [...] Parteien«, sondern wird wesentlich von »informellen, personenbezogenen Netzwerken mit schwer durchschaubaren gegenseitigen Verpflichtungen und Interessen«² bestimmt. Im Zentrum der vorliegenden Untersuchung steht die Frage, welche Rolle diese informellen Netzwerke in den Herrschaftsstrukturen einnahmen, die sich im Laufe der Regierungszeit Eduard Schewardnadses (1992–2003) herauskristallisierten. Während häufig argumentiert wird, dass informelle Strukturen ein wesentliches Symptom für den Zerfall von Staaten seien,³ zeigt das georgische Beispiel ein komplexeres Bild: Hinter der Fassade eines geschwächten Staates generierten die informellen Netzwerke Anzeichen für eine »[a]ußerplanmäßige Stabilität«⁴.

Charakter der informellen Strukturen in Georgien

Informelle Netzwerke sind in der georgischen Gesellschaft traditionell stark verankert und beruhen auf Familien- und Verwandtschaftsbeziehungen oder Freundeskreisen.⁵ In Georgien werden derartige Netzwerke oft als »Klans« bezeichnet. Während sich dieser Begriff in der internationalen Fachliteratur meist auf archaische Verwandtschaftsstrukturen bezieht, haben georgische »Klans« stärker funktionalen Charakter. Im Vordergrund stehen vor allem gemeinsame Interessen, etwa die Abschöpfung von Ressourcen. Dementsprechend sind die georgischen Netzwerke auch keineswegs als starr zu verstehen. Es handelt sich dabei vielmehr um amorphe Gebilde, wobei Mitglieder auch in verschiedene andere Netzwerke integriert sein oder zwischen verschiedenen Gruppen hin und her wechseln können. In der Praxis lassen sich diese informellen Institutionen nicht scharf von formalstaatlichen Institutionen trennen, da häufig hochrangige Staatsbedienstete direkt in derartige »Klans« integriert sind und wiederholt Rotationen zwischen privaten und öffentlichen Sphären stattfinden.⁶ Diese zusehende Vermischung von formalen mit informellen Regelungsmechanismen wurde von georgischen und internationalen Beobachtern wiederholt als »hybride Staatlichkeit« bezeichnet.⁷

- 1 Vgl. Jürgen Gerber: »Georgien: Nationale Opposition und kommunistische Herrschaft seit 1956«, Baden-Baden 1997.
- 2 Oliver Reisner: »Georgien: Transitland im Süden«, in: Marie-Carin von Gumppenberg/Udo Steinbach (Hg.): »Der Kaukasus. Geschichte, Kultur, Politik«, München 2008, S. 34–48, hier: S. 43.
- 3 Vgl. etwa Tobias Debiel/Dieter Reinhardt: »Staatszerfall und Weltordnungspolitik: Analytische Zugänge und politische Strategien zu Beginn des 21. Jahrhunderts«, in: Nord-Süd aktuell, No. 3, 2004, S. 525–538, hier: S. 531.
- 4 Jan Koehler/Christoph Zürcher: »Der Staat und sein Schatten. Zur Institutionalisierung hybrider Staatlichkeit im Süd-Kaukasus«, in: Welttrends, Vol. 12, No. 45, 2004, S. 84–96, hier: S. 84.
- 5 Vgl. Gerald Mars/Yochanan Altman: »The Cultural Bases of Soviet Georgia's Second Economy«, in: Soviet Studies, Vol. 35, No. 4, 1983, S. 546–560; Horst Henning Jank: »Georgien: Institutioneller Wandel und wirtschaftliche Stagnation«, Referat für den 3. Workshop »Ordnungsökonomik und Recht«, Bleibach/Gutach, 11.–13. Oktober 2002, www.eucken.de/veranstaltungen/workshop2002/jank-paper.pdf (abgerufen am 15.07.2008).
- 6 Vgl. Christoph H. Stefes: »Understanding Post-Soviet Transitions. Corruption, Collusion and Clientelism«, New York 2006, S. 93–94.
- 7 Vgl. David Aprasidze: »The Bureaucratic-Patrimonial State in Georgia: Has the "Roses Revolution" Given It a New Lease of Life?«, in: Central Asia and the Caucasus, No. 1 (25), 2004, S. 42–48, hier: S. 44–45; Jan Koehler/Christoph Zürcher: »Der Staat und sein Schatten. Zur Institutionalisierung hybrider Staatlichkeit im Süd-Kaukasus«, in: Welttrends, Vol. 12, No. 45, 2004, S. 84–96, hier: S. 85.

Nachdem das Netzwerksystem zu Sowjetzeiten im Umfeld von Staat und Partei gleichsam zentralisiert war, folgte mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion eine Fragmentierung, die sich in intensiven Verteilungskämpfen zwischen verschiedenen Netzwerken manifestierte.⁸ Infolgedessen konnte sich gut ein halbes Dutzend derartiger »Klans« behaupten und entlang territorialer beziehungsweise sektoraler Linien Einflussphären in Ökonomie und Gesellschaft abstecken. Wesentliche informelle Machtzentren bildeten sich um Eduard Schewardnadse und die Staatskanzlei, um das Innenministerium, die politische Führung im westgeorgischen Adscharien unter der Leitung von Aslan Abaschidse, die Gruppe der so genannten »Reformer« und die Parlamentsführung, eine Gruppe von ausgewählten Geschäftsleuten, sowie um einige weitere regionale Machthaber.⁹ Präsident Eduard Schewardnadse übernahm eine Schlüsselrolle in diesen komplexen Strukturen. Er hatte bereits zu sowjetischen Zeiten hochrangige Positionen in der Südkaukasusrepublik innegehabt und griff nach seiner Rückkehr in die georgische Politik auf seine Netzwerke aus dieser Zeit zurück. Als »power broker«¹⁰ spielte er nun in einem Drahtseilakt die unterschiedlichen Gruppierungen geschickt gegeneinander aus, kooptierte mögliche Herausforderer oder hielt das Postenkarussell in Bewegung, damit andere Persönlichkeiten keine zu starke Basis aufbauen konnten.¹¹ Nach einer turbulenten Umbruchphase, in der sich Georgien am Rande des Kollapses zu befinden schien, konnte Schewardnadse seine Stellung ab Mitte der neunziger Jahre so zusehends festigen.¹²

Symptome von »state capture«

Um seine eigene Position nicht zu gefährden, gab Schewardnadse den verschiedenen Machtzentren im Gegenzug für ihre politische Unterstützung bei der Akkumulation von Ressourcen weitgehend freie Hand.¹³ Folglich ist es wenig überraschend, dass sich im postsowjetischen Georgien klassische Symptome von »state capture« erkennen lassen: Politische und wirtschaftliche Eliten nutzten den Staatsapparat systematisch, um ihre eigenen privaten Interessen voranzutreiben.¹⁴ In Form von pyramidenartig organisierten Patron-Klientel-Beziehungen gelang es den »Klans«, umfangreiche Ressourcen abzuschöpfen und Gelder gleichsam in die obersten Etagen zu pumpen.¹⁵ Diese Geldflüsse lassen sich am Beispiel des Verkaufs von Posten im Staatsapparat illustrieren: Verschiedene Posten im Unter- und Mittelbau des Staatsapparates waren Berichten zufolge für Preise zwischen 500 und 50.000 US-Dollar zu erwerben.¹⁶ Um einen derartigen Posten zu erlangen, nahmen Interessenten häufig Schulden bei Verwandten oder Freunden auf. Da die Löhne in der Regel außerordentlich nied-

8 Vgl. Christoph Stefes: »Kampf der Institutionen. Korruption, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft in den kaukasischen Nachfolgestaaten der SU«, in: Petra Bendel/Aurel Croissant/Friedbert W. Rüb (Hg.): »Demokratie und Staatlichkeit. Systemwechsel zwischen Staatsreform und Staatskollaps«, Opladen 2003, S. 119–138, hier: S. 128–129.

9 Vgl. Jonathan Wheatley: »Georgia from National Awakening to Rose Revolution. Delayed Transition in the Former Soviet Union«, Aldershot 2005, S. 110–129; Zurab Chiaberashvili/Gigi Tevzadze: »Power Elites in Georgia: Old and New«, in: Philipp H. Fluri/Eden Cole (Hg.): »From Revolution to Reform: Georgia's Struggle with Democratic Institution Building and Security Sector Reform«, Wien 2005, S. 187–207.

10 Vicken Cheterian: »Georgia's Rose Revolution: Change or Repetition? Tension between State-Building and Modernization Projects«, in: Nationalities Papers, Vol. 36, No. 4, 2008, S. 689–712, hier: S. 693

11 Vgl. Barbara Christophe: »Metamorphosen des Leviathan in einer post-sozialistischen Gesellschaft. Georgiens Provinz zwischen Fassaden der Anarchie und regulativer Allmacht«, Bielefeld 2005, S. 72–83.

12 Vgl. Jonathan Wheatley/Christoph Zürcher: »On the Origin and Consolidation of Hybrid Regimes. The State of Democracy in the Caucasus«, in: Taiwan Journal of Democracy, Vol. 4, No. 1, 2008, S. 1–31, hier: S. 19–23.

13 Vgl. Christoph H. Stefes: »Understanding Post-Soviet Transitions. Corruption, Collusion and Clientelism«, New York 2006, S. 109.

14 Vgl. Jonathan Wheatley: »Georgia from National Awakening to Rose Revolution. Delayed Transition in the Former Soviet Union«, Aldershot 2005, S. 104–109.

15 Vgl. Christoph H. Stefes: »Understanding Post-Soviet Transitions. Corruption, Collusion and Clientelism«, New York 2006, S. 100.

16 Vgl. Jonathan Wheatley: »Georgia from National Awakening to Rose Revolution. Delayed Transition in the Former Soviet Union«, Aldershot 2005, S. 105.

rig waren, mussten diese Investitionen anschließend durch alternative Einkommensquellen wieder eingebracht werden – ein handfester Anreiz für Korruption und andere kriminelle Machenschaften. Je nach Höhe der zu erwartenden informellen Abschöpfungsmöglichkeiten variierte damit auch der Preis des Postens. Die übergeordneten Patrone verlangten von ihren Klienten stets einen Anteil an den informell eingetribenen Geldern. Das Ergebnis war ein Geldfluss von der Bevölkerung bis in die höchsten Etagen der Netzwerke.¹⁷ Korruption wurde damit nach Ansicht von Barbara Christophe das »allen Institutionen zu Grunde liegende Rationalitätsprinzip«, das ihren Fortbestand durch die Akkumulation von Ressourcen sicherte.¹⁸ Inwieweit Schewardnadse selbst in dieses Korruptionssystem eingebettet war, ist allerdings umstritten.¹⁹

Zwischen Stabilität und Scheitern

Derart ausgeprägte informelle Strukturen gelten oftmals als ein Symptom für Staatszerfall.²⁰ Hinter der Fassade eines geschwächten Staates erwiesen sich die informellen Netzwerke in der Praxis jedoch als dauerhafte und handlungsfähige Organisationsform, mit der zumindest eine gewisse Regimestabilität erzeugt werden konnte.²¹ Entscheidend war dafür laut Jonathan Wheatley und Christoph Zürcher unter anderem die Fähigkeit der Patrone, die Loyalität ihrer Klienten durch ein System von Anreizen und Sanktionen sicherzustellen.²² Einerseits seien durch eine »Lizenz zur Korruption« und die Beteiligung an informellen Abschöpfungsmöglichkeiten Anreize für loyales Verhalten gesetzt worden; andererseits wurden Regelübertritte permanent überwacht und durch Sammlung von kompromittierendem Material (*kompromat*) Druckmittel geschaffen. Durch die selektive Anwendung von Sanktionen wurde so ein System latenter Unsicherheit erzeugt.²³ In diesem System wurde Protektion schließlich zur Ware und »Rechtssicherheit [...] ein durch Loyalität und Geld erwerbbares Gut auf Widerruf«.²⁴ Während der Staat im Beobachtungszeitraum kaum mehr öffentliche politische Leistungen zur Verfügung stellte, war der Zugang zu derartigen Leistungen somit an Kontakte zu einflussreichen Netzwerken gebunden.²⁵ Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) kommt in einer Studie zu dem Schluss, dass die informellen Netzwerke damit für weite Teile der Bevölkerung ein entscheidendes Sicherheitsnetz bildeten.²⁶ Dies erklärt auch, warum ein großer Teil der Bevölkerung der Ansicht ist, dass persönliche Interessen im Staatsapparat besser über Verwandtschafts- und Bekannt-

17 Christoph H. Stefes: »Understanding Post-Soviet Transitions. Corruption, Collusion and Clientelism«, New York 2006, S. 100–101.

18 Barbara Christophe: »Das kaukasische Trugbild«, in: Der Überblick, No. 4, 2000, S. 71–75, hier: S. 72.

19 Vgl. Christoph Stefes: »Kampf der Institutionen. Korruption, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft in den kaukasischen Nachfolgestaaten der SU«, in: Petra Bendel/Aurel Croissant/Friedbert W. Rüb (Hg.): »Demokratie und Staatlichkeit. Systemwechsel zwischen Staatsreform und Staatskollaps«, Opladen 2003, S. 119–138, hier: S. 129.

20 Vgl. etwa Tobias Debiel/Dieter Reinhardt: »Staatszerfall und Weltordnungspolitik: Analytische Zugänge und politische Strategien zu Beginn des 21. Jahrhunderts«, in: Nord-Süd aktuell, No. 3, 2004, S. 525–538, hier: S. 531.

21 Vgl. Christoph Stefes: »Kampf der Institutionen. Korruption, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft in den kaukasischen Nachfolgestaaten der SU«, in: Petra Bendel/Aurel Croissant/Friedbert W. Rüb (Hg.): »Demokratie und Staatlichkeit. Systemwechsel zwischen Staatsreform und Staatskollaps«, Opladen 2003, S. 119–138, hier: S. 136.

22 Jonathan Wheatley/Christoph Zürcher: »On the Origin and Consolidation of Hybrid Regimes. The State of Democracy in the Caucasus«, in: Taiwan Journal of Democracy, Vol. 4, No. 1, 2008, S. 1–31, hier: S. 23.

23 Vgl. Jonathan Wheatley/Christoph Zürcher: »On the Origin and Consolidation of Hybrid Regimes. The State of Democracy in the Caucasus«, in: Taiwan Journal of Democracy, Vol. 4, No. 1, 2008, S. 1–31, hier: S. 23; Lili Di Puppo: »Corruption as an Instrument of State Control in Georgia«, in: Berliner Osteuropa-Info, No. 21, 2004, S. 47–54.

24 Jan Koehler/Christoph Zürcher: »Der Staat und sein Schatten. Zur Institutionalisierung hybrider Staatlichkeit im Süd-Kaukasus«, in: Welttrends, Vol. 12, No. 45, 2004, S. 84–96, hier: S. 93.

25 Jonathan Wheatley: »Georgia from National Awakening to Rose Revolution. Delayed Transition in the Former Soviet Union«, Aldershot 2005, S. 130–131.

26 Vgl. UNDP: »National Human Development Report: Georgia 2000«, Tbilisi 2000, S. 50–56.

schaftsbeziehungen durchgesetzt werden können als über formale politische Prozesse – ein Faktor, der die Konsolidierung formaler Institutionen bisher jedenfalls erschwert hat.²⁷ Gleichwohl sollte die Stabilität der informellen Strukturen nicht überschätzt werden: Besonders schwer wog dabei, dass es Eduard Schewardnadse nie gelang, die Rivalitäten und Machtkämpfe zwischen den Netzwerken völlig unter Kontrolle zu bringen.²⁸ Dies wurde spätestens gegen Ende der neunziger Jahre offensichtlich, als Schewardnadse seiner Funktion als zentraler »power broker« immer weniger gerecht werden konnte²⁹ – was schlussendlich in seinen Sturz im Zuge der »Rosenrevolution« im November 2003 mündete. Ein informelles Lager um Michail Saakaschwili setzte sich gegen Schewardnadse durch (die so genannten »Reformer«), ohne damit jedoch der Bedeutung der informellen Politik in Georgien ein Ende zu bereiten. Wenngleich die Korruption in den vergangenen Jahren deutlich zurückgedrängt wurde, spielen informelle Netzwerke auch unter Saakaschwili weiter eine wichtige Rolle.³⁰

Fazit

Im Ergebnis zeigt sich, dass die informellen Netzwerke in Georgien unter Eduard Schewardnadse eine ambivalente Rolle gespielt haben, die sich einfachen Kategorisierungen entzieht: Einerseits lassen sich klassische Symptome von »state capture« erkennen, die als Untergrabung des Staates gedeutet werden können. Staatliche Institutionen wurden individuellen Privatinteressen untergeordnet, um Profite zu generieren. Dies hat zum Image Georgiens als vom Zerfall betroffener Staat beigetragen. Andererseits gelang es Eduard Schewardnadse durch einen Rückgriff auf informelle Netzwerke, nach einer turbulenten Umbruchphase zumindest ein gewisses Maß an Regimestabilität zu erzeugen. Da er die Rivalitäten innerhalb dieser informellen Netzwerke nie zur Gänze kontrollieren konnte, blieb diesem System jedoch stets eine gewisse Fragilität inhärent. Die »Rosenrevolution«, die Schewardnadses Amtszeit ein Ende bereitete, kann zum Teil als Ergebnis dieser Rivalitäten gesehen werden.

27 Vgl. Oliver Reisner: »Georgien: Transitland im Süden«, in: Marie-Carin von Gumppenberg/Udo Steinbach (Hg.): »Der Kaukasus. Geschichte, Kultur, Politik«, München 2008, S. 34–48, hier: S. 43.

28 Vgl. Jonathan Wheatley: »Georgia from National Awakening to Rose Revolution. Delayed Transition in the Former Soviet Union«, Aldershot 2005, S. 136.

29 Vgl. Vicken Cheterian: »Georgia's Rose Revolution: Change or Repetition? Tension between State-Building and Modernization Projects«, in: Nationalities Papers, Vol. 36, No. 4, 2008, S. 689–712, hier: S. 693.

30 Vgl. dazu Jonathan Wheatley/Christoph Zürcher: »On the Origin and Consolidation of Hybrid Regimes. The State of Democracy in the Caucasus«, in: Taiwan Journal of Democracy, Vol. 4, No. 1, 2008, S. 1–31.

Damir Kapidžić

Effekte verschiedener Demokratiekonzepte in multiethnischen Gesellschaften¹

Der Einführung, Transformation und Konsolidierung von Demokratie in gespaltenen Gesellschaften kam im letzten Jahrzehnt viel wissenschaftliches und praktisches Interesse zu. Einerseits wollte man die Fehler erkennen, die zum Zerfall der sozialistischen multinationalen Föderationen in Osteuropa² geführt haben und sie zu vermeiden wissen. Andererseits suchte man nach Konzepten, um Konflikte in gespaltenen Gesellschaften durch demokratische Institutionen zu lenken. Die letzten zehn Jahre brachten auch eine Stärkung subnationaler ethnolinguistischer Partikularinteressen mit sich, die mehr Autonomie forderten und in Demokratien von Westeuropa bis Afrika auftraten.

Schwarz auf weiß betrachtet, sind Zahlen in der Demokratie wichtig: Die Mehrheit regiert. Interessen der Minderheit(en) sind dabei potenziell gefährdet und so steht die Demokratie in multiethnischen Gesellschaften vor dem »Problem der Minderheit«, das potenziell zu Instabilität oder Konflikt führen kann. Gleich mehrere politik- und sozialwissenschaftliche Forschungsfelder befassen sich mit diesem Problem. So fragt sich u. a. die Friedensforschung, wie es nach einem Konflikt möglich ist, ehemalige Kriegsparteien in demokratische Institutionen einzubinden; die komparative Politikforschung geht der Frage nach, welches Demokratiemodell Stabilität in einem multiethnischen Staat ermöglicht; internationale Beziehungen schauen auf die Rolle externer Akteure und die politische Soziologie analysiert integrative und polarisierende Effekte der demokratischen Institutionen.³ Sich aus einem holistischen Ansatz mit multiethnischer Demokratie zu befassen, ist wegen der Breite der verschiedenen Aspekte, Theorien und Disziplinen nicht oder nur oberflächlich möglich. Dabei werden die Unterschiede und Besonderheiten der einzelnen Staaten und Gesellschaften noch gar nicht berücksichtigt. In meiner Arbeit werde ich das Thema von einem politikwissenschaftlichen Standpunkt aus betrachten, wobei ich inter(sub)disziplinär friedenswissenschaftliche, komparative und demokratietheoretische Ansätze miteinander vereinbaren werde. Die Arbeit baut auf der Annahme auf, dass Demokratie in multiethnischen Gesellschaften einem effektiven und verantwortlichen Regieren sowie der Regelung von Konfliktpotenzial dienen kann.

In der Literatur werden zwei grundsätzlich verschiedene Strategien zur Regelung ethnischer Verschiedenheiten genannt, die der Integration und die der Akkommodation. So unterscheiden McGarry und O'Leary zwischen der Beseitigung und der Bewältigung von Unterschieden. Zu Beseitigung zählen sie die Methoden des Genozids, des erzwungenen Populationstransfers, der Staatsteilung oder der Sezession sowie Integration oder Assimilation. Die Methoden der Bewältigung sind hegemoniale Kontrolle, Arbitrage (Drittintervention), Föderalismus sowie das Konkordanzsystem und das gemeinsame Regieren. Die Autoren bemerken, dass beide Ansätze und alle Modelle irgendwann Anwendung gefunden haben. Todosijević schließt, dass einzig der Föderalismus sowie Konkordanz- und Proporzdemokratie als mögliche Lösungen vertretbar sind.⁴ Pfaff-Czarnecka ordnet die oben genannten Regelungsmodelle drei Staatstypen zu. So ist hegemoniale Kontrolle charakteristisch für Imperien;

1 Dieser Text ist eine Zusammenfassung meines Promotionsvorhabens »Demokratieförderung in multiethnischen Gesellschaften«, das ich an der Universität Sarajevo schreibe. Erste vorläufige Erkenntnisse, die hier wiedergegeben werden, sind noch unvollständig.

2 UdSSR, Tschechoslowakei, Jugoslawien.

3 Andere Disziplinen befassen sich ebenfalls mit Demokratisierung; siehe Burnell, Peter (Hrsg.), 2003, *Democratization through the looking-glass*. Manchester University Press, Manchester.

4 McGarry, J. und B. O'Leary, 1993, Introduction: The macro-political regulation of ethnic conflict; in McGarry, J. und B. O'Leary (Hrsg.), *The Politics of Ethnic Regulation* (S. 1–40). Routledge, London. Aus: Todosijević, Bojan, 2001, Makro-politički instrumenti za regulisanje etničkih konflikata u centralnoj i istočnoj Evropi: kritičko preispitivanje. *Sociologija*, 43/2.

alle Modelle der Beseitigung von Unterschieden, vor allem die Integration/Assimilation, sind typisch für den modernen und kulturell homogenen Nationalstaat; Konkordanz- und Proporzdemokratie, Föderalismus und kulturelle Autonomie sind schließlich im zeitgenössischen »pluri-kulturellen« Staat aufzufinden.⁵ Nur Ansätze, die alle Ethnien in einem Staat anerkennen und diese institutionell einzubinden versuchen, sind unter Berücksichtigung der heute gültigen internationalen Normen und der Menschenrechte vertretbar.

Seit längerer Zeit wird eine wissenschaftliche Debatte zwischen den zwei prominentesten »Akkommodationsansätzen« – der Konkordanzdemokratie, die mit territorialer und kultureller Autonomie oder Föderalismus einhergeht, und der Proporzdemokratie – geführt. Die einflussreichsten Vertreter der beiden Ansätze, Lijphart und Horowitz, erkennen ethnische Diversität als einen wichtigen Gesellschaftsfaktor an, der im Demokratiesystem berücksichtigt werden muss. Der fundamentale Unterschied zwischen ihnen liegt darin, dass Lijpharts Konkordanzmodell das ethnische Element stark hervorhebt und das Staatssystem dabei auf der gegebenen (oder wahrgenommenen) ethnischen Teilung der Gesellschaft basiert. Den ethnischen Gruppen und ihren Eliten werden viele Rechte zuerkannt und eine gewisse Form von Autonomie oder Föderalismus zugesprochen. Das Proporzmodell von Horowitz spricht der ethnischen Teilung der Gesellschaft hingegen weniger Bedeutung zu und versucht diese, wenn nicht zu überwinden, so doch zumindest zu einem nebensächlichen Polarisierungsfaktor zu machen. Für einen guten Überblick zu dieser Debatte, die als ein Pro und Contra der Konkordanzdemokratie verstanden werden kann, sehe man den Sammelband von Reynolds,⁶ den Einführungstext von Bogaards⁷ sowie das Buch von Lijphart ein, welches ein Sammelband seiner einflussreicheren Texte ist.⁸ Wichtige Elemente beider Ansätze sind das Wahlsystem und das Wahlgesetz, über die das Buch von Reilly einen guten Überblick bietet.⁹

Meine Arbeit basiert auf einem komparativen Ansatz, der Konkordanz- und Proporzmodelle in multi-ethnischen Staaten miteinander vergleicht. Formen inklusiver Herrschaft werden daraufhin analysiert, inwiefern wie sie dazu beitragen, Konflikte und Transaktionskosten zu mindern und gleichzeitig das Regieren effektiver und verantwortlicher zu gestalten. Meine Forschungsfrage lautet dabei: Welches Modell/welche Modelle demokratischer Herrschaft tragen positiv zur politischen Stabilität und Regierungseffektivität in ethnisch gespaltenen Gesellschaften bei? Einerseits wird das Potenzial von proporzdemokratischen im Vergleich zu konkordanzdemokratischen Modellen an Hand von verschiedenen Demokratieindizes ausgewertet, andererseits wird das Potenzial einzelner Demokratieinstrumente (z. B. Volksentscheid) betrachtet. Eine größere Zahl von Fällen (Staaten mit relevanten ethnischen Minderheiten) wird dabei anhand des demokratischen Entscheidungsmodells und der ethnischen Fragmentierung gegliedert und in Bezug auf Konfliktpotenzial und Effektivität analysiert. Demokratieindizes, die zur Hand genommen werden, sind u. a. der Polity IV Index, der Freedom House: Freedom in the World Index, der Bertelsmann Transformation Index und die World Bank World Governance Indicators. So wird ein breiter Einblick in den Stand der Demokratie sowie in spezifische Problemfelder in einzelnen Fällen möglich. Bei jedem Staat ziehe ich einen Mindestzeitraum von acht Jahren in Betracht, was eine gewisse Kontinuität des politischen Entscheidungsmodells gewährleistet. Die Anwendung von Demokratieindizes bringt zwar gewisse normative und methodologische Implikationen und Probleme mit sich,¹⁰ durch den Gebrauch mehrerer Indizes

5 Pfaff-Czarnecka, Joanna, 2004, Democratisation and Nation-building in 'Divided Societies'; in Hippler, Jochen (Hrsg.), Nation-building. A Key Concept for Peaceful Conflict Transformation? Pluto Press, London.

6 Reynolds, Andrew (Hrsg.), 2002, The Architecture of Democracy. Constitutional Design, Conflict Management, and Democracy. Oxford University Press, New York.

7 Bogaards, Matthijs, 2006, Democracy and Power-Sharing in Multinational States: Thematic Introduction. International Journal on Multicultural Societies, 8/2.

8 Lijphart, Arend, 2008, Thinking about Democracy. Power sharing and majority rule in theory and practice. Routledge, London.

9 Reilly, Benjamin, 2004, Democracy in Divided Societies. Electoral Engineering for Conflict Management. Cambridge University Press, Cambridge.

10 Munck, Gerardo L. und Jay Verkuilen, 2002, Conceptualizing and Measuring Democracy: Evaluating Alterna-

werden diese Fälle jedoch begrenzt.¹¹ Ein methodologisches Vorgehen anhand dessen aus den verschiedenen Index-Werten ein Ergebnis erzielt werden kann, wird noch erarbeitet.

Im weiteren Text stelle ich Daten vor und analysiere vorläufige Ergebnisse für eine Konkordanzdemokratie. Als Fall für diese Pilotstudie habe ich den Staat Bosnien und Herzegowina¹² ausgewählt, da ich die Gültigkeit der Resultate aus persönlicher Erfahrung abschätzen kann. Obwohl Caspersen BiH wegen einzelner Systemelemente nicht als Konkordanzdemokratie sieht,¹³ meine ich, dass man sie unter der etwas breiteren Definition von O'Leary gewiss als solche einordnen kann.¹⁴ Ich schaue, ob und in welchem Maß eine Konkordanzdemokratie zur Steigerung der politischen Stabilität und Regierungseffektivität beitragen kann. Indikatoren der Demokratiequalität, die ich analysiere, sind der Polity IV Index, der Freedom House: Freedom in the World Index, der Bertelsmann Transformation Index und die World Bank World Governance Indicators.

Der Polity IV Index betrachtet Regimecharakteristika und Regimewandel; dabei werden Staaten als starke oder schwache Autokratien, als Demokratien oder, was dazwischen liegt, als Anokratien eingeordnet. In der jährlich erscheinenden Bewertung wird BiH zwischen 1996 und 2009 insgesamt 14 Mal als eine besondere Form von Anokratie, als »Unterbrechung«, eingestuft (Wert: -66).¹⁵ Hiermit wird ein Aussetzen einheimischer Herrschaft in Folge einer externen Intervention/Okkupation bezeichnet. Im Fall BiH ist der externe Faktor der Hohe Repräsentant (OHR) mit seinen überinstitutionellen Befugnissen. Der Freedom House: Freedom in the World Index ist ein jährlich erscheinender Index, der versucht, das Ausmaß der Demokratie und politischer Freiheiten zu bestimmen. Dazu bezieht er sich auf eine Reihe politischer und bürgerlicher Rechte und Freiheiten anhand derer er Staaten als frei, teilweise frei und nicht frei einstuft. Bosnien und Herzegowina wurde 2002 als ein teilweise freier Staat mit begrenzten politischen Rechten und bürgerlichen Freiheiten, eingestuft. Die nächsten fünf Jahre hindurch verbessern sich die Werte für BiH (von 4 und 5 auf 3 und 3), das Land wird allerdings noch immer als nur teilweise frei eingestuft. Seit 2008 sind die Werte etwas gefallen und konstant bei 4 für politische Rechte und bei 3 für bürgerliche Freiheiten geblieben.¹⁶ Der Bertelsmann Transformation Index bewertet ebenfalls den Stand der Demokratie, insbesondere den der demokratischen Transition. Dabei betrachtet er politische, ökonomische und Verwaltungs-/Managementkriterien. Zwischen 2006 und 2010¹⁷ ist der Wert für BiH mehr oder weniger konstant geblieben, mit einem leicht abfallenden Trend, der meines Erachtens noch wenig bedeutsam ist (2006: 6,61; 2008: 6,51; 2010: 6,43).¹⁸ Die World Bank World Governance Indicators, die jährlich zusammengestellt werden, betrachten eine Reihe politischer, ökonomischer und sozialer Faktoren, von denen politische Stabilität, Regierungseffektivität und die Qualität der Gesetzgebung für uns von Bedeutung sind. BiH wird zwischen 1996 und 2008 konstant als politisch wenig stabil gewertet, mit einem Wert um die 25 %, wobei die beiden anderen Werte in diesem Zeitraum langsam aber konstant ansteigen (Regierungseffektivität von 10 %

tive Indices. *Comparative Political Studies*, 35/5.

- 11 Hierzu auch: Pickel, Susanne und Gert Pickel, 2006, *Politische Kultur- und Demokratieforschung. Grundbegriffe, Theorien, Methoden. Eine Einführung*. VS Verlag, Wiesbaden.
- 12 Abkürzung: BiH.
- 13 Sie stuft Bosnien und Herzegowina als ein konkordanz-mehrheitliches System ein. Siehe: Caspersen, Nina, 2004, *Good Fences Make Good Neighbours? A Comparison of Conflict-Regulation Strategies in Postwar Bosnia*. *Journal of Peace Research*, 41/5.
- 14 O'Leary, Brendan, 2005, *Debating Consociational Politics: Normative and Explanatory Arguments*; in Noel, Sid (Hrsg.), *From Power Sharing to Democracy. Post-conflict Institutions in Ethnically Divided societies*. McGill-Queen's University Press, Montreal.
- 15 Polity IV Index, www.systemicpeace.org/polity/polity4.htm [Abruf am 23.07.2010].
- 16 Freedom House: *Freedom in the World*, www.freedomhouse.org/template.cfm?page=15 [Abruf am 23.07.2010].
- 17 Der BTI Index wurde 2006, 2008 und 2010 erstellt. Den Index von 2003 ziehe ich aufgrund seiner unterschiedlichen Methodologie nicht in Betracht.
- 18 Bertelsmann Transformations Index, www.bertelsmann-transformation-index.de [Abruf am 23.07.2010].

auf 35 %; Qualität der Gesetzgebung von 20 % auf 45 %).¹⁹ Dieser allmähliche Anstieg kann durch institutionelles Lernen, externen Druck und ein Verlangen der eigenen Öffentlichkeit erklärt werden.

Insgesamt sind diese vorläufigen Ergebnisse einer Konkordanzdemokratie ernüchternd. Auf der positiven Seite ist zu verzeichnen, dass kein merklicher Rückgang der Demokratie stattgefunden hat. Auf der anderen Seite geht die demokratische Konsolidierung jedoch auch nicht spürbar voran. Wenn man anhand der Studie Bosnien und Herzegowinas Schlüsse für Konkordanzdemokratien ziehen würde, dann würden diese als ein Instrument zur Erhaltung des Status Quo erscheinen, egal ob er positiv oder negativ ist. Natürlich ist eine solche Schlussfolgerung übereilt, doch sie gibt einen Einblick in die Themenstellung meines Promotionsvorhabens.

19 World Bank World Governance Indicators, info.worldbank.org/governance/wgi/sc_country.asp [Abruf am 23.07.2010].

Anna Fruhstorfer

Präsidenten im Transformationsprozess Osteuropas

Einleitung

Betrachtet man die demokratische Entwicklung verschiedener politischer Systeme, so zeigt sich, dass Institutionen für die Analyse von Transformationsprozessen von großer Bedeutung sind. Eine der wichtigen Institutionen ist die des Staatspräsidenten, in parlamentarischen genauso wie in semipräsidentiellen Regierungssystemen. Dass diese Präsidenten eine große Rolle spielen, steht fest; wie groß diese Rolle ist und mit welcher Wirkung sie ausgestattet sind, ist nach wie vor umstritten. In Systemen mit bipolarer – also zwischen Staatsoberhaupt und Regierungschef geteilter – Exekutive ist das Staatsoberhaupt vielfach der Kern dieser Debatten. In der komparativen Forschung zu Staatspräsidenten sind dabei vorwiegend zwei institutionenzentrierte Analyseperspektiven erkennbar:¹

1. Eine Makroperspektive auf den Einfluss des Regierungssystemtypus auf den Prozess der demokratischen Konsolidierung. Aufgrund der Bandbreite der Transformationsliteratur zu diesem Thema sei hier nur eine Auswahl erwähnt: Przeworski (1991), Shugart und Carey (1992), Linz und Valenzuela (1994), Bunce (1997) und Lijphart (1999).
2. Eine Mikroperspektive mit einem Fokus auf der Kompetenzausstattung von Präsidenten bei unterschiedlicher Gewichtung der Verfassungswirklichkeit. Siehe hierzu Shugart und Carey (1992), McGregor (1996), Baylis (1996), Frye (1997), Elgie (1999), Metcalf (2000), Roper (2002) und Rüb (2001).

Dabei ist es das Ziel dieses Beitrags, eine Synthese beider Perspektiven herzustellen und – basierend auf Almond und Powell (1976, 149) – eine Beziehung zwischen Funktion und Struktur aufzuzeigen. Es geht darum, den Einfluss der konstitutionellen Kompetenzen von Staatspräsidenten auf den Konsolidierungsprozess sowie den Einfluss des Transformationsprozesses auf die Institution des Staatspräsidenten zu beschreiben.

Die Messung konstitutioneller Kompetenzen von Staatpräsidenten

Die Messung der verfassungsrechtlichen Kompetenzausstattung wird u. a. bei Shugart und Carey (1992), Rüb (2001), Metcalf (2000) und McGregor (1994) detailreich dargestellt. Das Problem dieser Indizes ist, abgesehen von methodischen Fragen der Gewichtung von Einzelindikatoren, ihr Zuschnitt auf semipräsidentielle Systeme. Allenfalls Rüb (2001) bietet hier Ansatzpunkte, die mehr Gewicht auf genuin parlamentarische Funktionsweisen legen. Dies bedingt eine Fokusverschiebung weg vom Zusammenspiel von Staatspräsident und Parlament und hin zu dem Dreigespann Präsident, Parlamentsmehrheit und Regierungschef.² Diese veränderte Perspektive ist auch der Ausgangspunkt meines modifizierten Messindex der präsidentiellen Macht. Basierend auf diesem Messindex, der die beiden unabhängigen Variablen legislative und nicht-legislative Befugnisse anhand verschiedener

1 Vgl. hierzu Stykow (2006), die drei Analyseperspektiven identifiziert: »faktisch« sowie nach Elster (1997) »upstream« und »downstream«. Die faktische »Vermessung« von Macht ist aber keine eigene Forschungsperspektive, sondern ein methodisches Vergleichsverfahren. Dieses methodische Verfahren kommt dabei in beiden Analyseperspektiven zum Tragen. So misst McGregor (1994) die präsidentiellen Kompetenzen zur Beschreibung ebendieser während Metcalf (2000) oder Baylis (1996) die Kompetenzen mit Blick auf die Wirkung auf das Regierungssystem messen.

2 Bei der Messung der konstitutionellen Macht von Staatspräsidenten werden verschiedenen Objekten, in diesem Fall Verfassungsvorgaben/Paragraphen o. ä. Zahlen zugeordnet. Die Zuordnung muss strukturgetreu erfolgen, d. h. das Verhältnis zwischen den einzelnen Verfassungsvorgaben muss in den Zahlen wiedergegeben werden. (Gehring and Weins 2009, 42) Auf die Beschreibung der statistischen Vorgehensweise zur Verwendung der Spearman-Korrelation wurde hier verzichtet.

Indikatoren misst, wurden Verfassungstexte sowie Gesetze mit Verfassungsrang verglichen. Die Grundgesamtheit der Untersuchungsfälle besteht dabei aus Staaten (mit der Ausnahme von Zwergstaaten), die über ein Mindestmaß an demokratischen Standards verfügen (mindestens 6 Punkte bei politischer Transformation im Bertelsmann Transformationsindex) und in denen das Staatsoberhaupt ein Präsident (kein Kollegium, keine Monarchie) ist. Der Untersuchungszeitraum umfasst den gesamten Zeitraum seit dem Inkrafttreten der 2009 gültigen Verfassung. Ziel dieser Untersuchungsform ist es zum einen, die verfassungsrechtliche Kompetenz von Staatspräsidenten (vor allem auch in parlamentarischen Regierungssystemen) zu messen und zum anderen, Aussagen über die Bedeutung des reinen Verfassungstextes für den Transformationsprozess zu treffen.

Aus der Perspektive des Konstitutionalismus ist die Aufgabe einer Verfassung dabei die »Begrenzung der Staatsmacht, der Schutz der Individuen und ihrer der Politik abgewandten Lebenssphären gegen die Willkür der Herrschenden.« (McIlwain 1966, 21) Elkins, Ginsburg und Melton fassen in ihrem Verfassungsvergleich folgende Vorstellungen über Verfassungen zusammen: »The principal divide regarding the use of the term constitution has to do with its reference to either certain functions (however achieved) or a certain form (whatever its function).« (Elkins, Ginsburg and Melton 2009, 38) Dabei stellt sich die Frage, wie weit bzw. wie eng Verfassungsvorgaben sein müssen, um sowohl dem normativen Aspekt der überzeitlichen Geltung als auch dem praktischen Aspekt einer »Handlungsanleitung« gerecht zu werden. Der Ansatz der liberalen Demokratietheorie lässt sich analog verstehen. Im Sinne eines eher konstitutionellen Ansatzes der liberalen Demokratietheorie bietet die Verfassung weniger Möglichkeiten der Machtinterpretation. Basierend auf einem eher pluralistischen Ansatz (Dahl 1971) bildet die Verfassung weitgehend einen Referenzrahmen für die weitere Kompetenzinterpretation. Darauf aufbauend stellt sich die Frage, ob die verfassungspolitische Kompetenzausstattung von Staatspräsidenten entweder ein inhärenter Bestandteil der verfassungsrechtlich vorgegebenen politischen Logik ist oder ein Nebeneffekt, der durch soziale (Parteisystem, ethnische Konflikte) oder personelle Aspekte (Akteursverhalten) bedingt ist.

[...] (F)ormal institutions are worth more than the paper on which they are written. [...] despite consensus that formalization is not the apotheosis of institutions, parchment institutions are nevertheless at the heart of some important research agendas in comparative politics [...]. (Carey 2002, 737)

Die Bandbreite der Möglichkeiten, auf welcher Position zwischen konstitutioneller und pluralistischer Variante Wirkungsgrad und -intensität liegen, hängt von einer Reihe von Faktoren ab. Dabei steht der enge Zusammenhang zwischen der verfassungsrechtlichen Machtausstattung und dem faktischem Verhalten des Staatspräsidenten im Kontrast zu der immer noch populären Vorstellung, dass verfassungsrechtliche Vorgaben für die faktische Stärke/Schwäche von Staatspräsidenten nur zweitrangig sind. Getreu dem Motto von Duverger »(s)imilarity of rules, diversity of games [...]« (Duverger 1980, 167), argumentieren auch Elgie (1999), Rüb (2001), Sedelius (2006) oder Bahro und Vesper (1995). Dieses steht konträr zu dem Ansatz dieses Beitrags, der vielmehr von einer starken Bedeutung verfassungsrechtlicher Vorgaben ausgeht und ähnlich wie Almeida und Cho argumentiert: »[...] (C)ontrary to what the case-oriented literature suggests, there are systematic and independent effects of the formal powers of presidents in semi-presidential systems.« (Almeida und Cho Seok-jo 2003, 26)

Staatspräsidenten im Transformationsprozess Osteuropas

Mit dem Fokus auf den Zusammenhang von Staatspräsident und Transformationsprozess ergeben sich zwei grundlegende Fragen: 1) Welcher Zusammenhang besteht zwischen dem Modus der Transition bzw. der Art der Verfassungsgebung und der konstitutionellen Machtausstattung des Präsidenten? 2) Welchen Einfluss hat diese konstitutionelle Machtausstattung wiederum auf den Prozess der Konsolidierung?³

3 Zu dieser Phaseneinteilung siehe Merkel, Sandschneider und Segert (1996, 136).

Die generelle Erkenntnis, dass Modelle oder Typologien simplifizieren, gilt auch hier. Ihr Einsatz ist für die vergleichende Perspektive aber auch notwendig, um Ereignisse zu beschreiben und einzuordnen. Es macht deshalb durchaus Sinn, mit Welsh zu differenzieren:

Roughly, one can differentiate between transitions from above (transformation/transaction/reform), transitions from below, and transitions, where regime opposition play a roughly equal role in systems transformation (replacement/breakdown/rupture) (Welsh 1994, 379).

Einer ähnlichen Logik folgt demnach auch die zweite Phase, die Demokratisierung (institutional founding). Zentral sind hierbei die upstream-Legitimität (Elster 1997), also der Prozess der Verfassungsgebung, und die Frage nach dem »Schreiber« der Verfassung.⁴ Wie meine bisherige Analyse der 18 osteuropäischen Staatsoberhäupter ergeben hat, haben weder der Modus der Transition (mode of transition) noch die Art der Verfassungsgebung (type of constitution making) einen statistisch signifikanten, über die natürlich unwiderlegbare Einzelfallbetrachtung hinausgehenden Einfluss. Ein Grund dafür mag bereits in der Charakteristik der Modelle liegen. Zusätzlich ist dabei auch noch stärker regional zu differenzieren. Während die genannten Modelle auf der Basis der Analyse Mittelosteuropas entwickelt wurden und dementsprechend auch hierfür passende Erklärungen liefern, ist dies für Südosteuropa nicht zu beobachten. Vielmehr scheint es so, als ob sowohl der Modus der Transition als auch die Art der Verfassungsgebung für Südosteuropa in dieser Form nicht verwendbar sind. Eine nähere Beschäftigung mit dieser Region, insbesondere aus vergleichender Perspektive, verspricht demnach neben empirischen auch weitere analytische Erkenntnisse.

Basierend auf meiner Messung konnte ich jedoch eine signifikante Korrelation ($r=-.52$) zwischen dem Umfang der verfassungsrechtlichen Kompetenzen des Staatspräsidenten und dem Erfolg/Scheitern der demokratischen Konsolidierung ermitteln. Bei einem genaueren Fokus zum Beispiel auf Südosteuropa ist dieser Zusammenhang ebenso signifikant ($r=-.74$) wie für die gesamte Fallauswahl ($r=-.67$), die über den postkommunistischen Raum Osteuropas hinausgeht. Je stärker ein Präsident in verfassungsrechtlicher Hinsicht ist, desto geringer ist die Performanz des Staates im Prozess der demokratischen Konsolidierung. Dieser Befund bestätigt die Forschungsergebnisse von zum Beispiel Metcalf (2000), der das für Mittelosteuropa bereits eindeutig nachgewiesen hat. Gleichwohl hat die Kombination von konstitutioneller präsidentieller Macht mit den Ergebnissen des Bertelsmann Transformation Index zu politischer Transformation (Bertelsmann Stiftung 2010) besonderen Einfluss auf die Diskussion über den Zusammenhang von Systemtypus und dem Erfolg/Scheitern von Demokratisierungsbemühungen. Es zeigt sich, dass nicht so sehr der Systemtypus, sondern vielmehr der konstitutionelle Kompetenzumfang von Präsidenten Einfluss hat. Dies ist insofern überraschend, als Transformationserfolge vorwiegend mit Akteursverhalten erklärt werden. Dennoch deuten die hier beschriebenen Ergebnisse darauf hin, dass nicht so sehr das Akteursverhalten, sondern eher die strukturellen Gegebenheiten Einfluss auf den Transformationsprozess nehmen (Zarkošek 2008).

Fazit

Zusammenfassend möchte ich festhalten, dass die in diesem Beitrag betonte institutionelle Sichtweise kein Festhalten an einem reinen traditionellen Institutionalismus ist. Vielmehr gehe ich basierend auf den Ergebnissen des Parliamentary Power Index (2009, 4–13) davon aus, dass die Bedeutung von konstitutionellen Vorgaben für die Kompetenzteilung zwischen Parlament, Regierung und Präsident signifikant ist.

[...] (T)he functioning of important political institutions is described fairly accurately in constitutions, but the extent to which rights provisions are implemented in practice varies dramatically across countries [...]. (Elkins, Ginsburg and Melton 2009, 55)

4 Im Gegensatz dazu steht die downstream-Legitimität, also die Frage, wer die Verfassung ratifiziert hat (Elster 1997).

Es ist demnach durchaus begründet, sich vorrangig mit der konstitutionellen Machtausstattung zu beschäftigen und dadurch Rückschlüsse auf den Transformationsprozess zu ziehen. Der Fokus dieses Beitrags liegt dabei auf der Beziehung zwischen Transformationsprozess und präsidentieller Institution. Weder für den »mode of transition« noch für den »type of constitution making« konnte ein statistisch signifikanter Einfluss auf die konstitutionelle Machtausstattung des Präsidenten nachgewiesen werden. Im Gegensatz dazu zeigt sich aber eine signifikante Korrelation zwischen präsidentieller Macht und dem Erfolg/Scheitern der demokratischen Konsolidierung ($r=-.52$). Faktisch heißt das: Je mehr konstitutionelle Macht auf den Präsidenten konzentriert ist, umso größere Schwierigkeiten haben Staaten bei einer erfolgreichen Konsolidierung. In Kombination mit der Beobachtung, dass eine bestimmte konstitutionelle Machtausstattung nicht automatisch für ein bestimmtes Regierungssystem spricht, eröffnet dieser Beitrag einen neuen Blickwinkel auf die keineswegs »agnostische« Diskussion (Cheibub 2007) über den Einfluss der präsidentiellen Kompetenzen (und nicht mehr des Regierungssystems) auf den Transformationsprozess.

Bibliographie

- Almeida, Acir und Cho Seok-jo. 2003. *Presidential Power and Cabinet Membership Under Semi-Presidentialism*, 2003, Chicago. <http://www.iuperj.br/destaques/destaqant/almeidacho521tables.pdf>.
- Almond, Gabriel A. und G. B. Powell. 1976. Vergleichende Politikwissenschaft – ein Überblick. In *Vergleichende Regierungslehre. Beiträge zur theoretischen Grundlegung und exemplarische Einzelstudien*, ed. Theo Stammen. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Bahro, Horst und Ernst Vesper. 1995. Das semipräsidentielle System – »Bastard« oder Regierungsform sui generis? *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 26: 471–85.
- Baylis, Thomas A. 1996. Presidents versus Prime Ministers. Shaping Executive Authority in Eastern Europe. *World Politics* 48: 297–323.
- Bertelsmann Stiftung. Bertelsmann Transformation Index. http://www.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/Anlagen_BTI_2010/BTI_2010__Rankingtabelle_D_web.pdf.
- Bunce, Valerie. 1997. Presidents and the Transition in Eastern Europe. In *Presidential institutions and democratic politics: Comparing regional and national contexts*, Hg. Kurt von Mettenheim. Baltimore, Md.: Johns Hopkins Univ. Press.
- Carey, John. 2002. Parchment, Equilibria, and Institutions. *Comparative Political Studies* 33: 735–61.
- Cheibub, José A. 2007. *Presidentialism, Parliamentarism, and Democracy*. New York: Cambridge University Press.
- Dahl, Robert A. 1971. *Polyarchy*. New Haven/London: Yale University Press.
- Duverger, Maurice. 1980. A New Political System Model – Semi Presidential Government. *European Journal of Political Research* 8: 165–87.
- Elgie, Robert. 1999. The Politics of Semi-Presidentialism. In *Semi-Presidentialism in Europe*, Hg. Robert Elgie. Oxford [u. a.]: Oxford Univ. Press.
- Elkins, Zachary, Tom Ginsburg, and James Melton. 2009. *The Endurance of National Constitutions*. Cambridge [u. a.]: Cambridge Univ. Press.
- Elster, Jon. 1997. Afterword: the making of postcommunist presidencies. In *Postcommunist Presidents*, Hg. Ray Taras. Cambridge.
- Fish, M. S. und Matthew Kroenig. 2009. *The Handbook of National Legislatures*. Cambridge [u. a.]: Cambridge University Press.
- Frye, Timothy. 1997. A Politics of Institutional Choice: Post Communist Presidencies. *Comparative Political Studies* 30: 523–52.
- Gehring, Uwe W. und Cornelia Weins. 2009. *Grundkurs Statistik für Politologen und Soziologen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden.

- Lijphart, Arend. 1999. *Patterns of democracy: Government forms and performance in thirty-six countries*. New Haven/London: Yale University Press.
- Linz, Juan J. und Arturo Valenzuela, Hg. 1994. *The Failure of Presidential Democracy. Comparative Perspectives. Volume 1*. Baltimore, London: The John Hopkins University Press.
- McGregor, James P. 1996. Constitutional Factors in Politics in Post-communist Central and Eastern Europe. *Communist and Post-Communist Studies* 29: 147–66.
- McIlwain. 1966. *Constitutionalism Ancient and Modern*. Ithaca N.Y.: Cornell University Press.
- Merkel, Wolfgang, Eberhard Sandschneider und Dieter Segert, Hg. 1996. *Systemwechsel 2*. Opladen: Leske+Budrich.
- Metcalf, Lee K. 2000. Measuring Presidential Power. *Comparative Political Studies* 33: 660–85.
- Przeworski, Adam. 1991. *Democracy and the market: Political and economic reforms in Eastern Europe and Latin America*. Cambridge: Cambridge Univ. Press.
- Roper, Steven D. 2002. Are All Semipresidential Regimes the Same? A Comparison of Premier-Presidential Regimes. *Comparative Politics* 3: 253–72.
- Rüb, Friedbert W. 2001. *Schach dem Parlament!: Regierungssysteme und Staatspräsidenten in den Demokratisierungsprozessen Osteuropas*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag GmbH.
- Sedelius, Thomas. 2006. *The Tug-of-War between Presidents and Prime Ministers. Semi-Presidentialism in Central and Eastern Europe*. Örebro: Örebro University Library.
- Shugart, Matthew S. und John Carey. 1992. *Presidents and Assemblies. Constitutional Design and Electoral Dynamics*. Cambridge [u. a.]: Cambridge Univ. Press.
- Stykov, Petra. 2006. Osteuropäische Staatsoberhäupter. In *Zwischen Diktatur und Demokratie*, Hg. Ellen Bos and Antje Helmerich. Berlin.
- Welsh, Helga A. 1994. Political Transition Processes in Central and Eastern Europe. *Comparative Politics* 26: 379–94.
- Zakošek, Nenad. 2008. Democratization, State-building and War: The Cases of Serbia and Croatia. *Democratization* 15: 588–610.

***IV. Ökonomie:
Regelungsmechanismen
zwischen Wirtschaft und Staat***

Internationaler Handel: Unternehmenskultur und Kompetenzen in deutsch-russischen Kooperationen

Dieser Beitrag diskutiert Ordnungsmuster im internationalen Handel und betrachtet sie auf der Ebene des einzelnen Unternehmens im Russlandgeschäft. Ziel ist dabei, Anknüpfungspunkte zwischen Management- und Osteuropaforschung aufzuzeigen.

Das strategische Management einer Unternehmung ist damit betraut, die Kernkompetenzen einer Tochtergesellschaft auszubauen und sie den Ressourcen der Unternehmensgruppe zuzuführen. Zu den rechtlichen Herausforderungen im Handel zwischen Deutschland und Russland zählt die Unsicherheit.

Die Betrachtung des Erfahrungsobjektes Unternehmenskultur liefert Hinweise darauf, wie diese Herausforderungen erfolgreich bewältigt werden können und basiert auf folgenden Grundannahmen:

Unternehmenskultur zählt zu den Instrumenten, mittels derer die Unsicherheit innerhalb grenzüberschreitender Austauschbeziehungen vermindert wird.

Eine bestimmte Art von Unternehmenskultur kann helfen, in einer kooperativen Unternehmensbeziehung Kompetenzen aufzubauen und zu erhalten.

Die Hierarchisierung von Austauschbeziehungen

Im Binnenhandel garantiert der Staat die Wahrung der gleichen Rechte und Pflichten der Marktteilnehmer. Die Liberalisierung des Welthandels hat nicht zu einer Ausweitung der privatrechtlichen Strukturen über den Nationalstaat hinaus geführt: Kein Weltstaat und keine supranationale Instanz gewähren hier Rechtssicherheit. In Reaktion darauf und um ein höheres Maß an Rechtssicherheit zu erlangen, werden Transaktionen aus dem Markt herausgelöst und in hierarchische Beziehungen umgewandelt. Diese Maßnahme der Marktteilnehmer wird als Hierarchisierung grenzüberschreitender Austauschbeziehungen bezeichnet.¹ Die Marktteilnehmer entwickeln in diesem Zusammenhang private Governance-Mechanismen. Innerhalb einer kooperativen Unternehmensbeziehung werden dann Über- bzw. Unterordnung anstelle von Gleichordnung angestrebt.² Für die Durchsetzung von Verträgen und die Erlangung von Rechtssicherheit müssen private Akteure aktiv eintreten.³ Eine der möglichen Lösungen für das Problem der Unsicherheit sind Reputationsnetzwerke und relationale Verträge.⁴ Wenn die Austauschbeziehungen zwischen den Marktteilnehmern ähnlich wie der firmeninterne Handel gestaltet werden, lassen sich die Ressourcen der Unternehmung koordinieren. Gelingt es dem Management, die Mitarbeiter eines kooperierenden Unternehmens anhand ihrer Unternehmenskultur einzubinden und sie am eigenen Unternehmensziel zu orientieren, wird ein größeres Koordinationspotenzial begründet und Unsicherheit vermindert.⁵

1 Calliess, Dietz, Konradi, Nieswandt, Renner & Sosa 2008, Transformation des Handelsrechts? Neue Formen von Rechtssicherheit in globalen Austauschprozessen, in: Hurrelmann, Leibfried, Martens & Mayer, Hg., Zersparung der Nationalstaat? Die Internationalisierung Politischer Verantwortung, S. 143–175.

2 Cheung 1983, The Contractual Nature of the Firm, in: Journal of Law & Economics, S. 1–21.

3 Freiling & Nieswandt 2009, The Use and Evolution of Governance Designs in Transnational Transactions – An Evolutionary Angle on Coping with Uncertainty, verfügbar online: <http://ssrn.com/abstract=1550012>.

4 Dietz 2009, Relationale Verträge und Reputationsnetzwerke im internationalen Handel, in: Zeitschrift für Rechtssoziologie, 30 (2), S. 165–184.

5 Osterloh, Frey & Frost 1999, Was kann das Unternehmen besser als der Markt?, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft, S. 1245–1262.

Obwohl zwei kooperierende Unternehmen rechtliche Eigenständigkeit besitzen, kann Unternehmenskultur zur Beherrschung des Kooperationspartners beitragen.⁶

Die Betrachtung der Tiefenstruktur eines gemeinen Marktteilnehmers ergänzt im Folgenden die Diagnose des internationalen Handels.

Unternehmenskultur und Kompetenzen

Die kompetenzbasierte Theorie der Unternehmung ist in der Lage, die Wirkungsbeziehungen zwischen Unternehmenskultur und Kompetenzentwicklung darzustellen.⁷ Um Kompetenzen aufzubauen und zu erhalten, ist das Lernen innerhalb von Firmen unerlässlich. Unternehmenskultur stellt ein Bindeglied zwischen der personellen und der organisationalen Ebene der Unternehmung dar. Die Wirkung, die die Unternehmenskultur als Teil des Ambientes einer Firma auf ihren Erfolg haben kann, wurde bereits durch ein theoretisches Konzept ausgeführt.⁸ Die Unternehmenskultur wirkt über die Zwischengröße des Aufbaus und Erhalts von Kompetenzen auf den Erfolg der Unternehmung ein.

Es wird ein integrativer Ansatz der Unternehmenskulturforschung verfolgt, wobei gilt, dass Unternehmen Kulturen sind und Kulturen haben.⁹ Einfluss auf die Unternehmenskultur nehmen z. B. der in einem Unternehmen übliche Führungsstil und die Art der Interaktion zwischen den Mitarbeitern bei Problemlösungsversuchen.¹⁰

Das ausgewählte Modell von Edgar Schein unterteilt Unternehmenskultur in drei Ebenen. Zu den zwei offenkundigen Ebenen der Unternehmenskultur zählen Artefakte wie z. B. die Architektur des Firmensitzes und postulierte Wertvorstellungen wie ein Code of Conduct. Den Kern der Unternehmenskultur stellt die verborgene und schwer zugängliche Ebene der Grundannahmen dar. Unternehmenskultur wird bei Schein wie folgt beschrieben:

A pattern of shared basic assumptions that was learned by a group as it solved its problems of external adaption and internal integration, that has worked well enough to be considered valid and, therefore, to be taught to new members as the correct way to perceive, think, and feel in relation to those problems.¹¹

In der kompetenzbasierten Theorie der Unternehmung wird Erfolg durch Wettbewerbsfähigkeit und diese wiederum durch die Verfügbarkeit von Ressourcen und Kompetenzen erklärt.¹² Um die Vielfalt innerhalb der Belegschaft – bestehend aus Spezialwissen, Fähigkeiten und Kreativität – vollkommen ausschöpfen zu können, ist eine bestimmte Art von Unternehmenskultur erforderlich.¹³ Die Grundannahme des Konzeptes lässt Raum für interkulturelle Kompetenz. Für die Betrachtung einer deutsch-russischen Unternehmensbeziehung scheint es somit geeignet zu sein. Die Beobachtung wird Lernprozesse, als Voraussetzung von Kompetenzentwicklung, fokussieren.

Unternehmenskultur kann als Katalysator der Entwicklung von Kompetenzen dienen und gleichzeitig helfen, grenzüberschreitende kooperative Unternehmensbeziehungen zu festigen. Die Osteuropaforschung ist imstande, die Einbettung einer Unternehmung in ihren gesellschaftlichen Kontext

6 Francis 1983, Markets and Hierarchies. Efficiency or Domination?, in: Francis, Turk & William, Hg., Power. Efficiency and Institutions, S. 105–116.

7 Freiling & Fichtner 2010, Organizational Culture as the Glue between People and Organization: A Competence-based View on Learning and Competence Building, Zeitschrift für Personalforschung, 24(2), S. 152–172.

8 Fichtner 2008, Unternehmenskultur im Strategischen Kompetenzmanagement.

9 Sackmann 1990, Möglichkeiten der Gestaltung von Unternehmenskultur, in: Lattmann, Hg., Die Unternehmenskultur – Ihre Grundlagen und ihre Bedeutung für die Führung der Unternehmung, S. 153–188.

10 Sackmann 1983, Organisationskultur. Die unsichtbare Einflußgröße, in: Gruppendynamik, 14, S. 393–406.

11 Schein 2004, Organizational Culture and Leadership, S. 17.

12 Fichtner 2008, Unternehmenskultur im Strategischen Kompetenzmanagement, S. 105.

13 Freiling & Fichtner 2010, Organizational Culture as the Glue between People and Organization: A Competence-based View on Learning and Competence Building, Zeitschrift für Personalforschung, 24(2), S. 152–172.

hervorzuheben. »Organizational learning is culturally embedded.«¹⁴ Die Umwelt beeinflusst das Lernen in internationalen Firmen.

Die weiter oben beschriebene Hierarchisierung mittels privater Governance-Mechanismen unterstellt, dass beispielsweise die Austauschbeziehungen einer russischen Tochtergesellschaft von der dominierenden Organisationsstruktur der Muttergesellschaft (welche einem anderen institutionellen Umfeld angehört) geprägt werden.¹⁵ Die Unternehmenskultur vermittelt diesen Effekt des Ursprungslandes auf informelle Weise und nimmt somit Einfluss auf die Lernprozesse innerhalb der russischen Tochtergesellschaft.

Die Forschungsfrage, der ich mich verschreibe, lautet:

Wie gestaltet sich das Zusammenspiel von Unternehmenskultur und der Aneignung von Kompetenzen innerhalb einer Unternehmensbeziehung?

Eine komplementäre Sicht auf grenzüberschreitende Transaktionen stellt der relationale Ansatz kooperativer Kernkompetenzen zur Verfügung.¹⁶

Die Generierung eines Wettbewerbsvorteils ist ein ausreichender Anreiz für eine deutsch-russische Unternehmenskooperation. Die institutionellen Rahmenbedingungen der Partner bestimmen ihre jeweiligen Kernkompetenzen, diese können vom jeweils anderen Partner kaum imitiert werden. Für ein deutsches Unternehmen können diese Kernkompetenzen z. B. die Einbettung in ein Geschäftsnetzwerk von Technologien darstellen, für das russische Unternehmen sind sie z. B. landesspezifische vertrauensbasierte Verhaltensregeln innerhalb kooperativer Arrangements.

Organisationale Lernprozesse bündeln die spezifischen Ressourcen eines Unternehmens. Aus der Interaktion innerhalb der Unternehmensbeziehung ergeben sich einzigartige Ressourcenkombinationen, die so genannten relationalen Kompetenzen.¹⁷

Die strategische Nutzung der Unternehmenskultur ist in der Lage, das Beste aus der Vielfalt zu machen, die eine Firma in sich birgt. Das Ambiente, in dem sich diese Vielfalt ausprägen kann, hat nur eine Firma zu bieten¹⁸ und unter ihren Bedingungen gelingt es, die Zwischengröße des Erfolgs – die Kompetenzen – positiv zu beeinflussen.

Eine empirische Studie, die der explorativen Erschließung dieser Konzepte dient, liegt bislang noch nicht vor. Ziel des Forschungsansatzes wird es sein, den Begriff der Unternehmenskultur nach Schein auszufüllen.

Schein bezeichnet den klinischen und den ethnographischen Ansatz in der Feldforschung als einzige Möglichkeit, um die impliziten Grundannahmen der Unternehmenskultur festzumachen.¹⁹ Beide Ansätze verwenden zur Datenerhebung die Methode der teilnehmenden Beobachtung. Das Lernen innerhalb von Unternehmensbeziehungen wird in den Mittelpunkt der Beobachtung gestellt.

14 Engelhard & Nägele 2003, *Organizational Learning in subsidiaries of multinational companies in Russia*, in: *Journal of World Business*, 38, S. 262–277.

15 In der Literatur des National Innovation System und des National Business System wird betont, dass Firmen und ihre institutionelle Umwelt in einem fortwährenden Austausch stehen, sie unterliegen einer Wechselwirkung, vgl. Tregaskis, Edwards, Ferner & Marginson 2010, *Transnational learning structures in multinational firms: Organizational context and national embeddedness*, in: *Human Relations*, 63(4) S. 471–499.

16 Duschek & Sydow 2002, *Ressourcenorientierte Ansätze des Strategischen Managements – Zwei Perspektiven auf Unternehmenskooperationen*, in: *Wirtschaftswissenschaftliches Studium*, 31, S. 426–431.

17 Güttel 2005, *Identifikation organisationaler Kompetenzen bei Mergers-and-Acquisitions*, in: Matzler, Hinterhuber, Renzl & Rothenberger, Hg., *Immaterielle Vermögenswerte*, S. 399–419.

18 Freiling 2004, *A Competence-based Theory of the Firm*, in: *Management Revue*, 15(1), S. 27–52.

19 Schein 1987, *The Clinical Perspective in Fieldwork*.

Um zu beschreiben, wie sich die Unternehmenskultur der Muttergesellschaft in der Tochtergesellschaft manifestiert, eignen sich Fallstudien in der Tradition der naturalistischen Soziologie.²⁰ Während des Forschungsprozesses werden für relevant erachtete Beobachtungen durch theoretisches Material ergänzt. So ergibt sich im Prozess der Feldforschung nach und nach eine dichte Beschreibung der Unternehmensbeziehung.²¹

Ausblick

Mithilfe kooperativer Unternehmensbeziehungen mit grenzüberschreitendem Charakter gelingt es Unternehmen, übernormale Gewinne zu erzielen.²² Russland übt auf viele deutsche Firmen eine große Anziehungskraft als Absatzmarkt aus. Im internationalen Handel wurde ein Mangel an Rechtssicherheit festgestellt, der auch für das Zielland Russland gilt. Das Konzept der Unternehmenskultur aus der Forschung des Strategischen Managements kann erklären, wie Unsicherheit verringert und Kompetenzen gefördert werden können.

Unternehmenskultur wirkt sich auf die Kompetenzen der Unternehmung aus. Lernen innerhalb von Organisationen wird durch den jeweiligen gesellschaftlichen Kontext der Organisationen beeinflusst. Um eine kompetenzbasierte Theorie kooperativer Unternehmensbeziehungen empirisch zu unterstützen, ist es notwendig, den russischen Kontext zu »verstehen«. Die Regionalforschung kann Erklärungsansätze und dichte Beschreibungen sowohl der Unternehmung an sich als auch ihres gesellschaftlichen Kontextes liefern.

Künftige Erkenntnisse aus der Verbindung von Management- und Osteuropaforschung können Praktikern helfen, erfolgreiche deutsch-russische Kooperationen herzustellen.

20 Schatzman & Strauss 1973, *Field Research. Strategies for a Natural Sociology*.

21 Chapman 2003, *Social Anthropology and Business Studies. Some Considerations of Method*, in: Hirsch & Gellner, Hg., *Inside Organizations. Anthropologists at Work*, S. 19–34.

22 Duschek & Sydow 2002, *Ressourcenorientierte Ansätze des Strategischen Managements – Zwei Perspektiven auf Unternehmenskooperationen*, in: *Wirtschaftswissenschaftliches Studium* 31, S. 426–431.

Janis Kluge

Durchsetzung von Verfügungsrechten und Ungleichheit in Transition Economies am Beispiel Russlands

Kann eine gesellschaftliche Schicht von Eigentümern die konsequente Durchsetzung ihrer Verfügungsrechte durch den Staat einfordern? Im Folgenden sollen die Chancen einer solchen Nachfrage mit Mancur Olsons Überlegungen zum kollektiven Handeln prognostiziert werden. Anschließend werden die Motive der Wirtschaftselite für eine solche Nachfrage unter Berücksichtigung von Rent-Seeking-Möglichkeiten genauer untersucht. Hintergrund der Betrachtung ist dabei Russland während der Präsidentschaft Jelzins.

Die Konzeption der russischen Kuponprivatisierung war von dem Ziel geprägt, in einem Zeitfenster der politischen Gestaltungsfreiheit Fakten zu schaffen, um die nachhaltige Unterstützung des Reformpfades in der Bevölkerung zu sichern. Eine gesellschaftliche Schicht von Eigentümern sollte das politische Momentum für längerfristige Projekte wie die Erneuerung des Rechtssystems aufrechterhalten. Über die breit angelegte Verteilung von Eigentumsrechten erhofften sich die Reformer eine »Graswurzel-Nachfrage« nach der öffentlichen Durchsetzung dieser Rechte. Der Markt sollte also nicht nur die Restrukturierung der ehemaligen Planwirtschaft koordinieren, sondern gleichzeitig seine eigenen Vorbedingungen verbessern.¹

Der Schutz von Eigentum und die Durchsetzung von Verträgen ist Grundlage jeder wirtschaftlichen Entwicklung. Natürlich können Verfügungsrechte auf verschiedenen Wegen gesichert werden. Aus spieltheoretischer Perspektive sind ungeschützte Vereinbarungen so lange stabil, wie ihr Gegenwartswert für alle Beteiligten nicht negativ wird. Innerhalb langfristiger Geschäftsbeziehungen gibt es darüber hinausgehenden Spielraum für einzelne Abmachungen. Derartige Absicherungen sind ebenso vermittelt über einen Dritten möglich, zu dem einander unbekannte Akteure jeweils in Beziehung stehen. Ein Gewaltmonopol, das die Durchsetzung von Verträgen allgemein garantiert, bleibt trotzdem unersetzlich, wenn die Vorteile der komplexen Arbeitsteilung und der damit einhergehenden Anonymisierung der Märkte genutzt werden sollen.²

Bereitstellung von Kollektivgütern

Die politische Nachfrage nach der Durchsetzung von Verfügungsrechten soll als Kollektivgut der Gruppe der Eigentümer betrachtet werden. Vor allem jenseits der Wahlurnen sind verschieden große politische Bemühungen, d. h. Investitionen in dieses Gut denkbar. In seiner »Logik des kollektiven Handelns«³ analysiert Mancur Olson, welche Anreize bei der Bereitstellung von Kollektivgütern wirken. Er macht analog zu einem Cournot-Oligopol deutlich, wie kleinere und ungleich besetzte Gruppen dabei großen homogenen Gruppen überlegen sind. Olson überträgt diesen Gedanken auf die politische Interessenvertretung und stellt fest, dass große Gruppen, in denen der Einzelne jeweils kaum betroffen ist, wenig politisches Gewicht besitzen, während kleine Gruppen mit einem in der Summe gleich großen Kollektivinteresse sich Gehör verschaffen können. In Bezug auf die Gruppe der Eigentümer bedeutet dies, dass eine ungleichere Vermögensverteilung die Nachfrage nach der staatlichen Durchsetzung von Verfügungsrechten verstärkt. Voraussetzung dafür ist, dass das Interesse an dieser Durchsetzung monoton mit der Größe des Vermögens wächst.

1 Boycko, M.; Shleifer, A.; Vishny, R. (1996): *Privatizing Russia*. 2. Print. Cambridge: MIT Press.

2 Vgl. North, D. C. (1990): *Institutions, Institutional Change and Economic Performance*. 24. Print. Cambridge: Cambridge Univ. Press, S. 58.

3 Olson, M. (1998): *Die Logik des kollektiven Handelns. Kollektivgüter und die Theorie der Gruppen*. 4., durchges. Aufl. Tübingen: Mohr-Siebeck (Die Einheit der Gesellschaftswissenschaften, 10).

Während Jelzins Präsidentschaft verschärfte sich die Vermögensungleichheit in Russland. Es bildete sich eine kleine Gruppe von Unternehmern, die in der russischen Volkswirtschaft spürbares Gewicht besaßen und ihre Interessen auch auf politischer Ebene verfolgten (»Oligarchen«⁴). Die Bedingungen für die Nachfrage nach staatlicher Durchsetzung waren also günstig. Dennoch verlief die Entwicklung des Rechtsschutzes enttäuschend. Gerade auf der politischen Agenda der Oligarchen schien er eine untergeordnete Rolle zu spielen. Der oben angenommene Zusammenhang zwischen Größe des Vermögens und dem Interesse an der Durchsetzung von Verfügungsrechten soll deshalb genauer untersucht werden.

Rent Seeking und die Interessen der Wirtschaftselite

Die größten Vermögen der russischen Transformation sind im weitesten Sinne durch unternehmerisches Geschick entstanden. Gordon Tullock macht in seinem Artikel »The Welfare Costs of Tariffs, Monopolies And Theft«⁵ deutlich, dass ein Unternehmer sich nicht zwingend als Produzent verstehen muss. Er kann auf verschiedenen Wegen aus dem polypolistischen Markt ausbrechen und zu Monopolrenten kommen. Investitionen in innovative Produkte oder die Erschließung neuer Märkte stehen dabei bspw. gleichberechtigt neben der Investition in korrupte Beziehungen zur Politik, die dem Unternehmer Begünstigungen von Seiten des Staates einbringt. Anne Krueger gab Investitionen in die Umverteilung jenseits des Marktes die Bezeichnung »Rent Seeking«.⁶

Um durch Produktion Renten zu erwirtschaften, bedarf es langfristiger Investitionen, die auf den Schutz von Eigentum und Verträgen angewiesen sind. Die Grundlage des Rent Seekings bilden hingegen vorrangig persönliche Beziehungen wie etwa Kontakte zu Regierungsvertretern. Derartige Netzwerke sind Teil des Sozialkapitals eines Akteurs. Wenn sie im erfolgreichen Rent Seeking aktiviert werden, geht dies mit der Verletzung von Verfügungsrechten Dritter einher. Während die konsequente Durchsetzung der Verfügungsrechte für produktive Investitionen eine wichtige Voraussetzung ist, schmälert sie also die Erfolgsaussichten des Rent Seekings.

Ob die Wirtschaftselite sich diese Durchsetzung wünscht, hängt dann davon ab, ob sie sich aus produktiven Investitionen oder vom Rent Seeking die größeren Erfolge verspricht bzw. welche der beiden »Sparten« die bedeutendere ist. In der Folge soll dargestellt werden, warum für die russischen Oligarchen in den 1990er Jahren Rent-Seeking-Gelegenheiten im Vordergrund standen.

Vorprägung der Privatisierungsgewinner

Rent Seeking ist für solche Akteure gewinnbringend, die über ein ausgeprägtes Netzwerk (etwa unter Staatsbediensteten) verfügen. Wird Staatseigentum privatisiert bevor zuverlässige Rechtsinstitutionen geschaffen wurden, gewinnen die am besten Vernetzten. Joel Hellman betrachtet in seinem Aufsatz »Winners take all«⁷ die Interessen der Profiteure von Transformationen und stellt die geläufige Vorstellung von Reformen als »J-Kurve« in Frage. In dieser Kurve ist ausgedrückt, dass ein Reformprozess mit einer vorübergehenden Verschlechterung der ökonomischen Lage einhergeht. In diesem »Reformtief«, so die gängige Auffassung, müssten die Reformer davor geschützt werden, dass eine Lobby der Transformationsverlierer sie aufhält.

4 In Anlehnung an die Definition von Pleines, H. (2003): Wirtschaftseliten und Politik im Russland der Jelzin-Ära (1994–99). Freie Univ., Diss. – Berlin, 2002. Münster: Lit-Verl. (Osteuropa, 33), S. 13f.

5 Krueger, A. (1974): The Political Economy of the Rent-Seeking Society. In: American Economic Review, Jg. 64, S. 291–303.

6 Sonin, K. (2003): Why the Rich May Favor Poor Protection of Property Rights. In: Journal of Comparative Economics, Jg. 31, H. 4, S. 715–731.

7 Hellman, J. (1998): Winners Take All: The Politics of Partial Reform in Postcommunist Transitions. In: World Politics, Jg. 50, H. 2, S. 203–234.

Im Zentrum von Hellmans Betrachtung stehen nicht die Verlierer, sondern die Gewinner der Reformen. So bringt die Einführung der Marktwirtschaft in einem vormals kommunistischen Staat eine Übergangsphase mit sich, in der preisliche und planwirtschaftliche Koordinationsmechanismen parallel existieren und sich große Möglichkeiten des Rent Seekings eröffnen. Mit dem Fortschreiten der Reformen werden diese Möglichkeiten nach und nach wieder versiegen. Die Gewinner der Übergangsphase wehren sich gegen den Verlust ihrer Vorteile und bevorzugen den Staat im halbreformierten Zustand. Die politische Spitze muss Hellman zufolge deshalb nicht gegen die Reformverlierer, sondern gegen die frühen Profiteure der Erneuerung geschützt werden.

Zwar schuf die russische Privatisierung eine Schicht von Eigentümern, allerdings sammelte sich das Kapital vor allem dort, wo bereits Netzwerke bestanden hatten. So waren die Oligarchen ausgezeichnete Rent Seeker und besaßen von vornherein eine stärkere Tendenz zu dieser Sphäre des Unternehmertums.

Skaleneffekte bei Alternativen der Durchsetzung

Neben dieser Vorprägung machten Skaleneffekte das Rent Seeking für die vermögendsten Unternehmer interessanter. Konstantin Sonin begründet das geringe Interesse der russischen Wirtschaftselite an der allgemeinen Durchsetzung der Verfügungsrechte auf diese Weise. Er formuliert ihre Größenvorteile anhand eines endogenen Wachstumsmodells, in dem konstante Grenzerträge beim Rent Seeking fallenden Grenzerträgen bei Investitionen gegenüberstehen.

Nach Sonin vereinfacht Beziehungskapital nicht nur das Rent Seeking, sondern bietet gleichzeitig ein »privatisiertes« Substitut für den öffentlichen Schutz von Verfügungsrechten. Korruptionsbeziehungen zu einem Beamten könnten sowohl für die Enteignung anderer als auch für den Schutz der eigenen Rechte eingesetzt werden. Gute Rent Seeker sind also auf eine allgemeine Durchsetzung der Verfügungsrechte weniger angewiesen, sofern sie unter einem exklusiven staatlichen Schutz stehen. Dies verschafft ihnen in einem Umfeld unvollständig geschützter Verfügungsrechte Vorteile.⁸

Fazit

Die Einstellung der Wirtschaftselite zu einer konsequenten Durchsetzung der Verfügungsrechte war damit in der Jelzin-Ära bestenfalls ambivalent. Als eindeutige Unterstützer der staatlichen Durchsetzung von Verfügungsrechten kommen solche Akteure in Frage, die über keine Möglichkeiten des Rent Seekings verfügen. Dazu zählen zum einen die Inhaber neu gegründeter kleiner und mittelständischer Betriebe, die nicht oder nur gering von der Privatisierung profitiert haben, sowie theoretisch die russische Bevölkerung, die indirekt betroffen ist, etwa wenn Staatsbetriebe zu Dumpingpreisen privatisiert werden.

Greift man an dieser Stelle noch einmal Olsons Gedanken zur politischen Interessenvertretung auf, so lässt sich ein Effekt konstatieren, der der Ausgangsthese entgegensteht. Die Untergruppe der Eigentümer, die die Durchsetzung von Verfügungsrechten einfordert, hat es schwer, sich zu organisieren. Die Rent Seeker wiederum, die den Wert ihres Beziehungskapitals gegen die konsequente Rechtsanwendung verteidigen möchten, besitzen ausreichend Einfluss, um Reformen zu verhindern. Die Ungleichheit hemmt die Nachfrage nach der staatlichen Durchsetzung von Verfügungsrechten, anstatt sie zu beflügeln.

8 Sonin, K. (2003): Why the Rich May Favor Poor Protection of Property Rights. In: *Journal of Comparative Economics*, Jg. 31, H. 4, S. 715–731.

Inna Melnykovska

Businessclans und institutioneller Wandel in den postsowjetischen hybriden Regimen. Fallstudien: die Ukraine und Russland¹

Die offensichtlichen und versteckten Rätsel in der Dynamik der postsowjetischen hybriden Regime

Neben Demokratien und Autokratien zählen die so genannten hybriden Regime zu den vorläufigen Ergebnissen der postsowjetischen Transformation.² Diese hybriden Regime befinden sich in einer »Grauzone« zwischen Demokratie und Autokratie; sie sind weder klassisch demokratisch noch konventionell autoritär, da sie die Merkmale der beiden Regimetypen kombinieren. Weiterhin sind hybride Regime durch unterschiedlichste Defekte gekennzeichnet, so dass eine Vielfalt von hybriden Regimen in unterschiedlichster Nähe entweder zu Demokratie³ oder zu Autoritarismus⁴ entstanden ist. Dennoch gibt es bisher noch keine systematische Klassifizierung der hybriden Regime; dies erschwert die Analyse der Dynamik innerhalb der hybriden Regime – d. h. der Umwandlung eines hybriden Regimes von einem Subtypen in einen anderen.⁵

Die hybriden Regime sind jedoch sehr instabil. Die »Rosenrevolution« in Georgien (2003), die »Orange Revolution« in der Ukraine (2004) und die »Tulpenrevolution« in Kirgisien (2005) zeichneten sich durch eine intendierte Wandlung hin zur Demokratie ab. Dennoch variieren die Ergebnisse dieser »Bunten Revolutionen« (*colour revolutions*) stark. Oft reichte der Demokratisierungsschub durch die »Bunten Revolutionen« nicht aus, um in den Ländern eine voll funktionierende Demokratie entstehen zu lassen; es entstanden dennoch im Ergebnis andere Subtypen der hybriden Regime, die der Demokratie näher waren als die vorherigen hybriden Subtypen.⁶ In den anderen postsowjetischen Ländern (wie Russland, Aserbaidschan, Kasachstan etc.) ist dagegen eine Gegenentwicklung – oft durch Verfassungsreformen – hin zu Autokratie-näheren Subtypen hybrider Regime zu beobachten. Warum sind in einigen postsowjetischen Ländern die »Bunten Revolutionen« mit ihrer Entwicklung von Subtypen politischer Regime, die der (Wahl)-Demokratie näher sind, ausgebrochen, während sich in anderen ehemaligen Sowjetrepubliken die hybriden Regime in hybride Subtypen verwandelten, die eher dem Autoritarismus ähneln? Die Analysen, die sich in den vergangenen Jahren mit dieser Forschungsfrage beschäftigt haben, haben jedoch ein weiteres Rätsel übersehen, dessen Lösung neue Erkenntnisse über die Dynamik der hybriden Regime liefern kann.

Es ist rätselhaft, warum Businessclans (auch »oligarchische Clans«⁷ genannt), die als *intermediate winners* der postsowjetischen Transformation gelten und für den Reformstau in den 1990er Jahren

1 In diesem Beitrag skizziert die Autorin lediglich den Analyserahmen ihres Promotionsvorhabens.

2 Diamond, L. (2002). »Thinking about hybrid regimes.« *Journal of Democracy* 13(2): 21–35.

3 Merkel, W. (2004). »Embedded and Defective Democracies.« *Democratization* 11(5): 33–58.

4 Levitsky, S. and L. Way (2002). »The Rise of Competitive Authoritarianism.« *Journal of Democracy* 13(2): 51–65.

5 Bogaards, M. (2009) How to classify hybrid regimes? Defective democracy and electoral authoritarianism. *Democratization* 16(2): 399–423; Diamond, L. (2002) Thinking about hybrid regimes. *Journal of Democracy* 13(2): 21–35.

6 Kalandadze, K. and M. A. Orenstein (2009). »Electoral Protests and Democratization Beyond the Color Revolutions.« *Comparative Political Studies* 42(11): 1403–1425.

7 Ein »Oligarch« ist dabei ein politischer Unternehmer, der dem bestimmten Muster »Macht-Geld-Macht« zur Kapitalakkumulation und Kapitalwiederbeschaffung folgt. Genauer gesagt sichert der Zugang zu staatlich-politischer Macht die finanzielle Bereicherung des Oligarchen. Dieser kann mit dem erlangten Kapital wiederum seinen politischen Einfluss, meist über den Weg der Korruption, ausdehnen. Ein Oligarch ist dementsprechend ein Akteur mit der dualen Natur der wirtschaftlichen Reziprozität und der politischen Hierarchie. Dies hat einen

verantwortlich gemacht wurden,⁸ während der »Bunten Revolutionen« die Opposition unterstützt haben. Die Businessclans stellten finanzielle Ressourcen für die Opposition bereit; die von Businessclans kontrollierten Medien halfen, die Bevölkerung gegen Wahlfälschungen zu mobilisieren und signalisierten (auch wenn die Businessclans neutral blieben) die Schwäche des Amtsinhabers und dessen Wunschnachfolgers. Einige Forscher stufen die Businessclans sogar als kritische Akteure ein, die für den Erfolg der »Bunten Revolutionen« ausschlaggebend waren.⁹ Andererseits erklären mehrere Forscher die Reformerfolge und die Entwicklungen in anderen hybriden Regimen, die sich zu einem Autokratie-näheren Subtyp der hybriden Regime entwickelt haben, damit, dass auch diese Dynamik die Präferenzen der Businessclans »saturierten«.¹⁰

Sollten die Dynamiken der hybriden Regime auf den Strategien und Präferenzen der Businessclans beruhen,¹¹ wie haben sich dann diese Strategien und Präferenzen gegenüber den bestimmten Subtypen der hybriden Regime verändert und welche Faktoren sind für die Veränderung dieser Strategien und Präferenzen ursächlich?

Der Forschungsstand: Was man über die »Bunten Revolutionen« weiß und was übersehen wurde

Die Analysen, die sich mit den Ursachen der internen Dynamik in den hybriden Regimen beschäftigen, kann man in drei Forschungsströmungen unterteilen: in die Revolutionstheorien, die *transition-to-democracy*-Schule und die Autoritarismus-Forschung.¹²

Die Revolutionstheorien interpretieren die »Bunten Revolutionen« als elektorale Revolutionen.¹³ Dabei konzentrieren sie sich weniger auf die Ergebnisse dieser Revolutionen als vielmehr auf den Modus der Veränderungen, bei dem die mobilisierte Bevölkerung eine zentrale Rolle spielt. Im Ergebnis konzipieren sie einen neuen Subtyp von Revolutionen und tragen die gemeinsamen Merkmale dieser neuen Generation von Revolutionen zusammen, die die »Bunten Revolutionen« von anderen Revolutionen unterscheiden. Die *transition-to-democracy*-Schule betrachtet die »Bunten Revolutionen« als neuen Demokratisierungspfad und ordnet sie in die vierte Demokratisierungswelle ein. Diese Schule deutet diese Revolutionen als einen revolutionären aber dennoch gewaltlosen Systemwechsel (*Transition*) von einem autoritären zu einem demokratischen Regime, der unter Führung und Kontrolle der demokratisch gesinnten Oppositionselite zustande kommt.¹⁴ Die Autoritarismus-Forschung interpretiert die »Bunten Revolutionen« dagegen als Krisen autoritärer Reproduktion, die in einer Situation ausbrechen, in der ein personeller Wechsel im Präsidentenamt (z. B. durch eine konstitutionell beschränkte Amtszeit des Präsidenten) bevorsteht und die Nachfolgefrage durch Rivalitäten innerhalb der Elite ungelöst bleibt.¹⁵

Diese kurz beschriebenen Forschungsströmungen weisen jedoch Defizite auf. Die Revolutionstheorien treiben eine Erosion des Revolutionsbegriffs voran, indem sie die Merkmale einer Revolution

Doppelcharakter seiner Präferenzen zufolge.

- 8 Hellman, J. (1998). »Winners Take All. The Politics of Partial Reform in Post Communist Transition.« *World Politics* 50(2): 203–234.
- 9 Radnitz, S. (2010). »The Color of Money Privatization, Economic Dispersion, and the Post-Soviet 'Revolutions'.« *Comparative Politics* 42(2): 127–146.
- 10 Shevtsova, L. (2005). *Putin's Russia*. Washington, DC, Carnegie Endowment for International Peace.
- 11 Die hybriden Regime gelten meist als von den Businessclans »*captured states*«.
- 12 Eine Auswertung des Forschungsstands zu den »Bunten Revolutionen« liefert der Artikel von Petra Stykow.
- 13 McFaul, M. (2005). »Transition from post-communism.« *Journal of Democracy* 16(3): 5–19, Bunce, V. J. and S. L. Wolchik (2006). »International diffusion and postcommunist electoral revolutions.« *Communist and Post-Communist Studies* 39(3): 283–304.
- 14 Wilson, A. (2005). *Ukraine's Orange Revolution*. New Haven, Yale University Press.
- 15 Hale, H. E. (2006). »Democracy or autocracy on the march? The colored revolutions as normal dynamics of patronal presidentialism.« *Communist and Post-Communist Studies* 39(3): 305–329.

abschwächen;¹⁶ bei der Analyse der Veränderungen, die die »Bunten Revolutionen« verursacht haben, greifen sie zu kurz. Die zwei anderen Forschungsströmungen scheinen jeweils »ideologisch« gefärbt zu sein. Die *transition-to-democracy*-Schule betrachtet Demokratie als Endziel der »Bunten Revolutionen«. Somit sind die Gegenentwicklungen der hybriden Regime hin zum Autoritarismus lediglich Ausnahmefälle, in denen die Demokratisierung durch die »Bunten Revolutionen« gescheitert ist. Weiterhin definiert die *transition-to-democracy*-Schule die oppositionelle Elite zusammen mit der mobilisierten Bevölkerung als *per se* demokratische Zivilgesellschaft, die für freie und faire Wahlen eintritt. Die Möglichkeit, dass eine oppositionelle Elitegruppe die prekäre Lage der die Ämter innehabenden Elite zu ihren eigenen Gunsten ausnutzt, wird nicht in Betracht gezogen.¹⁷ Einer ähnlichen Logik folgend sieht die Autoritarismus-Forschung die »Bunten Revolutionen« als Ausnahmeerscheinungen in der zyklischen Entwicklung der semi-autoritären Regime hin zum »geschlossenen« Autoritarismus.

Weiterhin sind diese Forschungsströmungen sich bei der Konzeptualisierung der Schlüsselakteure in den »Bunten Revolutionen« uneinig. Die Revolutionstheorien beharren auf der zentralen Rolle der mobilisierten Bevölkerung (*Agency*), auch wenn die Notwendigkeit bestimmter struktureller Faktoren eingeräumt wird. Die *transition-to-democracy*-Schule betont den Wettbewerb der Eliten um die politische Herrschaft (als allgemeine Kategorie). Für die Autoritarismus-Forschung ist der Konsens der herrschenden Elite über die Regeln des politischen Spiels (*Structure*) zentral; sie hebt dabei die Fähigkeit des scheidenden Präsidenten (im Sinne einer *first-level* Analyse) hervor, die Loyalität der Elite und der Bevölkerung auf seinen Wunschnachfolger zu übertragen. Darüber hinaus gibt es auch Analysen, die den externen Einflüssen – sowohl den prodemokratischen als auch den proautoritären – unterschiedlich starke Rollen zuschreiben.¹⁸

Zusammenfassend kann der gegenwärtige Forschungsstand als defizitär bezeichnet werden, da Modus und Ergebnisse der »Bunten Revolutionen« separat analysiert werden; da die »Bunten Revolutionen« entweder aus der Demokratie- oder aus der Autoritarismus-Perspektive betrachtet und diese Perspektiven als konträr dargestellt werden; da der Fokus in den Analysen primär auf den politischen Akteuren und Strukturen liegt, der multidimensionale Charakter der postsowjetischen – politischen, wirtschaftlichen und sozialen – Transformation aber nicht beachtet wird; da die Rolle von *Agency* für aggregierte Gruppen ungeachtet der Tatsache analysiert wird, dass z. B. die Elite in den postsowjetischen Ländern aus heterogenen Gruppen besteht; und da interne und externe Faktoren gegenübergestellt werden, deren Interaktion dabei aber unbeachtet bleibt.

Der eigene Analyserahmen

Diese Analyse beabsichtigt, die genannten Defizite zu beheben. Sie basiert auf der Kombination von zwei Forschungsströmungen. Zum einem wird die Theorie des institutionellen Wandels verwendet. Der Begriff »institutioneller Wandel« erlaubt es, gleichzeitig sowohl den Modus als auch die Ergebnisse der beiden Dynamiken – hin zu Demokratie oder Autoritarismus – vereint zu analysieren und dabei »ideologisch« neutral zu bleiben. Weiterhin ermöglicht es diese Theorie, die institutionellen

16 So stufen David Lane einerseits und Valerie Bunce und Sharon Wolchik andererseits die drei klassischen Kernmerkmale einer Revolution – erhebliche Massenmobilisierung und nicht-institutionalisierte Protestformen – als fakultativ ein. Siehe mehr dazu in: Stykow, P. (2010). »'Colour Revolutions': Democratic Breakthrough or Authoritarian Regime Reproduction?« *Politische Vierteljahresschrift* 51(1): 137–162 (hier S. 140).

17 Stykow, P. (2010). »'Colour Revolutions': Democratic Breakthrough or Authoritarian Regime Reproduction?« *Politische Vierteljahresschrift* 51(1): 137–162 (hier S. 142).

18 Way und McFaul messen den externen Faktoren zweitrangige Bedeutung zu (McFaul, M. (2007). »Ukraine imports democracy – External influences on the orange revolution.« *International Security* 32(2): 45–83; Way, L. (2008). »The real causes of the color revolutions.« *Journal of Democracy* 19(3): 55–69). Valerie Bunce und Sharon Wolchik sehen die »Bunten Revolutionen« im Licht der Diffusions-Effekte einer Revolutionswelle (Bunce, V. J. und S. L. Wolchik (2006). »International diffusion and postcommunist electoral revolutions.« *Communist and Post-Communist Studies* 39(3): 283–304).

Veränderungen in der Politik und in der Wirtschaft und deren Interdependenz zu berücksichtigen. Nach Douglass North kann institutioneller Wandel evolutiv verlaufen, wenn die institutionellen Gegebenheiten der neuen Situation im Land (die z. B. durch eine Veränderung des globalen Umfelds entstanden ist) angepasst werden.

Hat sich solch eine institutionelle Ordnung nicht herausgebildet, kann den Tauschpartnern der Rahmen fehlen, um Streitigkeiten beizulegen; die möglichen Tauschvorteile lassen sich nicht realisieren und Unternehmer versuchen vielleicht, eine Koalition von Gruppen zu bilden, um durch Streiks oder Gewaltanwendung aus einer verfahrenen Situation wieder herauszukommen. [...] Neuverhandlungen zwischen Tauschpartnern können zu politischen Revolutionen führen, in denen eine Neuordnung politischer Institutionen eine ausweglose Krise beendet.¹⁹

Die Theorie des institutionellen Wandels deutet somit die wichtige Rolle an, die die relevanten Akteure – in diesem Fall die Businessclans – im institutionellen Wandel spielen. Die Präferenzen und Strategien dieser Akteure sollen sich wiederum unter dem Einfluss der globalen und pfadabhängigen internen Faktoren verändern.²⁰

Weit ausführlicher beschäftigen sich die theoretischen Ansätze von Mancur Olson und Oleh Havrylyshyn mit den Präferenzen der Businessclans. In Anlehnung an Olson sind die Präferenzen der Businessclans während der ersten Transformationsdekade die von *rent-seeking roving bandits*, die primär über kurze Zeithorizonte verfügen, Interesse an Kapitalakkumulation haben und deshalb patrimoniale Netzwerke ausbauen und einen Reformstau verursachen.²¹ Sollten die Businessclans aber an die Grenzen der Kapitalakkumulation stoßen und sich durch Integration in die globalen Märkte zu globalen Akteuren entwickeln, können laut Havrylyshyn die globalen Faktoren die Quellen und den Zugang zu *rents* und *rent-seeking* einschränken.²² Im Ergebnis wandeln sich die Präferenzen der Businessclans hin zu profit-seeking, Kapitalsicherung und Risikominimierung. Die Businessclans bevorzugen dann die – formgebundenen oder formlosen – Rahmenbedingungen, die den neuen Präferenzen entsprechen und die nicht alle Subtypen der hybriden Regime bereitstellen. Unter dem Einfluss der Pfadabhängigkeitsfaktoren werden Präferenzen in den Strategien konfiguriert und infolge des weiteren *Bargaining*-Prozesses findet ein institutioneller – entweder evolutiv oder revolutionärer – Wandel statt.

Die kausale Kette, die den analytischen Rahmen für diese Analyse bildet, ist in Abbildung 1 auf der nächsten Seite dargestellt.

Die auf der Basis dieses analytischen Rahmens entwickelten Hypothesen werden für zwei *most similar cases* – die Ukraine und Russland – überprüft. Dabei wird die Differenzmethode angewendet. Die beiden Länder wurden lange Zeit als hybride Regime mit ähnlichen Defekten behandelt: einer starken präsidentiellen Macht, die einer schwachen Zivilgesellschaft und einer schwachen Opposition gegenübersteht und staatlichen Strukturen, die stark von den Businessclans beeinflusst werden. Die hybriden Regime in den beiden Ländern verwandelten sich in einen neuen Subtyp der Hybridität, allerdings auf unterschiedliche Art und Weise und in entgegengesetzte Richtungen. Im Fall der Ukraine deutet die »Orange Revolution« auf den revolutionären Wandel des politischen Regimes hin zur Demokratie hin. In Russland verlief der Wandel mit dem Eintritt Wladimir Putins ins Premier-/Präsidentenamt seit 1999 evolutiv und zum Autoritarismus hin.

19 North, D. C. (1992). Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung. Tübingen, Mohr (hier S. 106).

20 Segbers, K. (2001). Institutional Change in Russia: A Research Design. Explaining Post-Soviet Patchworks. K. Segbers. Aldershot, Ashgate. 2: 1–38.

21 Olson, M. (2000). Power and Prosperity: Outgrowing Communist and Capitalist Dictatorship. New York, Basic Books.

22 Havrylyshyn, O. (2006). Divergent paths in post-communist transformation: Capitalism for all or capitalism for the few? Basingstoke and New York, Palgrave Macmillan.

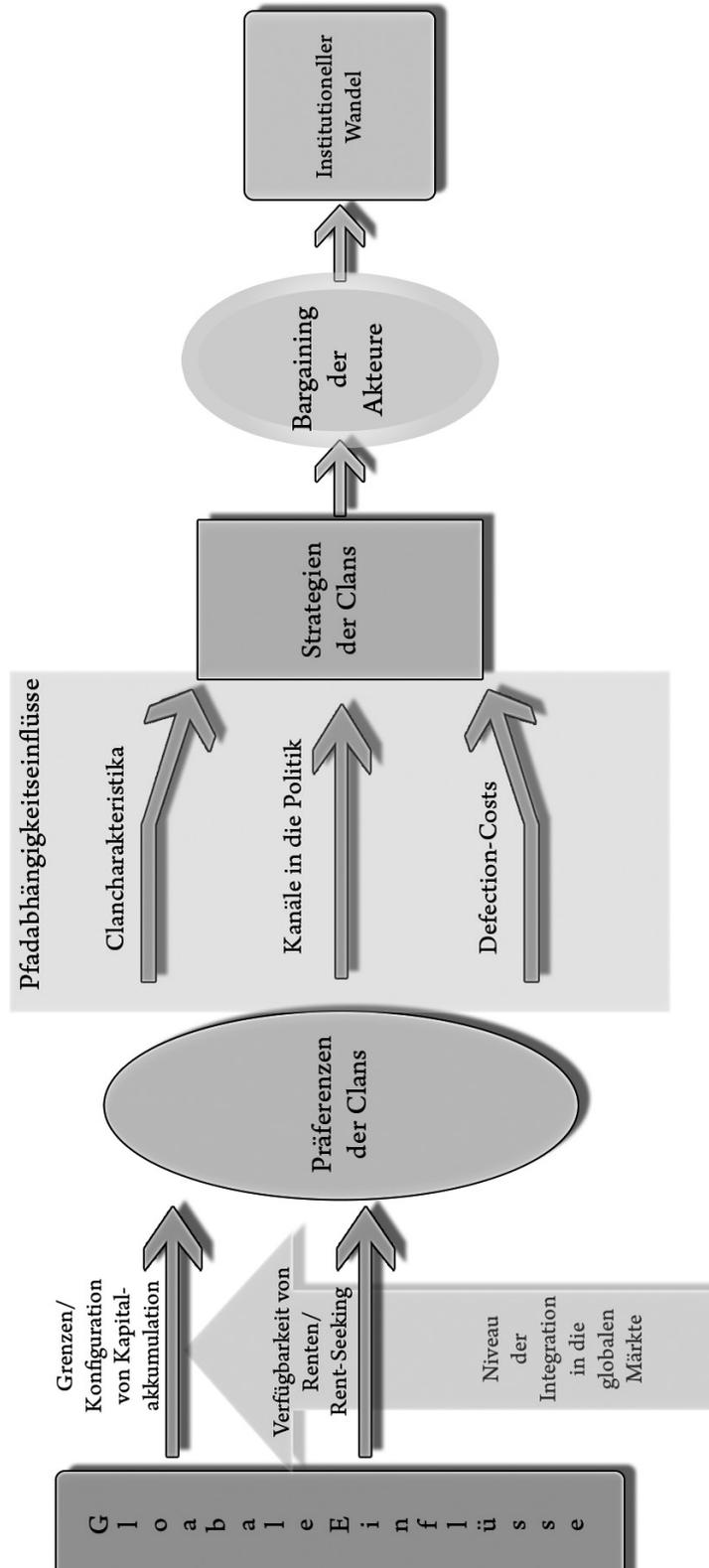


Abbildung 1

Quelle: Eigene Darstellung der Autorin.

Alexander Gnatenko

Beschränkungen in den Institutionen: Experten und Marktwirtschaftsreformen im Russland der 1990er Jahre

Anfang der 1990er Jahre waren die Experten, die in den Zeiten der Perestrojka eine Art Gruppe gebildet hatten, größtenteils der Meinung, dass das Sowjetsystem dringend wirtschaftlich reformiert werden müsse und die sozialistische Wirtschaftsstruktur an ihr Ende gekommen sei. In dieser Zeit waren sie als jene wenigen, die im wirtschaftlichen Bereich Alternativen zum Staat sahen, in gewisser Weise alle »Kollegen«. Mit der Neuaufstellung des russischen Staats und der Entstehung der neuen wirtschaftlichen Struktur unterteilte sich die Gruppe in zwei Lager – in die so genannten »Technokraten«, Experten, die in der Regierung tätig waren und dort wirtschaftliche Reformen realisierten, und in die »Politiker«, die Abgeordnete in der Staatsduma, dem russischen Parlament, wurden. Seitdem liefen ihre Wege auseinander und sie bildeten keine Gruppe mehr, sondern standen in Opposition zueinander.

Über die wirtschaftlichen Reformen in Russland gibt es verschiedene Auffassungen: Insbesondere die Werke von Shleifer und Treisman,¹ Aslund,² Boyko³ und Blasi und Krumova⁴ haben sich damit auseinandergesetzt. Besondere Aufmerksamkeit widmen sie den Strategien der in der Regierung tätigen Akteure, unter anderem den Strategien zur Durchsetzung des Reformprogramms im Obersten Sowjet; außerdem analysieren sie Erfolge und Rückschläge im Zusammenwirken von regionalen politischen Eliten und den Direktoren der Sowjetindustrie sowie der Zusammenarbeit mit der im Zuge der Wirtschaftsreformen entstandenen Schicht der Großunternehmer, den so genannten Oligarchen.

Im Fokus der Forschung standen die Regierung und ihre Vereinbarungen mit den Interessensgruppen sowie ein Institutionsdesign und dessen Auswirkung auf die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik. Die ideologischen Überzeugungen in Bezug auf wirtschaftliche Reformen – die in vielerlei Hinsicht die ideelle Grundlage des Reformkonzepts bilden – halten die Forscher im Grunde genommen für gegeben und widmen ihnen keine große Aufmerksamkeit.

Die amerikanische Forscherin H. Appel⁵ und der russische Forscher V. Radaev⁶ rücken das Konzept der Ideologie dagegen in den Mittelpunkt. Beide machen die bedeutende Rolle von Ideen für sozio-ökonomische Veränderungen stark. Um diese These zu beweisen, ziehen sie Beispiele aus mittel- und osteuropäischen Ländern und aus Russland heran. Laut Appel und Radaev ist die im Bewusstsein der politischen Eliten und der Massen herrschende Ideologie für die Ansicht darüber, welcher Wirtschaftstyp vorzuziehen sei, verantwortlich.

Politische Institutionen und ihren Einfluss auf die Veränderung von Ideologien bezüglich wirtschaftlicher Veränderungen berücksichtigen sie im Zuge ihrer Analysen allerdings so gut wie gar nicht. Immerhin bieten politische Institutionen jedoch die Möglichkeit, von der einen oder anderen ideologischen Basis geprägte Interessen zu artikulieren. Und gerade im Verlauf von politischen Auseinandersetzungen, deren innere Logik auf dem Design politischer Institutionen gründete, hat sich die Agenda der wirtschaftlichen Reformen herausgebildet.

- 1 Shleifer A., Treisman D. (2000). *Without a Map: Political Tactics and Economic Reform in Russia*. Cambridge, MA: MIT Press.
- 2 Aslund, A. (1995) *How Russia became a Market Economy*. The Brookings Institution.
- 3 Boycko M. Shleifer A. Vishny R. (1997). *Privatizing Russia*. Cambridge, Massachusetts: MIT Press.
- 4 Blasi, J. Kroumova, D. (1997) *Kremlin capitalism: the privatization of the Russian economy*.
- 5 Appel H. (2000). *The Ideological Determinants of Liberal Economic Reforms: The Case of Privatization*, *World Politics*, vol. 52, N 4, S. 520–549; Appel H. (2004). *A New Capitalist Order: Privatization and Ideology in Russia and Eastern Europe*. Pittsburgh: University of Pittsburgh Press.
- 6 Radaev V. (2006) *Ikonomicheskaya Soziologia [Wirtschaftssoziologie]*. M.: Novij Mir.

Es muss betont werden, dass sich die ideologischen Überzeugungen in Bezug auf die Wirtschaftsreformen in Russland in den 1990er Jahren entscheidend verändert haben: Vom faktischen Verzicht auf die regulierende Rolle des Staates in der Wirtschaft zu Beginn der 1990er Jahre entwickelten sie sich gegen Ende der 1990er Jahre hin zur Hegemonie des Staates über wirtschaftliche Prozesse. Indem sie bestimmte Herangehensweisen (Liberalismus, Monetarismus) und Strategien vorsah, wirkte sich die jeweilige institutionelle Bindung der Experten auf deren Ansichten zur Umgestaltung der Wirtschaft aus. Eine bestimmte ideologische Haltung begründete mit anderen Worten eine bestimmte Weltanschauung – und bestimmte Ziele und Mechanismen ihrer Verwirklichung.

In diesem Zusammenhang liefen seit dem Beginn der Wirtschaftsreformen die Überzeugungen der Experten auseinander; die ideologische Haltung derjenigen, die in der Regierung waren (die Technokraten) verlagerte sich weiter ins Zentrum des politischen Rechts-Links-Spektrums und sie plädierten stärker für den Markt als für den Staat: Der radikale Monitorismus wurde von Anfang an in demselben Maße, in dem seine Vertreter mit verschiedenen Interessensgruppen zu tun hatten, durch gemäßigte Positionen im Zentrum ersetzt.

Warum änderten die Experten ihre Haltung zu den wirtschaftlichen Reformen? Die Antwort auf diese Frage scheint im Bereich des institutionellen Aufbaus des neuen Staates zu liegen. Mit anderen Worten: Erfolg oder Misserfolg von Ideen auf dem politischen Markt sind vom institutionellen Rahmen des politischen Kampfes abhängig, vom Ausmaß der Befugnisse und von den Rechten der politischen Mächte, die wiederum auf verschiedenen Ideen und Einstellungen gründen. Ideologien werden von ihren Trägern präsentiert – von politischen Parteien, Verbänden, Gewerkschaften, Technokraten und dem Präsidenten.

»Institutionen haben ein Wert«⁷ – ich betone nach D. North die Wichtigkeit der politischen Institutionen für die Ausbildung ideologischer Haltungen. Ich teile die von D. North vorgestellte Auffassung von Institutionen, als »Spielregeln einer Gesellschaft oder einem formellen von Menschen geschaffenen Rahmen, der die Wechselbeziehungen zwischen den Menschen beschränkt und organisiert.«⁸

Demgemäß entscheidet das Design politischer Institutionen darüber, inwieweit die eine oder andere ideologisch geprägte Einstellung zu Liberalisierung und Privatisierung im Verlauf des politischen Prozesses verwirklicht werden kann. Und folglich ändern sich die ideologischen Überzeugungen der Experten – der Technokraten wie der Politiker – in Bezug auf die Umsetzung von Wirtschaftsreformen im Zuge des Durchlaufens politischer Institutionen.

Wie kann ein Design politischer Institutionen aussehen, um erfolgreich wirtschaftliche Reformen durchzuführen? Darauf gibt es zwei einander größtenteils widersprechende Antworten. A. Przeworski vertritt in seiner Arbeit⁹ die Notwendigkeit der Zusammenarbeit von Präsident und Parlament. Seiner Meinung nach ist sie eine der wichtigsten Bedingungen für erfolgreiche wirtschaftliche Reformen – Präsident und Parlament sollen sich gegenseitig einschränken, um so die Demokratie zu stärken und das Vertrauen der Gesellschaft in die politischen Institutionen zu gewährleisten. Dieses wiederum sei eine sichere Grundlage für erfolgreiche Wirtschaftsreformen.

Dem widerspricht S. Haggard: In seinen zahlreichen Werken, unter anderem in »Politische Ökonomie des demokratischen Transits«,¹⁰ beschreibt er die Dominanz der Exekutive über die Legislative als notwendige Bedingung der erfolgreichen Durchführung von Wirtschaftsreformen.

7 North D. (1999) *Institutions, Institutional Change and Economic Performance*. - Cambridge ; New York : Cambridge University Press.

8 North D. (1999) *Institutions, Institutional Change and Economic Performance*. - Cambridge ; New York : Cambridge University Press.

9 Przeworski A. (1991) *Democracy and the Market: Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America*. - Cambridge; New York: Cambridge University Press.

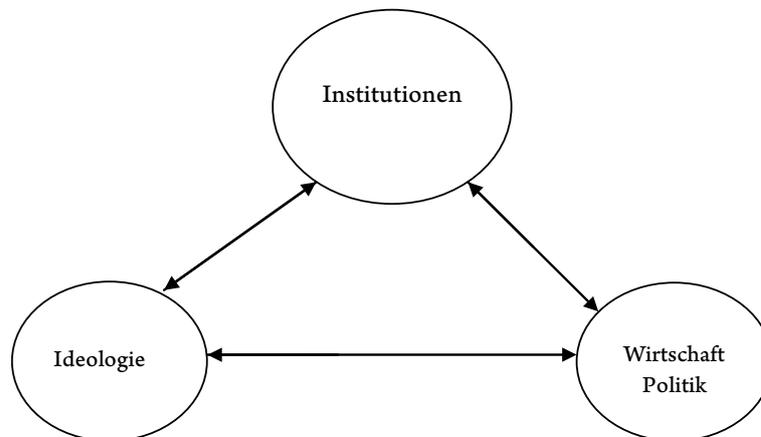
10 Haggard S. R. Kaufman (1995) *The Political Economy of Democratic Transitions*. - Princeton, N. J.: Princeton University Press.

Die Dominanz der Exekutive ermöglicht es den Technokraten eher, mächtige Lobbygruppen auszubooten und so geplante Reformprogramme durchzusetzen. Es ist wichtig darauf hinzuweisen, dass beide Forscher nur das Design der politischen Institutionen betrachten und den Ideologien, die den wirtschaftlichen Veränderungen zugrunde liegen, keine besondere Aufmerksamkeit schenken.

Die verschiedenen Etappen der wirtschaftlichen Reformen in Russland lassen sich mithilfe zweier theoretischer Herangehensweisen untersuchen. Insbesondere die erste Etappe der Wirtschaftsreformen (1991–1993) kam unter dem direkten Einfluss des Obersten Sowjets, des damaligen russischen Parlaments, zustande. Die zweite Etappe (1993–1999) setzte im Dezember 1993 ein, als im Zuge einer dramatischen Konfrontation zwischen Präsident und Oberstem Sowjet die russische Verfassung verabschiedet wurde. Sie verleiht dem Präsidenten mehr Rechte als dem Parlament: Er ist diesem nicht mehr rechenschaftspflichtig und kann frei wählen, welchen politischen Kurs er – etwa im wirtschaftlichen Bereich – verfolgt.

Weder Haggards noch Przeworskis theoretischer Ansatz haben sich mittlerweile ganz verwirklicht. Zwar hat die Verfassung dem Präsidenten umfangreiche Rechte verliehen, diese wurden von Jelzin zur Durchsetzung wirtschaftlicher Reformen jedoch kaum genutzt. Stattdessen haben mächtige Interessensgruppen, die sich im Zuge der ersten Reformperiode wesentlich bereichert haben, weitere Reformschritte blockiert, um ihre Gewinnlage zu sichern.¹¹ Aus analytischen Gründen können die beiden Perioden – die von 1991 bis 1993 mit dem hauptsächlich Einfluss des Parlaments und die von 1993 bis 1999, in der das Parlament ein untergeordneter Partner ist – jedoch mit dem gleichen theoretischen Instrumentarium untersucht werden.

Abbildung 1



Quelle: Eigene Darstellung des Autors.

In obigem Schaubild (Abbildung 1) stelle ich meine Herangehensweise an die sich ändernden ideologischen Überzeugungen der Experten im Verlauf der wirtschaftlichen Reformen graphisch dar. Ich glaube, dass dieses Schema für beide Perioden funktioniert; für die von 1991 bis 1993, als Präsident und Parlament das Versprechen der Verfassung, wirtschaftliche Reformen auf die Agenda zu setzen, gemeinsam verfolgten (woraus die Konfrontation erwuchs, die schließlich zum politischen Machtkampf führte); und auch für die Periode von 1993 bis 1999, als der Präsident seine Politik unabhängig betreiben und seine Prioritäten im wirtschaftlichen Bereich frei setzen konnte, ohne das Parlament berücksichtigen zu müssen.

11 Hellman J. (1998) *Winners Take All: The Politics of Partial Reform in Postcommunist Transitions*, *World Politics*, Vol. 50, No 2, S. 203–34. Shleifer A., Treisman D. (2000). *Without a Map: Political Tactics and Economic Reform in Russia*. Cambridge, MA: MIT Press.

In der ersten Periode wurden die ursprünglich »radikalen« ideologischen Einstellungen der Technokraten in der Regierung (unter anderem E. Gaidar und A. Tschubais) in Bezug auf Liberalisierung und Privatisierung durch die Abgeordneten des Obersten Sowjets relativiert. In den Sitzungen des Obersten Sowjets plädierten die Abgeordneten für mehr Rechte der Arbeiter und vertraten in Bezug auf die Privatisierung eher »arbeiterorientierte« Positionen. In der Realität wollten die Abgeordneten, die in den meisten Fällen Direktoren gewesen waren, jedoch die vollständige Kontrolle über die Unternehmen übernehmen. Bei der Liberalisierung kämpften sie für feste Preise in den Bereichen, die im Weiterverkauf höhere Profite erzielten, unter anderem waren das Erdöl und Benzin. Letzten Endes haben die von den Technokraten vorgeschlagenen Programme zur Liberalisierung und Privatisierung ihre radikalen Anteile verloren und sind stattdessen auf mittleren Positionen des politischen Rechts-Links-Spektrums zu finden.

Dieses Schema erklärt das Verhalten der Experten, der Politiker und der anderen (S. Glasev, G. Javlinski), deren ursprüngliche ideologische Überzeugungen in Bezug auf Privatisierung und Liberalisierung sich im Laufe des politischen Kampfs verändert haben: Das Parlament und entsprechend auch die Abgeordneten konnten am Entscheidungsprozess auf der Ebene der politischen Institutionen wegen deren eingeschränkten Befugnissen – unter anderem auch im Bereich der wirtschaftlichen Reformen – faktisch nicht teilnehmen. Das Hauptziel der Abgeordneten war es daher, ihre Unterstützung durch die Wählerschaft zu maximieren. Dieses Ziel verfolgend, kritisierten sie die Wirtschaftspolitik der Regierung und radikalisierten ihre ideologische Haltung in Bezug auf Liberalisierung und Privatisierung zunehmend.

In anderen Worten und durch die Linse der politischen Institute betrachtet, verändern sich ursprüngliche ideologische Überzeugungen; sie folgen wesentlich der Logik des politischen Kampfes und ihren jeweils verschiedenen politischen Befugnissen. In den Wirtschaftsreformen und in der Wirtschaftspolitik wurden ideologische Überzeugungen umgesetzt, die sich im Zuge des Durchlaufens politischer Institutionen bereits verändert hatten. Die real betriebene Politik ist ein Maßstab der ideologischen Überzeugung und der Vorschläge zur Umgestaltung der Wirtschaftspolitik. Jeder der am Prozess beteiligten politischen Akteure verfolgt eigene Ziele, die vom Design der jeweiligen politischen Institution abhängen: Im Falle Russlands in den 1990er Jahren versuchten die Technokraten, ihre Ideen zu verwirklichen während die Abgeordneten versuchten, die Unterstützung durch ihre Wählerschaft möglichst stark zu vergrößern.

In der weiteren Analyse wird das vorliegende theoretische Konzept genutzt, um Überzeugungen bzw. Vorgehen der Technokraten in der Regierung und der Politiker im Parlament in Bezug auf Privatisierung und Liberalisierung zu untersuchen sowie um Änderungen ihrer Programme, Vorschläge, die sich auf bestimmte Programmpunkte beziehen, und Unterschiede zwischen Programmkonzepten und verwirklichtem Programm zu analysieren.

***V. Zivilgesellschaft: Politisches
Handeln zwischen Staat
und privat (intermediäre
Institutionen und Agency)***

Die Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure bei der Bearbeitung ethnopolitischer Konflikte – Albaner und Makedonen in Makedonien¹

Um gesellschaftliche Konflikte zu kanalisieren und zu institutionalisieren, stehen Staaten verschiedene Regelungsmechanismen zur Verfügung. Bei ethnopolitischen Konflikten sind dies vornehmlich solche des Minderheitenschutzes, bei denen es sich um einzelne Gesetzesbestimmungen oder um kohärentere Schutzsysteme wie z. B. Autonomieregelungen handeln kann. Ethnopolitischen Konflikten muss besondere Aufmerksamkeit entgegengebracht werden, da es sich bei ihnen zum einen um Identitätskonflikte handelt, bei denen ein Ausgleich besonders schwierig zu erreichen ist; zum anderen schwelen sie oft seit langer Zeit mit verschiedener Intensität in einer Gesellschaft und können deren Zusammenhalt ernsthaft gefährden. Um einen dauerhaften Frieden zu gewährleisten, reicht aber zumeist ein machtpolitischer Ausgleich nicht aus, sondern es müssen breitere Bevölkerungsteile erfasst werden. Diese Arbeit befasst sich mit den zivilgesellschaftlichen Einflussmöglichkeiten auf einen solchen Konflikt. Die Auseinandersetzungen zwischen der albanischen Bevölkerungsgruppe und der makedonischen Bevölkerungsmehrheit in der Republik Makedonien werden dazu für eine Fallstudie herangezogen.

Was ist Zivilgesellschaft?

Zivilgesellschaft wird gemeinhin als autonomer gesellschaftlicher Bereich verstanden, der quasi »zwischen« Staat, Wirtschaftssektor und privatem Bereich (Familie) liegt.² Zum einen kann so jegliches *Handeln*, das sich in diesem Bereich abspielt, als zivilgesellschaftlich verstanden werden. Zum anderen können bestimmte *Akteure* identifiziert werden, die diesem Bereich typischerweise angehören. Gerade bei einem solchen akteursorientierten Ansatz stellen die »durchlässigen Grenzen« der verschiedenen Sektoren ein Bestimmungsproblem dar. Üblicherweise sind es Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die als Kernakteure der Zivilgesellschaft verstanden werden. Doch gerade in Transformationsländern kann diese Funktion der NGOs angesichts von deren finanzieller und damit auch programmatischer Abhängigkeit von externen (nationalen wie internationalen) Organisationen in Frage gestellt werden. Auch die Medien und ihre Einflussmöglichkeiten folgen in Transformationsländern besonderen Regeln, die nicht selten auch von wirtschaftlichen Interessen geprägt sind. Zudem sind sie eher als (Kommunikations-)Mittel der Zivilgesellschaft zu betrachten und weniger als eigene Akteursgruppe. Religiöse Organisationen (Kirchen) gehen hingegen oft stark in den privaten Bereich über und spielen gleichzeitig in vielen (gerade postsozialistischen) Gesellschaften eine geringe Rolle. Andererseits wird oft das normative Verständnis von Zivilgesellschaft kritisiert, das gewalttätige Akteure (z. B. Aufstandsbewegungen) oder konfliktverschärfendes Verhalten als »unzivil« und dadurch als nicht zur *Zivilgesellschaft* zugehörig betrachtet.

Der komplexe Zusammenhang zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren bzw. zwischen staatlichem und zivilgesellschaftlichem Handeln – mit seiner Vielzahl an gegenseitigen Einflussmöglichkeiten – erschwert eine Bestimmung der Rolle der Zivilgesellschaft gegenüber dem Staat.

1 Teile der Ergebnisse dieser Arbeit stammen aus dem Drittmittelprojekt „Die Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure bei der konstruktiven Bearbeitung ethnopolitischer Konflikte in Makedonien und im Kosovo“ der Abteilung für Geschichte Ost- und Südosteuropas des Historischen Seminars der Ludwig-Maximilians-Universität München, finanziert durch die Berghof Stiftung für Konfliktforschung im Zeitraum 2008–2010.

2 Vgl. Paffenholz, Thania/Spurk, Christoph: *Civil Society, Civic Engagement and Peacebuilding* (= Social Development Papers, Conflict Prevention and Reconstruction, Paper No. 36), Washington DC, 2006, S. 2ff.

Deutlich ist so zumindest die Notwendigkeit, den konkreten Gegenstand der jeweiligen Untersuchung genau einzugrenzen.

Die Zivilgesellschaftsforschung hat sich bislang thematisch auf einzelne Teilbereiche konzentriert, z. B. auf den Bereich »externe Demokratisierung«, welche vornehmlich über Entwicklungszusammenarbeit zustande kommt.

Zivilgesellschaft und ethnischer Konflikt

Auch der Zusammenhang zwischen Zivilgesellschaft und Konflikt ist in den letzten Jahren immer mehr Thema wissenschaftlicher Untersuchungen geworden, was nicht zuletzt den Bedeutungszuwachs von NGOs in Krisenregionen widerspiegelt. Erstaunlich ist dabei, dass die Rolle der organisierten Zivilgesellschaft in ethnischen Konflikten bislang über einzelne Fallbeispiele oder Teilbereiche hinaus systematisch wenig entwickelt worden ist.

Einem zivilgesellschaftlichen Einfluss auf einen (ethnischen) Konflikt kann man sich auf unterschiedliche Weise nähern. Zum einen werden verschiedene *Instrumente* erwähnt, die typischerweise dem zivilgesellschaftlichen Bereich angehören, wie z. B. Frühwarnsysteme oder Mediation.³ Diese Aufzählungen von Instrumenten sind aber zumeist weder systematisch noch vollständig, was ihre Anwendung auf einen konkreten Konfliktfall erschwert. Zweitens können zivilgesellschaftliche *Akteure*, die Einfluss auf den Konflikt nehmen, untersucht werden. Dabei entsteht erneut das generelle Problem der Bestimmung zivilgesellschaftlicher Akteure. Ein relativ neuer Ansatz geht – ausgehend von der Transformationsforschung – auf typische *Funktionen* ein, die Zivilgesellschaften in Konfliktsituationen übernehmen (können).⁴ Zu diesen Funktionen gehören Schutz, Monitoring, Anwaltschaft/Advocacy sowie Kommunikation, Sozialisierung, die Förderung gesellschaftlichen Zusammenhalts, Vermittlung und schließlich die Bereitstellung von Dienstleistungen.

Dieser Ansatz ist der hilfreichste, wenn es um die systematische und umfassende Analyse eines konkreten Fallbeispiels geht und gleichzeitig eine Übertragbarkeit auf andere Konfliktkontexte ermöglicht werden soll. Bei dem funktionalistischen Modell bleiben aber zwei Schwierigkeiten: Zum einen kann mit ihm das Problem der Akteursbestimmung nicht völlig umgangen werden. Oft werden Teile der Funktionen von nicht-zivilgesellschaftlichen Akteuren übernommen; so ist z. B. der Schutz der Bevölkerung zuallererst eine *staatliche* Kernaufgabe. Zum anderen gehen die Funktionen vor allem auf eine mögliche *positive* – d. h. konfliktschlichtende – Rolle der Zivilgesellschaft ein.

Zivilgesellschaft und ethnischer Konflikt in Makedonien

Das funktionalistische Modell wird für die Untersuchung des makedonischen Konfliktfalls herangezogen. Um die erwähnten Schwierigkeiten in den Griff zu bekommen, werden bei der Untersuchung der Funktionen zum einen drei Akteursgruppen herausgefiltert: lokale (Konfliktbearbeitungs-)NGOs, Medien und Protestgruppen. Zum anderen wird auf Faktoren (darunter auch Akteure) eingegangen, die die Erfüllung der jeweiligen Funktion durch die drei zivilgesellschaftlichen Akteursgruppen beeinflussen.

Der Konflikt zwischen Albanern und Makedonen in der heutigen Republik hat schon vor der Loslösung des Staates aus dem jugoslawischen Bund im Jahr 1991 bestanden. Bei ihm handelt es sich um einen Statuskonflikt, innerhalb dessen die albanische Minderheit (rd. 25 % der Bevölkerung) über ihre politischen Eliten im Land ihren Einfluss im politischen System zu erweitern versuchte. Die (ethnisch) makedonische Bevölkerungsmehrheit (rd. 64 %) sah darin einen ersten Schritt in Richtung

3 Vgl. beispielhaft dazu: Smidoda, Iris (1998): *Instrumente Ziviler Konfliktintervention*, Netzwerk Friedenskooperative, unter: <http://www.friedenskooperative.de/themen/zivil-03.htm>.

4 Paffenholz, Thania/Spurk, Christoph: *Civil Society, Civic Engagement and Peacebuilding (= Social Development Papers, Conflict Prevention and Reconstruction, Paper No. 36)*, Washington DC, 2006.

einer Sezession der albanischen Bevölkerung, die das Fortbestehen des Staates – der für die ethnisch makedonische Identität enorm wichtig ist – ernsthaft gefährden würde. Nach mehreren Konflikteskalationen, die wiederholt durch politischen Kompromiss (und Bedienung der klientelistischen Netzwerke der Parteien) friedlich geregelt werden konnten, brachen 2001 überraschend bewaffnete Auseinandersetzungen aus. Durch großen internationalen Druck (v. a. von Seiten der EU und der NATO) wurden diese nach wenigen Monaten des Anhaltens bei geringer Intensität mit der Unterzeichnung des Ohrider Rahmenvertrags, der das politische System stark konsozialistisch ausrichtete, beendet. Doch auch nach den mit ihm einhergehenden Verfassungsänderungen und dem relativen Machtzuwachs der albanischen Bevölkerung, den diese mit sich brachten, bleibt der Konflikt zwischen den beiden Ethnien ein Hauptthema der politischen Diskussion.

Die vorliegende Untersuchung der Rolle der zivilgesellschaftlichen Akteure in diesem Konfliktumfeld umfasst insbesondere den Zeitraum nach 2001. Bisher hat sich die Arbeit auf die lokalen konfliktbearbeitenden NGOs konzentriert.

Auch wenn im zivilgesellschaftlichen Bereich wohl die meisten Kontaktpunkte innerhalb der Gesellschaft bestehen, ist auch dieser insgesamt stark nach ethnischen Zugehörigkeiten getrennt. Organisationen, bei denen das Führungspersonal tatsächlich gemischt ist, sind eine Seltenheit. Neben wenigen großen NGOs auf nationaler Ebene befassen sich auch einige kleinere auf lokaler Ebene explizit mit der Bearbeitung des Konflikts. Dennoch sind mittel- oder langfristige Aktivitäten eher selten, was mit häufigen Wechseln innerhalb der Programmschwerpunkte der einzelnen Organisationen zusammenhängt, sowie zum Teil mit deren Kurzlebigkeit. Gerade der albanische Teil der Bevölkerung ist außerhalb politischer Parteien wenig organisiert, auch wenn die Entwicklungen der letzten Jahre im NGO-Sektor darauf hindeuten, dass diese Organisationsform an Bedeutung gewinnt.

Über Ursachen und Inhalt des Konflikts besteht noch immer kein Konsens, noch weniger über die Ursachen seiner Eskalation von 2001. Dies gilt für beide Bevölkerungsteile ebenso wie für die entsprechenden NGOs, auch wenn deren konflikt-schlichtende Aktivitäten eigentlich an einer gemeinsamen Konfliktdefinition ansetzen müssten.

Der ethnisch makedonische Bevölkerungsteil sieht den Ausbruch von 2001 als einen von kosovarischen UCK-Kämpfern initiierten Angriff von außen, während die albanische Minderheit die erfahrenen Ungerechtigkeiten im Land selbst als Eskalationsursache hervorhebt. Um eine Annäherung der Positionen (»Wahrheitsfindung«) bemühten sich einige NGOs, zuletzt die größte Organisation im Land, die Foundation Open Society Macedonia. Die dadurch angestoßene öffentliche Diskussion stieß zwar zunächst auf reges Interesse in den Medien, verstummte aber aufgrund mangelnder gegenseitiger Anknüpfungspunkte bald wieder.

Daher konzentrieren sich die einzelnen NGOs auf jeweils einen von ihnen als wichtigen Konfliktfaktor angesehenen Aspekt. So haben sich einige Organisationen das *Monitoring* zur Aufgabe gemacht, besonders im Bereich der Umsetzung des Ohrider Rahmenvertrags und des Minderheitenschutzes. Ihr Einfluss auf die Öffentlichkeit und insbesondere auf die politische Ebene des Landes bleibt aber gering. Als Schwierigkeit erweist sich hier oft die mangelnde Bereitstellung von Informationen staatlicherseits. Angesichts des geringen Informationspools und der generell eher schwachen Institutionen (v. a. gilt das für das Gerichtswesen) ergeben sich für zivilgesellschaftliche Organisationen wenig konkrete systemische Angriffspunkte, die sie für ihre weitere Arbeit benötigen würden, z. B. im Bereich des Schutzes der Bürger oder für eine mögliche Lobbyarbeit (*Anwaltschaft/Advocacy*).

Andere NGOs sehen die große soziale Distanz der beiden Bevölkerungsteile als wichtigsten Konfliktfaktor und legen in ihren Projekten den Fokus auf die Funktion der *Sozialisierung*. Doch auch hier bedingen Kurzfristigkeit, lokale Beschränktheit und die geringe Vernetzung der Aktionen trotz der ebenfalls vorhandenen positiven Effekte eine mangelnde Auswirkung auf den Konflikt im Allgemeinen.

Insgesamt zeichnen sich vor allem zwei bedeutende Ursachen für die geringen Einflussmöglichkeiten lokaler NGOs innerhalb der verschiedenen Funktionen der Konfliktbearbeitung ab: Zum einen ist

das die starke systemische Dominanz der (in erster Linie nach ethnischen Kriterien organisierten) politischen Parteien. Diese speist sich vor allem aus ihren quasi-klientelistischen Netzwerken, mit denen sie die Bürger in einem wirtschaftlich sehr angeschlagenen Umfeld an sich binden können, sowie aus der politischen Kultur der Bevölkerung und ihrem Vertrauen auf (vermeintlich) starke Persönlichkeiten. Zum anderen verhindert die starke Abhängigkeit der NGOs von ausländischen Geldgebern die Bildung eines bürgerlichen Gegengewichts zu den politischen Konfliktfaktoren, indem sie die ohnehin schon geringe Verankerung dieser Organisationen in der lokalen Bevölkerung weiter untergräbt und ein kohärenteres zivilgesellschaftliches Vorgehen durch Konkurrenz um die gleichen Geldmittel erschwert.

Christoph Schnellbach

Die Rolle von NGOs im EU-Erweiterungsprozess am Beispiel des Minderheitenschutzes in Mittel- und Osteuropa¹

Der intergouvernementale Charakter der EU-Beitrittsverhandlungen mit den mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL) überdeckt oftmals den Einfluss von zivilgesellschaftlichen Akteuren im Erweiterungsprozess. Auch die spezifische Rolle von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wird in der Diskussion um externe und interne Faktoren des politischen Wandels häufig übersehen. Bei der Analyse der internen Faktoren werden hauptsächlich historische *legacies*, innerstaatliche Eliten und Veto-Spieler betrachtet. Als externe Faktoren werden meist Konditionalität und die Werte und Normen der Akteure und ihrer Politiken identifiziert.

Im Kontext der EU-Konditionalität im Bereich des Minderheitenschutzes stellt sich die Frage, ob die postsozialistischen Regierungen ihre Politiken nur in Anbetracht materieller Interessen und des normativen Drucks der internationalen Institutionen geändert haben oder ob auch die zahlreichen NGOs im Sektor des Menschenrechts- und Minderheitenschutzes einen wichtigen Beitrag zum »Politiktransfer« geleistet haben. Da die EU-Erweiterung in erster Linie ein Verhandlungsprozess zwischen Staaten ist, scheinen NGOs hier zunächst nur eine geringe Rolle zu spielen. Der tatsächlich erfolgte Normentransfer von EU-Politiken auf die MOEL wäre ohne die *Agency* von NGOs aber kaum möglich gewesen, wie im Folgenden anhand der EU-Minderheitenpolitik im Beitrittsprozess am Beispiel der Roma verdeutlicht werden soll.

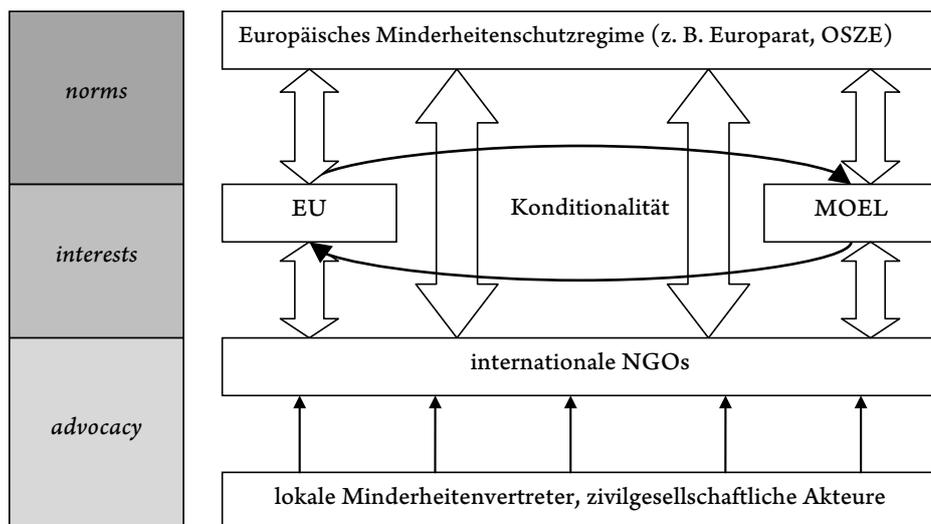
Obwohl das EU-Beitrittsverfahren vor allem ein *top-down*-Prozess zwischen den Organen der Union und den Bewerberländern ist, haben auch nichtstaatliche Akteure auf verschiedene Weise Einfluss auf die MOEL ausgeübt. Beispielsweise wurden EU-Konditionen von lokalen NGOs genutzt, um die Aufmerksamkeit der Regierungen auf die konkrete Situation der ethnischen Minderheiten zu lenken. Auf der anderen Seite wäre der Einsatz vieler NGOs, vor allem für die sozial marginalisierte Gruppe der Roma, ohne die externen Anreize der EU im Beitrittsverfahren wenig effektiv geblieben. Im Zuge des EU-Monitorings konnten zivilgesellschaftliche Organisationen ihren Einfluss auf die Entscheidungsträger ausbauen und eine Art Scharnierfunktion zwischen Internationalen Organisationen (IGOs) und den Regierungen entwickeln. EU-Forderungen wurden wiederum insbesondere dann umgesetzt, wenn sie auch von NGOs getragen und unterstützt wurden.

Die intermediäre Interessensvermittlung von Minderheiten-NGOs (*advocacy*) ist eine notwendige – aber keine ausreichende – Bedingung für den Politikwechsel in Kandidatenländern. Unter der Voraussetzung einer glaubwürdigen und klaren EU-Konditionalitätspolitik sind zwei weitere Faktoren ausschlaggebend:² Das strategische Interesse der IGOs an der Verbesserung der Situation der Minderheiten im Zielland (*interest*) sowie die Unterstützung eines normativen Rahmens durch die IGOs (*norms*).

1 Der Verfasser des Beitrages ist Doktorand an der Andrassy Universität Budapest. Der vorliegende Artikel behandelt einen Teilaspekt des u. a. durch ein DAAD-Doktorandenstipendium geförderten Dissertationsprojektes über den Minderheitenschutz in mittel- und osteuropäischen Ländern im Prozess der EU-Erweiterung.

2 Zumindest seit 1999 kann man von einer glaubwürdigen und klaren EU-Minderheitenpolitik gegenüber den MOEL sprechen. Einerseits wurde die Beitrittsperspektive für die assoziierten MOEL greifbar, andererseits entwickelte die EU mit Art. 13 EGV des Amsterdamer Vertrages und den nachfolgenden Richtlinien (»Antirassismusrichtlinie« RL 2000/43/EG sowie »Gleichbehandlungsrichtlinie« RL 2000/78/EG) einen Nichtdiskriminierungsacquis.

Abbildung 1



Quelle: Eigene Darstellung des Autors.

Die Roma-Politik der EU im Erweiterungsprozess

Die Roma-Politik ist ein interessanter Testfall für die Untersuchung von EU-Konditionalität im Minderheitenschutz. Bis zum Beginn der 1990er Jahre spielten die Roma in den Diskursen der EU noch kaum eine Rolle, um dann Mitte der 1990er Jahre verhältnismäßig rasch auf die EU-Agenda zu treten. Die zahlenmäßig größte Minderheit Europas wird auf etwa 7–9 Mio. Angehörige geschätzt.³ Die Roma haben im Gegensatz zu vielen anderen ethnischen Minderheiten keinen Patronagestaat beziehungsweise *kin-state*, der sich ihrer Sache annimmt.⁴ Ihre geographische Ausbreitung in ganz Europa und die Heterogenität der unterschiedlichen Gruppen innerhalb der Roma erschwert die kollektive Organisation politischer Interessen.⁵ Im Gegensatz zu nationalen Minderheiten steht bei den Roma nicht die Forderung nach kollektiven Rechten zur Wahrung der kulturellen Identität im Vordergrund, sondern der Kampf gegen Diskriminierung und für eine sozioökonomische Integration in die Mehrheitsgesellschaft.⁶

Anfang der 1990er Jahre hatten die Roma weder eine Lobby in der EU, noch gab es eine europäische Agenda für die Verbesserung ihrer Lage. Dies änderte sich als die EU schrittweise Kriterien für die Beitrittskandidaten aufstellte (»Kopenhagener Kriterien«), auch im Bereich des Minderheitenschutzes. Aufkommende gewaltsame Ausschreitungen gegen Angehörige der Roma und die sich anbahnende (irreguläre) Migration nach Westeuropa erzeugten eine plötzliche Wahrnehmung der Roma in internationalen Foren. Folglich wurden sie in Dokumenten und Erklärungen der EU auch immer öfter erwähnt, vor allem in den Fortschrittsberichten der Kommission.⁷ In diesen Berichten hat die EU seit 1997 Forderungen an die Bewerberländer gestellt und an ihre Erfüllung finanzielle und institutionelle Belohnungen geknüpft. In den so genannten Beitrittspartnerschaften wurde die

3 Liégeois, 2005:21.

4 Die anderen beiden Gruppen, welche die EU-Kommission in den Berichten fokussierte, waren die russischen Minderheiten im Baltikum und die Auslandsungarn in den Nachbarstaaten Ungarns. Die Ursprungsländer (*kin-states*) dieser beiden Gruppen übernehmen prinzipiell eine Art Schutzfunktion gegenüber den konationalen Minderheiten.

5 Vermeersch/Ram, 2009:66ff.

6 McGarry, 2009:258ff.

7 Mit dem Einsetzen des Monitorings der EU-Kommission im Beitrittsprozess erzeugte die EU erstmals Druck auf die Regierungen der MOEL, die Lage der Roma zu verbessern. Die Roma leiden in fast allen Aufenthaltsstaaten unter Diskriminierungen, sowohl in der Öffentlichkeit als auch durch staatliche Behörden.

Roma-Politik für eine Reihe von Ländern (Bulgarien, Tschechische Republik, Ungarn, Rumänien und Slowakei) als eine Priorität angeführt. Im Zuge des Beitrittsprozesses wurde die Problemanalyse in den entsprechenden Staaten immer detaillierter, die von der EU geforderten Politikinhalt blieben jedoch vage.

Die EU-Kommission beklagte regelmäßig die soziale Ausgrenzung und Diskriminierung beim Zugang zu Bildung, Beschäftigung und Wohnraum in den betroffenen Staaten. Die Staaten mit beachtlichen Roma-Minderheiten (mehr als 5 % der Gesamtbevölkerung), wie Ungarn und die Slowakei, wurden in den Fortschrittsberichten aufgefordert, umfassende Antidiskriminierungsgesetze zu erlassen und vorhandene Schutzregelungen auch tatsächlich umzusetzen.⁸ Dabei waren die innenpolitischen Widerstände gegen die Förderung der Roma-Minderheiten in den MOEL teilweise erheblich. Doch obwohl die EU meist nur schleppende Fortschritte bei der Verbesserung der Lage der Roma feststellte, war eine lineare Erhöhung des Drucks im fortschreitenden Beitrittsprozess erkennbar. Im Bereich der Antidiskriminierungspolitik ist dieser Druck aufgrund der internen Kontroll- und Sanktionsmechanismen der EU auch nach dem Beitritt noch vorhanden.

Insgesamt hat sich das Interesse der EU an der Lebenssituation der Roma im Zuge des Beitrittsprozesses deutlich erhöht. Daraus resultierten eine Reihe von Roma-bezogenen Aktivitäten: Es wurden Expertengremien einberufen, Konferenzen abgehalten sowie Resolutionen und Programme für die Verbesserung der Lage der Roma verabschiedet.⁹ Diese Bemühungen entfalteten ihre Wirkung über die jeweils betroffene Gruppe der Roma hinaus, indem sie neue institutionelle und minderheitenrechtliche Entwicklungen in den Beitrittsregionen und in der EU insgesamt anstießen.¹⁰

Die Rolle von NGOs in der Roma-Politik

Eine Reihe internationaler Menschenrechts-NGOs, wie Human Rights Watch und Amnesty International, treten traditionell auch für die Rechte von Roma ein. Als besonders einflussreiche NGO der ersten Stunde ist das Open Society Institute zu nennen, das seit den frühen 1990er Jahren ein dichtes Netz von eigenständigen Stiftungen und zahlreichen lokalen NGOs in Mittel- und Osteuropa aufgebaut hat.¹¹ Diese NGOs verstehen ihr Eintreten für Roma als Teil einer breit angelegten Agenda der Menschenrechts- und Demokratisierungspolitik. Mit dem European Roma Rights Center (1996 in Budapest gegründet) und dem European Roma Information Office (2003 in Brüssel gegründet) betrat das internationale Parkett, die sich gezielt auf die Roma spezialisiert haben.

Diese internationalen und zumeist von Brüssel aus operierenden NGOs tragen die Anliegen der Roma-Minderheit auf die EU-Ebene. Ihre Strategie ist es, Verbindungen mit der Roma-Bevölkerung, lokalen Organisationen und örtlichen Vertretern der Minderheiten herzustellen.¹² Dabei nehmen diese NGOs eine wichtige Funktion ein, da es den lokalen Akteuren häufig an Ressourcen oder Ambitionen

8 Europäische Kommission, 2002.

9 Auch nach der Osterweiterung hielt dieses Engagement an: Im Dezember 2007 erwähnte der Europäische Rat die schwierige Situation der Roma in der EU zum ersten Mal direkt. Im selben Jahr wurde die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) in Wien eingerichtet. Das Europäische Parlament forderte im Januar 2008 in einer Resolution eine europäische Rahmenstrategie zur Inklusion der Roma. Am 16. September 2008 wurde der erste »European Roma Summit« unter Teilnahme von mehr als 350 Vertretern der EU und zivilgesellschaftlicher Akteure abgehalten; siehe dazu Guy, 2009:24ff.

10 Die EU-Minderheitenpolitik entwickelte sich im Kontext der Osterweiterung von einer nach außen gerichteten Politik zu einem insgesamt kohärenteren Ansatz. Die Aufnahme des Minderheitenschutzes im Art. 2 des EU-Vertrages (»Grundwerte der Union«) sowie das Inkrafttreten der Grundrechtecharta mit dem Vertrag von Lissabon im Dezember 2009 sind hierfür beispielhaft.

11 Eines der größten aktuellen Projekte von OSI ist die »Dekade der Roma-Inklusion«. Sie wurde im Jahr 2005 in Kooperation mit anderen Organisationen gestartet und basiert auf einem Abkommen der 12 teilnehmenden Staaten, das vorsieht, die Lebenssituation der Roma zu verbessern. Diese Initiative wurde bewusst als Versuch gesehen, die Lücke des EU-Monitorings nach der Erweiterung zu füllen; vgl. Pridham, 2008:447.

12 Bokulić et al, 2006:98ff.

mangelt, um direkt bei der EU *advocacy* zu betreiben. Anhand von Konferenzen und Runden Tischen werden auch örtliche Organisationen in den Politikprozess der EU eingebunden. Auf diese Weise ist ein transnationales *advocacy*-Netzwerk (TAN) entstanden, welches örtliche Akteure der Roma-Politik mit international agierenden NGOs verbindet.¹³ Die Kontakte wurden intensiver und institutionalisierten sich im Laufe der Zeit. Die Ressourcen der internationalen NGOs erwiesen sich als wichtige Quelle für das Monitoring der EU im Beitrittsprozess. Regelmäßige Berichte zur Lage der Roma, Öffentlichkeitsarbeit und Konsultationen der NGOs erhöhten den von der EU-Kommission erzeugten Druck und trugen zur *compliance* der Kandidatenländer mit EU-Vorgaben bei. Dieser konstante Informationsfluss erschwerte es den Bewerberländern, bestehende Missstände der Roma-Politik zu überdecken.

Schlussfolgerungen

Wie oben gezeigt wurde, hatte die EU zwei Anliegen, die sie für die *advocacy* der NGOs empfänglich machten: Erstens lag die Verbesserung der Lebensbedingungen der Roma in den MOEL im Interesse der EU, da sie weiteren Migrationsströmen der Roma nach Westeuropa vorbeugen wollte. Zweitens engagierte sich die EU zunehmend in der Menschenrechts- und Minderheitenpolitik und setzte mit dem sich herausbildenden Diskriminierungsschutz einen rechtlichen Rahmen für die Bemühungen der NGOs. Wie die Politikfeldanalyse zeigt, zeitigt das komplexe Beziehungsgeflecht zwischen NGOs, EU und IGOs einen sich wechselseitig verstärkenden Effekt. Die EU hat direkt (durch finanzielle Anreize) und indirekt (durch Beitrittskonditionalität) auf die Minderheitenpolitiken der Kandidatenländer Einfluss genommen, was auch zur Effektivität der in diesem Politikfeld operierenden NGOs beigetragen hat. Ohne den Einsatz der NGOs für die Roma hätte die EU wiederum nicht die nötigen Informationen für eine effiziente Konditionalitätspolitik generieren können. Die Öffentlichkeitsarbeit und das Lobbying der NGOs hielten die EU und die nationalen Regierungen davon ab, die Problematik der Roma zu ignorieren:

The INGOs gained a receptive audience at the EU by addressing the interests of EU member states in reducing migration of Roma, by framing their issue in a way that fit an emerging EU human rights agenda, and by acting as a link and information source between Brussels and Roma and pro-Roma NGOs in candidate countries.¹⁴

Im Ergebnis gelang es der EU, auch in unwilligen Kandidatenländern Reformen der Roma-Politik voranzutreiben.¹⁵ Auch wenn die EU-Konditionalität nach dem Beitritt größtenteils wegfällt, kommt es in den meisten Fällen nicht zu einer Erosion der im Erweiterungsprozess etablierten Prozesse, Institutionen und Regeln. So führten die Aktivitäten von NGOs wie dem Open Society Institute oder dem European Roma Rights Centre dazu, dass beispielsweise in Ungarn und der Slowakei institutionelle Maßnahmen zur Bekämpfung der Roma-Diskriminierung (etwa in der Bildungs- und Beschäftigungspolitik) eingeführt und Programme zur Verbesserung von deren Lage entwickelt und aufrechterhalten wurden.

13 Ram, 2010:201.

14 Ram, 2010:209.

15 In der Lebenswirklichkeit der Roma haben diese Reformen jedoch nicht automatisch zu Verbesserungen geführt, was auch die EU-Kommission erkannt hat; vgl. Europäische Kommission, 2010:3.

Literatur

- Bokulić, Snježana et al (2006): *Minority Rights Advocacy in the European Union: A Guide for NGOs in South-East Europe*. London: Minority Rights Group International.
- Europäische Kommission (2002): Strategiepapier und Bericht der Europäischen Kommission über die Fortschritte jedes Bewerberlandes auf dem Weg zum Beitritt. SEK (2002) 1400 – 1412. Brüssel, Oktober 2002.
- Europäische Kommission (2010): Roma in Europe: The Implementation of European Union Instruments and Policies for Roma Inclusion (Progress Report 2008–2010). SEK (2010) 400 final. Brüssel, April 2010.
- Guy, Will (2009): »EU Initiatives on Roma: Limitations and Ways Forward«, in: Sigona, Nando/ Trehan, Nidhi (Hg.): *Romani Politics in Contemporary Europe*. Houndsmills: Palgrave Macmillan.
- Liégeois Jean-Pierre (2005): »Les Roms au coeur de l'Europe«, in: *Le Courrier des Pays de l'Est* 2005/6, n° 1052, S. 19–29.
- McGarry, Aiden (2009): »Round Pegs in Square Holes: Integrating the Romani Community in Hungary«, in: Agarín, Timofey/ Brosig, Malte (2009): *Minority Integration in Central Eastern Europe. Between Ethnic Diversity and Equality*. Amsterdam/ New York: Rodopi.
- Pridham, Geoffrey (2008): »Status Quo Bias or Institutionalisation for Reversibility?: The EU's Political Conditionality, Post-Accession Tendencies and Democratic Consolidation in Slovakia«, in: *Europe-Asia Studies*, 60:3, S. 432–454.
- Ram, Melanie H. (2010): »Interests, Norms and Advocacy: Explaining the Emergence of the Roma onto the EU's Agenda«, in: *Ethnopolitics*, 9: 2, S. 197–217.
- Vermeersch, Peter/ Ram, Melanie H. (2009): »The Roma«, in: Rechel, Bernd (Hg.): *Minority Rights in Central and Eastern Europe*. Oxon: Routledge.

Sabrina Kopf

Gesellschaftliche Aushandlungsprozesse von »Zivilgesellschaft« und »Good Governance« in Serbien

Die Beendigung der kriegerischen Konflikte auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens war gefolgt von einer Periode der Staatenbildung und der postsozialistischen/postautoritären Transformation, in welcher die Republik Serbien das formale rechtsstaatliche Prinzip einführte und von einer sozialistisch gesteuerten Planwirtschaft zu einer liberalen Marktwirtschaft überging. Der Aufbau demokratischer Strukturen in Serbien war wesentlich durch die Intervention externer Akteure – der NATO, der USA, der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten sowie diverser internationaler NGOs – geprägt. Diese haben seit den späten 1990er Jahren neben humanitären und militärischen Interventionen zahlreiche Programme zur Stärkung von Good Governance¹ (gute Regierungsführung) und zum Aufbau einer lebendigen Zivilgesellschaft (Bandović 2006) implementiert, um diesen zentralen Standards der Demokratisierung zur Durchsetzung zu verhelfen. Sie haben dabei westliche Normen und Ideale von Demokratie transferiert, ohne den historischen Hintergrund und die soziokulturelle Situation in Serbien zu berücksichtigen (Sneed 2006).

Trotz der in Praxis und Forschung zunehmenden Kritik am einseitigen Transfer von Idealen, Technologien, Ressourcen und Personen sowie an der externen Demokratieförderung (Sampson 2002: 305) fehlt es bislang jedoch an entsprechenden Studien zu gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen der Demokratisierung und zu alternativen Konzeptionen von Zivilgesellschaft und Good Governance.

Demokratisierung im postsozialistischen und postkonfliktären Kontext

Der Begriff »Demokratisierung« ist zu einem prominenten Schlagwort in der Demokratietheorie und in Entwicklungsprojekten von der Europäischen Union, westlichen Regierungen, supranationalen Organisationen und NGOs mutiert und bezieht sich dabei vorrangig auf den Kontext der postsozialistischen/postkonfliktären Transformation in Ost- und Südosteuropa. Obwohl westliche Regierungen seit den 1990er Jahren hohe Summen für den Aufbau demokratischer Strukturen in Transformationsländern bereitgestellt haben, besteht weder in der Demokratietheorie noch in der politischen Praxis ein Konsens über den Bedeutungsinhalt der Begriffe Demokratie oder Demokratisierung (Freise 2004: 21–25; Handrahan 2002: 53–60). Vielmehr gleicht die externe Demokratieförderung einem eigenen Wirtschaftszweig, der rund um Fördereinrichtungen, Think Tanks, supranationale Organisationen, NGOs und lokale Partneragenturen entstanden ist und die gegenwärtige Demokratisierung von Transformationsländern dominiert (Sampson 1996).

Zivilgesellschaft und Good Governance

Der Prozess der Demokratisierung ist eng an die Förderung einer lebendigen Zivilgesellschaft² (Hann 1996: 10) und an die Stärkung von Good Governance gebunden. Obwohl beide Konzepte in der

1 Governance bezieht sich auf den Prozess der Entscheidungsfindung und die ihm zugrunde liegenden Strukturen sowie auf die Implementierung von Entscheidungen auf unterschiedlichen Ebenen der Verwaltung, in die alle involvierten Akteure der Gesellschaft eingebunden sind, z. B. lokale Behörden und Zivilgesellschaft.

2 Die wissenschaftliche Diskussion um »Zivilgesellschaft« steht in einer langen historischen Tradition, die durch verschiedene Denkschulen der politischen Philosophie geprägt und eng an politische und gesellschaftliche Veränderungsprozesse geknüpft ist, etwa an die Aufklärung, den Marxismus und die sozialen Bewegungen in Osteuropa, die im Zuge der Kritik am Realsozialismus entstanden sind. Inzwischen hat der Begriff vor allem in Analysen der politischen Transformationsbewegungen in den Ländern Ost- und Südosteuropas eine zentrale Bedeutung erlangt. Zivilgesellschaft wird in diesem Zusammenhang hauptsächlich mit dem Export des Dritten Sektors und mit internationalen/europäischen Demokratisierungsprogrammen gleichgesetzt (Sampson 2002).

Demokratiethorie relativ breit gefasst und nicht klar umrissen sind, werden sie in der Praxis auf die politischen Werte der westlichen Staaten reduziert. Der Versuch, ein westlich geprägtes Konzept von Zivilgesellschaft und Good Governance auf einen anderen soziokulturellen Kontext zu übertragen, birgt jedoch die Gefahr eines eurozentrischen Verständnisses politischer Transformationsprozesse.

Auf berechnete Kritik in Forschung und Praxis stoßen die Vernachlässigung alternativer bzw. konkurrierender Konzeptionen von Zivilgesellschaft und Good Governance, die sich in anderen soziokulturellen Kontexten finden, sowie deren Instrumentalisierung als abstrakte Slogans und symbolische Instrumente des Westens in der gegenwärtigen externen Demokratieförderung (Hann/Dunn 1996; Kalb 2002; Sampson 2002; Brown 2006). In diesem Zusammenhang wird damit argumentiert, dass der groß angelegte Assistenzeinsatz in Serbien und anderen Transformationsländern Ost- und Südosteuropas bisher lediglich bescheidene Auswirkungen auf den Demokratisierungsprozess hat (Freise 2004: 29; Grimm 2009: 122). Stattdessen ist es durch die Verbreitung von Moralvorstellungen und politischen Werten des Westens zu einer Reproduktion von hierarchischen Machtverhältnissen zwischen dem »Westen« und dem »Osten« (Sampson 2002) gekommen.

Die gesellschaftliche Aushandlung der Demokratisierung

Um Alternativen in anderen soziokulturellen Traditionen freizulegen und die vorherrschenden normativen Konzepte herauszufordern, gilt es, einen akteurszentrierten Zugang in der Transformationsforschung zu wählen und soziale Beziehungen sowie Strategien und Handlungsmuster der Akteure im Alltag vermehrt in den Vordergrund zu rücken. Anhand der Analyse von informellen sozialen Netzwerken in der Vojvodina³ wird ein Beitrag zur kritischen Reflexion der gegenwärtigen Demokratisierung in Serbien geleistet; durch die Fokussierung auf die mikrosoziale Ebene stellt er eine wertvolle Ergänzung der von statistischen Daten und makrosozialen Ansätzen geprägten Zugänge anderer Disziplinen dar. Anstatt Zivilgesellschaft und Good Governance auf bestimmte Annahmen über Demokratie zu reduzieren und dadurch Eurozentrismen zu reproduzieren, gewinnen lokale Deutungsmuster und gesellschaftliche Aushandlungsprozesse in der Analyse an Bedeutung (Hann/Dunn 1996).

Vojvodina – Serbiens »Brücke nach Europa«

Die geographische Verortung des Forschungsvorhabens in der Vojvodina liegt in der besonderen Position begründet, die diese Provinz im Zuge der Transformation Serbiens einnimmt. Zwar ist die Vojvodina seit 1945 eine autonome Provinz, ihr rechtlicher Status wurde jedoch im Laufe des 20. Jahrhunderts mehrfach ausgeweitet und wieder eingeschränkt (Schausberger 2009). Und auch nach der Gründung der Republik Serbien im Jahr 2006 stellt die Reichweite der Autonomie ein Politikum dar, das in Serbien teils sehr heftig diskutiert wird. Zudem gilt die Vojvodina aufgrund ihrer ökonomischen und politischen Stabilität sowie wegen intensiver Kooperationen mit der EU längst als Serbiens »Brücke nach Europa«; dieser Status macht sie auch zu einem Gradmesser der Demokratisierung Serbiens und zu einem wichtigen Motor der angestrebten Aufnahme der Republik in die Europäische Union (Simić 2006).

3 Die Analyse informeller sozialer Netzwerke in der Autonomen Provinz Vojvodina ist Bestandteil meiner Dissertation und basiert auf qualitativen Daten, die durch teilnehmende Beobachtung, halbstrukturierte Interviews und informelle Gespräche während eines mehrmonatigen Feldforschungsaufenthaltes in der Region Novi Sad gesammelt werden.

Informelle soziale Netzwerke⁴ – Gefahr oder Chance für die Demokratisierung Serbiens?

Serbien und südosteuropäische Gesellschaften im Allgemeinen werden in Analysen gegenwärtiger Transformationsprozesse vielfach als »low trust societies« (Fukuyama 1995) beschrieben, in denen zwischen der Öffentlichkeit (dem Staat) und der privaten Sphäre (der Familie) klar differenziert wird (Roth 2007). Dem Staat und öffentlichen Einrichtungen werde ein hoher Grad an Misstrauen entgegengebracht, während Vertrauen meist allein für den Kreis der Verwandten und Freunde reserviert sei. Informelle soziale Netzwerke, die auch in weiten Teilen Serbiens das Alltagsleben dominieren, gelten als Hindernis für den Aufbau demokratischer Strukturen, stabiler politischer Institutionen und eines effizienten Wirtschaftssystems. Von der Europäischen Union und der serbischen Regierung werden informelle soziale Netzwerke als Gefahr für die Demokratisierung und die »Modernisierung« des Landes angesehen, da sie, aufbauend auf verwandtschaftlichen und engen sozialen Beziehungen, die Entstehung von Patronage, Nepotismus und Korruption förderten (Roth 2007: 10). Die Analyse informeller soziale Netzwerke im Rahmen meiner Dissertation baut statt auf einer solch einseitigen Klassifikation auf der Annahme auf, dass die Netzwerke gerade vor dem Hintergrund der wechselhaften Geschichte Serbiens nach wie vor eine ökonomische und soziale Notwendigkeit sowie eine unerlässliche Voraussetzung für die Bewältigung des Alltags darstellen. Als wertvolle Basis für die Akkumulation von sozialem Kapital (Bourdieu 1983; Putnam 1993) bilden sie gleichzeitig auch den Hintergrund für bürgerschaftliches Engagement auf der gemeinschaftlichen Ebene.

Es wird davon ausgegangen, dass die Grenzen zwischen öffentlicher und privater Sphäre genauso wie die zwischen Good Governance und Klientelismus oder Korruption in anderen soziokulturellen Kontexten auf von westlichen Standards unterschiedliche Weise gezogen werden. Daher enthüllt die Analyse der informellen sozialen Netzwerke in der Vojvodina, ihrer Zusammensetzung und Bedeutung für das alltägliche Leben sowie der darin vorherrschenden Konzeptionen von Zivilgesellschaft und Good Governance, wertvolle Informationen über die Einstellung der Menschen gegenüber dem Staat, über *bottom up*-Prozesse der Demokratisierung und über alternative Formen bürgerschaftlichen Engagements.

Literaturverzeichnis

- Bandović, Igor (2006): The Role of Non-Governmental Organizations and their Impact on Good Governance in Serbia. In: Benedek, Wolfgang (Hg.): Civil Society and Good Governance in Societies in Transition. Belgrade: Belgrade Center for Human Rights, S. 185–208.
- Bourdieu, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital – Kulturelles Kapital – Soziales Kapital. In: Kreckel, Reinhard (Hg.): Soziale Ungleichheiten. Göttingen: Schwartz, S. 183–198.
- Brown, Keith (Hg.) (2006): Transacting Transition. The Micropolitics of Democracy Assistance in the Former Yugoslavia. Bloomfield: Kumarian Press.
- Freise, Matthias (2004): Externe Demokratieförderung in postsozialistischen Transformationsstaaten. Schriftenreihe von Stipendiatinnen und Stipendiaten der Friedrich-Ebert-Stiftung, Nr. 27, Münster: LIT.
- Fukuyama, Francis (1995): Trust. The Social Virtues and the Creation of Prosperity. New York, NY: Free Press.
- Grimm, Sonja (2009): Demokratisierung von außen: Der Beitrag externer Akteure zur politischen Transformation nach Kriegen und Intervention. In: Erdmann, Gero/Marianne Kneuer (Hg.): Externe Faktoren der Demokratisierung. Baden-Baden: Nomos, S. 103–126.

⁴ Soziale Netzwerke beschreiben ein spezifisches Netz von Beziehungen, die das soziale Leben in den unterschiedlichen Bereichen des Alltags organisieren und reproduzieren (Keupp 1987: 12).

- Handrahan, Lori (2002): *Gendering Ethnicity. Implications for Democracy Assistance*. New York, NY: Routledge.
- Hann, Chris/Elizabeth Dunn (Hg.) (1996): *Civil Society. Challenging Western Models*. European Association of Social Anthropologists. London: Routledge.
- Hann, Chris (1996): Introduction: Political Society and Civil Anthropology. In: Hann, Chris/Elizabeth Dunn (Hg.): *Civil Society. Challenging Western Models*. European Association of Social Anthropologists. London: Routledge, S. 1–26.
- Kalb, Don (2002): Afterword: Globalism and Postsocialist Prospects. In: Hann, Chris (Hg.): *Post-socialism. Ideals, Ideologies and Practices in Eurasia*. London: Routledge, S. 317–334.
- Keupp, Heiner/Bernd Röhrle (Hg.) (1987): *Soziale Netzwerke*. Frankfurt/Main: Campus Verl.
- Putnam, Robert D. (1993): *Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Roth, Klaus (Hg.) (2007): *Soziale Netzwerke und soziales Vertrauen in den Transformationsländern. Ethnologische und soziologische Untersuchungen*. Freiburger Sozialanthropologische Studien, Nr. 15, Wien: LIT.
- Sampson, Steven (1996): The Social Life of Projects: Importing Civil Society to Albania. In: Hann, Chris/Elizabeth Dunn (Hg.): *Civil Society. Challenging Western Models*. European Association of Social Anthropologists. London: Routledge, S. 121–142.
- Sampson, Steven (2002): Beyond Transition: Rethinking Elite Configurations in the Balkans. In: Hann, Chris (Hg.): *Postsocialism. Ideals, Ideologies and Practices in Eurasia*. London: Routledge, S. 297–316.
- Schausberger, Franz (2009): Regionalisierung in Serbien am Beispiel der Autonomen Provinz Vojvodina. In: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung (Hg.): *Jahrbuch des Föderalismus 2009. Föderalismus, Subsidiarität und Regionen in Europa*. Baden-Baden: Nomos, S. 395–408.
- Simić, Predrag (2006): Serbia and the European Union. In: Heuberger, Valeria/ Elisabeth Vyslonzil (Hg.): *Serbia in Europe. Neighbourhood Relations and European Integration*. Wiener Osteuropa Studien, Nr. 22, Wien: LIT, S. 89–107.
- Sneed, Claire (2006): Neutrality, Empowerment, Gender: Fostering Democratic Culture in Southwestern Serbia. In: Brown, Keith (Hg.): *Transacting Transition. The Micropolitics of Democracy Assistance in the Former Yugoslavia*. Bloomfield: Kumarian Press, S. 95–120.
- Todorova, Maria N. (1997): *Imagining the Balkans*. New York, NY: Oxford Univ. Press.
- Walzer, Michael (Hg.) (1998): *Toward a Global Civil Society*. 2. Aufl. Providence: Berghahn Books.

Susann Worschech

Zivilgesellschaft im Kontext externer Demokratieförderung – Initiative oder Unternehmen?

Die Demokratieförderung in postsozialistischen Gesellschaften hat, bezogen auf die Förderung von Zivilgesellschaft, bislang ambivalente Ergebnisse hervorgebracht. Mit einem partizipatorischen Anspruch versehen, setzt die Zivilgesellschaftsförderung in nicht konsolidierten Demokratien als Komplement zum institution building darauf, demokratische Kultur, BürgerInnenbeteiligung und transparente politische Willensbildung mit zu entwickeln. Damit gilt es, jene Kapazitäten intermediärer Akteure zu stärken, die für etablierte Demokratien notwendig sind, darunter die Stärkung der Fähigkeit, als watchdog Politikkritisch zu beobachten und das Erlernen demokratischer Aushandlungsprozesse im Rahmen von freiwilligen Zusammenschlüssen. Die Förderung findet auf der Basis dessen statt, was ausgehend von etablierten Demokratien als Zivilgesellschaft angenommen werden kann. Dabei bemerken selbst Förderer wie z. B. die Europäische Kommission, dass sich Zivilgesellschaft kaum einheitlich definieren lasse (Europäische Kommission 2006: 6). Zunehmend wachsen aus empirischer wie theoretischer Sicht Zweifel an der Demokratieförderung via Zivilgesellschaft: So ist häufig eine gewisse Entfremdung zwischen »zivilgesellschaftlichen« Organisationen und der »Basisgesellschaft« zu beobachten (Dvornik 2009) Börzel (2010) stellt dazu fest, dass externe Demokratieförderung mehr dazu beigetragen hat, beratungsorientierte professionelle Sektoren von Zivilgesellschaft zu entwickeln und über Capacity Building Management-Fähigkeiten auszubauen, als Kampagnen- und Protestfähigkeiten zu stärken.

Diese – teilweise sehr pessimistischen – Analysen legen zwei Vermutungen nahe: Erstens ist anzunehmen, dass der Zivilgesellschaftsbegriff in der Demokratieförderung zwar normativ hoch aufgeladen ist, kontextbezogen aber dennoch wenig reflektiert wird. Zweitens scheint Zivilgesellschaft im Rahmen externer Förderung einige Besonderheiten aufzuweisen, denen systematisch nachzugehen lohnenswert sein könnte. Mit der gezielten und teils sehr umfangreichen externen Förderung zivilgesellschaftlichen Handelns entsteht möglicherweise eine Art von Zivilgesellschaft, die mit vorhandenen Begrifflichkeiten nur unzureichend zu beschreiben wäre. Eine detaillierte Beschreibung dessen, was extern geförderte Zivilgesellschaft charakterisiert und wie Demokratisierung auf der Mikroebene funktioniert, erscheint daher als lohnenswertes Ziel sozialwissenschaftlicher Forschung.

Im Folgenden sollen nun einige Grundzüge dieser geförderten Zivilgesellschaft grob dargestellt und anschließend mit theoretischen Modellen kontrastiert werden, bevor ich eine eigene Vorgehensweise vorschlage, um die Spezifika der geförderten Zivilgesellschaft zu analysieren.

Der Kontext externer Förderung

Die zivilgesellschaftsbezogene Demokratieförderung basiert auf dem positiven Leitbild von Zivilgesellschaft, wie es in etablierten Demokratien vorherrscht und damit auf der mehr oder weniger impliziten Annahme, dass eine aktive Zivilgesellschaft im Sinne vielfältiger Partizipation als Voraussetzung einer funktionsfähigen Demokratie betrachtet werden könne (Carothers 1999). Der Zivilgesellschaft kommt hier die Funktion eines »Wächters« zu, der unabhängig von Staat und Wirtschaft politische Prozesse überwacht, sich staatlichen Machtansprüchen widersetzt und zu mehr Transparenz und gesellschaftlicher Autonomie beiträgt. Darüber hinaus gilt das Engagement in zivilgesellschaftlichen Organisationen selbst als »Schule der Demokratie«, als Ort für Lernprozesse zivilen und solidarischen Umgangs (vgl. Eder 2009).

Gerade die Farbrevolutionen, die in den letzten zehn Jahren in mehreren postsozialistischen Ländern stattgefunden haben,¹ zeigen die Ambivalenzen externer Förderung auf: So wurde auf eindrucksvolle Weise deutlich, dass zivilgesellschaftliche Akteure maßgeblich zu demokratischen Umbrüchen beitragen können – auch wenn die Frage, wie groß ihr Einfluss auf den Erfolg einer solchen Revolution ist, in der Literatur umstritten ist (vgl. dazu D’Anieri 2006; Beissinger 2006; Nikolayenko 2007 u. a.). Besonders die Mobilisierungskampagnen von studentischen Gruppen wie Otpor, Kmara und Pora² waren erfolgreich – und massiv von externen Gebern unterstützt.

Als empirischer »Beleg« für die die Demokratie- bzw. Zivilgesellschaftsförderung begründenden Annahmen kann dieses Beispiel nur bedingt gelten, zumal alle drei Bündnisse nach den Revolutionen von Zerfall oder Zersplitterung betroffen waren. Auch die Nachhaltigkeit demokratischer Werte im Sinne der »Schule der Demokratie« ist mehr als fragwürdig (vgl. auch Lovell 2007), da es sich bei vielen geförderten Organisationen nicht um Mitgliederorganisationen handelt, sondern um professionalisierte Strukturen, die mehr Ähnlichkeit mit Unternehmen denn mit Initiativen aufweisen. Die externe Förderung, die nicht zuletzt mit hohen politischen und auch bürokratischen Ansprüchen vor sich geht, unterstützt das Wachstum der professionalisierten »Auftrags-NGOs« durch selektive Förderverfahren (vgl. Börzel 2010).

Nicht zuletzt das Beispiel Georgiens begründet Zweifel an einer Sozialisations- bzw. Lernthese eindrucksvoll: Ein großer Teil der neuen politischen Elite, die nach der »Rosenrevolution« 2003 die politische Verantwortung übernommen hat, entstammte dem Spektrum der extern geförderten Zivilgesellschaft, die am Umbruch wesentlich beteiligt war. Nach dieser Übernahme politischer Ämter durch ehemalige Aktivisten ging man davon aus, dass die neue Regierung sich stark an demokratischen Werten orientieren würde – stattdessen konnte eine zunehmende Autoritarisierung beobachtet werden (vgl. u. a. Polity IV, <http://www.systemicpeace.org/polity/grg2.htm>).

Die Beispiele verdeutlichen, dass Zivilgesellschaftsförderung im Hinblick auf Demokratie weder als gradliniger Prozess verstanden werden kann, noch mit den normativen Vorgaben, die mit externer Demokratieförderung einhergehen, problemlos übereinstimmt. Zugleich wurde deutlich, dass insbesondere die Aspekte der Professionalisierung sowie der These der demokratischen Sozialisation Differenzen markieren und die Frage nach eigenen Charakteristika aufwerfen.

Theoretische Schwachstellen

Wie könnte nun diese Entwicklung einer hoch professionalisierten »Auftragnehmer«-Zivilgesellschaft theoretisch nachvollzogen werden? Viele Konzepte kommen an ihre Grenzen, da der Begriff der Zivilgesellschaft in der sozialwissenschaftlichen Forschung stark an Bürgerbewegungen, Initiativen und Freiwilligenorganisationen in etablierten Demokratien orientiert ist.

Gerade in Konzepten, die Zivilgesellschaftstheorie als eine Gesellschaftstheorie verstehen, wird ein sehr normatives, aber zugleich empirisch fragwürdiges Bild deutlich (Kneer 1997). Deskriptiv-analytische Ansätze hingegen gehen zwar weniger ideologisch vor und lassen sich danach unterscheiden, ob sie Zivilgesellschaft bereichslogisch (als bestimmten politischen »Raum«) oder akteurslogisch (als kollektiven Akteur oder Aggregat von Akteuren) erklären (Klein 2004; Rucht 2005). Doch welcher »Bereich« kann Zivilgesellschaft in einem nicht gefestigten politischen System oder in einem hybriden System, das nicht auf Partizipation basiert, zugeordnet werden? Welche Akteure sind zivilgesellschaftlich, welche nicht-zivilgesellschaftlich, wenn ihre interne Struktur eher einem Unternehmen ähnelt denn einer Freiwilligenorganisation?

1 Ausführliche Diskussionen dazu finden sich im Journal of Democracy Vol. 20 / No. 1 (2009) sowie in Communist and Post-Communist Studies, Volume 39, Issue 3, September 2006.

2 Der genaue Einfluss dieser Jugend- bzw. Studentenbewegungen auf die erfolgreichen Revolutionen ist zwar umstritten, das Phänomen sehr gut vernetzter, aktiver Studentenbewegungen war jedoch sowohl in der Form als auch im postsozialistischen Kontext ein beachtenswertes Novum. Diskussionen dazu in den o. a. Publikationen.

In weiterführenden Ansätzen wird Zivilgesellschaft hinsichtlich ihrer Funktionen im politisch-gesellschaftlichen Raum konzipiert: als sozialer Dienstleister für die Umsetzung nicht-politischer Interessen, aber auch als kontrollierende Instanz der formalen Politik. Eine gut entwickelte Zivilgesellschaft gilt demzufolge als politischer Akteur, der sich mit fundiertem Wissen und politischen Zielen in den Governance-Prozess einbringt, als politisch-kommunikativer Stil und als Lernprozess zivilen und solidarischen Umgangs (Eder 2009).

Für hybride Regime und Gesellschaften im umfassenden Transformationsprozess werden die so etablierten Ansätze und Begrifflichkeiten zum Problem, da sie weniger ein Analyseraster denn vielmehr eine Zielvorstellung im Sinne teleologischer Politikförderung enthalten. Vor diesem normativen Anspruch erscheint es fast zwingend, dass die Zivilgesellschaftsforschung zu Zentral- und Osteuropa im Wesentlichen ein Negativ-Abbild der etablierten Demokratien postuliert. Freise (2006) verweist auf Studien, die den geringen Organisationsgrad des freiwilligen Sektors, einen Rückgang der Mitgliedschaften in freiwilligen Vereinigungen, geringes bürgerschaftliches Engagement und niedrige institutionalisierte Partizipation (z. B. Wahlbeteiligung) für die mittelosteuropäischen postsozialistischen Gesellschaften feststellten (Howard 2003; Wessels 2004).

Im Lichte der am Beispiel westlicher etablierter Demokratien entwickelten Begrifflichkeiten kann Zivilgesellschaft in postsozialistischen Transformationsgesellschaften und defekten Demokratien daher nur defizitär wirken; zugleich wird der Blick auf mögliche andere Charakteristika, die als eigenständige Kriterien von Zivilgesellschaft im postsozialistischen Kontext gelten könnten, von vornherein verstellt. Eine empirisch begründete Neuformulierung zivilgesellschaftlicher Strukturen und Eigenschaften, insbesondere wenn es sich um eine stark von externen Gebern geförderte Zivilgesellschaft handelt, erscheint daher sinnvoll und notwendig.

Die »Herstellung« von Zivilgesellschaft: Relationale Perspektive

Das Problem der Analyse von Zivilgesellschaft im Kontext externer Demokratieförderung ist nun, dass der Begriff »Zivilgesellschaft« in der Förderpolitik ebenso selbstverständlich wie unreflektiert genutzt wird, vorhandene Konzepte die spezifischen Merkmale des Phänomens aber nicht erfassen können. Daher ist es geboten, den Begriff der Zivilgesellschaft kontextgebunden mit neuer Bedeutung zu füllen, »Zivilgesellschaft« also im Sinne eines empty concepts als Hülle zu nutzen, um Charakteristika, Mechanismen und Prägefaktoren von geförderter Zivilgesellschaft zu finden. Um die Probleme der oben diskutierten Zivilgesellschaftstheorien zu vermeiden und nicht doch statisch im Sinne von Bereichen, Akteuren und Funktionen zu argumentieren, empfiehlt sich eine dynamische Vorgehensweise wie die Netzwerkanalyse, die nicht manifeste Merkmale von Akteuren, sondern latente Sinnzusammenhänge anhand von Relationen analysiert. Insbesondere die Phänomenologische Netzwerkanalyse geht davon aus, dass kulturelle Aspekte wie die Entstehung von Wissen und kollektiven Identitäten als untrennbar von der Entstehung von Sozialstruktur begriffen werden sollten (vgl. Mützel/Fuhse 2010). In einer solchen theoretisch-konzeptionellen Verbindung struktureller und kultureller Elemente könnte eine Analyse der Relationen zwischen Akteuren, Ideen, Identitäten und Ereignissen der externen Förderung von Zivilgesellschaft Aufschluss darüber geben, wie Demokratisierung auf der Mikroebene stattfindet, wie politische Konzepte und Ideen im Netzwerk der Demokratieförderung verhandelt werden und wie sich Zivilgesellschaft konstituiert. Meine Überlegungen zur Differenz zwischen dem empirischen Phänomen der geförderten Zivilgesellschaft und bisherigen theoretischen Konzeptionen schließen daher unter Verweis auf die Forderung Emirbayers (1997), jedes soziale Phänomen relational zu betrachten, mit dem Vorhaben einer relationalen Analyse und Charakterisierung von Zivilgesellschaft im Kontext externer Demokratieförderung.

Literatur

- Beissinger, M. R., 2007. Structure and Example in Modular Political Phenomena: The Diffusion of Bulldozer/Rose/Orange/Tulip Revolutions. *Perspectives on Politics*, 5(02), 259–276.
- Börzel, T. A., 2010. Why you don't always get what you want: EU enlargement and civil society in Central and Eastern Europe. *Acta Politica*, 45(1–2), 1–10.
- Carothers, T., 1999. Western Civil-Society Aid to Eastern Europe and the Former Soviet Union. *East European Constitutional Review*, 8 (4).
- D'Anieri, P., 2006. Explaining the success and failure of post-communist revolutions. *Communist and Post-Communist Studies*, 39 (3), 331–350.
- Dvornik, S., 2009. Akteure ohne Gesellschaft. Die Rolle ziviler Akteure im postkommunistischen Transformationsprozess. Heinrich Böll Stiftung, hrsg., Berlin.
- Eder, K., 2009. The making of a European civil society: "Imagined", "practised" and "staged". *Policy and Society*, 22–33 (28).
- Emirbayer, M., 1997. Manifesto for a relational sociology. *American Journal of Sociology*, (103), 281–317.
- Freise, M., 2006. Vom Boom zur Konsolidierung: Zivilgesellschaftliche Entwicklungslinien in Ostmitteleuropa. <http://www.matthias-freise.de/PIN-Freise.pdf>.
- Howard, M. M., 2003. *The Weakness of Civil Society in Post-Communist Europe*, Cambridge University Press.
- Klein, A., 2004. Einleitung: Arbeiten am Konzept Zivilgesellschaft. In A. Klein u. a., hrsg. *Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 19–22.
- Kneer, G., 1997. Zivilgesellschaft. In G. U. Kneer, hrsg. *Soziologische Gesellschaftsbegriffe*. Stuttgart, S. 228–251.
- Lovell, D. W., 2007. Promoting Democracy: The Challenge of Creating a Civil Society. *Comparative Sociology*, (6), 324–343.
- Mützel, S. & Fuhse, J. A. hrsg., 2010. *Relationale Soziologie. Zur kulturellen Wende der Netzwerkforschung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Nikolayenko, O., 2007. The revolt of the post-Soviet generation. Youth movements in Serbia, Georgia, and Ukraine. *Comparative Politics*, 39 (2), 169–188.
- Rucht, D., 2005. Europäische Zivilgesellschaft oder zivile Interaktionsformen in und jenseits von Europa? In *Europäische Zivilgesellschaft*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 31–54.
- Wessels, B., 2003. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft in Mittel- und Osteuropa: intermediäre Akteure, Vertrauen und Partizipation. In *Zivilgesellschaft – national und transnational*. WZB-Jahrbuch 2003. Berlin: Edition Sigma, S. 173–198.

Wolfram Pergler

Zivilgesellschaft und Staat in Russland. Zwischen Kooperation und Konfrontation

Einleitung

Gemessen an der stark gestiegenen Zahl zivilgesellschaftlicher Akteure ist die russische Zivilgesellschaft in den letzten zwei Jahrzehnten erheblich stärker geworden.¹ Für eine realistische Einschätzung dieser Frage muss jedoch berücksichtigt werden, dass es während der Präsidentschaft Putins zwischen 2000 und 2008 zu einer zunehmenden Kontrolle und Einschränkung von zivilgesellschaftlichen Aktivitäten gekommen ist. In diesem Beitrag wird das Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft während der Amtszeit Putins am Beispiel der Arbeitsbedingungen und Handlungsspielräume von Nichtregierungsorganisationen (NGOs)² als Akteuren an der Schnittstelle zwischen Staat und Gesellschaft untersucht.³ Bei den untersuchten Organisationen handelt es sich um NGOs, die sich in ihrer Arbeit mit Tschetschenien beschäftigen.⁴ Von der politikwissenschaftlichen Forschung wurden sie als eigenständige Akteursgruppe bisher weitgehend ignoriert.

In einer theoretischen Einführung wird die Rolle der Zivilgesellschaft in einem zunehmend autoritär geprägten Herrschaftssystem näher beleuchtet. Ausgehend davon wird exemplarisch das durch Kooperation und Konfrontation geprägte Verhältnis von Staat und Gesellschaft im heutigen Russland analysiert. Eine Einschätzung der Zivilgesellschaftsentwicklung unter Medvedev schließt den Beitrag ab.

Das ambivalente Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft

Zivilgesellschaft und Staat können nicht als zwei unabhängige und getrennt voneinander agierende Sphären betrachtet werden – ihr Verhältnis ist vielmehr von einer wechselseitigen Abhängigkeit geprägt. Dabei ist die Zivilgesellschaft vom Staat abhängig, da dieser die rechtlichen Rahmenbedingungen schafft, innerhalb derer sie funktionieren kann (Mudde 2003: 162, Uhlin 2006: 29). Die Zivilgesellschaft ist außerdem an einer Zusammenarbeit mit dem Staat interessiert, da ein Großteil der Aufgaben von zivilgesellschaftlichen Organisationen nur unter Mithilfe des Staates gelöst werden kann (Ovsjannikova/ Krjučkova 2002: 59).

Andererseits braucht der Staat als Verwaltungs- und Herrschaftsapparat die Zivilgesellschaft, um den Anschluss an die Gesellschaft nicht zu verlieren. Der Staat kann von Expertenwissen und unabhängigen

1 Im aktuellen Bericht der russischen Gesellschaftskammer wird die Zahl der NGOs in Russland mit ca. 670 000 angegeben. Vgl. <http://oprfr.ru/documents/1151/1256/> [gelesen am 02.05.2010].

2 NGOs werden in diesem Beitrag nach Frantz und Martens (2006: 49–50) definiert als »[...] formale (professionalisierte), unabhängige gesellschaftliche Akteure, deren Ziel es ist, progressiven Wandel und soziale Anliegen auf der nationalen oder internationalen Ebene zu fördern«.

3 Die Daten stammen von einem Forschungsaufenthalt im Juli und August 2006 in Russland, bei dem Experteninterviews mit Vertretern folgender Organisationen durchgeführt wurden: Memorial, Moscow Helsinki Group, Demos Center, Amnesty International Russia, Committee Against Torture, Center for the Development of Democracy and Human Rights, Mother's Right, Human Rights Watch, Union of Committees of Soldiers' Mothers, Carnegie Endowment Russia, Civic Help, Russian-Chechen Friendship Society, For Human Rights, Russian Justice Initiative, Public Verdict, Ärzte ohne Grenzen, Russian Red Cross, Center for International Protection, Center for Journalism in Extreme Situations; außerdem wurden die Leiter der Heinrich-Böll- und der Friedrich-Naumann-Stiftung sowie die Journalistin und Tschetschenien-Expertin Anna Politkovskaja von der Novaja Gazeta interviewt.

4 Die Arbeit der NGOs reicht dabei von humanitärer Hilfe bis zur Unterstützung von Gerichtsverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte oder der Unterstützung von Familien von im Tschetschenienkrieg gefallenen Soldaten.

Informationen profitieren und das Vertrauen der Gesellschaft in staatliche Politik erhöht sich durch den Dialog mit der Gesellschaft (Ovsjannikova/ Krjučkova 2002: 58–59). Ohne interessierte Öffentlichkeit sind staatliche Initiativen zum Scheitern verurteilt und die Unterstützung gesellschaftlicher Initiativen durch den Staat ist effektiver als Reformen »von oben« (Zotova 2001: 219).

Das Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft lässt sich nach Vajnštejn (2003: 98–99) in drei Modelle einteilen, die allesamt Idealtypen darstellen und zu unterschiedlichen Zeiten in unterschiedlichen Ausprägungen vorhanden sein können. Die jeweilige Ausprägung des Verhältnisses von Staat und Zivilgesellschaft hängt dabei von den politischen und kulturellen Realitäten eines jeden Staates ab (Vajnštejn 2003: 104). Vajnštejn unterscheidet als mögliche Interaktionsformen *Konfrontation*, *Kooperation* sowie ein *institutionalisiertes Verhältnis*, das als Zeichen einer konsolidierten Zivilgesellschaft gelten kann.

Die Relevanz zivilgesellschaftlicher Strukturen in Hinblick auf ihre Fähigkeit, Einfluss auf den Staat ausüben und dadurch Veränderungen erzielen zu können, kann dabei nach Fish (1995: 53–54) an fünf Indikatoren gemessen werden: an der Fähigkeit, 1) Interessen zu akkumulieren, 2) diese Interessen in einem größeren politischen Rahmen zu repräsentieren, 3) diese Interessen in konkrete politische Forderungen umzusetzen, 4) Zugang zu Entscheidungsträgern zu erlangen und deren Entscheidungen beeinflussen zu können sowie 5) an der Unabhängigkeit der Organisationen vom Staat und an der Möglichkeit, Interessen ungehindert artikulieren zu können.

Zivilgesellschaft und Re-Autoritarisierung der Staatsmacht

Im Rahmen eines politischen Systems, das wie das russische durch Tendenzen der Re-Autoritarisierung gekennzeichnet ist, verfügen zivilgesellschaftliche Akteure über diese fünf Fähigkeiten nur partiell. Die in so einem Rahmen möglichen Einschränkungen von Seiten des Staates, die die Entwicklung der Zivilgesellschaft behindern können, lassen sich nach Wiest (2006) unter dem Begriff »beschränkter Pluralismus« zusammenfassen. Pluralismus manifestiert sich in einer demokratischen Gesellschaft in dreifacher Form: erstens als politischer Pluralismus, der eine freie Tätigkeit der Opposition ermöglicht; zweitens als gesellschaftlicher Pluralismus, der die Autonomie gesellschaftlicher Gruppen gewährleistet; drittens als Meinungspluralismus, der Informations- und Meinungsfreiheit garantiert (Wiest 2006: 71). Alle drei Dimensionen sind in der autoritären russischen Gesellschaft unter Putin beeinträchtigt und erschweren dadurch die Entwicklung der Zivilgesellschaft. Beschränkter Pluralismus kann sich in verschiedenen Formen äußern:

Beschränkungen können *de jure* (d. h. im Gesetz festgeschrieben) oder auch nur *de facto* (d. h. durch Handlungen der Herrschenden ersichtlich) existieren. Beschränkter Pluralismus manifestiert sich weiterhin im *Einsatz administrativer Ressourcen*, d. h. in der »einseitige[n] Nutzung staatlicher Mittel und Behörden zugunsten der Herrschenden«. Eine dritte Facette des beschränkten Pluralismus zeigt sich in der *Manipulation der Öffentlichkeit*, die meist durch vom Staat kontrollierte Medien geschieht (Wiest 2006: 71–73).

Diese Formen des beschränkten Pluralismus entstehen als Ergebnis des Versuchs eines zunehmend autoritären Herrschaftssystems, die Zivilgesellschaft unter Kontrolle und somit das Protestpotential der Bevölkerung möglichst gering zu halten. Die Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume ist dabei als einer von mehreren parallel ablaufenden Prozessen der Re-Autoritarisierung des gesamten politischen Systems zu sehen, die sich in Russland u. a. auch an der Rezentralisierung der föderalen Struktur oder an Einschränkungen des Wahlsystems⁵ zeigen.

5 Vgl. Nußberger/ Marenkov (2007).

Zwischen Kooperation und Konfrontation

Das Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft während der Amtszeit Putins und auch aktuell unter Medvedev lässt sich allen drei Interaktionsformen nach Vajnštejn (s. o.) zuordnen, auch wenn westliche Medienberichterstattung und mitunter sogar der akademische Diskurs manchmal glauben machen, es wäre nur von Konfrontation geprägt.⁶ Im Weiteren werden nun diese drei Interaktionsformen – Konfrontation, Kooperation sowie das institutionalisierte Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft – näher betrachtet. Der Fokus liegt dabei auf der zweiten Amtszeit Putins, die als Reaktion auf die »bunten Revolutionen« in den Nachbarländern durch eine zunehmende Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume gekennzeichnet war.

Das konfrontative Verhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft, das sich historisch bis in die Sowjetunion hinein zurückverfolgen lässt, manifestiert sich in Russland entlang der oben erläuterten verschiedenen Ausformungen des beschränkten Pluralismus. Rechtliche Einschränkungen zeigen sich in Russland etwa am NGO-Gesetz aus dem Jahre 2006, das die Arbeit der untersuchten NGOs durch einen erheblich gestiegenen bürokratischen Aufwand erschwert, oder am Extremismusgesetz, durch das öffentliche Kritik an Staatsbeamten als Extremismus gewertet und als strafrechtliche Handlung belangt werden kann. De facto-Einschränkungen zeigen sich immer wieder bei Demonstrationen, wenn diese nämlich entweder gar nicht zugelassen oder aber von massiver Polizeipräsenz begleitet werden und oft mit Dutzenden Festnahmen enden.

Der Einsatz administrativer Ressourcen zeigt sich in Bezug auf die Zivilgesellschaft vor allem durch die öffentliche Diskreditierung der Arbeit bestimmter NGOs. Betroffen sind davon vor allem NGOs, die von ausländischen Fördergeldern abhängig sind, und sich mit Themen beschäftigen, die dem Kreml unliebsam sind, wie etwa Menschenrechten, dem Tschetschenienkonflikt, oder den teilweise katastrophalen Zuständen in der russischen Armee.

Putin hat solchen NGOs wiederholt unlautere Absichten unterstellt. So beschuldigte er etwa 2004 in seiner Rede zur Lage der Nation NGOs, die ausländische Förderungen erhielten, die Interessen des russischen Volks zu verraten; 2007 bezeichnete er NGOs als Schakale, die um ausländische Botschaften herumschlichen, um Fördergelder zu erhalten.⁷ Dabei darf allerdings nicht vergessen werden, dass kremlkritische Organisationen wie die vom Autor untersuchten ohne Unterstützung durch westliche Geldgeber oft nicht überleben könnten. Der Staat hat zwar noch unter Putin im Jahre 2006 begonnen, die Entwicklung der Zivilgesellschaft durch die Ausschreibung von »granty« (Förderungen) finanziell stark zu fördern, allerdings werden diese Gelder durch die Gesellschaftskammer vergeben, die aufgrund ihrer Zusammensetzung nicht als unabhängig gelten kann⁸ und bei der daher die Gefahr besteht, dass kremlkritische Organisationen nicht gefördert werden.⁹ Die Unterstützung der Zivilgesellschaft durch die russische Wirtschaft ist nicht zuletzt seit der Schließung von Chodorkovskijs Stiftung »Otkrytaja Rossija« (Offenes Russland) gering und die Unterstützung von NGOs durch Spenden ist in Russland im Unterschied zu Westeuropa historisch bedingt nicht stark ausgeprägt.¹⁰

6 Eine kritische – wenn auch nicht in allen Punkten zutreffende – Einschätzung solcher Studien findet sich bei Javeline/ Lindemann-Komarova (2010).

7 Vgl. http://archive.kremlin.ru/appears/2004/05/26/0003_type63372type63374type82634_71501.shtml [gelesen am 01.05.2006] und http://kremlin.ru/appears/2007/11/21/1558_type63374type63376type82634_153636.shtml [gelesen am 23.11.2007].

8 Ein Drittel der Mitglieder der Gesellschaftskammer wird vom russischen Präsidenten nominiert, ein weiteres Drittel von diesen vom Präsidenten nominierten Mitgliedern; das letzte Drittel wird dann von den beiden ersten Dritteln nominiert.

9 Javeline und Lindemann-Komarova (2010: 178) führen zwar an, dass im Jahre 2007 die (kremlkritische) Moscow Helsinki Group und das Komitee der Soldatenmütter gefördert wurden, die Förderungen haben sich in den darauf folgenden Jahren allerdings zugunsten anderer Organisationen verschoben.

10 Vgl. den Bericht der russischen Gesellschaftskammer von 2008, S. 52, abzurufen unter <http://opr.ru/files/Dk-OPRF-2008.pdf> [gelesen am 27.07.2010].

Der Einsatz administrativer Ressourcen zeigt sich weiterhin auch in Steuer- und Strafverfahren gegen unliebsame NGO Aktivisten¹¹ sowie in der Schaffung von zivilgesellschaftlichen Parallelstrukturen. Angefangen hat diese Tendenz auf Initiative des Kremls hin schon 2001 mit der Schaffung eines »Bürgerforums«, in dessen Vorfeld einige NGOs den Verdacht äußerten, es sei bei diesem an die Schaffung einer Zivilgesellschaft »von oben« gedacht. Das beste Beispiel dafür ist aber die erwähnte 2005 ins Leben gerufene Gesellschaftskammer. Auch die Schaffung so genannter GONGOs (government-organized NGOs) zählt zu diesen Maßnahmen. Diese treten zu schon existierenden Organisationen in Konkurrenz um Fördergelder und Aufmerksamkeit und können mit einer positiven Berichterstattung in den Medien rechnen, die einen Schlüsselfaktor für die Manipulation der Öffentlichkeit darstellt.¹²

Die hier dargestellten Einschränkungen zivilgesellschaftlicher Aktivitäten zeigen, dass es während der Präsidentschaft Putins zunehmend schwerer geworden ist, den fünf Fähigkeiten nach Fish (s. o.) nachzukommen. Nicht nur sind Interessensartikulation und -repräsentation aufgrund der genannten Maßnahmen von Seiten des Staates schwieriger geworden, auch der Zugang zu Entscheidungsträgern in der russischen Staatsduma ist durch die Dominanz der Putin-Partei »Einiges Russland« und das Fehlen einer liberalen Opposition erheblich eingeschränkt.

Dennoch war das Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft auch während Putins Präsidentschaft nicht nur von Konfrontation geprägt. Vertreter der untersuchten NGOs bestätigten durchweg den Willen zur Zusammenarbeit mit staatlichen Behörden, wobei von einigen NGO-Vertretern besonders die Zusammenarbeit auf lokaler Ebene positiv hervorgehoben wurde.¹³ Neben der Zusammenarbeit auf lokaler Ebene findet eine Kooperation zwischen Staat und Zivilgesellschaft vor allem im Rahmen institutionalisierter Kanäle wie dem »Rat für die Entwicklung der Zivilgesellschaft und der Menschenrechte unter dem Präsidenten der Russländischen Föderation« oder in Zusammenarbeit mit dem russischen Menschenrechtsbeauftragten statt.¹⁴

Alles neu unter Medvedev?

Seit dem Amtsantritt Medvedevs im Mai 2008 ist in Bezug auf die Zivilgesellschaft eine Trendwende zu beobachten. Vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise hat sich Medvedev das Thema »Modernisierung« auf die Fahnen geschrieben, das er nun zumindest rhetorisch konsequent verfolgt. Ein Teil dieses Modernisierungsplans zielt dabei auf die Zivilgesellschaft ab.

Medvedev scheint erkannt zu haben, dass ohne eine aktive Zivilgesellschaft eine Rückmeldung aus der Gesellschaft fehlt. Der zunehmenden Einschränkung von gesellschaftlicher Interessensartikulation und Mitbestimmung unter Putin stand nicht zuletzt aufgrund der Wirtschaftskrise ein gewachsenes Protestpotential der Bevölkerung gegenüber, das sich – aus Mangel an Alternativen – in Straßendemonstrationen und anderen nichtkonventionellen Formen der Partizipation äußerte.¹⁵

Schon beim ersten Treffen des neu konstituierten »Rates für die Entwicklung der Zivilgesellschaft und der Menschenrechte« im April 2009 kündigte Medvedev daher als ersten Schritt an, das umstrittene NGO-Gesetz von 2006 überprüfen und nötigenfalls auch ändern zu lassen. Diese von Medvedev angekündigten Änderungen, durch die u. a. Registrierungsbestimmungen vereinfacht wurden und die bis dahin jährlich stattfindende Überprüfung der NGOs durch den Staat nur mehr alle drei Jahre vorgenommen wird, traten im August 2009 in Kraft.

11 Vgl. den Human Rights Watch Bericht »An Uncivil Approach to Civil Society. Continuing State Curbs on Independent NGOs and Activists in Russia« vom Juni 2009, abzurufen unter <http://www.hrw.org/en/reports/2009/06/16/uncivil-approach-civil-society> (gelesen am 18.06.2009).

12 Vgl. Chebankova (2009: 402).

13 Vgl. Taylor (2006).

14 Vgl. <http://www.sovetpamfilova.ru/> und <http://www.ombudsmanrf.ru/>.

15 Vgl. Robertson (2009).

Trotz dieser positiven Entwicklung setzen sich aber auch unter Medvedev beunruhigende Tendenzen fort, die schon unter Putin zu beobachten waren: Allein im letzten Jahr wurden mehrere Menschenrechtsaktivisten ermordet, Demonstrationen endeten wiederholt mit Polizeigewalt oder wurden erst gar nicht zugelassen, und aktuell sorgen Gesetzesänderungen den Föderalen Sicherheitsdienst (FSB) betreffend für Unruhe bei den untersuchten Organisationen. Diese Änderungen, die von Medvedev selbst als Reaktion auf die verheerenden Terroranschläge in der Moskauer U-Bahn im März 2010 angeordnet worden sind,¹⁶ geben dem Geheimdienst die Möglichkeit, Warnungen vor eventuell bevorstehenden strafbaren Handlungen auszusprechen. Die Angst vor willkürlicher Anwendung ist jedoch – wie schon beim Extremismusgesetz – groß.

Während Medvedevs freundlichere Rhetorik in Bezug auf die Zivilgesellschaft daher trotz erster positiver Schritte wie der Abschwächung des NGO-Gesetzes nicht überbewertet werden darf, stellt sie in der Beziehung des Staates zur Zivilgesellschaft zumindest einen Neuanfang dar.

Literatur

- Chebankova, Elena (2009): The Evolution of Russia's Civil Society under Vladimir Putin: A Cause for Concern or Grounds for Optimism?, in: *Perspectives on European Politics and Society*, 10 (3), 394–415.
- Fish, M. Steven (1995): *Democracy from Scratch. Opposition and Regime in the New Russian Revolution*, Princeton.
- Frantz, Christiane/ Martens, Kerstin (2006): *Nichtregierungsorganisationen (NGOs)*, Wiesbaden.
- Javeline, Debra/ Lindemann-Komarova, Sarah (2010): A Balanced Assessment of Russian Civil Society, in: *Journal of International Affairs*, 63 (2), 171–188.
- Mudde, Cas (2003): Civil society in post-communist Europe. Lessons from the 'dark side', in: Kopecký, Petr/ Mudde, Cas (Hrsg.): *Uncivil Society? Contentious politics in post-communist Europe*, London, 157–170.
- Nußberger, Angelika/ Marenkov, Dmitry (2007): Wahlgesetz als Steuerungsmechanismus: Zu den neuen rechtlichen Grundlagen der Duma-Wahlen im Dezember 2007, in: *Russlandanalysen* 146, 2–5, <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen146.pdf>.
- Ovsjannikova, Anastasija/ Krjučkova, Polina (2002): *Obščestvo i vlast': mehanizmy vzaimodejstvija*, in: Džibladze, Jurij/ Ermišin, Kirill (Hrsg.): *Graždanskoe občestvo: vzgljad iznutri*, Moskva, 57–84.
- Uhlin, Anders (2006): *Post-Soviet Civil Society. Democratization in Russia and the Baltic States*, London.
- Vajnštejn, Grigorij I. (2003): *Graždanskoe občestvo i vlast'. Problemy konceptualizacii*, in: Sulakšin, Stepan S. (Hrsg.): *Problemy stanovlenija graždanskogo občestva v Rossii (Materialy naučnogo seminara, Vypusk Nr. 2)*, Moskva, 95–108.
- Wiest, Margarete (2006): Beschränkter Pluralismus. Postkommunistische autoritäre Systeme, in: *Osteuropa*, 56 (7), 65–77.
- Zotova, Zoja M. (2001): *Vlast' i občestvo: problemy vzaimodejstvija*, Moskva.

16 Vgl. <http://kremlin.ru/transcripts/8353> [gelesen am 26.07.2010].

***VI. Sozialmodelle: Zwischen
privater Verantwortung und
staatlicher Fürsorge***

Gewerkschaftliche Arbeitnehmervertretung in Estland und Lettland

Projektbeschreibung und Fragestellung

Das Promotionsprojekt »Arbeitnehmerpartizipation auf der betrieblichen Ebene in den baltischen Ländern« erfolgt im Rahmen des Promotionskollegs »Arbeitnehmerinteressen und Mitbestimmung in einem Europäischen Sozialmodell«. In einem explorativen Zuschnitt widmet es sich anhand von je neun Unternehmensfallstudien in Estland, Lettland und Litauen der Frage, ob und wie kollektive Interessenvertretung und Arbeitnehmerpartizipation am Arbeitsplatz in diesen Ländern eine gelebte Realität darstellen.

Bisheriger Forschungsstand

Während die Makroebene der Arbeitsbeziehungen in mittelosteuropäischen Ländern, also der soziale Dialog auf nationaler Ebene, vergleichsweise gut erforscht ist,¹ ist Meso- und Mikroebene, das heißt sektorialem und betrieblichem Dialog, bislang besonders in den baltischen Ländern relativ wenig Aufmerksamkeit zuteil geworden. Als wichtigste Untersuchungen sind Unternehmensfallstudien in Estland von Kallaste und Jaakson² sowie von Eamets et al.³ und in Lettland von Hazans⁴ zu nennen. Außerdem haben Woolfson et al.⁵ und Antila und Ystalö⁶ repräsentative Umfragen zu den Arbeitsbedingungen in Estland und Lettland durchgeführt (1999, 2003 und in Estland 2005). Kallaste und Jaakson zeigen, dass die interviewten Arbeitnehmer über sehr wenig Kenntnisse ihrer Rechte sowie der de facto vorhandenen Partizipationsstruktur in ihrem Unternehmen verfügen. Der gesetzlich mögliche Vertretungskanal eines nicht gewerkschaftlich gebundenen Arbeitnehmervertreters wird

- 1 Vgl.: Avdagic, S. (2005): *State-Labour Relations in East Central Europe: Explaining Variations in Union Effectiveness*. In: *Socio-Economic Review*, Jg. 2, S. 25–53; Cox, T.; Mason, B. (2000): *Interest groups and the development of tripartism in East Central Europe*. In: *European Journal of Industrial Relations*, Jg. 6, H. 3, S. 325–347; Crowley, S. (2004): *Explaining Labor Weakness in Post Communist Europe: Historical Legacies and Comparative Perspective*. In: *East European Politics and Society*, Jg. 18, S. 394; Grosse, T.; Sootla, E. (2006): *Tripartite Commission, Effectiveness, Legitimacy and Pathologies of Weak State. Case study report Estonia*. http://www.eunewgov.org/database/DELIV/D17D07_Social_Dialogue_in_Estonia.pdf, abgerufen am 30.7.2010; Orenstein, M.; Hale, L. (2001): *Coporatist Renaissance in Post-Communist Central Europe?* In: Candland, C.; Sil, R. (2001) *The politics of labor in a global age: continuity and change in late-industrializing and post-socialist economies*. Oxford, Oxford University Press, S. 258–279; Ost, D. (2000): *Illusory Corporatism in Eastern Europe: Neoliberal Tripartism and Postcommunist Class Identities*. In: *Politics and Society*, Vol. 28, S. 503–530; Pollert, A. (2000): *Ten Years of Post-Communist Central and Eastern Europe: Labour's Tenuous Foothold in the Regulation of the Employment Relationship*. In: *Economic and Industrial Democracy*, Jg. 21, H. 2, S. 182–209; Tatur, M. (1995): *Towards Corporatism? – The Transformation of Interest Policy and Interest Regulation in Eastern Europe*. In: Dittrich, E. J.; Schmidt, G.; Whitley, R. (Hg.): *Industrial Transformation in Eastern Europe*. London: Sage, S. 163–184.
- 2 Kallaste, E., Jaakson K. (2005): *Employee Participation – A Case Study of Estonian Companies*, Estonian Employers' Association, Tallinn.
- 3 Eamets, R.; Raal, R.; Masso, J. (2005): *Towards a rather Mixed World of Work*. In: Vaughan-Whitehead, D. (Hg.): *Working and employment conditions in new EU member states: convergence or diversity*. Geneva.
- 4 Hazans, M. (2005): *Latvia: Working too hard?* In: Vaughan-Whitehead, D. (Hg.): *Working and employment conditions in new EU member states: convergence or diversity*. Geneva.
- 5 Woolfson, C., Calite, D., Kallaste, E. (2008): *Employee voice and working environment in post-communist New Member States: an empirical analysis of Estonia, Latvia and Lithuania*. In: *Industrial Relations Journal*, Vol. 39, Iss. 4, S. 314–334.
- 6 Antila, J., Ylöstalo, P. (2003): *Working Life Barometer in the Baltic Countries 2002*, Ministry of Labour, Helsinki.

in der Praxis sehr selten genutzt und der wichtigste Informationskanal ist der direkte Vorgesetzte. Das Management nimmt häufig eine deutlich antigewerkschaftliche Haltung ein und betrachtet den Abschluss von Tarifverträgen als die einzige Aufgabe von Gewerkschaften. Eamets et al. (2005) bestätigen in ihren Ergebnissen die strukturellen Bedingungen, unter denen Gewerkschaften meist existieren: Sie bestehen vor allem in großen nicht privatisierten Unternehmen im produzierenden Bereich. Außerdem zeigen sie für Estland, dass die Existenz einer Gewerkschaft und eines Tarifvertrags nicht unbedingt bedeuten, dass die Arbeitsbedingungen besser sind und die geltende Gesetzgebung strenger eingehalten wird als in Fällen, in denen eine Gewerkschaft und ein Tarifvertrag nicht vorhanden sind.

Theorie

In der aktuellen Arbeitsbeziehungs-forschung wird häufig das Argument einer Konvergenz mittel-osteuropäischer Arbeitsbeziehungssysteme (AB-Systeme) hin zu einem voluntaristischen System angelsächsischen Typs vorgebracht,⁷ das sich in den größeren Zusammenhang liberal geprägter Wirtschaftssysteme vor allem im Baltikum einbettet.⁸ Tabelle 1 führt an, welche Merkmale voluntaristischen AB-Systemen zugeschrieben werden⁹ und welche Ausprägungen dieser Merkmale für Estland und Lettland vorliegen.

Die in Tabelle 1 dargestellten Unterschiede zwischen den AB-Systemen in Estland und Lettland und dem Ideal-Typus voluntaristischer Arbeitsbeziehungen zeigen deutliche Diskrepanzen im Bereich der Regelung der Arbeitsverhältnisse, des sozialen Dialogs und des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Der Fokus der vorliegenden Arbeit liegt auf dem Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer und zeigt auf, in welchen Punkten die AB-Systeme Estlands und Lettlands hier vom voluntaristischen Ideal-Typ abweichen und welche Implikationen dies für das Gesamtsystem hat.

7 Marginson, P.; Meardi, G. (2006): *European Union enlargement and the foreign direct investment channel of industrial relations transfer*. In: *Industrial Relations Journal*, Jg. 37, H. 2, S. 92–110; Meardi, G. (2002): *The Trojan Horse for the Americanization of Europe? Polish Industrial Relations towards the EU*. In: *European Journal of Industrial Relations*, Jg. 8, H. 1, S. 77–99; Schief, S. (2006): *Korporatismus unter Druck? Zum Einfluss der Erweiterung der EU auf die industriellen Beziehungen der Mitgliedsländer*. In: Brinkmann, U.; Krenn, K.; Schief, S. (Hg.): *Endspiel des kooperativen Kapitalismus*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 181–195.

8 Åslund, A. (2007): *How Capitalism was built. The Transformation of Central and Eastern Europe, Russia and Central Asia*. Cambridge: Cambridge University Press; Bohle, D. (2007): *Neoliberalism, embedded neoliberalism and neocorporatism: Towards transnational capitalism in Central-Eastern Europe*. In: *West European Politics*, Jg. 30, H. 3, S. 443–466; Cazes, S.; Nesporova, A. (2004): *Balancing flexibility and security in central and eastern Europe*. In: *Transfer*, Vol. 10, Iss. 2, S. 332–334; Feldmann, M. (2006): *Emerging Varieties of Capitalism in Transition Countries: Industrial Relations and Wage Bargaining in Estonia and Slovenia*. In: *Comparative Political Studies*, Vol. 39, Iss. 7, S. 829–854.

9 Ebbinghaus, B., Visser, J. (1997): *Der Wandel der Arbeitsbeziehungen im westeuropäischen Vergleich*. in: Hradil, S., Immerfall, S., (1997) *Die westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich*. Leske + Budrich, Opladen, S. 333–376; Hall, P., Soskice, D. (2001): *An Introduction to Varieties of Capitalism*. In: Hall, P., Soskice, D. (eds.): *Varieties of Capitalism: The Institutional Foundations of Comparative Advantage*. Oxford University Press, Oxford, S. 1–68.

Tabelle 1: Grundmerkmale eines voluntaristischen AB-Systems im Vergleich mit den AB-Systemen Estlands und Lettlands.¹⁰

	Voluntaristisches Arbeits- beziehungssystem angelsächsischen Typs*	Estland	Lettland
Organisationsgrad der Gewerkschaften	Niedrig	7 % (EIRO 2009)	18 % (EIRO 2009)
Verbandssystem	Fragmentiert	fragmentiert	Fragmentiert (Woolfson, 2006)
Organisationsgrad Arbeitgeber	Niedrig	25 % (EIRO 2009)	30 % (EIRO 2009)
Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer	Gegnerisch	Streiktage pro Jahr pro 1000 Arbeitnehmer: 0,73 (ø 2004–2007) (EIRO 2009)	n. a.
Zentralisierungsgrad der Tarifpolitik	dezentralisiert, d. h. v. a. auf Unternehmensebene	auf Unternehmensebene, bis auf 3 Sektoren (Carley 2009)	Auf Unternehmensebene, Sektorabkommen in 1 Sektor
Tarifdeckungsrate	Niedrig	25 % (EIRO 2009)	< 20 % (EIRO 2009)
Arbeitgeberkoordinierung	Wenig	geringfügig	Geringfügig (Feldmann, 2006)
Regelung des Arbeitsverhältnisses	Vertragsfreiheit, kein kollektives Arbeitsrecht	individuelles und kollektives Arbeitsrecht	individuelles und kollektives Arbeitsrecht
Sozialer Dialog	nicht vorhanden	Social and Economic Council, bipartite Aushandlung des Mindestlohnes**	National Tripartite Cooperation Council, Entscheidung über Mindestlohn durch Regierung nach Empfehlung der Sozialpartner***

* nach Ebbinghaus/Visser 1997; Hall/Soskice 2001

** Kohl, H., Platzer, H.-W. (2004): Arbeitsbeziehungen in Mitteleuropa. Nomos, Baden-Baden.

*** Ebd.

Empirie

Da sich Unternehmen mit kollektiver Vertretung von Arbeitnehmerinteressen, meist in Form eines gewählten Gewerkschaftsvertreters, vor allem in Sektoren finden, die nicht privatisiert worden sind, in denen es relativ große Unternehmen gibt und die dem produzierenden Gewerbe angehören, wurde in der Fallauswahl versucht, sowohl eine Mischung von Sektoren zu erreichen, die bestimmende Merkmale auf sich vereinen, als auch eine »Kontrollgruppe« von Sektoren, die diese Merkmale gerade nicht tragen. Um die Ergiebigkeit des Vergleichs zwischen den baltischen Ländern zu erhöhen, wurden die Sektoren über die Länder konstant gehalten. Tabelle 2 auf der nächsten Seite zeigt die Auswahl der Sektoren sowie der Unternehmensmerkmale.

10 Vgl. Carley, M. (2009): *Industrial Relations Developments in Europe 2008*. European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions, Dublin: <http://www.eurofound.europa.eu/eiro/studies/tn0903029s/tn0903029s.htm>, abgerufen am 30.10.09; EIRO; Feldmann 2006; Kohl, H., Platzer, H.-W. (2007): The role of the state in Central and eastern European industrial relations: the case of minimum wages. In: *Industrial Relations Journal*, Vol. 38, Iss. 6, S. 614–635; Woolfson, C. (2006): Working Environment and 'Soft Law' in the Post-communist New Member States. In: *Journal of Common Market Studies*, Vol. 44, Iss. 1, S. 195–215; eigene Forschung.

Tabelle 2: Fallauswahl des Forschungsprojektes »Arbeitnehmerpartizipation auf betrieblicher Ebene in den baltischen Ländern« in Estland und Lettland

	Estland				Lettland			
		Größe	Vertretung	Besitzform		Größe	Vertretung	Besitzform
Energie und Gas	EE ₁₁	>1000AN	G	staatl.	LV ₁₁	5000–10000AN	G	staatl.
	EE ₁₂	50–100AN	keine	privat (a)	LV ₁₂	200–500AN	G	staatl.
	EE ₁₃	50–100AN	nG	privat (a)	LV ₁₃	100–200AN	G	privat (a)
Öffentlicher Personenverkehr	EE ₂₁	>1000AN	G	privat (EE)	LV ₂₁	100–200AN	G	kommunal
	EE ₂₂	<1000AN	G	kommunal	LV ₂₂	100–200AN	G	kommunal
	EE ₂₃	<1000AN	G	kommunal				
Einzelhandel	EE ₃₁	2000–3000AN	keine	privat (a)	LV ₃₁	8000–9000AN	G	privat (a)
	EE ₃₂	2000–3000AN	keine	privat (a)	LV ₃₂	10000–11000AN	keine	privat (a)
	EE ₃₃	2000–3000AN	keine	privat (a)	LV ₃₃	6000–7000	keine	privat (a)

Anmerkung: AN = Arbeitnehmer, G = Gewerkschaftsvertretung, nG = nicht gewerkschaftlich gebunden, (a) = ausländisch

Befunde

Individuelle Faktoren

Ob ein Arbeitnehmer einer Gewerkschaft angehört, hängt ganz wesentlich von seinem Alter ab. Die meisten Gewerkschaftsmitglieder waren bereits zu Sowjetzeiten organisiert und sind nie aus der Gewerkschaft ausgetreten. Das führt dazu, dass sich die Vorstellung vom Aufgabenfeld der Gewerkschaften häufig nicht geändert hat und ein Anpassungsdruck auf die veränderten Rahmenbedingungen hin aus den Reihen der Mitgliedschaft nicht erfolgt. In Estland spielt zudem häufigen Aussagen in den Interviews zufolge der Faktor Ethnie eine Rolle, das heißt, es besteht das Stereotyp, Gewerkschaftsmitgliedschaft sei unter ethnischen Russen weiter verbreitet als unter ethnischen Esten. Statistisch wird dies in der Studie von Antila/Ylöstalo untermauert.

Faktoren der kollektiven Vertretung

In den meisten Fallstudien zeichnet sich eine marginalisierte Rolle der Arbeitnehmervertretungen bezüglich der Aushandlung von Lohn- und Arbeitsbedingungen ab. Das Ausmaß der Partizipation, die in dem jeweiligen Unternehmen möglich ist, hängt bis auf ein oder zwei Ausnahmen ausschließlich vom Arbeitgeber ab. Der Erhalt der in der Richtlinie über Information und Konsultation festgelegten Informationen über Unternehmensentwicklung, Beschäftigungssituation und -struktur sowie deren Entwicklung und über wesentliche Veränderungen der Arbeitsorganisation oder -verträge stellte zwar für keine der interviewten Arbeitnehmer ein Problem dar, die betrieblichen Gewerkschaftsvertretungen sind allerdings nicht der Kanal, der diese Informationen an die Belegschaft übermittelt; sie werden vom Arbeitgeber schlicht übergangen. Die in den Interviews häufiger zitierte »Lohnprerogative« des Managements wird als selbstverständlich anerkannt und nicht der Basislohn, sondern Boni und Sonderurlaube sind Gegenstand der Verhandlungen.

Auffallend ist dabei, dass die Selbsteinschätzung der meisten betrieblichen Gewerkschaftsvertreter sich vom Gesamteindruck der marginalisierten Rolle des Arbeitnehmervertreters unterscheidet. Viele der Befragten sahen ihre Rolle vor allem in der Organisation und Durchführung sozialer Events, in der Unterstützung einzelner Arbeitnehmer bei Härtefällen oder Krankheit und in der Aushandlung von Sonderboni zu bestimmten Betriebsjubiläen und runden Geburtstagen oder von Sonderurlaubstagen bei der Einschulung der Kinder. Die Gewerkschaften erfüllen also in vielen Fällen noch immer die in der Sowjetunion geprägte soziale Fürsorgerolle im Unternehmen.

Neben dem sowjetischen Erbe wird hier auf der Arbeitnehmerseite eine weitere historische Entwicklung deutlich, die bis in die vorsowjetische Zeit zurückreicht. Die stark antagonistischen Positionen, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer in voluntaristischen Systemen wie dem britischen häufig einnahmen, rührten unter anderem aus einem tief verwurzelten Klassenbewusstsein beider Seiten, das die Legitimität der Position und der Beteiligungsansprüche der jeweils anderen Seite anzweifelt. In den Ländern Mittelosteuropas hat sich ein derartiges Klassenbewusstsein auch in vorkommunistischen Zeiten nie durchgesetzt. In Lettland und Estland lag dies unter anderem an der Überdeckung der sozialen Konfliktlinie, die in vielen westeuropäischen Ländern vorherrschte, durch die dominierende nationale Konfliktlinie.¹¹

Ein weiterer wichtiger Punkt, der die relative Stärke von Betriebsgewerkschaften zu bewahren hilft, ist die Frage, inwiefern es diesen gelingt, Nähe, Zugang und Einfluss auf außerbetriebliche Strukturen herzustellen. In Estland und Lettland haben weder Arbeitgeber noch Gewerkschaften traditionell eine Bindung zu einer bestimmten Partei oder – aufgrund der Lager übergreifenden Unterstützung der neoliberalen Wirtschaftspolitik dieser Länder – zu einem bestimmten politischen Lager. Persönliche oder institutionalisierte Verbindungen in die Politik sind selten und ein Distinktionsmerkmal bestimmter erfolgreicherer Gewerkschaften.

In der Literatur wird aktuell die Frage diskutiert, inwiefern multinationale Konzerne eigene Akzente in den Arbeitsbeziehungen ihrer Tochterunternehmen in den MOE-Staaten setzen.¹² Die Fallstudien in ausländischen oder multinationalen Konzernen zeigen folgende Tendenzen auf: Die deutlich dominierende Form der Einflussnahme auf die Arbeitnehmerpartizipation in den einzelnen Betrieben stellt die Einführung direkter Partizipationsmethoden durch die Mutterkonzerne dar. Eigene indirekte Partizipationsarten aus dem oder den Mutterländern wurden in keinem der Unternehmen übertragen.

Strukturelle Faktoren

Zwei strukturelle Faktoren spielten im Rahmen der Untersuchungen eine wesentliche Rolle: Umstrukturierungen der Unternehmen, beispielsweise durch deren Privatisierung, und die strukturellen Folgen der Finanzkrise. Privatisierung spielt für Vorhandensein und Verhandlungsstärke von Gewerkschaften eine wichtige Rolle und zwar nicht nur als Frage der Besitzform. Vielmehr ist die Zerstückelung der Unternehmen, die häufig, aber nicht unbedingt mit Privatisierung einhergeht, das größte Problem der Gewerkschaften. Dies liegt an der Struktur der estnischen und lettischen Gewerkschaften, die als Betriebsgewerkschaften organisiert sind und durch eine Aufteilung des Betriebs häufig in dem einen – neu entstandenen – Teil verschwinden.

Neben der nationalen Ebene, auf der in beiden Ländern infolge der Finanzkrise der soziale Dialog teils gestärkt, teils auch weiter geschwächt wurde, hat die Finanzkrise auch die Vertretungsstrukturen auf der Meso- und Mikroebene der Arbeitsbeziehungen beeinflusst. Nach den Jahren des wirtschaftlichen

11 Vgl. Gonser, M. (2010): Arbeitsbeziehungen in den baltischen Ländern – Historisches Erbe und pfadabhängige Entwicklung ausgewählter institutioneller Rahmenbedingungen. In: Busch, K., Heise, A., Keller, B., Nagel, B., Nienhäuser, W., Platzer, H.-W. (2010): Wirtschaftliche und soziale Integration in der EU – Handlungsräume für korporative Akteure, Nomos-Verlag, Baden-Baden, S. 177–199.

12 Vgl. z. B. Aguilera, R.; Dabu, A. (2005): Transformation of Employment Relations Systems in Central and Eastern Europe. In: The Journal of Industrial Relations, Jg. 47, S. 16; Bohle, D. Greskovits B. (2004): Capital, Labor and the Prospects of the European Social Model in the East. In: Central and Eastern European Working Paper, Jg. 58; Marginson/Meardi 2006; Meardi/Marginson et al. 2009.

Aufschwungs, die eine Zunahme gewerkschaftlicher Verhandlungsmacht bedeuteten, schwächt die Finanzkrise die Macht der Gewerkschaften deutlich, unter anderem, da in den Entlassungswellen aufgrund ihres Alters überproportional häufig Gewerkschaftsmitglieder entlassen werden. Durch die sehr deutlichen Kürzungen im Staatshaushalt wurde außerdem das ohnehin schwache System der kollektiven Lohnfindung weiter beschädigt, da viele Haushaltskürzungen im Lohnbereich entgegen gültiger kollektiver Lohnvereinbarungen vorgenommen wurden.¹³

Schlussfolgerungen

Die vorliegenden Ergebnisse des oben genannten Forschungsprojekts konzentrieren sich auf die Frage nach einer Hierarchie zwischen Arbeit und Kapital in den baltischen Ländern. Sie zeigen, dass die Rolle von Arbeitnehmervertretern auf der betrieblichen Ebene in Bezug auf Lohnverhandlungen häufig marginalisiert ist und der Arbeitgeber dominiert. Arbeitnehmervertreter sind aus historischen Gründen häufig nicht in ökonomischen, sondern in sozialen Aspekten des Arbeitsverhältnisses aktiv und akzeptieren diese Unterlegenheit im Lohnfindungsprozess auch. Das entspricht nicht der Idee des voluntaristischen Arbeitsbeziehungssystems, in dem Arbeitnehmervertreter entweder nicht vorhanden oder – aufgrund der Bereitschaft und des Potentials, industrielle Konflikte mit Unterstützung der Mitglieder und mithilfe entsprechender Konfliktmittel wie Streik durchzustehen – besonders stark in die Lösung ökonomischer Konflikte involviert sind.

Findet eine erfolgreiche Ablösung von der Hinnahme der Hierarchie im Lohnfindungsprozess statt, so erfolgt diese häufig innerhalb der voluntaristischen Logik, das heißt, durch Intensivierung der potentiellen Konfliktmacht, nicht jedoch durch deren tatsächliche Anwendung im Streik. Dies geschieht durch die Anziehung neuer, jüngerer Mitglieder und damit durch die Aufnahme anderer gesellschaftlicher Prägungen, die ein anderes Hierarchieverständnis und eine andere Bereitschaft zur Anwendung von Mobilisierungs- und Kommunikationsmitteln mit sich bringen. In diesen wenigen Beispielen wird außerdem das strukturbedingte Machtverhältnis angegangen, etwa indem die zentrale Lenkungsebene einer Gewerkschaft auf die Sektorebene verlegt wird, indem Privatisierung und damit die Aufspaltung von Gewerkschaften verhindert wird und indem externe nichtgewerkschaftliche politische Strukturen angeschlossen werden, wodurch sich der soziale Dialog intensiviert.

13 Gonser, M. (2010): *Industrial Relations in the Baltic Countries and the Financial Crisis*. Manuskript in peer-review.

Marija Stambolieva

Privatization of the (Welfare) State— Post-Socialist Transformations in the Former Yugoslavia

The dissolution of Yugoslavia took place against the backdrop of a weakened economy, accumulated social problems and political failures. The seceding states embarked on a transitional journey, taking the Yugoslav legacy of a developed Bismarckian-style welfare state with a strong universalist affinity as a starting point. The seceding states' welfare systems were seriously threatened primarily by the collapse of their economies as well as the ensuing mutual wars and series of conflicts. Apart from Slovenia, all of the states were directly or indirectly involved in and affected by the consequences of war for a decade or even longer. However, to confine the explanation of the post-socialist development in these states to the problem of war and its effects would be too simplistic. Although these wars on the former Yugoslav territories certainly played a significant role in the development of the future (social) states, there are other important factors to consider, such as the transformations of the economy and social capital (privatization); the transformations of the political system; the political and other internal actors; the external actors and their influences; cultural traditions; and the ethnic homogeneity or heterogeneity of the states' respective populations.

The key question is which elements (actors and processes) and interactions in this constellation are critical for explaining the two decades of post-Yugoslav transition. Before one can offer analyses or conclusions about the development of the social states of Slovenia, Croatia, Bosnia and Herzegovina, Montenegro, Serbia, Macedonia and now Kosovo, it is necessary to examine the empirical evidence pertaining to their social systems as well as the current scientific thought regarding the development and transformation of the welfare states.

What Happened to the (Welfare) States of Ex-Yugoslavia?

The empirical evidence shows that these states faced some serious economic and political difficulties, which in turn threatened the functioning of their existing welfare systems. Economic levels (measured by the GDP) plummeted, taking a decade or more to recover in Slovenia and Croatia, with all of the other states barely managing to achieve their 1989 level of economic development. If the pre-existing economic difficulties from the 1980s are taken into account, it is not hard to imagine what the consequences of the political transition meant: a massive rise in unemployment and poverty. In parallel a process of economic transformation was taking place, including the transformation of social/common capital into private ownership, which occurred under dubious conditions. Privatization ultimately enabled the smaller elites to profit at the expense of the majority of 'transition losers'; this makes it difficult, even today, to conclude that the states have established a viable market economy independent of political interference. Correlated to this are the processes of political transformation from a system of one party's or one (political) elite's dominance over the whole political and economic sphere toward a viable democracy, which in practice has translated into different parties or (political) elites taking turns in manipulating the economic and political arena to their advantage. By upholding corruptive patterns of behaviour, the dominant players have managed to perpetuate *oligarch-captured societies* and *quasi-forms of democracy*.¹

It is not merely the societies and various structures of the post-Yugoslav countries that are being corrupted, however: in each case the state is being captured by the vicious circle of corruption.² This has

1 Georgiev, Plamen K. *Corruptive Patterns of Patronage in South East Europe*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2008, p. 99.

2 'State capture' is a term from the World Bank literature and refers to 'the actions of individuals, groups, or firms both in the public and private sectors to influence the formation of laws, regulations, decrees, and other govern-

brought the nations of the former Yugoslavia, except for Slovenia, to the bottom of the Corruption Perception Index 2009 in Europe.³

How were the welfare states affected by these economic and political transformations? Retrenchment occurred fairly rapidly, while reforms as more radical systemic changes took place at a slower pace. Thus, the structures were there, but their functioning and the realization of social services was greatly hampered. The burden of the cost of the retrenchment and sporadic reform fell on the majority of the population, especially its most vulnerable members, who had up until then relied on the state for support and who now had to look for alternative sources of support.

The Pension Systems

Croatia and Macedonia chose to initiate reform in the late 1990s/early 2000s and adopted the multi-pillar pension system created by the World Bank. By introducing a mandatory private pillar next to the first public pillar, this system was supposed to lift the burden from the public finances, which were being tightened and were insufficient to meet the increasing needs of the population. Meanwhile, the IMF was also making demands for budget deficit reduction. However, even the switch to partial privatization did not solve the problem of the lack of finances. These finances were redirected into private funds, which charge a relatively high fee for administrative costs. The negative effects of this scheme came to light in Croatia, where the first contributors began to retire after a short time of investment in the second pillar.

In Serbia and Montenegro, more cautious reforms were undertaken, but at the expense of the pensioners' income. In Bosnia and Herzegovina, as with other areas, two parallel systems exist that are almost impossible to coordinate. Slovenia consciously chose not to embark on the privatization path (although its system has its own financial sustainability issues), whereas Kosovo is at the other extreme—it privatized its entire pension system.

Certain groups have very limited access to the right to a pension, especially the unemployed, redundant workers, and people working in the grey economy or under short-term employment contracts. Since the number of people in these categories has rapidly increased and remained high during the transition, many individuals are completely excluded from the pension systems, reformed or not. In Macedonia and Serbia, for example, as many as 30% of individuals over 65 are ineligible for pensions.⁴ In addition, the number of people who receive only the minimum pension benefit is not insignificant.

The Healthcare Systems and Social Protection

Compared to the pension systems, the other sectors of the welfare system did not undergo major reforms. In the case of the healthcare system, the principle of universal access is still formally proclaimed, but 100% coverage of the population is impossible to achieve. This is in stark contrast to the past, when health services were available to everybody free of charge at the time when the service was rendered. Co-payments and out-of-pocket payments have been introduced in all of the countries under discussion. Apart from these formal payments, unofficial or under-the-table payments, for example to shorten waiting times or to obtain services which are listed in the statutory package but are not available unless the patient agrees to buy them, are widespread across the region, includ-

ment policies to their own advantage as a result of the illicit and non-transparent provision of private benefits to public officials'. This is different from 'administrative corruption', which occurs at the *implementation level* of already existing laws, rules and regulations (see World Bank. *Anticorruption in Transition: Contribution to the Policy Debate*. Washington, D.C.: World Bank, 2000, p. xv and xvii).

3 Bosnia and Herzegovina reaching the bottom, then Serbia, Macedonia, Montenegro and Croatia, available under: http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2009/cpi_2009_table. The ranking varied depending on the year. In any way, these states have continuously been at the bottom in Europe.

4 European Commission. *Social Protection and Social Inclusion in the former Yugoslav Republic of Macedonia*. European Commission, 2007:122; European Commission. *Social Protection and Social Inclusion in the Republic of Serbia*. European Commission, 2008, p. 119.

ing in Slovenia.⁵ Healthcare is increasingly being perceived as a commodity that demands a certain price. The shift of the financial burden over to the individual disproportionately affects different categories in society: the poor and lower income groups are at a particular disadvantage when it comes to access to and quality of health care.

The social protection systems in most post-Yugoslav countries are weak and unable to act as proper safety nets for those in need. While the social protection systems as such are unable to cope, some proposals for reform have emerged, such as active labour market policies or decentralization and deinstitutionalization of social services; however, these are either hardly being implemented or have had insignificant results.

Studying Welfare States and Explaining Welfare State Development in the Post-Socialist World

So far, the theories developed to explain the emergence and development of welfare states referred only to states belonging to the western or industrialized world. Communist welfare states were not studied by scholars from industrialized countries either due to a lack of interest or insufficient access to resources. Scientific thought in the communist states themselves was confined to Marxist-Leninist explanations of economic, social and political development. It was only after the fall of communism that there was an increased interest in explaining processes taking place in these countries and in identifying patterns in order to predict future developments. Having in mind the three worlds of welfare capitalism⁶, some scholars explored whether there could be one model of a post-communist welfare state.⁷ The transformation of the post-communist states was, however, a complex and diverse process and it soon became evident that there was no simple, one-size-fits-all paradigm. Indeed, analysing post-communist developments is a tricky task even for the transformation theories seeking to explain the post-communist states in the framework of the third democratization wave of Eastern Europe, since in the broader sense Eastern Europe spreads from the former Soviet Union to the ex-Yugoslav states.⁸ Another challenge is that studying the transformations of social policies in particular was not really a priority, except for the countries of Central and Eastern Europe, which are now members of the EU.

The existing theories of welfare state development are generally classified into three types of schools (see Inglot 2008; Wilensky, et al. 1985; Schmidt, et al. 2007): the *socio-economic school*, according to which it is primarily the level of economic development and demographic tendencies which determine the welfare state effort⁹; the *political (power-resources) theories*, which highlight the role of political parties, interest groups, public opinion and ideology in steering welfare state efforts; and *institutional theories*, which study the importance of existing structures and the path dependence of welfare state development.¹⁰

5 See European Observatory on Health Care Systems. Health Care Systems in Transition: Slovenia. European Observatory on Health Care Systems, 2002, p. 28.

6 See Esping-Andersen, Gösta. The Three Worlds of Welfare Capitalism. Oxford: Polity Press, 1990.

7 See Baum-Ceisig, Alexandra, Klaus Busch, Björn Hacker, und Claudia Nospickel. Wohlfahrtsstaaten in Mittel- und Osteuropa, Entwicklungen, Reformen und Perspektiven im Kontext der europäischen Integration. Baden-Baden: Nomos, 2008.

8 See Merkel, Wolfgang. Systemtransformation: Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, 2010.

9 I use the following definition of welfare effort: 'elite decisions regarding the allocation of scarce resources', given in Wilensky, Harold L., Gregory M. Luebbert, Susan Reed Hahn, und Adrienne M. Jamieson. Comparative Social Policy: Theories, Methods, Findings. Berkeley: Research Series/Institute of International Studies, University of California, No. 62, 1985, p. 5.

10 See Inglot, Tomasz. Welfare States in East Central Europe 1919–2004. New York: Cambridge University Press, 2008; Wilensky, Harold L., Gregory M. Luebbert, Susan Reed Hahn, und Adrienne M. Jamieson. Comparative Social Policy: Theories, Methods, Findings. Berkeley: Research Series/Institute of International Studies, Univer-

These theories are not without importance for explaining the post-socialist welfare states. As the empirical evidence shows, the economic collapse was followed by retrenchment of the welfare state. At first glance, the socio-economic school seems to offer a reasonable explanation as to why the social policies had to be adjusted to the economic possibilities. On the other hand, this school does not explain how the resources are allocated among the different social sectors (pension system, health-care, labour market, social protection) or why, although general social needs have increased, welfare efforts are concentrated in certain sectors, while others are neglected. Furthermore, retrenchment is generally gauged in terms of social expenditures, which is an inadequate measure as it only takes into account 'short-term spending patterns, ignoring programmatic changes that produce long-term rather than immediate cut-backs'.¹¹

The interplay among various actors is also critical here. International actors 'need to be conceived as a part of the "extended" state'¹²; this claim is manifested in the reforms undertaken in the pension systems in Croatia and Macedonia. The practical 'copy-paste' approach of the World Bank model as an existing solution demonstrates the influence that some international actors have had. On the other hand, these countries have, unlike others, consciously chosen to sign arrangements with international financial institutions. A simple explanation could be economic pressures and international debts. If one considers the more cautious parametric reforms taken in Serbia after 2000, despite serious economic pressures, the role of the country's internal decision-makers comes to the fore.

The role of the political parties, however, cannot be studied in the same manner as is done in the developed political/power resources theories. It was the so-called social-democratic parties which tightened the welfare states and followed the liberal policies proposed by international financial institutions. In terms of the traditional distinction among parties as conservative, liberal and social democratic, ideology has no significance in the shaping of policies; therefore, the behaviour of political parties has to be studied in the framework of the democratization processes in post-socialist societies. Despite the fact that democracy is formally proclaimed in the countries under study, public opinion seems to have little influence over the shaping of the system. Generally, confidence¹³ in the political parties and the institutions has been very low over the last 20 years. This includes confidence in the social security system as well, although different parts have been differently affected. At this juncture, the following questions emerge: *Why have the decision-makers (both political parties and bureaucrats) taken decisions to retrench, reform or not take any action at all in spite of the public opinion to the contrary? In which cases has public opinion (i.e. which parts of society) been influential? Why have some policies or institutions remained the same and merely tightened and why have others undergone more profound changes?*

As mentioned before, the structures inherited from the previously established Bismarckian type of welfare state have remained more or less intact. According to the institutionalists, this is because established institutions are hard to change, and thus this theory has good explanatory potential for the current welfare states of the former Yugoslavia.¹⁴ Furthermore, one could include the argument that although the Yugoslav social model was the same throughout the federation, the more viable republics/autonomous provinces, such as Slovenia, Croatia and Vojvodina were able to counterbalance it more effectively, while in others, such as Macedonia, Bosnia and Herzegovina, Montenegro,

sity of California, No. 62, 1985; Schmidt, Manfred G., Tobias Ostheim, Nico A. Siegel, und Reimut Zohlnhöfer. *Der Wohlfahrtsstaat, Eine Einführung in den historischen und internationalen Vergleich*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, 2007.

- 11 Pierson, Paul. *Dismantling the Welfare State?: Reagan, Thatcher and the Politics of Retrenchment*. New York: Cambridge University Press, 1994, p. 14.
- 12 Deacon, Bob, und Paul Stubbs. *Social Policy and International Interventions in South East Europe*. Cheltenham: Edward Elgar, 2007.
- 13 See World Values Survey: <http://www.worldvaluessurvey.org/> and Gallup Balkan Monitor: <http://www.balkan-monitor.eu/>
- 14 See Pierson, Paul. *Dismantling the Welfare State?: Reagan, Thatcher and the Politics of Retrenchment*. New York: Cambridge University Press, 1994.

Serbia and Kosovo, the quantity and quality of social services was negatively affected. This could help explain why certain states coped better than others during the transition period, but it does not explain why change or reform took place when it did. This dilemma brings us back to the above-mentioned questions and the role of the different actors.

Conclusion

Ultimately, it is the political parties through which different elements are channelled and the welfare system is shaped. Apart from the external elements, such as the level of economic development, the institutional framework, the international influence, in order to understand the behaviour of political parties and their attitude toward welfare policies, one has to consider the party system, the level of state capture and last but not least cultural traditions¹⁵ and organized civil society. My research to date shows that *the less organized civil society, the weaker the welfare state effort is, and the higher level of state capture, the stronger the inclination towards privatization of the welfare sector will be*. These hypotheses need to be explored with further research as well as complemented by additional ones, which could contribute to the explanation of the post-socialist transformations in South East Europe's welfare states.

Bibliography

- Baum-Ceisig, Alexandra, Klaus Busch, Björn Hacker, und Claudia Nospickel. Wohlfahrtsstaaten in Mittel- und Osteuropa, Entwicklungen, Reformen und Perspektiven im Kontext der europäischen Integration. Baden-Baden: Nomos, 2008.
- Deacon, Bob, und Paul Stubbs. Social Policy and International Interventions in South East Europe. Cheltenham: Edward Elgar, 2007.
- Esping-Andersen, Gøsta. The Three Worlds of Welfare Capitalism. Oxford: Polity Press, 1990.
- European Commission. Social Protection and Social Inclusion in the former Yugoslav Republic of Macedonia. European Commission, 2007.
- . Social Protection and Social Inclusion in the Republic of Serbia. European Commission, 2008.
- European Observatory on Health Care Systems. Health Care Systems in Transition: Slovenia. European Observatory on Health Care Systems, 2002.
- Georgiev, Plamen K. Corruptive Patterns of Patronage in South East Europe. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2008.
- Inglot, Tomasz. Welfare States in East Central Europe 1919–2004. New York: Cambridge University Press, 2008.
- Kitschelt, Herbert, Zdenka Mansfeldova, Radoslaw Markowski, und Gábor Tóka. Post-Communist Party Systems: Competition, Representation and Inter-party Cooperation. New York: Cambridge University Press, 1999.
- Merkel, Wolfgang. Systemtransformation: Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, 2010.
- Pierson, Paul. Dismantling the Welfare State?: Reagan, Thatcher and the Politics of Retrenchment. New York: Cambridge University Press, 1994.
- Schmidt, Manfred G., Tobias Ostheim, Nico A. Siegel, und Reimut Zohlnhöfer. Der Wohlfahrtsstaat, Eine Einführung in den historischen und internationalen Vergleich. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, 2007.

15 The patterns of behaviour inherited from communism are not insignificant here (see Kitschelt, Herbert, Zdenka Mansfeldova, Radoslaw Markowski, und Gábor Tóka. Post-Communist Party Systems: Competition, Representation and Inter-party Cooperation. New York: Cambridge University Press, 1999).

Wilensky, Harold L., Gregory M. Luebbert, Susan Reed Hahn, und Adrienne M. Jamieson. *Comparative Social Policy: Theories, Methods, Findings*. Berkeley: Research Series/Institute of International Studies, University of California, no. 62, 1985.

World Bank. *Anticorruption in Transition: Contribution to the Policy Debate*. Washington, D.C.: World Bank, 2000.

Eva Schäffler

Staat oder privat? Frauen- und Familienpolitik in den realsozialistischen Staaten Ostmitteleuropas

Einleitung

Frauen- und Familienpolitik – und deshalb auch die Geschlechterverhältnisse – stehen in den ostmitteleuropäischen Staaten nach dem Ende des Sozialismus in einem neuen Spannungsfeld zwischen staatlicher und privater Sphäre. Im Sozialismus reichte die Hand des Staates weit in für das Verhältnis zwischen Frauen und Männern sowie für die Familienstrukturen relevante Bereiche hinein. Die Auffassung der westlichen Frauenbewegung, das Private sei politisch, hat in den postsozialistischen Ländern folglich den negativen Beigeschmack einer oftmals unerwünschten Einmischung des Staates in private Angelegenheiten. Nach dem Ende des Staatssozialismus haben sich die Staaten, insbesondere im Zuge sozialpolitischer Sparmaßnahmen, aus den Sphären Geschlecht und Familie weitgehend zurückgezogen.

Schwerpunktmäßig beschäftigt sich dieser Beitrag mit den Eingriffen der realsozialistischen Staaten in Geschlechts- und Familienverhältnisse sowie mit der allgemeinen Aufteilung der Sphären »Staat« und »privat« in diesen Ländern. Darüber hinaus werden mögliche Folgen dieser Eingriffe bzw. dieser Aufteilung für Brüche und Kontinuitäten in den Geschlechterbeziehungen nach 1989 angesprochen.

Frauen- und Familienpolitik in den realsozialistischen Staaten Ostmitteleuropas

Staatssozialistische Eingriffe in den privaten Raum erfolgten in einer Vielzahl der Fälle im Rahmen familien- und frauenpolitischer Maßnahmen. Ziel der realsozialistischen Regime war es, in sämtliche Lebensbereiche, darunter auch in familiäre und partnerschaftliche Arrangements, vorzudringen und diese zu »durchherrschen«.¹ Historisch gesehen hatte sich die Familie vornehmlich über ihre Abschottung gegenüber staatlichen Eingriffen und ihre nach Geschlecht und Generation differenzierte Hierarchie definiert, was aus staatssozialistischer Sicht durchaus problematisch war.² Folglich sollte die Familie als in sich geschlossenes Element der »bürgerlichen« Gesellschaft mitsamt ihren Hauptmerkmalen – dazu zählte auch der Verzicht der Frau auf Berufstätigkeit – aufgebrochen und der Kontrolle des Partei- und Staatsapparates unterstellt werden.

Zum Erreichen dieses Zieles war aus Regimesicht die sozialistische Befreiung der Frau, konkret deren Integration in den Arbeitsmarkt, eine wichtige Voraussetzung. Grundsätzlich muss jedoch von einer Inszeniertheit und Instrumentalisierung dieser Emanzipationsbestrebungen ausgegangen werden. Der sozialistische »Staatsfeminismus« ist in den meisten Fällen als Mythos einzuordnen.³ Tatsächlich galt

1 Zum Vordringen des Staates in private Verhältnisse vgl. Fulbrooks Metapher »eines (...) Kraken, (...) dessen Tentakel sich noch in den letzten Winkel sozialer Existenz erstreckten (...).« (Fulbrook, Mary, 1996: Methodologische Überlegungen zu einer Gesellschaftsgeschichte der DDR. In: Bessel, Richard/Jessen, Ralph (Hg.): Grenzen der Diktatur. 274–97. Hier: 291. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht.). Zur »Durchherrscher« gesellschaftlicher Verhältnisse vgl. die Beschreibung der DDR als »durchherrschte Gesellschaft« bei Kocka (Kocka, Jürgen, 1994: Eine durchherrschte Gesellschaft. In: Kaelble, H./Kocka, J./Zwahr, H. (Hg.): Sozialgeschichte der DDR. 547–553. Stuttgart: Klett-Cotta.).

2 Vgl. Budde, 307. (Budde, Gunilla-Friederike, 2003: Frauen der Intelligenz. Akademikerinnen in der DDR. 1945–1975. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.).

3 Vgl. Gerhard, 396 ff. (Gerhard, Ute, 1994: Die staatlich institutionalisierte »Lösung« der Frauenfrage. Zur Geschichte der Geschlechterverhältnisse in der DDR. In: Kaelble, H./Kocka, J./Zwahr, H. (Hg.): Sozialgeschichte der DDR. 383–403. Stuttgart: Klett-Cotta.). Gerhard attestiert der DDR zwar einen Abbau des (privaten) Patri-

die weibliche Emanzipation in den ostmitteleuropäischen Staatssozialismen bereits durch die Überwindung der alten kapitalistischen Systeme als abgeschlossen, weshalb auch kein offizieller Diskurs über diese Thematik stattfand. Die Eingliederung der Frauen in den Arbeitsmarkt, welche tatsächlich viel weiter fortgeschritten war als in Westeuropa, wurde als hinreichender »Beweis« für die Gleichstellung von Mann und Frau herangezogen.

Doch nicht nur die Frau allein, sondern vor allem die Familie als Ganzes war Ziel und Zweck sozialistischer Politik, da durch deren Beeinflussung eine gewisse Koordinierung und Stabilisierung der Lebensverhältnisse auch bei politischen und wirtschaftlichen Veränderungen erlangt werden sollte.⁴ Ein zentrales Beispiel für den Eingriff sozialistischer Staaten in die private Sphäre ist die pronatalistische Familienpolitik, welche insbesondere ab den 1970ern angesichts rapide sinkender Geburtenraten in vielen ostmitteleuropäischen Ländern betrieben wurde, und in deren Zuge Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf getroffen wurden.⁵ In paternalistischer Weise gewährte der Staat »seinen« Müttern Unterstützung,⁶ wobei dies nicht in erster Linie im Interesse der Frauen, sondern vielmehr im wirtschaftlichen und bevölkerungspolitischen sowie allgemein herrschaftssichernden Staatsinteresse geschah.

De facto begünstigte die sozialistische Frauenpolitik nur erwerbstätige Mütter. Diese sozialpolitisch geförderte Bindung von Frauen an ein die traditionelle Mutterrolle und die Arbeiterinnenrolle verbindendes Stereotyp entsprach auch der allgemeinen Tendenz der realsozialistischen Staaten, eine gewisse Normbiographie für ihre BürgerInnen festzulegen.⁷ Auch die Sozialisation und Erziehung der Kinder in den flächendeckend ausgebauten Betreuungseinrichtungen entsprach der normierten »sozialistischen Lebensweise«.⁸ Sie stellte einen weiteren, im Vergleich mit dem westlichen Europa weitreichenden Eingriff staatlicher Institutionen in ehemals private bzw. familiäre Einflusstrukturen dar.

Doch auch abseits staatlicher Eingriffe entsprach die Aufteilung der Sphären »Staat« und »privat« in den sozialistischen Staaten Ostmitteleuropas nicht der westlichen Definition. Insbesondere in der Arbeitswelt, d. h. konkret in den Betrieben, wurden das Öffentliche und das Private nicht deutlich voneinander getrennt. So wurden Einkäufe und andere Besorgungen von einer Mehrheit der Werkstätigen auch während der Arbeitszeit erledigt, wenn gerade ein bestimmtes, ansonsten schwer erhältliches Produkt angeboten wurde oder man lange Feierabendschlangen vermeiden wollte. Ebenso trugen vom Betrieb organisierte Freizeit- und Urlaubsaktivitäten dazu bei, dass die ArbeitnehmerInnen dem Arbeitsplatz einen »privateren« lebensweltlichen Stellenwert einräumten als ArbeitnehmerInnen in den westlichen Marktwirtschaften.⁹

archalismus im Geschlechterverhältnis, verweist aber darauf, dass dieser durch einen Staatspatriarchalismus ersetzt wurde. Diese Feststellung trifft generell auch auf die anderen staatssozialistischen Regime in Ostmitteleuropa zu.

- 4 Vgl. Kornai, 116 f. (Kornai, János, 1995: *Das sozialistische System. Die politische Ökonomie des Kommunismus*. Baden-Baden: Nomos.).
- 5 Z. B. in der DDR: Verlängerung des Urlaubs für berufstätige Mütter, Einführung eines Babyjahres, Arbeitszeitverkürzung für Mütter, bezahlte Freistellung bei Krankheit des Kindes, Ehekredite zum »Abkindern«, Wohnungsbauprogramme und Wohnungsvergünstigungen, verstärkter Ausbau von Betreuungseinrichtungen, Berücksichtigung der Kindererziehungszeiten bei der Rentenberechnung.
- 6 »Unsere Muttis« war ein in der DDR aus der Alltagssprache in Politik und Parteijargon übernommener Begriff, der Frauen mit Kindern zumindest verbal als Eigentum des Staates deklarierte und bezeichnend für die Instrumentalisierung gleichstellungspolitischer bzw. die Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördernder Maßnahmen ist.
- 7 Vgl. Niedermüller, 29 (Niedermüller, Peter, 2004: *Arbeit, Identität und Klasse. Der Sozialismus als Lebensentwurf*. In: Roth, Klaus (Hg.): *Arbeit im Sozialismus – Arbeit im Postsozialismus. Erkundungen zum Arbeitsleben im östlichen Europa*. 23–36. Münster: LIT.).
- 8 Vgl. Pariková, 150 (Pariková, Magdalena, 2006: »Wie kann ich meine Rolle schaffen?« *Der Alltag emanzipierter Frauen im Sozialismus*. In: Roth, Klaus (Hg.): *Arbeitswelt – Lebenswelt. Facetten einer spannungsreichen Beziehung im östlichen Europa*. 141–150. Berlin: LIT.).
- 9 Diese Entwicklung kann so beschrieben werden, dass der Arbeitsplatz aufgrund der Extension des häuslichen

Gleichzeitig blieb die Familie, trotz der Vielzahl staatlicher Eingriffe oder gerade aus einer Abwehrhaltung gegen diese Eingriffe heraus, aus der Perspektive der EinwohnerInnen der ostmitteleuropäischen Länder ein Hort der Privatheit und oftmals auch ein Gegenentwurf zur staatlich vorgegebenen sozialistischen Idealgesellschaft.¹⁰ Insbesondere die Frauen waren aufgrund ihrer zentralen Rolle im Haushalt für die Aufrechterhaltung dieses gegenstaatlichen privaten Raums verantwortlich und erhielten für die Ausübung dieser Funktion ein beträchtliches Maß an sozialer Anerkennung.¹¹

Geschlechterpolitik und Geschlechterverhältnisse in den postsozialistischen Staaten Ostmitteleuropas

Fest steht, dass neben den »großen« politischen und wirtschaftlichen Umbrüchen auch die Geschlechterverhältnisse und die familiären Strukturen von den Transformationsprozessen in Ostmitteleuropa betroffen waren und sind. Ihre (Weiter)entwicklung und teils auch Neuausrichtung erfolgt nicht pfadunabhängig, sondern wird durch das jeweilige historische Erbe, sowohl aus sozialistischer als auch aus vorsozialistischer Zeit, in diesem Bereich beeinflusst.

Entgegen deren eigener Überzeugung und Zielsetzung sind in den sozialistischen Staaten keine Gesellschaften, in denen Männer und Frauen als »Arbeiter« und »Arbeiterinnen« völlig gleichgestellt waren, entstanden. Die sozialistische Politik löste die Gleichstellungsproblematik nicht nur nicht, sondern schuf auch, insbesondere durch ihr eigennütziges Vordringen in private und familiäre Sphären, neue Konfliktfelder und Benachteiligungsstrukturen. Eine Mischung aus noch aus vorsozialistischer Zeit stammenden und während der letzten 40 Jahren hinzugekommenen Problemen verkompliziert folglich die Gestaltung der zwischengeschlechtlichen Beziehungen nach 1989.¹²

Konkret reduzierten die ostmitteleuropäischen Staaten nach 1989/90 ihre wohlfahrtsstaatlichen Ausgaben im Zuge von Austeritätsprogrammen, wodurch es zu einer drastischen Einschränkung sozialpolitischer Begünstigungen für Familien im Allgemeinen und berufstätige Mütter im Speziellen kam. Die weitgehende Aufgabe dieser Politik war ein Mitgrund für die vergleichsweise höhere weibliche Arbeitslosigkeit in den betroffenen Ländern.¹³ Neben dem staatlichen Abrücken vom familien- und frauenpolitischen Bereich war auch ein gesellschaftlicher Rückzug aus allgemein die Gleichstellung oder die Emanzipation der Frau betreffenden Diskursen spürbar. Von einer generellen Retraditionalisierung

Wohnumfeldes immer mehr einem riesigen, amorphen Haushalt gleich (Lissjutkina, Larissa, 2004: Beharrung und Stagnation: Weiblichkeitsprojekte in der Arbeitswelt Rußlands 1960–1990. In: Roth, Klaus (Hg.): Arbeit im Sozialismus – Arbeit im Postsozialismus. Erkundungen zum Arbeitsleben im östlichen Europa. 179–198. Hier: 180. Münster: LIT.).

- 10 Boyer verweist in diesem Zusammenhang auf eine »Schizophrenie zwischen öffentlicher und privater, zwischen inszenierter und realer Existenz« (Boyer, Christoph/Skyba, Peter, 2008: Politische Rahmenbedingungen. In: Boyer, Christoph/Henke, Klaus-Dietmar/Skyba, Peter (Hg.): Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945. Band 10. 1971–1989 Deutsche Demokratische Republik. Bewegung in Sozialpolitik, Erstarrung und Niedergang. 1–66. Hier: 59 f. Baden-Baden: Nomos.).
- 11 Vgl. Huber, 130 (Huber, Birgit, 2006: Entgrenzung von Arbeit und Leben im Postfordismus und (Post-)Sozialismus. Subjektivierung als Ansatz für vergleichende Forschung. In: Roth, Klaus (Hg.): Arbeitswelt – Lebenswelt. Facetten einer spannungsreichen Beziehung im östlichen Europa. 121–140. Berlin: LIT.). Huber (136 f., ebd.) fragt auch, ob diese speziell weibliche Rolle in den postsozialistischen Gesellschaften an Bedeutung und Prestige einbüßt oder ob sie, angesichts der die gesamte Gesellschaft betreffenden sozialen Notstände, ein neues Gewicht erhält.
- 12 Kontinuitäten in den Geschlechterverhältnissen sind aber gleichzeitig eine »Nahtstelle in der Amalgamierung von »Altem« und »Neuem«« (Stegman, Natali, 2008: Gleichheitspostulat und innere Differenzierung: Geschlechtliche und andere Hierarchisierungsmuster in der tschechoslowakischen Politik nach 1949. In: Kraft, Claudia (Hg.): Geschlechterbeziehungen in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg. 103–124. Hier: 107. München: Oldenbourg.).
- 13 Vgl. Offe, 115 (Offe, Claus, 1994: Der Tunnel am Ende des Lichtes. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten. Frankfurt am Main: Campus.). Allgemein verweist Offe (115, ebd.) auch darauf, dass die höhere weibliche Arbeitslosigkeit in den osteuropäischen Ländern als besonders skandalös empfunden wurde (mehr als in den westeuropäischen Ländern, wo man an eine hohe weibliche Erwerbsneigung nicht gewohnt war).

der Geschlechterrollen und einer »Renaissance des Patriarchats«¹⁴ kann jedoch nicht pauschal ausgegangen werden. Erstens hielt ein Großteil der Frauen auch in postsozialistischer Zeit an den alten »Errungenschaften«, insbesondere an der hohen Erwerbsneigung, fest, zweitens war die Enttraditionalisierung der Geschlechterrollen während des Sozialismus – wenn überhaupt – nur in bestimmten, vor allem die Arbeitswelt betreffenden gesellschaftlichen Teilbereichen realisiert worden.

14 Lissjutkina, 180 (Lissjutkina, Larissa, 2004): Beharrung und Stagnation: Weiblichkeitsprojekte in der Arbeitswelt Rußlands 1960–1990. In: Roth, Klaus (Hrsg.): Arbeit im Sozialismus – Arbeit im Postsozialismus. Erkundungen zum Arbeitsleben im östlichen Europa. 179–198. Münster: LIT).

Martin Brand

Sozialpolitik in Osteuropa – Plädoyer für eine globale Perspektive

Gibt es eine globale Sozialpolitik? Und wenn es sie gibt, muss dann die Sozialpolitik in den einzelnen Ländern Osteuropas nicht konsequenterweise aus einer globalen Perspektive analysiert werden? Genau diese Schlussfolgerung legt der Forschungsbereich der globalen Sozialpolitik nahe, der von Bob Deacon (1997) mit dem Lehrbuch »Global Social Policy« begründet wurde. Da es auf globaler Ebene zwar vielfältige sozialpolitische Akteure, jedoch nur wenig sozialpolitische Instrumente (vgl. Leisering 2007) gibt, dominiert in der Wohlfahrtsforschung noch immer eine nationale Perspektive, die lediglich durch den internationalen Vergleich ein wenig über ihren methodologischen Nationalismus (Ulrich Beck) hinausgeht.

Beispielhaft für eine solche nationalstaatliche Perspektive ist die Untersuchung mit dem Titel »Post-communist Welfare States. Reform Politics in Russia and Eastern Europe« von Linda J. Cook (2007), deren theoretische Annahmen und empirische Befunde ich im Folgenden kurz referieren werde. Die Arbeit soll als Kontrastfolie dienen, um daran meine These zu entwickeln, nach der für die Analyse der Sozialpolitik in Osteuropa eine globale Perspektive hilfreiche Einsichten vermitteln kann. Schließlich werde ich das theoretische Konzept der world society von J. W. Meyer zur Untersuchung globaler Diffusionsprozesse im Bereich der globalen Sozialpolitik vorstellen.

Cook untersucht den Wandel von Wohlfahrtsregimen in postsozialistischen Transformationsländern, die nach dem Ende des realsozialistischen Experiments allesamt eine enorme Verschlechterung der Wohlfahrtsindikatoren erfahren haben und zunehmende Armut und Ungleichheit bewältigen mussten. Alle postsozialistischen Länder liberalisierten ihren Wohlfahrtsstaat und kürzten Sozialausgaben. Allerdings, so das Hauptargument von Cook, verlief der Wandel der Wohlfahrtsregime in der Region unterschiedlich, was auf nationale Politikfaktoren zurückzuführen sei. Ökonomischer und finanzieller Druck seien zwar der wesentliche Motor der Sozialreformen gewesen, Ausmaß und Folgen jedoch Gegenstand politischer Aushandlungsprozesse. Deterministische ökonomische Argumente könnten die unterschiedlichen Strukturen des wohlfahrtsstaatlichen Wandels nicht erklären (Cook 2007, S. 4ff.).

Cook geht davon aus, dass der Liberalisierungsverlauf der Wohlfahrtsstaaten von den (nationalen) politischen Institutionen und Koalitionen abhängig ist. Internationale Organisationen hätten zwar für die Definition der Reformagenda eine große Rolle gespielt, ihr Einfluss auf die nach liberalen Reformen strebenden innerstaatlichen Akteure bleibe allerdings eher zufällig. Entsprechend fokussiert Cook sich darauf, zu untersuchen, welche innerstaatlichen Akteure die Liberalisierung der Wohlfahrtssektoren in den osteuropäischen Ländern vorangetrieben haben und welche sich ihr widersetzen.

In Russland – dem Hauptgegenstand von Cooks Arbeit – sei die wohlfahrtsstaatliche Entwicklung in drei Phasen verlaufen: der Phase der radikalen Liberalisierung (1991–1993) und der Blockade und des Stillstands (1994–1999) mit einer moderaten Liberalisierung folgte der »Durchbruch« der Liberalisierung (2000–2004). Diese unterschiedlichen Liberalisierungsperioden erklärt Cook entsprechend des von ihr verwendeten politics matters-Ansatzes mit sich wandelnden innerrussischen Kräfteverhältnissen zwischen den liberalisierungswilligen Akteuren und ihren Gegenspielern (Cook 2007, S. 24ff.).

Während Cook mit ihrem politics-matters-Ansatz die Differenzen in der nationalen Wohlfahrtsentwicklung sehr gut erklären kann, bleibt ihr Erklärungsmodell blind für Art und Ausmaß des Einflusses weltregionaler und globaler Akteure und Strukturen auf die Entwicklung der Sozialpolitik auf nationaler Ebene. Ein Beispiel für den Erkenntnisgewinn einer globalen Perspektive: In vielen Ländern Osteuropas wurde die Alterssicherung nach dem 3-Säulen-Modell der Weltbank reformiert. Der ähnliche Verlauf der Reformen in den einzelnen Ländern lässt sich schwer auf nationalstaatlicher

Ebene erklären. Orenstein (2005; 2008) nutzt stattdessen eine globale Perspektive und zeigt, dass die Rentenreformen u. a. in Osteuropa von einer »transnational advocacy coalition« entwickelt und als Teil einer gut organisierten Kampagne verbreitet wurden.

Grundlage des Forschungsbereichs der globalen Sozialpolitik ist die Feststellung, dass die Sozialpolitik von Nationalstaaten zunehmend durch globale Akteure und Strukturen beeinflusst wird und dass soziale Fragen immer mehr zum Thema der Weltpolitik werden. Seit den 1980er Jahren gewinnen internationale Finanzorganisationen (WB, IWF, WTO), andere UN-Organisationen (ILO, WHO), internationale NGOs und transnationale Akteure sowie Weltregionen wie die Europäische Union mit ihren sozialpolitischen Konzepten für die nationale Sozialpolitik an Bedeutung. Auf supranationaler Ebene entsteht eine »global social governance« mit weitreichenden Rückwirkungen auf nationalstaatliche Sozialpolitik (vgl. als Überblick: Deacon 2007, 2010; Leisering 2010). Ursprung des Forschungsgebiets der globalen Sozialpolitik waren Untersuchungen zu den Transformationsländern in Osteuropa nach der historischen Zäsur von 1989. Deacon (1997, 2000, 2007) und Orenstein (2008; Orenstein; Bloom; Lindstrom 2008) betonen die bedeutende Rolle inter- und transnationaler Akteure bei der dreifachen Transformation Mittelost- und Osteuropas (Nationenbildung, Demokratisierung, Kapitalismus) und der globalen Sozialpolitik.

Trotz der bedeutenden Rolle globaler Akteure für die Sozialpolitik in Osteuropa verlief die Transformation der Wohlfahrtspolitik in den verschiedenen Ländern nicht gleichförmig. Während beispielsweise Russlands Sozialpolitik darauf ausgerichtet ist, Wachstum zu fördern (durch Senkung der Lohnnebenkosten, Ausbau privater Vorsorge, Monetarisierung von Vergünstigungen) und »die wirklich Bedürftigen« zu unterstützen (Fruchtmann 2004), zielt die Wohlfahrtspolitik in Belarus darauf ab, die soziale Absicherung von Rentnern und einen sozialen Ausgleich sicherzustellen, um so für die Stabilität des autoritären Regimes zu sorgen. In der Ukraine wiederum wurden in den 1990er Jahren eine gesetzliche Rentenversicherung, eine Arbeitslosenversicherung, eine Arbeitsunfallversicherung und eine Krankengeldversicherung nach deutschem Vorbild eingeführt, die jedoch trotz hoher Kosten für die Beitragszahler kaum gegen Einkommensausfälle durch Alter, Krankheit oder Arbeitslosigkeit schützen. Das gesamte System der sozialen Sicherung in der Ukraine befindet sich in einer dauerhaften Krise und muss mit Steuermitteln und Krediten des IWF gestützt werden (Betlij; Handrich 2010).

Wie kann nun – obwohl es keine vollständige Übertragung von externen Wohlfahrtsideen, -modellen und -konzepten in Osteuropa gegeben hat und graduell unterschiedliche wohlfahrtspolitische Entwicklungen zu beobachten sind – der Einfluss globaler Akteure auf die osteuropäische Sozialpolitik analysiert werden? Ein theoretischer Ansatzpunkt zur Überwindung der nationalstaatlichen Perspektive ist das neo-institutionalistische Weltkultur-Konzept (world society) der Arbeitsgruppe um John W. Meyer (Meyer u. a. 2005 [1997]). Im Kern besagt Meyers world-society-Ansatz, dass viele Merkmale des modernen Nationalstaats aus globalen Modellen abgeleitet sind, die in globalen, von Kultur und Verbänden getragenen Prozessen erzeugt und verbreitet werden.

Aus Meyers Perspektive sind es nicht die Nationalstaaten, die sich globalisieren. Vielmehr werden Normen und Regeln des globalen Systems über internationale Organisationen und Regime institutionalisiert, die so den Handlungsradius von Nationalstaaten festlegen (vgl. Wobbe 2000, S. 37f.). Deshalb steht im world-society-Ansatz die Diffusion globaler Muster im Zentrum der Analysen. Meyer nimmt eine isomorphe Entwicklung – also eine strukturelle Angleichung – der Nationalstaaten an. Für den Bereich der Wohlfahrtspolitik in Osteuropa entspräche dem die These, dass sich die Sozialreformen nach 1989 strukturell ähneln. Gleichwohl bedeutet dies keine vollständige Übertragung externer Wohlfahrtsideen und -modelle auf Osteuropa, denn der Diffusionsprozess erfolgt in den Zielländern je nach den jeweiligen Bedingungen unterschiedlich. Meyer spricht von einer Entkopplung (decoupling) von allgemein verkündeten Werten und praktischem Handeln, die entsteht, weil Nationalstaaten sich am Modell einer externen Kultur orientieren, die sich nicht einfach komplett und als voll funktionsfähiges System importieren lässt (Meyer u. a. 2005, S. 99ff. [1997]). Mit diesem Argument können auch die von Cook (2007) diagnostizierten Differenzen in der Wohlfahrtspolitik in Osteuropa erklärt werden.

Die aus meiner Sicht bedeutendste Kritik an Meyers Konzept ist, dass es Interessenkonflikte, Auseinandersetzungen und soziale Kämpfe um globale Modelle – im konkreten Fall um das vorherrschende Wohlfahrtsmodell auf globaler Ebene – kaum beachtet. Stattdessen beschreibt Meyer internationale Organisationen als objektive und interessenlose Andere, die Nationalstaaten bei der Verfolgung ihrer von außen gesetzten Ziele helfen (Meyer u. a. 2005, S. 107f. [1997]). Ich schlage deshalb vor, das liberale Wohlfahrtsmodell – das nicht nur in Osteuropa sondern auch in den Reformbemühungen westlicher Wohlfahrtsstaaten dominiert – als welthegegonial im Sinne von Gramsci (Laclau; Mouffe 1991) zu begreifen, statt von weltkulturellen Modellen zu sprechen. Der Hegemoniebegriff erlaubt zum einen, die Prozesse der Auseinandersetzung und der Konsensfindung um ein globales Modell zu betrachten und zum anderen, dessen Diffusion in den Nationalstaaten zu untersuchen.

Fazit: Eine globale Perspektive auf die Sozialpolitik in Osteuropa erlaubt, die vielfältigen globalen sozialpolitischen Akteure und Ideen zu berücksichtigen und ihre Diffusion von der globalen auf die nationale und die lokale Ebene zu analysieren. Dabei wird die Bedeutung nationaler Akteure nicht negiert, wohl aber gegenüber den Einflüssen eines globalen Wohlfahrtsmodells relativiert.

Literatur

- Betlij, Oleksandra; Handrich, Lars (2010): »Vor dem Kollaps. Die Sozialsysteme der Ukraine.« In: Osteuropa, (2010), 2–4, S. 257–269
- Cook, Linda J. (2007): *Postcommunist Welfare States. Reform Politics in Russia and Eastern Europe*. Ithaca and London: Cornell University Press
- Deacon, Bob (2007): *Global Social Policy and Governance*. Sage Publications Ltd
- Deacon, Bob (1997): *Global Social Policy: International Organizations and the Future of Welfare*. Illustrated edition. Sage Publications Ltd
- Deacon, Bob (2000): »Social Policy in Eastern Europe: The Impact of Political Globalisation.« In: *Journal of European Social Policy*, 10 (2000), 2, S. 146–161
- Deacon, Bob (2010): »Theorising Global Social Policy. Globale Sozialpolitikforschung und Weltgesellschaftsforschung.« In: *Zeitschrift für Sozialreform*, 56 (2010), Heft 2, S. 151–172
- Fruchtmann, Jakob (2004): »Die sozialpolitische Konzeption Putins: Wirtschaftsliberalisierung als Sozialpolitik.« In: *Russlandanalysen*, (2004), 49, S. 2–5, <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen049.pdf>
- Laclau, Ernesto; Mouffe, Chantal (1991): *Hegemonie und radikale Demokratie: Zur Dekonstruktion des Marxismus*. 1. Aufl. Passagen Verlag
- Leisering, Lutz (2010): »Editorial zum Schwerpunktheft »Globale Sozialpolitik.« In: *Zeitschrift für Sozialreform*, 56 (2010), Heft 2, S. 143–150
- Leisering, Lutz (2007): »Gibt es einen Weltwohlfahrtsstaat?« In: Albert, Mathias, Stichweh, Rudolf (Hrsg.): *Weltstaat und Weltstaatlichkeit*. VS Verlag, S. 185–205
- Meyer, John W. u. a. (2005): »Die Weltgesellschaft und der Nationalstaat.« In: Krücken, Georg (Hrsg.): *Weltkultur. Wie die westlichen Prinzipien die Welt durchdringen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 85–132
- Orenstein, Mitchell A. (2005): »The New Pension Reform as Global Policy.« In: *Global Social Policy*, 5 (2005), 2, S. 175–202. Zugleich online im Internet: <http://gsp.sagepub.com/cgi/content/abstract/5/2/175> (Zugriff am: 26.05.2010)
- Orenstein, Mitchell Alexander (2008): »Postcommunist Welfare States.« In: *Journal of Democracy*, Volume 19 (2008), Number 4, October 2008
- Orenstein, Mitchell Alexander; Bloom, Stephen; Lindstrom, Nicole (2008): *Transnational Actors in Central and East European Transitions*. 1. Aufl. Chicago: Univ. of Chicago Press
- Wobbe, Theresa (2000): *Weltgesellschaft*. Bielefeld: Transcript Verl (= Einsichten)

Alphabetisches Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Martin Brand	Universität Bielefeld Institut für Weltgesellschaft Graduiertenkolleg »Weltgesellschaft – Die Herstellung und Repräsentation von Globalität« martin.brand@uni-bielfeld.de
Maria Davydchyk	PH Ludwigsburg Institut für Kulturmanagement maria_davydchyk@gmx.net
Regina Elsner	Westfälische Wilhelms-Universität Münster Katholisch-Theologische Fakultät Ökumenisches Institut regina.elsner@web.de
Marie-Therese Filip	Universität Wien Institut für Kultur- und Sozialanthropologie mth.filip@gmail.com
Anna Fruhstorfer	Humboldt-Universität zu Berlin Institut für Sozialwissenschaften Vergleichende Demokratieforschung und Politische Systeme Osteuropas anna.fruhstorfer@sowi.hu-berlin.de
Alexander Gnatenko	European University at Saint Petersburg Center for Modernization Studies agnatenko@eu.spb.ru
Monika Gonser	Hochschule Fulda Monika.Gonser@gmx.de
Konstantin Kaminskij	Universität Konstanz konstantin.kaminskij@uni-konstanz.de
Damir Kapidžić	Universität Sarajevo Fakultät für Politikwissenschaften kapidzicd@fpn.unsa.ba
Janis Kluge	Diplomand Universität Witten/Herdecke janis.kluge@uni-wh.de
Lina Klymenko	University of Vienna Vienna Eastern Europe Forum lina.klymenko@univie.ac.at
Sabrina Kopf	Universität Wien Institut für Kultur- und Sozialanthropologie sabrina.kopf@univie.ac.at

Ewa Krauss	FSU Jena Institut für Slawistik ewa.krauss@uni-jena.de
Julia Lis	Westfälische Wilhelms-Universität Münster Katholisch-Theologische Fakultät Ökumenisches Institut julia.lis@uni-muenster.de
Katerina Malygina	Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen k.malyhina@gmail.com
Inna Melnykovska	Freie Universität Berlin Osteuropa-Institut Abteilung Politik Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft Christian-Albrechts-Universität Kiel Institut für Sozialwissenschaften, Fachbereich Politische Wissenschaft melinna@gmx.de
Fruzsina Müller	Universität Leipzig Institut für Kulturwissenschaften fruzsina.mueller@uni-leipzig.de
Inga Paslaviciute	Universität Wien Initiativkolleg »Europäische Historische Diktatur- und Transformationsforschung« inga.paslaviciute@univie.ac.at
Wolfram Pergler	Universität Wien Institut für Politikwissenschaft wolfram.pergler@univie.ac.at
Marta Podolczak	Universität Passau marskrzy@yahoo.de
Saltanat Rakhimzhanova	Justus-Liebig-Universität Giessen International Graduate Centre for the Study of Culture (GCSC) saltanat.rakhimzhanova@gcsc.uni-giessen.de
Eva Schäffler	Universität Salzburg Fachbereich Geschichte eva.schaeffler@sbg.ac.at
Sebastian Schiek	Universität Hamburg Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik schiek@ifsh.de
Christoph Schnellbach	Andrássy Universität Budapest Doktorschule schnellbach@daad-alumni.de

Marija Stambolieva	Universität Kassel marija.stambolieva@yahoo.de
Vlatko Stojanov	Historisches Seminar der Ludwig-Maximilians-Universität München Abteilung für Geschichte Ost- und Südosteuropas vlatkostojanov@web.de Vlatko.Stojanov@lrz.uni-muenchen.de
Frithiof Svenson	Universität Bremen
Dr. Florian Töpfl	University of Helsinki Visiting Fellow Aleksanteri Institute - Finnish Centre for Eastern European and Russian Studies florian@toepfl.de
Johannes Wetzinger	Institut für Höhere Studien Wien Center for Comparative Eurasia Studies and Surveys (CEASS) johannes.wetzinger@ihs.ac.at
Susann Worschech	Europa-Universität Viadrina / Frankfurt (Oder) Promotionskolleg »Externe Demokratisierung und Zivilgesellschaft im postsozialistischen Europa« worschech@euv-frankfurt-o.de

Alphabetisches Verzeichnis der Organisatorinnen und Organisatoren der 18. Tagung Junger Osteuropa-Experten

Beate Apelt	Freie Universität Berlin, Osteuropa-Institut beate.apelt@fu-berlin.de
Martin Brusis	Kompetenznetz Institutionen und institutioneller Wandel im Postsozialismus Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft Universität München M.Brusis@lmu.de
Gabriele Freitag	Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. freitag@dgo-online.org
Irene Hahn	Europa-Universität Viadrina / Frankfurt (Oder) hahn@euv-frankfurt-o.de
Heiko Pleines	Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen pleines@uni-bremen.de
Hans-Henning Schröder	Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen henning.schroeder@uni-bremen.de

Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa

ISSN 1616-7384

- Nr. 109 **Staat oder privat?**
Akteure und Prozesse zwischen Staaten und Gesellschaften in Osteuropa
Beiträge für die 18. Tagung Junger Osteuropa-Experten
Veranstaltet von: Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde, Berlin,
Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Europäische Akademie Berlin
(September 2010)
- Nr. 108 **Korruption im russischen Hochschulwesen**
Von Eduard Klein
(Juli 2010)
- Sonderheft **Der Gulag im russischen Gedächtnis.**
Forschungsergebnisse einer deutsch-russischen Spurensuche in der Region Perm
Von Manuela Putz und Ulrike Huhn (Hg.)
(April 2010)
- No. 107 **The Formal Political System in Azerbaijan and Kazakhstan. A Background Study**
By Andreas Heinrich
(March 2010)
- Nr. 106 »Das große Abenteuer ihres Lebens«
Geschichtsbilder und Symbolik der Armija Krajowa und des Warschauer Aufstandes
im polnischen »Zweiten Umlauf« (1980–1989)
Von Florian Peters
(Dezember 2009)
- Nr. 105 **Die Erdgasversorgung der EU**
unter besonderer Berücksichtigung der Ukraine als Transitland
Von Kateryna Malyhina
(Oktober 2009)
- Nr. 104 **Das Ende des postsozialistischen Raums?**
(Ent-)Regionalisierung in Osteuropa
Beiträge für die 17. Tagung Junger Osteuropa-Experten
Veranstaltet von: Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde, Berlin,
Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Europäische Akademie Berlin
(September 2009)
- Nr. 103 **Dekonstruktion von Korruption.**
Die Bedeutung des EU-Beitritts für die westeuropäische Medienberichterstattung
über Korruption in Rumänien
Von Leyla Safta-Zecheria
(September 2009)
- No. 102 **An Assessment of Policy Measures to Support Russia's Real Economy**
By Yuri V. Simachev, Andrei A. Yakovlev, Boris V. Kuznetsov,
Michael Y. Gorst, Aleksandr V. Daniltsev, Michael N. Kuzyk, Sergey N. Smirnov
(June 2009)
- Nr. 101 **Der russisch-ukrainische Erdgaskonflikt vom Januar 2009**
Von Heiko Pleines (Hg.)
(Februar 2009)
- Nr. 100 **Die »Untergrunduniversität« der Prager Bohemisten.**
Ein Fallbeispiel für Parallelkultur in der »normalisierten« ČSSR
Von Karoline von Graevenitz
(November 2008)

Die Arbeitspapiere erscheinen sechs Mal jährlich und können als PDF-Datei von der Website der Forschungsstelle Osteuropa (www.forschungsstelle.uni-bremen.de) heruntergeladen werden. Die Druckfassung ist nur im Abonnement für Bibliotheken erhältlich und kostet pro Jahr € 25,- zzgl. Versandkosten.

Aktuelle Bücher aus der Forschungsstelle Osteuropa

Analysen zur Kultur und Gesellschaft im östlichen Europa

- Bd. 21 **Isabelle de Kéghel:**
Die Staatssymbolik des neuen Russland.
Traditionen – Integrationsstrategien – Identitätsdiskurse
LIT-Verlag (Münster) 2008, 256 S., br., ISBN 3-8258-8862-2, € 24,90

Archiv zur Zeitgeschichte und Kultur Osteuropas. Quellen – Bestände – Analysen

- Bd. 2 **Forschungsstelle Osteuropa (Hg.):**
Monographien im Zweiten Umlauf Polens
1976 – 1989
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2008, 506 S., Hardcover, ISBN 978-3-89821-883-2, € 89,90
- Bd. 1 **Wolfgang Eichwede (Hg.):**
Das Archiv der Forschungsstelle Osteuropa.
Sowjetunion, Russland, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, DDR
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2009, 178 S., Hardcover, ISBN 978-3-89821-983-9, € 79,90

Changing Europe

- Bd. 7 **Sabine Fischer, Heiko Pleines (eds.):**
Civil Society in Central and Eastern Europe
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2010, 174 S., br., ISBN 978-3-83820-041-5, € 29,90
- Bd. 6 **Sabine Fischer, Heiko Pleines (eds.):**
The EU and Central & Eastern Europe.
Successes and Failures of Europeanization in Politics and Society
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2009, 165 S., br., ISBN 978-3-89821-948-8, € 24,90
- Bd. 5 **Julia Kusznir, Heiko Pleines (eds.):**
Trade Unions from Post-Socialist Member States in EU Governance.
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2008, 196 S., br., ISBN 978-3-89821-857-3, € 24,90
- Bd. 4 **Sabine Fischer, Heiko Pleines (eds.):**
Crises and Conflicts in Post-Socialist Societies.
The Role of Ethnic, Political and Social Identities
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2008, 218 S., br., ISBN 978-3898218559, € 29,90

Soviet and Post-Soviet Politics and Society (SPPS)

- Bd. 75 **Heiko Pleines (Hg.):**
Corporate Governance in post-sozialistischen Volkswirtschaften
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2008, 240 S., br., ISBN 978-3-89821-766-8, € 34,90
- Bd. 73 **Julia Kusznir:**
Der politische Einfluss von Wirtschaftseliten in russischen Regionen.
Eine Analyse am Beispiel der Erdöl- und Erdgasindustrie, 1992-2005
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2008, 354 S., br., ISBN 978-3-89821-821-4, € 34,90

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa unter www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de